

Stenographischer Bericht
über die
85. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
im Görresbau zu Koblenz
am 13. Juli 1950

Tagesordnung:

Seite

Fortsetzung der Tagesordnung vom 10. Juli 1950

Beratung der Einzelpläne

- 1. Einzelplan VIII Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten** 2396
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß
Berichterstatter: Abg. Ziegler
(Drucksache II/1490)
Dazu der Antrag der Fraktion der CDU
(Drucksache II/1501)
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
(Drucksache II/1510)
Antrag der Fraktion der SPD
(Drucksache II/1515)
Antrag des Abg. Griesbeck (KPD)
(Drucksache II/1517)
Berichtigung des Büros
- 2. Einzelplan XI Rechnungshof** 2419
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß
Berichterstatter: Abg. Fittler
(Drucksache II/1491)
- 3. Einzelplan XII Landeskommissar für die politische Säuberung in Rheinland-Pfalz** 2420
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß
Berichterstatter: Abg. Dauber
(Drucksache II/1492)
- 4. Einzelplan IV Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau** 2423
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß
Berichterstatter: Abg. Hartmann
(Drucksache II/1495)
Dazu der Antrag der Fraktion der SPD
(Drucksache II/1520)
Antrag des Abg. Schieder (KPD)
(Drucksache II/1522)
Berichtigung des Büros

	Seite
5. Außerordentlicher Haushalt	2427
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß	
Berichterstatter: Abg. Hartmann (Drucksache II/1498)	
Dazu der Antrag der Fraktion der CDU (Drucksache II/1503)	
Antrag des Abg. Schäfer (SPD) (Drucksache II/1505)	
Antrag der Fraktion der CDU (Drucksache II/1509)	
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD (Drucksache II/1511)	
Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache II/1521)	
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD (Drucksache II/1518)	
Schlußabstimmung über das Haushaltsfeststellungsgesetz (Drucksache II/1455/1496)	2449
Dazu der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD (Drucksache II/1523)	
<i>In dritter Beratung gegen vier Stimmen der KPD angenommen.</i>	2449
Schlußabstimmung über den Gesamthaushalt <i>Der Haushalt wurde in dritter Beratung gegen vier Stimmen der KPD angenommen.</i>	2443 2449
6. Dritte Beratung eines Landesgesetzes zur Verlängerung des Landesgesetzes über die Erhebung eines Zuschlags zu den Verwaltungs- und sonstigen Ge- bühren außerhalb der Justizverwaltung (Gebühreuzuschlagsgesetz) vom 24. Februar 1949. (Drucksache II/1463)	2443
Berichterstattung: Hauptausschuß	
Berichterstatter: Abg. Hartmann (Drucksache II/1315)	
<i>In dritter Beratung einstimmig angenommen.</i>	2443
Persönliche Erklärung des Abg. Hermans (CDU) zum „Fall Schwinden- hammer“	2449
Persönliche Erklärung des Abg. Dr. Zimmer (CDU)	2449
Persönliche Erklärung des Abg. Hertel (SPD) zum „Fall Schwindenhammer“	2449

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Altmeier, die Staatsminister Dr. Hoffmann, Stübinger, der Chef der Staatskanzlei Dr. Haberer, die Staatssekretäre Schmidt und Dr. Steinlein.

Es fehlten:

Entschuldigt: Die Abgeordneten Baumgärtner, Beckenbach, Betz, Bögler, Böhm, Buschmann, Dewald, Drahten, Lenz, Röhle, Rörig, Dr. Süsterhenn, Steffan, Steger, Trapp, Wetzel.

Unentschuldig: Die Abgeordneten Doerner, Fickeisen, Neumayer.

Rednerverzeichnis:

Präsident	2396, 2400, 2420, 2421, 2422, 2423, 2427, 2442 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450
Vizepräsident Ziegler	2402, 2404, 2405, 2406, 2408, 2409 2412, 2415, 2416, 2419, 2427, 2428 2429, 2430, 2432, 2434, 2435, 2437 2439, 2440, 2442
Feller (KPD)	2396, 2443, 2446, 2448, 2449
Hertel (SPD)	2396, 2405, 2442, 2443, 2447, 2449, 2450
Diel (CDU)	2396, 2450
Ziegler (CDU)	2396, 2446
Tönges (CDU)	2400
Rüb (SPD)	2402
Horch (SPD)	2404
Migeot (FDP)	2406
Schweinhardt (FDP)	2408, 2432
Griesbeck (KPD)	2409, 2415, 2447
Demmerle (CDU)	2412
Oberlandforstmeister Gussone	2415
Staatsminister Stübinger	2416
Fittler (SPD)	2420, 2429
Dr. Lichtenberger (CDU)	2420
Dauber (CDU)	2420
Schieder (KPD)	2421, 2437, 2439, 2440
Müller (SPD)	2421
Landeskommissar Junglas	2422
Dr. Zimmer (CDU)	2423, 2442, 2443, 2448, 2449
Dr. Nowack (FDP)	2423, 2436, 2446
Heep (SPD)	2423
Hartmann (CDU)	2427, 2443
Reichling (CDU)	2427
Frank (FDP)	2429
Staatssekretär Schmidt	2430, 2432
Dr. Boden (CDU)	2432, 2444, 2445, 2446, 2447
Rofh (SPD)	2434
Staatsminister Dr. Hoffmann	2440, 2448
Dr. Lichtenberger (CDU)	2442
Cronenbold (SPD)	2444
Völker (SPD)	2445, 2446, 2447
Wohleben (FDP)	2447
Kuhn (SPD)	2448
Claus (FDP)	2448
Hermans (CDU)	2449, 2450

**85. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 13. Juli 1950**

Beginn: 9.15 Uhr

Präsident:

Meine Damen und Herren! Die 85. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz ist eröffnet. Beisitzer zur heutigen Sitzung sind die Abgeordneten Gänger und Selzer. Die Rednerliste führt der Abgeordnete Gänger. Entschuldigt fehlen: die Abgeordneten Bögler, Böhm, Dewald, Drahten, Lenz, Röhle, Rörig, Steffan, Steger, Trapo, Wetzel, Gibbert, Betz, Buschmann, Baumgärtner, Beckenbach und Dr. Wuermeling

Meine Damen und Herren! Wir haben heute noch einen arbeitsreichen Tag vor uns. Der Ältestenrat hat sich gestern abend mit dem Ablauf dieser Tagesordnung für heute befaßt und schlägt dem Hohen Hause vor, wie folgt zu verfahren: Zunächst die Behandlung des Einzelplanes VIII „Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten“ mit einer Redezeit für die einzelnen Parteien bis zu 45 Minuten; dann Einzelplan XI „Rechnungshof“ ohne Debatte nach der Berichterstattung; dann Einzelplan XII „Landeskommissar für politische Säuberung“, nach Möglichkeit ohne Debatte, sonst bis zu fünf Minuten; dann Einzelplan IV „Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau“, Redezeit 30 Minuten. Beim Einzelplan IV soll gleichzeitig der außerordentliche Etat mitbehandelt werden.

Ich stelle fest, das Hohe Haus ist damit einverstanden. (Abg. Diel: Ministergesetz!) Es ist der Wunsch an mich herangetragen worden, das Ministergesetz noch einmal zur Bearbeitung an den Ausschuß zu überweisen. Auch damit ist das Hohe Haus einverstanden.

Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Feller zur Geschäftsordnung.

Abg. Feller:

Wir können uns mit der Verkürzung der Redezeit nicht einverstanden erklären; schon aus dem einfachen Grunde....

Präsident:

Zu welchem Einzelplan?

Abg. Feller:

Beim „Rechnungshof“ und weiter bei der „politischen Säuberung“, da wir leider nicht im Ausschuß vertreten sind und keine Gelegenheit haben, unseren Standpunkt darzulegen.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Wir haben dazu noch heute das Gesetz, das wir am ersten Tag der Beratungen an den Ausschuß überwiesen haben, zu verabschieden und noch einen kurzen Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag der SPD „Einsetzung eines Sonderausschusses“ zu beraten. Wir werden das innerhalb der Tagesordnung nach den Zeitverhältnissen noch einbauen. Der Abgeordnete Hertel zur Tagesordnung.

Abg. Hertel:

Ich darf bezüglich der Erklärung des Herrn Kollegen Feller folgendes bemerken: Die Ausschußverhandlungen haben eine gewisse Vertraulichkeit; insbesondere wird der Öffentlichkeit nicht darüber be-

richtet, welche Stellungnahme die einzelnen Parteien sich zurechtgelegt haben. Wenn demnach die großen Parteien heute im Plenum aus den bereits gesagten Gründen auf eine Aussprache verzichten, dann stehen sie nicht besser und nicht schlechter da als die KPD auch.

Präsident:

Dann darf ich zunächst einmal abstimmen lassen über den Antrag des Ältestenrates, und zwar habe ich Ihnen vorgeschlagen, den „Rechnungshof“ ohne Debatte, die „politische Säuberung“ bis zu fünf Minuten und Verkürzung der Redezeit beim Etat des Finanzministeriums auf 30 Minuten.

Abg. Feller:

Ich wollte zur Geschäftsordnung noch eine Bemerkung machen. Wir sind nicht dagegen, daß die Regierungsparteien auf ihre Redezeit verzichten, denn sie haben die Möglichkeit, in den Ausschußsitzungen Stellung zu nehmen, wir nicht. Also, lassen Sie uns auch Stellung nehmen!

Präsident:

Meine Damen und Herren! Wir müssen zur Abstimmung kommen. Wer dem Antrag des Ältestenrates zustimmen will, den bitte ich um Erhebung der rechten Hand. - Das ist die überwiegende Mehrheit. Es ist also so beschlossen.

Der Abgeordnete Diel hat das Wort zur Tagesordnung.

Abg. Diel:

Meine Damen und Herren! Es ist noch ein Punkt zu erledigen, nämlich der Antrag der SPD auf Einsetzung einer Kommission. (Präsident: Das habe ich ja schon erklärt, Herr Abgeordneter Diel!) Soll um 11 Uhr zusammentreten?

Präsident:

Jawohl! Das habe ich erklärt; der Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses beruft diesen Ausschuß im Laufe der Tagung ein. (Abg. Diel: Das wird also unmittelbar) Jawohl, das macht der Vorsitzende des Ausschusses. Also um 11 Uhr im Regierungszimmer tagt der Geschäftsordnungsausschuß.

Meine Damen und Herren! Wir treten in die Beratung ein, **Einzelplan VIII, Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten**. Berichtersteller ist der Abgeordnete Ziegler vom Haushalts- und Finanzausschuß. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ziegler:

Meine Damen und Herren! Ich habe hier vor dem Plenum die Feststellungen des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan VIII des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten und der dem Ministerium nachgeordneten Dienststellen vorzutragen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat in zwei Tagen den Einzelplan bearbeitet. Die näheren Unterlagen finden Sie im Protokoll des Ausschusses sowie in den Drucksachen II/1457 und II/1490. Über Einzelheiten muß ich mich dann noch bei den einzelnen Kapiteln verbreiten. Ehe ich jedoch auf die Kapitel eingehe, will ich einiges Grundsätzliche kurz und knapp ausführen.

Seitdem der Haushaltsplan des Landwirtschaftsministeriums im Jahre 1948 hier behandelt worden ist, hat sich im Wirkungsbereich des Ministeriums manches

geändert. Dazwischen liegt nämlich einmal die Währungsreform und die Tatsache des Übergangs von einer planwirtschaftlichen Struktur der Wirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Damals im Jahre 1947/48 unterlag noch die gesamte nützliche Flora und Fauna den Planbestrebungen des ganzen Heeres von staatlichen und kommunalen Erfassungs- und Bewirtschaftungsbeamten und -angestellten. Das hat sich in der Zwischenzeit völlig gewandelt, und nach dem Übergang zur Marktwirtschaft erwies sich der Bewirtschaftungsapparat sehr bald als überflüssig. Heute ist der Abbau der betreffenden Stellen auf diesem Gebiet so weit vorgeschritten, daß in dem neuen Haushalt 1950 lediglich noch, man könnte sagen, Rudimente personeller Ansätze und einzelne finanzielle Merkposten zu finden sind.

Ein weiteres Moment, meine Damen und Herren, das zu einer Strukturveränderung des Aufgabenkreises und damit des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums geführt hat, ist die inzwischen erfolgte Schaffung einer Bundesregierung. Der Bund hat seinen eigenen Landwirtschaftsminister erhalten, der im Rahmen des Bundes im großen und ganzen die früheren Zuständigkeiten des Reichslandwirtschaftsministers übernommen hat. Die Finanzauswirkungen vieler vom Reich übernommenen neu aufgelegten oder neu aufzulegenden Gesetze im Bereiche der Landwirtschaft, des Weinbaues und der Forsten haben unseren eigenen Landwirtschaftsetat bald in der einen, bald in der anderen Richtung beeinflußt oder werden es noch tun.

In der Zwischenzeit sind auch endlich im Lande die drei Landwirtschaftskammern konstituiert worden. Die Kammern finanzieren sich aus den Einnahmen aus dem Landwirtschaftsbeitrag, der nunmehr direkt diesen Institutionen zufließt. Die Kammern haben auch einige Aufgaben voll übernommen, die seither im Einzelplan VIII ihre eigenen Kapitel hatten.

Wenn das Ministerium den ausgedehnten Sektor der Ernährungswirtschaft verloren hat, so soll damit nicht gesagt sein, daß die Gesamtarbeit, das Gesamtarbeitspensum geschmälert worden wäre. Das Ministerium ist vielmehr jetzt wieder mehr seiner eigensten und ursprünglichen Aufgabe zurückgegeben. Während ihm in der Zeit der sogenannten Zwangswirtschaft eine mehr passive Rolle zugefallen war, muß es nun daran denken, die Landwirtschaft und die sonstigen ihm unterstellten Gebiete zu aktivieren. Die Namensänderung des Ministeriums von einem Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten zu einem Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten bringt dies auch äußerlich deutlich zum Ausdruck.

Und hierzu ein Wort: Das größte Weinbaugebiet Deutschlands, das sich uns in Rheinland-Pfalz präsentiert, dessen „copia vini“ schon einmal Geschichte machte, durfte sich diesen Weinbauminister belegen, der wohl der einzige seiner Art in Deutschland auch bleiben wird.

Die Aufgabenverlagerung von einer in erster Linie ernährungswirtschaftlichen von der Landwirtschaft her zu einer landwirtschaftsfördernden und subsidiären Landwirtschaftspolitik zur Landwirtschaft und Forstwirtschaft hin haben für den Haushaltsplan einen völlig veränderten Hintergrund abgegeben.

Ich bitte um Nachsicht, wenn ich diese grundsätzlichen Dinge doch etwas breiter ausgeführt habe. Aber schließlich ist ein Etat nicht nur ein Schaubild von irgendwelchen Zahlen, losgelöst von dem Gesamtgeschehen und ins Abstrakte hinein, sondern lebens-

nahe - und in unserem Falle hier - sinnvolle Darstellung der fürsorgenden Förderung konkreter praktischer Aufgaben der Bodenbewirtschaftung und ihrer vielen Zweige und Abwandlungen und, so gesehen, insbesondere auch die Darstellung der staatlichen Förderung unseres bäuerlichen Menschen selbst.

Meine Damen und Herren! Im Jahre 1947/48 wies der Einzelplan VIII noch 30 Kapitel aus. Durch den Wegfall der ernährungswirtschaftlichen Einrichtungen, durch Zusammenlegung von Kapiteln, durch Übertragung von Aufgaben an die Landwirtschaftskammern und Verlagerung eines Kapitels auf einen Sektor halböffentlicher Art verringerte sich diese Zahl der Kapitel erheblich. Neu hinzugekommen ist ein Kapitel „Jagdverwaltung“. Der Haushalt weist nach diesen Änderungen für 1950 nur noch 21 Kapitel aus, welche folgende Nummern tragen: 1 bis 14, 20, 21, 22, 30, 32, 33 und 34. Die dazwischenliegenden Nummern fehlen. Ausgeschieden sind folgende Kapitel: Tierzuchtämter, Weinbauämter, die Kapitel für die beiden Außenstellen in Kaiserslautern, das Kapitel Milcherfassung und Viehkontrolle, das Kapitel Imkerschule in Mayen und das Kapitel Holzbewirtschaftung.

Ich halte es nun für richtig, die im Einzelplan VIII etwas zerstreut aufgeführten Kapitel nach sachlichen Gesichtspunkten zu ordnen und sie auch so vorzutragen. An der Spitze steht das Ministerium. Dann folgt das Schulwesen, die Biologische Anstalt in Bernkastel-Kues, der Wetterdienst, Landespflanzenchutz, Moorwirtschaftsstelle, Gestüte, Verwaltung der Domänen und Streugrundstücke, Staatsweingüter, Reb- lausbekämpfung und Reblausabwehr, Untersuchungsanstalt in Mainz, endlich die Landeskulturverwaltung und die Wasserwirtschaftsverwaltung. Dann kommt der Wald mit folgenden Kapiteln: Örtliche Forstverwaltung, Forstschulen, Fischereiverwaltung und Jagdverwaltung.

Jetzt zu den einzelnen Kapiteln! Das Ministerium weist an Einnahmen rund 330 000 DM auf, die in der Hauptsache durchlaufende Posten sind. In den Einnahmen befindet sich ein Posten von 26 000 DM, der vom Bund - ich erwähne das ausdrücklich - als Zuschuß zu den „Kosten der Erntermittlung“ gewährt wird. Von den Ausgaben in einer Gesamthöhe von etwa 3,7 Millionen DM sind zunächst 1,2 Millionen DM Personalausgaben. Folgende Posten sind erwähnenswert: Förderungsmittel der Landwirtschaft: 200 000 DM, Förderungsmittel der Tierzucht: 150 000 DM, Förderung des Weinbaues: 100 000 DM, einmaliger Zuschuß für weinwirtschaftliche Zwecke: 200 000 DM - wie ich höre, ist inzwischen der Betrag auf 300 000 DM festgesetzt worden -, Zuschuß für den Bezirksverband Pfalz, für dessen landwirtschaftliche Institutionen: 148 000 DM, Darlehen an die Landwirtschaftskammern: 600 000 DM zur Überbrückung der einnahmeloosen Zeit von April bis Oktober dieses Jahres. Dieser Darlehensbetrag ist in Einnahmen mit einer Rate von 100 000 DM angesetzt.

Hierzu forderten die landwirtschaftlichen Vertreter eine Erhöhung der Förderungsmittel. Der Beschluß konnte jedoch nicht durchgebracht werden, da andere Positionen zu stark heraufgesetzt waren, so daß für diese Zwecke Mittel nicht übrig blieben.

Die fünf „höheren Lehranstalten“ Neustadt, Oppenheim, Ahrweiler, Bad Kreuznach und Trier, die in Kapitel 8 zusammengefaßt sind, weisen eine Gesamteinnahme von rund 650 000 DM auf. Darunter sind die Positionen Wirtschaftseinnahme aus dem Weinbau von 280 000 DM, die Wirtschaftseinnahme aus dem Obst- und Gemüsebau mit rund 100 000 DM die wich-

tigsten. Die durchschnittlich 530 Schüler dieser fünf Lehranstalten zusammen zahlen rund 25 000 DM Schulgeld. Neben den Personalkosten von rund 500 000 DM fallen insbesondere die Bewirtschaftungsposten der einzelnen Güter, die den einzelnen Anstalten beigegeben sind, ins Gewicht. Diese Betriebsausgaben überstiegen ursprünglich in den Ansätzen die Betriebseinnahmen um rund 100 000 DM. Dem Ausschuss war diese Tatsache Anlaß, die Betriebsausgaben global um 100 000 DM zu kürzen.

Allgemein hat der Ausschuss sich auf den Standpunkt gestellt, daß unsere staatlichen, landwirtschaftlichen und forstlichen Unternehmen in ihrer Wirtschaftsgebarung endlich wieder so weit kommen müssen, daß sie sich wenigstens tragen, wenn sie schon keine Erträge abwerfen.

Die 49 „Landwirtschaftsschulen“ und zwei „Weinbauschulen“ in Kapitel 2 vereinnahmen rund 800 000 DM. Es sind in den Schulen zusammen etwa 2200 Schüler. Die Haupteinnahme in Höhe von rund 700 000 DM steuern die Landwirtschaftskammern bei aus ihren Landwirtschaftsbeiträgen. Diese Summe von 700 000 DM, die ich erwähnt habe, stellt ein Drittel des Gesamtbedarfes der Schulen in Höhe von 2,2 Millionen DM, so daß das Land selbst noch 1,4 Millionen DM aufzuzahlen hat.

In Kapitel 3 wird die „Landfrauenschule“ in Boppart behandelt. Es sind hier durchschnittlich 30 Schülerinnen untergebracht. Die Schule erfordert einen Zuschuß des Landes von rund 30 000 DM.

Als weiteres, und zwar als ausgesprochenes Förderungsinstitut in önologischer Hinsicht ist die „Biologische Anstalt“ in Bernkastel-Kues zu werten. Die Einnahmen aus dem Weinbau wurden auch hier zum Ausgleich der Wirtschaftsausgaben auf 25 000 DM heraufgesetzt. Neu angegliedert wird dem Institut ein wichtiges Laboratorium für Reblausforschung. Der Gesamtaufwand beträgt rund 120 000 DM bei einer Gesamteinnahme von rund 30 000 DM.

Und weil nun in der Werkstatt des Bauern der Erfolg in erster Linie vom Wetter abhängig ist, hat man in Kapitel 6 den „Wetterdienst“ in den Landwirtschaftsetat hineingenommen. Der Wetterdienst soll in Zukunft zu zwei Dritteln vom Bund, zu einem Drittel vom Land finanziell getragen werden. Die Beamten und Angestellten sollen dann in den Bundesdienst übergeführt werden. Bei den ganz geringen Einnahmen aus den Veröffentlichungen der Wettermeldungen ist vorläufig der Gesamtaufwand für den Wetterdienst mit rund 450 000 DM in dem Haushaltsplan ausgewiesen. Die Hauptstelle des Wetterdienstes befindet sich in Neustadt an der Haardt.

Die Plagegeister der Landwirtschaft in der Form von tierischen und pflanzlichen Schädlingen, von denen uns der Herr Finanzminister einige in seiner Etsatrede liebesam erwähnt hat, finden ihre Gegenspieler in Kapitel 4 mit der Überschrift „Landespflanzenschutz“. Die Einnahmen aus diesem Kapitel sind um wesentliche Beträge erhöht worden. 60 000 DM sollen von denen aufgebracht werden, welche die Pflanzenschutzbehörde privat in Anspruch nehmen. Vom Bund erhofft man einen Zuschuß für die San-José-Schildlaus - d. h. für deren Bekämpfung - in Höhe von 12 000 DM, und für die Bekämpfung des Kartoffelkäfers in Höhe von 100 000 DM. Der ursprüngliche Plan in den Vergütungsgruppen wurde wesentlich herabgesetzt vom Ausschuss, dementsprechend auch der Geldansatz, weil der Ausschuss der Ansicht war, daß, wenn schon Erhöhung, dieselbe unbedenklich auf mehrere Jahre verteilt werden kann. Für die Be-

kämpfung des Kartoffelkäfers und anderer Schädlinge sind bei den Ausgaben 600 000 DM zusätzlich eingesetzt worden.

Von den landwirtschaftlichen Zweckunternehmen nenne ich als erstes die „Moorwirtschaftsstelle“ in Landstuhl. 1920 gegründet, hatte sie die Aufgabe, die Moor- und Sumpfgelände der Pfalz zu kultivieren. Dieser Aufgabe wird sie entledigt sein, wenn sie die mit noch 160 ha errechneten Sumpfgelände der Pfalz erschlossen haben wird. Die staatliche Stelle als solche kostet etwa 40 000 DM, der Wirtschaftsbetrieb selbst gleicht sich in Einnahme und Ausgabe ungefähr aus.

Das Kapitel 7 „Gestüte“, unter das die Unternehmen in Zweibrücken und Eichelscheider Hof, also beide in der Pfalz, fallen, löste eine lebhafte Debatte aus. Der Ausschuss kam zu dem Schluß, daß zusätzliche Erweiterungen in diesem und im nächsten Jahr nicht mehr erfolgen sollen und daß eine Überprüfung der Verhältnisse auf dem Pferdemarkt vorgenommen werden soll, um das Maß der ferneren Existenzberechtigung der Gestüte feststellen zu können. Denn überall wird heute das Pferd durch die Motorisierung verdrängt. Auf alle Fälle soll zugleich das Zuchtziel mehr auf schwerere Rassen umgestellt werden. Der Zuschußbedarf der beiden Gestüte, die auch einen erheblichen Land- und Forstbesitz aufweisen, beträgt rund 200 000 DM.

Weitere Unternehmen sind die staatseigenen Grundstücke, die in den beiden Kapiteln 22 und 9 zusammengefaßt sind unter den Bezeichnungen „Verwaltung der Domänen und Streugrundstücke“ einerseits und „Staatsweingüter“ andererseits.

Die Güter der verwalteten Domänen und Streugrundstücke sind verpachtet. Der Pächterlös beträgt rund 62 000 DM. Rund die Hälfte dieser Einnahmen ist allein als Soforthilfeabgabe seitens des Landes zu zahlen. Außerdem sind als einmalige Ausgaben für Neuerrichtung von Wohnungen und Erweiterung bestehender Wasserversorgungsanlagen auf den Gutsböfen 50 000 DM vorgesehen. Der Gesamtzuschußbedarf dieser verpachteten Grundstücke beträgt also inmerhin noch rund 30 000 DM.

Die Staatsweingüter in Kapitel 9 bieten dagegen eher einen Lichtblick. Der Ausschuss sah sich aber auch hier genötigt, die Einnahmesätze sowohl bei den früheren preussischen Domänen als auch bei den rheinhessischen Domänen um je 100 000 DM zu erhöhen. Diese Erhöhung der Einnahme ist dadurch realisierbar, daß von den alten Weinbeständen endlich größere Mengen abgesetzt werden. Damit werden die Staatsweingüter voraussichtlich einen Gesamtüberschuss von 300 000 DM einbringen.

Von diesem lebensfrohen Kapitel der Staatsweingüter unseres Landesetats komme ich zu einem der traurigsten, nämlich zu dem, das die Reblaus und ihre Bekämpfung behandelt. Dieses Insekt erfordert in Kapitel 12 „Reblausbekämpfung“ rund 1,9 Millionen DM aus Landesmitteln. Mit dieser Summe ist allerdings, wie wir wissen, bei weitem der Geldbedarf noch nicht gedeckt, der auf Grund der alten gesetzlichen Bestimmungen von 1904 und 1936 zu zahlen wäre. Bei der weiten Verbreitung der Reblaus muß eine solche gesetzliche Regelung für den Reblausdienst gefunden werden, daß sie der finanziellen Leistungsfähigkeit angepaßt ist. Ein Beschluß des Finanzausschusses spricht die Erwartung aus, daß unsere Landesregierung sich sogleich um eine Abänderung der reblausgesetzlichen Bestimmungen beim Bunde bemüht. Außerdem soll beim Bunde nachhaltig der berechtigten Forderung Geltung verschafft

werden, daß der Bund selbst einen namhaften Zuschuß für Reblausbekämpfungszwecke dem Lande zukommen läßt.

Die einzige vorläufige Möglichkeit, die Verbreitung der Reblaus einzudämmen - ich verweise, in diesem Zusammenhang z. B. darauf, daß im letzten Jahr in der Pfalz allein 52 000 Rebstöcke mehr als verseucht festgestellt wurden als in den letzten 50 Jahren zusammen! -, besteht in der Verwendung der Pfropfrebe, die aus einer resistenten Hybride besteht und einem europäischen Edelaube.

Für diese „Rebenveredlung“ hat unser Land in Kapitel 10 des Haushalts eine Ausgabe vorgesehen von rund 600 000 DM bei einer Einnahme von rund 350 000 DM. Die staatliche Rebveredelung selbst wird in den zwei staatlichen Anstalten Rhodt und Bergzabern in der Pfalz sowie in den beiden Anstalten Bernkastel und Oberlahnstein hier im Norden betrieben.

Die Rebenzucht wird aus dem Kapitel 11 finanziert. Eine Anstalt in Alzey, die der Zucht neuer europäischer Reben dient, soll vom Land auf die hessische Kammer übergehen. Es bleibt dann noch das Forschungsinstitut für Rebenzüchtung auf dem Geilweiler Hof, dem als Ziel die Züchtung einer gegen alle Infektionskrankheiten und gegen die Reblaus widerstandsfähigen Rebe vorschwebt. Der Ausschuß glaubte, nicht in der Lage zu sein, den Gesamtbedarf in Höhe von 450 000 DM zur Verfügung stellen zu können. Da das Arbeitsziel ein gesamtdeutsches, ja ein internationales Interesse beansprucht, muß vom Bund ein Zuschuß von der Hälfte des Gesamtbedarfes erwartet werden. Vorläufig sind die Leistungen unseres Landes auf 230 000 DM bemessen mit der Weisung, die Züchtungsarbeiten auf die Herausbildung geeigneter Unterlagsreben zu beschränken und die Züchtung der sogenannten Idealrebe - vorläufig wenigstens - als Fernziel zu betrachten.

Wir verlassen dieses Kapitel und fügen hier das Kapitel des „Chemischen Untersuchungsamtes“ in Mainz ein, das hier als staatliches Institut betrieben wird neben den drei Schwesterinstituten in Speyer, Koblenz und Trier, die auf kommunaler Grundlage beruhen. Die Einnahme mit 150 000 DM überwiegt mit rund 30 000 DM die Ausgaben von 120 000 DM. Die Einnahmen resultieren aus Gebühren und Strafgeldern auf Grund eines im letzten Jahr vom Landtag verabschiedeten Gesetzes.

Die „Landeskulturverwaltung“ kann in ihrer Bedeutung im Rahmen der Berichterstattung unmöglich auch nur andeutungsweise gewürdigt werden. Die Bedeutung wird herausgestellt schon durch die Tatsache einer Gesamtausgabe von 6,3 Millionen DM für dieses Institut. Die Landeskulturverwaltung hat zu ihren seitherigen bedeutenden Aufgaben neue hinzubekommen auf Grund des Bodenreformgesetzes und des Flüchtlingsiedlungsgesetzes. Z. Z. sind in Bearbeitung 99 Verfahren mit zusammen 260 000 Hektar. Der hohe Ausgabensatz beziffert sich auf die hohe Summe von 6,3 Millionen DM, denen im Vergleich zu dieser Ziffer nennenswerte Einnahmen nicht gegenüberstehen. Die Stellenpläne der elf Kulturämter im Lande und des Großkulturamtes in Neustadt für die Pfalz haben eine wesentliche Erhöhung erfahren. Unter den allgemeinen Haushaltsausgaben ragen die beiden Posten: „Beihilfen zu den Ausführungskosten der Umlegung“ mit einer halben Million DM und „Zuschüsse für landwirtschaftliche Siedlungen und Bodenreform“ mit 1,5 Millionen DM neben den 3,4 Millionen DM betragenden Personalkosten besonders hervor.

Auch die „Wasserwirtschaftsverwaltung“ erfordert über vier Millionen DM zusätzliche Landesmittel. Der Ansatz für die Beseitigung von Wasserschäden wurde von 425 000 DM auf 600 000 DM erhöht, die Beihilfen zur Förderung der Landesmeliorationen von 900 000 DM auf 1 350 000 DM und die Beihilfen zur Förderung ländlicher Wasserversorgungsanlagen von 400 000 DM auf 550 000 DM.

Wie Sie sehen, haben die beiden letzten Kapitel, welche besonders der Förderung der Landwirtschaft dienen, das besondere Interesse des Ausschusses gefunden.

Wir kommen jetzt zum Wald!

In Kapitel 30 finden wir die Zahlen der „Örtlichen Forstverwaltung“, welche die Verwaltung der Staatsforsten selbst und die Beförderung der Gemeindewaldungen enthält, soweit diese besteht. Die Einnahmen aus Holz wurden vom Ausschuß heraufgesetzt und sind jetzt mit 30 Millionen DM veranschlagt. Die Forstbesoldungsbeiträge der Gemeinden sind mit 2,8 Millionen DM ausgewiesen. Die Gesamteinnahmen beziffern sich aus diesem Kapitel auf 33,7 Millionen DM. Die Ausgaben erfordern u. a. 7,1 Millionen DM Personalaufwand, 3 Millionen DM Versorgungsgebühren, 2,5 Millionen DM Grundsteuern und öffentliche Lasten, 4,2 Millionen DM Arbeiterlöhne für die Holzfällung. Für die Aufforstung sind insgesamt 3,6 Millionen DM vorgesehen. Dabei war der Ausschuß der Ansicht, daß die rückständigen Aufforstungsarbeiten auf fünf Jahre verteilt werden sollen, da unmöglich in kürzerer Zeit die Schäden aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren ohne Störung des Haushalts ausgebessert werden können. Die Gesamtausgaben werden rund 30 Millionen DM betragen, so daß der Überschuß aus dem Forstetat mit rund 3,5 Millionen DM angegebe werden kann.

Die „Forstschulen“ in Hachenburg und Trippstadt, die in Zukunft auch die Ausbildung aller Betriebsbeamten auf Staatskosten übernehmen werden, schließen mit 15 000 DM Einnahmen und 95 000 DM Ausgaben ab. Der Personalaufwand allein beträgt 60 000 DM.

Die „Fischereiverwaltung“ in Kapitel 33 bezieht ihre Einnahmen in Höhe von 125 000 DM in der Hauptsache aus den Gebühren für Angelerlaubnis. Die meiste Liebe zum Angelsport scheint in der Pfalz zu bestehen, für die allein der Gebührensatz in Höhe von 65 000 DM den der übrigen vier Regierungsbezirke um 5000 DM übersteigt. Die Ausgaben des Kapitels für fischzüchterische Maßnahmen beziffern sich auf rund 70 000 DM. Die Personalausgaben für den einen Fischereirat sind im Etat des Ministeriums ausgewiesen.

Das neue Kapitel in der Nr. 34 bezeichnet sich als „Jagdverwaltung“. Die lebhafteste Debatte um dieses Kapitel bestritt teilweise dessen Notwendigkeit. Die Einnahmen mit 150 000 DM kommen von 3000 Jagdscheinen à 50 DM. Personalkosten entstehen auch in diesem Kapitel nicht, da die Verwaltung vom Forstetat getragen wird. Der Betrag der Kostenerstattung an Jagdsachverständige wurde auf 20 000 DM gekürzt und eine Rücklage von 22 000 DM gebildet. Die Gesamtausgaben betragen wie die Gesamteinnahmen 150 000 DM.

Was ich Ihnen, meine Damen und Herren, mit diesen einzelnen knappen Zahlen veranschaulicht habe, beziffert sich im ganzen im Einzelplan VIII auf 38,8 Millionen DM Einnahmen und 55 Millionen DM

Ausgaben. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als einen Zuschuß zum Landwirtschaftsetat in Höhe von rund 16 Millionen DM.

Wir wissen, daß dieser Zuschuß an dem Gesamtdesizit des Haushalts wird partizipieren müssen und daß dabei leider mancher Wunsch, den die Landwirtschaft und der Weinbau unseres Landes hegen, vielleicht nicht so ganz in vollem Umfange erfüllt werden kann. Der Ausschuß war aber auch andererseits wirklich überzeugt davon, daß die Lebensrechte unserer bäuerlichen Bevölkerung eine effektive, wirksame und notwendige Sicherung erfahren müssen, um die Gefahr der Not abzuwehren, die bei der Fortentwicklung der Einfuhr in den Bund und nach Deutschland herein ohne Zweifel sich jetzt schon da oder dort aufzutut.

Die dargebotene Beschulung, Beratung und Hilfestellung, wie sie das Land im „vorstehenden“ Etat geplant hat, muß andererseits aber auch von unserer Landwirtschaft immer mehr genutzt und gebraucht werden, damit die Mittel nicht irgendwie als vergebend erscheinen.

Dann wird unsere Landwirtschaft aus sich heraus die Kraft gewinnen, den harten Existenzkampf zu führen und voranzukommen. Und darum geht es uns schließlich im Endziel!

Ich habe Ihnen jetzt noch die Annahme des Einzelplanes VIII, zusammen mit dem Antrag des Ausschusses, der aus Drucksache II/1490 zu ersehen ist, zu empfehlen. (Beifall)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Nach der Berichterstattung ist die Besprechung eröffnet. Das Wort hat der Abgeordnete Tönges (ODU).

Abg. Tönges:

Meine Damen und Herren! In dem letzten Bericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom Juni 1950 stehen folgende interessante Zahlen über die Verschuldung der Landwirtschaft:

	1939	21. 6. 1948	1. 7. 1949
Hypotheken rd.	4,5 Md.	1,895 Md.	1,9 Md.
Renten u. Altenteile	450 Mill.	461 Mill.	496 Mill.
an sonstig. Schulden	1,39 Md.	124 Mill.	694 Mill.

Aus diesen Zahlen kann man zwei wichtige Schlüsse ziehen. 1. Sie bedeuten den eklatanten Beweis gegen die Behauptung, die Landwirtschaft im ganzen habe in den Hungerjahren gewuchert und geschoben. Es ist zwar richtig, daß durch die umfangreiche Liquidierung der Substanz, durch den Abbau der Viehbestände, durch zwangsläufige Einsparungen bei den Betriebsmitteln und durch die Unterlassung von Ersatzbeschaffungen ein Teil der hohen Verschuldung abgedeckt werden konnte. Es ist aber ebenso klar ersichtlich, daß die Landwirtschaft bei weitem ihre hohe Verschuldung nicht ganz abgetragen hat, denn in der Hypothekarverschuldung von rund 1,9 Md. Mark stecken etwa 1 Md. Umstellungsgrundschulden. Wenn, wie das heute immer noch von böswilligen Zungen behauptet wird, die Landwirtschaft wirklich so gewuchert und geschoben hätte, dann hätte sie höchstwahrscheinlich ihre gesamten Schulden abdecken können. Das zweite, was aus diesen Zahlen ersichtlich ist, ist eine neue hohe Verschuldung der Landwirtschaft, die bis zum 1. Juli 1949 rund 610 Mill. beträgt. Es wird in diesem Bericht des Bundesland-

wirtschaftsministers davon gesprochen, daß diese Verschuldung, obwohl zur Zeit Buchprüfungen noch nicht vorliegen, im Jahre 1950 konsequent weitergeht; d. h. also, diese neuen Schulden werden weiter anlaufen, da die Landwirtschaft im heutigen Zustand unrentabel ist, da durch Produktionskosten und Löhne ein angemessener Gewinn nur in einzelnen, besonders günstigen Fällen, herausgewirtschaftet werden kann.

In dieser Tatsache liegt für die Landwirtschaft selbst und für das ganze Volk eine riesige Gefahr. Wenn es dem Landwirt nicht mehr möglich ist, die zur Durchführung des Betriebes aufgenommenen, besonders kurzfristigen Kredite für Saatgutbeschaffung, Kunstdüngerbeschaffung, Viehkauf nicht mehr zurückzuzahlen - und der Landwirt ist kein Freund von Schulden - dann wird er künftig in seinem Betrieb anders wirtschaften. Er wird Ausgaben, soweit es möglich ist, vermeiden, und wird da beginnen, wo Einsparungen möglich, aber vollständig falsch am Platze sind. Er wird Saatgut nicht mehr neu kaufen, er wird Kunstdünger und Maschinen nicht neu kaufen, kurzum, er wird seinen Betrieb extensivieren. Und damit stehen wir vor der Gefahr, die wir glauben endgültig überwunden zu haben. Wir stehen vor der Gefahr, daß wir nach dem Ablauf des Marshall-Planes eine extensivierte Landwirtschaft bekommen werden und nicht mehr die Produktion hervorbringen können, wie sie Gott sei Dank in ihrer Menge in den allerletzten Jahren hervorgebracht worden ist. Das bedeutet ernährungsmäßig und politisch eine Gefahr, die nicht übersehen werden kann. Das bedeutet aber auch eine Gefahr für den deutschen Bauern, der in dem kommenden Konkurrenzkampf mit der ausländischen Produktion nur durch eine Intensivierung, d. h. durch eine Mehrproduktion je Hektar und Einheit, seine Unkosten verbilligen und damit die Preise für seine Produktion senken kann.

Es ist selbstverständlich Aufgabe jedes einzelnen Betriebsführers und Aufgabe der berufsständischen, wirtschaftspolitischen und technischen Organisationen, dieser Gefahr entgegenzuwirken, und mit und ohne Aufwand von Geldmitteln für eine höchstmögliche Intensivierung zu sorgen. Die wirtschaftspolitischen Erfordernisse, Stabilisierung der Preise, Normierung der notwendigen Einfuhren, so daß Erzeuger und Verbraucher durch sie nicht gestockt werden, sind Aufgaben der Außenhandelspolitik, die vom Bund gelöst werden müssen.

Wenn wir heute den Etat des Landwirtschaftsministeriums beraten, dann müssen wir an diesen Etat und die aus ihm zu leistenden Beträge die Forderung stellen, daß dieser Etat der Intensivierung der Landwirtschaft in jeder Beziehung dient. Das heißt, daß sowohl die berufsständische Erziehung der landwirtschaftlichen Jugend voll gewährleistet wird, daß Mittel für besondere Zwecke, die der einzelne Betrieb zu tragen nicht in der Lage ist, zur Verfügung gestellt werden und daß besondere Förderungsmittel für die einzelnen notwendigen landwirtschaftlichen Institute zur Verfügung stehen.

Der Schuletat ist, so wie er vorliegt, mit Mitteln ausgestattet, die für die Unterrichtung und für die Wirtschaftsförderung im Augenblick ausreichen. Bei der augenblicklichen Finanznot halten wir die an sich notwendige Neueinstellung von Technikern zur Zeit nicht für geboten. Die bisher tätigen Lehrkräfte müssen die anfallende Arbeit schaffen, müssen aber zu diesem Zwecke beweglicher gemacht werden.

Wir sind der Meinung, daß die Mittel, die für solche Zwecke aufgewandt werden, bestens angewandt sind. Wir sind aber der Meinung, daß angeschlossene Be-

triebswirtschaften, auch in den Schulen, genau so wie jeder Bauer rentabel wirtschaften müssen, und wir müssen es strikte ablehnen, daß diese Betriebswirtschaften, seien es Weingüter, seien es landwirtschaftliche Betriebe oder Obstbaubetriebe, von vorneherein mit Zuschüssen dotiert werden.

Im übrigen steht die Fraktion der CDU auf dem Standpunkt, daß endlich eine Regelung der bisher unbefriedigenden Leistung der Landwirtschaftsschulen getroffen werden muß, wobei in den ehemaligen preussischen Gebietsteilen eine Unterstellung der Schulen unter die Landwirtschaftskammer anzustreben ist, so wie es früher gewesen ist, und die ehemaligen Gebietsteile von Rheinhessen und Pfalz ihre besondere Regelung wie früher haben sollen. Wenn wir von einer Intensivierung der Landwirtschaft sprechen, dann muß in erster Linie eine ordentliche Bekämpfung der Pflanzenschädlinge durchgeführt werden. Entgegen der Meinung des Herrn Finanzministers, die dieser in einer Form in seiner Etatrede vorgetragen hat, die nicht nur die Mißbilligung des gesamten Bauernstandes hervorgerufen hat, sondern auch Beweis dafür ist, daß er die Materie nicht gründlich genug erforscht hat, daß für solche Zwecke vom Staate nichts zur Verfügung gestellt werden könnte und daß dieses Ungeschiefe von dem Betriebswirt selbst vernichtet werden müsse, stehen wir auf dem Standpunkt, daß der katastrophale Befall, besonders der Kartoffelkäfer, und hier auch zu sprechen von der Reblaus, nicht allein von den Betroffenen getragen werden kann, und daß der Staat, wenn er nicht in der Lage ist, die Kosten ganz zu übernehmen, wenigstens sehr hohe Zuschüsse zu diesen Bekämpfungsmitteln bereitstellen muß.

Bei den Ausgaben für die Erhaltung der Gestüte begrüßen wir den Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses, wonach der Ausgabenansatz wesentlich herabgesetzt wird. Wir sind der Auffassung, daß diese Gestüte unter keinen Umständen aufgelöst werden dürfen, weil das Pferd nach wie vor in der Landwirtschaft eine große Rolle spielen wird. Aber entsprechend der starken Motorisierung der Landwirtschaft ist eine Drosselung der Ausgaben, wie sie in diesem Antrag vorgesehen ist, durchaus berechtigt, und die noch zur Verfügung stehenden Mittel reichen vollkommen aus, den Bestand der Gestüte in der bisherigen Höhe zu gewährleisten. Betreffend der Landeslehranstalten gelten in bezug auf die eingegliederten Wirtschaftsbetriebe dieselben Forderungen, die zu den Schulen gestellt worden sind. Auch bei den Staatsweingütern ist grundsätzlich zu fordern, daß nicht nur Einnahmen und Ausgaben sich decken, sondern daß unter den heutigen Verhältnissen im Weinbau, gegebenenfalls durch Verkauf lagernder Bestände, eine Rente herausgewirtschaftet wird.

Zu den Kapiteln Rebenveredlung, Rebenzüchtung und Reblausbekämpfung ist zu sagen, daß für diese Zwecke genügend Mittel bereitgestellt werden, da ja das Wohl und Wehe des Weinlandes Rheinland-Pfalz auf Gedeih und Verderb mit Leben und Sterben des Weinbauern verbunden ist. Es ist überflüssig, nur von diesen Dingen zu sprechen, aber aus ihnen nicht die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Seit vielen Monaten wird in zunehmendem Maße von dem Reblausbekämpfungsmittel gesprochen, das auf eine Erfindung des in Alwig (Rheinhessen) wohnenden Chemikers Noack zurückgeht. Aus Weinbaukreisen wird bestätigt, daß dieses unbrennbare und mit Wasser unlösliche Reblausbekämpfungsmittel mit einem sehr hohen Verdampfungsgrad bei seiner Anwendung die gleiche tödliche Wirkung hat wie Schwe-

felsäurestoff, dagegen den Stock selbst in keiner Weise angreift. Auch Fachleute auf dem Gebiet der Rebzucht haben die ausgezeichnete Wirkung dieses Mittels anerkannt, weshalb wir hiermit die Regierung ersuchen, raschestens die Verbindung mit dem Erfinder, Herrn Noack, aufzunehmen.

Gleichzeitig beantragen wir, aus den Mitteln der Reblausbekämpfung zur Ausprobung dieses Mittels einen Betrag von 10 000 DM zur Verfügung zu stellen.

Bei der ungeheuren Bedeutung, die die Landeskulturverwaltung für unser Land hat, und bei der außerordentlichen Bedeutung, die die von ihr zu schaffende Feldbereinigung für die Landwirtschaft hat, ist es zu begrüßen, daß die Mittel der Landeskulturverwaltung erhöht worden sind und sie damit in den Stand gesetzt wird, durch Berufung geeigneter Fachkräfte die Umlegung und notwendigen Landesmeliorationen besser und schneller als in der Vergangenheit durchzuführen.

Bezüglich der Verwaltung der Domänen und Streugrundstücke ist zu sagen, daß die aus dem Etat zu ersiehenden Zahlen zu berechtigter Kritik Anlaß geben. Eine solche große Vermögensverwaltung, die mit einem Defizit von rund 40 000 DM abschließt, dürfte auch im Hinblick auf die private Agrarwirtschaft kein Beispiel einer auch vom Staate zu betreibenden rentablen Verwaltung sein. Es ist zu erstreben, daß die Verwaltung der Domänen und Streugrundstücke künftig unter allen Umständen mit einem Gewinn abschließt. Das erhebliche Defizit des Landwirtschaftsetats kommt im wesentlichen daher, daß die Forstverwaltung, anders als in den vorhergehenden Jahren, geringere Überschüsse zu verzeichnen hat. Die Überschüsse betragen rund 3 Millionen und sind begründet durch den geringeren Einschlag und die höheren Aufwendungen für Aufforstungen und dergleichen.

Es wird durchaus die Möglichkeit gesehen, daß dieser Reinertrag noch gesteigert wird und daß der Mehrerlös für eine Verbesserung dieses Landwirtschaftsetats, insbesondere zur Bereitstellung von Förderungs- mitteln für die Landwirtschaft, herangezogen wird. Im Hinblick auf das kommende Forstgesetz halten wir es für untragbar, daß die Gebühren für die staatliche Beförderung von Gemeindewaldungen gegenüber dem vergangenen Jahr von 8 auf 9 DM pro Hektar erhöht worden sind und geben der Erwartung Ausdruck, daß diese Erhöhung wieder wegfällt und die Gebühren auf den früheren Satz zurückgeführt werden.

Wegen der Fischerei- und Jagdverwaltung geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß die Entwicklung auf den beiden Gebieten künftig den deutschen Fischern und Jägern weitere Rechte einräumt und daß dadurch die lauten Klagen über starke Wildschäden, die wir in den vergangenen Jahren hörten und auch heute wieder hören müssen, allmählich verstummen. Trotzdem stehen wir auf dem Standpunkt, daß die auch heute noch entstehenden starken Wildschäden, soweit sie nicht von den neu anpachtenden Jägern getragen werden, nicht von den leidtragenden Bauern getragen werden müssen, sondern daß durch eine gesetzliche Regelung diese Schäden als Folge des Krieges von der Gesamtheit der Bevölkerung - also vom Bund - zu tragen sind als Kriegsfolgelasten.

Rheinland-Pfalz ist im wesentlichen ein landwirtschaftliches Weinbaugebiet. Die Hälfte der Erwerbstätigen in unserem Lande sind Landwirte und Winzer. Sie stehen zur Zeit im Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz. In diesem Kampf muß das ganze Volk ihnen zur Seite stehen. Von einer Regierung erwarten wir,

daß sie durch ihre Hilfe sich selbst aktiv als Staat legitimiert, wenn wir nicht durch eine Verelendung des landwirtschaftlichen Berufsstandes die Steuerkraft des Landes weiter senken wollen und nicht die jungen Menschen vom Lande, wie wir es heute schon feststellen können, zwangsweise in die Industrie drängen und sie schließlich erwerbslos werden lassen. Hier muß also das Menschenmögliche getan werden, um Hilfe zu leisten. Wir erkennen an, daß der vorliegende Etat den Versuch macht, der Landwirtschaft und dem Weinbau zur Hilfe zu kommen, und erklären deshalb, daß wir mit dem vom Haushalts- und Finanzausschuß vorgeschlagenen Änderungen einverstanden sind. (Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ziegler:

Das Wort hat der Abgeordnete Rüb von der Fraktion der SPD.

Abg. Rüb:

Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Tönges hat schon auf die Lage der Landwirtschaft hingewiesen. Wir als Sozialdemokraten wollen aber doch die Feststellung machen, daß die so vielgepriesene freie Marktwirtschaft wie auch die Liberalisierung des Außenhandels die Lage der Landwirtschaft sicher nicht verbessert, sondern eher verschlechtert haben. Es sind vielleicht diese Liberalisierung des Außenhandels wie auch die freie Marktwirtschaft gut für die Industrie, vielleicht auch für den Handel, aber nicht für die Landwirtschaft. Es ist somit eine Krise heraufbeschworen worden, an der eine Regierung nicht leicht hin vorübergehen kann.

Wenn auch die Landwirtschaft nicht ganz schuldlos an ihrer jetzigen Lage ist - denn man kann doch ohne weiteres feststellen, daß sie oft nicht mit der Zeit ging, oft noch mit rückständigen Methoden arbeitete und sich so gern auf die Hilfe des Staates verließ und Verbesserungsvorschläge oft abwies -, so muß doch dabei bedacht werden, daß hierfür viele Umstände maßgebend und schuld waren. Man denke nur an die Autarkiebestrebungen des Dritten Reiches und auch an die verfehlte Agrarpolitik früherer Regierungen. Heute wird es mit den Autarkiebestrebungen vorbei sein; denn wir erstreben ja die Vereinigten Staaten von Europa mit einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, das die deutsche Landwirtschaft zu ganz anderen Maßnahmen zwingen wird; sonst wird sie sich ihr eigenes Grab schaufeln.

Deshalb ist es höchste Zeit für eine weitsichtige Planung und Lenkung unserer Gesamtwirtschaft. In diese Planung ist die Landwirtschaft einzubeziehen, da sie einen entscheidenden Faktor unserer deutschen Volkswirtschaft darstellt.

Meine Damen und Herren! Es ist nach Ansicht der Sozialdemokraten der Bestand und das Gedeihen der Landwirtschaft für unser Wirtschaftsleben eine Notwendigkeit und somit auch ein bedeutsamer Teil für die Gestaltung und Stellung Deutschlands in der kommenden europäischen Wirtschaft. Denn wir hoffen, daß die Leistungen der deutschen Landwirtschaft zu dieser Gesamtgestaltung maßgebend beitragen werden. Wohl wird die Ausrichtung nach diesem Ziele in der Hauptsache Aufgabe des Bundes sein müssen; aber auch die Länder werden verpflichtet sein, ihre Agrarpolitik dahingehend auszurichten. Für diese Ausrichtung dürfte in erster Linie der Etat des Landwirtschaftsministeriums maßgebend sein neben den für den Bestand und die Förderung bestehenden und noch zu beschließenden Gesetzen. Leider müssen wir aber viele Förderungswünsche infolge Fehlens der Mittel zurückstellen und werden daher unberücksichtigt bleiben.

Grundsätzliche Voraussetzung für eine Besserstellung der Landwirtschaft ist immer wieder die Steigerung der Erzeugung; denn wir müssen immer feststellen, daß wir keine Überproduktion haben. Wir werden in Deutschland sicher auch keine landwirtschaftliche Überproduktion bekommen. Eine solche Überproduktion kann nur eintreten bei einseitigem Anbau oder einseitiger Verlegung der Erzeugung auf bestimmte Produkte, wie wir es seinerzeit schon mit Gemüse und auch anderen Erzeugnissen erlebt haben. Es ist ein Übel, wenn in einem Jahr in einem Sektor Überpreise und guter Absatz erzielt werden, daß dann der Anbau zum großen Teil im kommenden Jahr auf diesen Sektor verlegt wird. Hier muß eine Planung eingreifen, natürlich keine Zwangswirtschaft, die verlangen wir Sozialdemokraten sicher auch nicht, sondern es muß eine weitsichtige und vernünftige Lenkung des Anbaues stattfinden.

Dieser Lenkung wird die Landwirtschaft Gefolgschaft leisten, wenn von der Regierung sinnvolle Maßnahmen für eine solche Lenkung angewendet werden.

Wie wirkt sich nun der diesjährige Etat für die Förderung der Landwirtschaft aus? Vor allem ist an einem Umständ Kritik zu üben. Durch die Verwaltung wird der Etat schon so überlastet, daß hier Mittel zur Förderung der Landwirtschaft nicht allzu viel übrig bleiben. Es wird notwendig sein, im Laufe des Jahres zu prüfen, was bei verschiedenen Kapiteln, besonders in der Ministerialbürokratie, noch gespart werden kann, um dadurch Mittel für Förderungsmaßnahmen frei zu bekommen.

Infolge der Kürze der Redezeit kann ich mich nur auf einige wichtige Kapitel beschränken. Vor allem greife ich die heraus, die den Ackerbau und die Viehzucht betreffen. Zuerst komme ich zu den Landwirtschaftsschulen. Mit Befriedigung ist festzustellen, daß nunmehr alle Landwirtschaftsschulen in Betrieb sind. Aber noch gar vieles fehlt, um der Landjugend das sehr notwendige Wissen beizubringen. Wenn auch in persönlicher Hinsicht einigermaßen annehmbare Verhältnisse geschaffen wurden, so sind auf dem Gebiete der sächlichen Bedürfnisse oft unhaltbare Zustände zu verzeichnen. Ich will hier nur einen Fall anführen: die Schule in Kaiserslautern, früher der Sitz einer Bezirks-Ackerbauschule mit drei Kursen, mit einer Feldversuchsstation, wurde im Dritten Reich zu einer landwirtschaftlichen Winterschule degradiert. Der Sitz dieser Schule ist in einem alten Zuchthaus; in dem gleichen Gebäude sind Arbeitsamt und Teile des Finanzamtes untergebracht. Daß der durch diese Ämter hervorgerufene Verkehr sich auf die Schule nur ungünstig auswirkt, dürfte außer Zweifel stehen. Ein ganz unhaltbarer Zustand ist - man muß es leider auch hier erwähnen - die Abortanlage; denn dort sind Jungen und Mädchen gezwungen, einen Abort zu benutzen. Dann sind sämtliche Lehrmittel vernichtet worden und konnten bis jetzt noch nicht beschafft werden.

Ob man unter solchen Umständen der notwendigen Fachausbildung unserer Landjugend gerecht werden kann, ist dann doch zu bezweifeln. Der Kreis ist infolge seiner hohen Fürsorgebelastung nicht in der Lage, diese Verhältnisse zu ändern. So wird also der Staat bei solchen Fällen - es gibt noch ähnliche - eingreifen müssen. Mit Befriedigung wollen wir aber auch feststellen, daß endlich einmal für die Viehhaltung und Milchwirtschaft etwas geschieht. Rheinland-Pfalz ist ein Land der Kleinbauern. Abgesehen von den Winzern sind diese Bauern die Hauptviehhalter. Und so dürfte sogar die Behauptung zutreffen, daß Viehhaltung und Milchwirtschaft einen ebenso wichtigen Teil der Landwirtschaft darstellen wie der Obst- und Weinbau.

Da auf dem Gebiet der Milch-, Butter- und Fleisch-erzeugung vielleicht am meisten die ausländische Konkurrenz zu fürchten ist, so ist es doppelt notwendig, durch intensive Anleitung und Unterrichtung diesen Bauern an die Hand zu gehen, um alle Möglichkeiten zu erschöpfen, die Produktion dieser Erzeugnisse zu steigern und zu verbilligen. Gerade auf diesem Sektor liegt nach meinen Erfahrungen das Wissen über die Fütterungslehre und deren sachgemäße Anwendung sehr im argen.

So ist es eine Genugtuung für uns, daß durch die Bewilligung der Mittel für die durch den pfälzischen Bezirkstag beantragte Lehranstalt für Viehhaltung und Milchwirtschaft auf dem Bezirksgute Neumühle bei Enkenbach endlich auch für diese Klein- und Mittelbauern im Interesse ihrer Viehhaltung etwas getan wird.

Nun ein Wort hier anschließend zur Tierzucht. Ein besonderes Kapitel ist hier nicht vorgesehen, sondern es sind die Mittel zur Förderung der Tierzucht in dem Kapitel des Ministeriums enthalten. Hierzu dürfte zu sagen sein, daß mit diesen Mitteln endlich einmal energisch der Tierzucht in der Roten Zone und überhaupt den kriegs- und nazigeschädigten landwirtschaftlichen Gebieten unter die Arme gegriffen wird, damit wenigstens ein kleiner Teil der Versprechungen, die dort gemacht wurden, eingelöst wird.

Hier dürfte auch zu dem Kapitel Gestüt etwas zu sagen sein. Es hat schon der Herr Berichterstatter darauf hingewiesen, wer in Frankfurt auf der DLG-Ausstellung war, der wird zu der Überzeugung gekommen sein, daß in Anbetracht der vielen ausgestellten Traktoren die Technisierung der Landwirtschaft auch für die kleineren Bauern stark im Anmarsch ist. Ja, hätten wir bei unseren kleinbäuerlichen Verhältnissen nicht auch noch die ungeheure Grundstückszersplitterung, ich glaube, die Tage vieler Pferde wären gezählt. Es hat sich ja sowieso schon gezeigt, daß heute Pferde wenig gesucht sind und billig angeboten werden, vor allem die leichten Pferde.

Nun besteht ja absolut bis jetzt noch kein Anlaß zur Abschaffung des Gestütes. Wann das einmal sein wird, das wird die Entwicklung der Landwirtschaft zeigen; aber daß schon eine Entwicklung gegen das Pferd begonnen hat, dürfte Tatsache sein. Ich glaube, daß dies auch dem Herrn Landwirtschaftsminister bekannt sein dürfte. Wir können deshalb nicht begreifen, daß im letzten Jahre plötzlich zwei Stellen besetzt wurden, die jahrelang unbesetzt waren, wenn sie auch im Stellenplan enthalten sind. Die Stelle des Vorstandes des Gestütes, des sogenannten Landstallmeisters, wurde während der ganzen Jahre vom Herrn Minister ehrenamtlich geführt. An Stelle des Gestütstierarztes wurden für Untersuchungen bei Erkrankungen praktische Tierärzte aus der Nähe zugezogen.

Der verstorbene Kollege Schmitt (Landau) und ich waren im Jahre 1947 vom Finanzausschuß beauftragt, die beiden auseinanderliegenden Teile Zweibrücken und Eichelscheid zu überprüfen. Wir konnten trotz des Fehlens des Landstallmeisters wie auch des Gestütstierarztes keine Beanstandungen finden. Ich habe aus nächster Nähe öfters Gelegenheit, Eichelscheid zu beobachten und muß, wenigstens von außen gesehen, immer alles in Ordnung finden.

Nun habe ich im Auftrage meiner Fraktion zu diesen erwähnten Stellen folgendes zu bemerken: Wir haben vorläufig gegen die Stelle des Landstallmeisters nichts einzuwenden, behalten uns aber vor, den entsprechenden Antrag zu stellen, wenn es sich zeigen sollte, daß die Entwicklung sich ändert oder im er-

wähnten Sinne verstärkt, oder wenn es in diesem Jahre wieder vorkommt wie im vorigen Jahr, daß Zuchtfohlen an den Pferdemetzger verkauft werden.

Ich habe eine Kleine Anfrage an die Regierung seinerzeit gerichtet wegen Schlachtung von Zuchtfohlen. Es ist mir die Antwort zuteil geworden, daß von dem Gestüt keines geschlachtet würde. Ich will auf den Fall nicht näher eingehen, aber daß von vielen Züchtern Zuchtfohlen zur Schlachtung und zu 200 DM an den Pferdemetzger verkauft wurden, das wird der Herr Minister auch nicht bestreiten. Das ist eine feststehende Tatsache. Fohlen zu züchten und 200 000 DM noch Zuschuß vom Staat zu nehmen und dann die Fohlen abzuschlachten, das ist nach meiner Ansicht ein Unding!

Zu der zweiten Stelle des Gestütstierarztes stelle ich im Auftrag meiner Fraktion den Antrag, diese Stelle zu streichen; denn die beiden Anstalten liegen ungefähr 15 km auseinander. Auch die Pferde und das Rindvieh sind getrennt. In Zweibrücken befinden sich mit den Hengsten und Stuten ungefähr 80 Stück, in Eichelscheid mit der Viehzucht und den Fohlen sind es ungefähr 60 Stück. Der Sitz des Tierarztes ist in Eichelscheid. Ob hier durch diesen Tierarzt die Sache des Gestütes verbilligt wird, glaube ich kaum, weil in der Nähe doch praktische Tierärzte sitzen, die die Betreuung der Tiere auch besorgen können.

Ich möchte deshalb bitten, daß diese Stelle gestrichen wird, oder vielleicht, daß der Landstallmeister - wie das früher der Fall war - von einem Tierarzt ersetzt wird; denn die Landstallmeister waren bis zum Jahre 1937 immer Tierärzte. So könnte der Landstallmeister diese beiden Aufgaben in einer Person erledigen. Also, ich glaube, daß mit der Streichung dieser Stelle absolut dem Gestüt kein Abbruch getan wird.

Nun komme ich zu einem weiteren Punkt, nämlich zu der ungeheuren Gefahr, die der Kartoffelkäfer darstellt. Diese Gefahr darf nicht übersehen werden. Ja, es scheint fast so bei den Beobachtungen in diesem Jahre, als ob die Zeit bald käme, wo überhaupt keine Kartoffeln mehr angebaut werden können.

Ob mit dem angesetzten Betrag die Bekämpfung so durchgeführt werden kann, wie es notwendig wäre, bleibt dahingestellt. Wir haben uns schon im Ausschuß für die Erhöhung der bereitgestellten Summe eingesetzt. Nun liegt hier ein Antrag der CDU vor, Drucksache IL/1501, und ich bin beauftragt, zum Ausdruck zu bringen, daß auch meine Fraktion diesem Antrag zustimmt. Ich möchte nur in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Behörden sich oft zu wenig um diese Kartoffelkäferbekämpfung kümmern. Vor allen Dingen liegt viel an den Landratsämtern, wodurch es viele Gemeinden gibt, die fast gar keine Kartoffelkäferbekämpfung durchführen, so daß das für die Bauern und die Gemeinden, die das regelmäßig machen und vor allen Dingen gemeinsam durchführen, alles gar keinen Wert hat. In meiner Gemeinde hat ein Beamter die Sache untersucht und gesagt: Wenn ich nach Hütschenhausen komme, da ist überhaupt kein Kartoffelkäfer, aber in vielen anderen Gemeinden sitzt alles voll. Das ist ein Beweis dafür, daß unbedingt hier eingegriffen werden muß, und vielleicht ist es ein ganz gutes Mittel, daß diejenigen Gemeinden, die die Bekämpfung gemeinsam und fachgemäß durchführen, bei der Entschädigung für die Bekämpfungsmittel bevorzugt behandelt werden. (Zuruf Abg. Dr. Zimmer: Die Landwirtschaftsschulen sollen sich darum bemühen! - Zuruf Abg. Jahn: Und die Bauernorganisation!) Die werden auch mit eingespannt. Ein großer Übelstand im Lande ist immer

noch, wie schon vorher erwähnt, der Streubesitz. Was nützen dem Bauern die Maschinen und Traktoren, die ihm heute angeboten werden, wenn sie infolge dieses Zustandes nicht angewandt werden können und somit es nicht möglich gemacht werden kann, die Erzeugung zu steigern und die Landwirtschaft rentabler zu gestalten. Wir Sozialdemokraten betrachten die Flurbereinigung als erste Voraussetzung für die Förderung der Landwirtschaft, weil dadurch manches Problem gelöst werden wird. Als unbefriedigend sieht meine Fraktion auch den eingesetzten Betrag für die Förderung der Wasserwirtschaft an. Wir mußten uns aber leider dem harten Muß fügen, da der Landwirtschaftsminister erklärte, es würden die Mittel fehlen. Was in dieser Hinsicht noch alles zu machen wäre, vor allen Dingen durch Meliorationen, ist außerordentlich. Welche Leistungssteigerungen könnten hierdurch erzielt werden. Da bei solchen Meliorationen und Regulierungen wenig sachliche Kosten anfallen, sondern es sich meistens um Handarbeit handelt, dürfte hief mit den leider zu wenigen Mitteln immerhin doch die Möglichkeit verknüpft sein, die Erwerbslosigkeit wesentlich zu beeinflussen. Noch ein Wort zur Marktordnung. Überall ist der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher zu weit und zu kostspielig. Wenn wir bedenken, daß die landwirtschaftliche Produktion heute einen Wert von 6 Milliarden hat, daß dafür aber der Verbraucher 16,8 Milliarden aufbringen muß, so dürfte es doch einzusehen sein, daß dies nicht so weitergehen kann. Hier muß eine bessere Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher hergestellt werden. Das kann aber nur durch ein gegenseitiges Übereinkommen zwischen der Landwirtschaft und den Verbrauchergenossenschaften geschehen. Wir Sozialdemokraten begrüßen deshalb besonders die Einigungsversuche in dieser Hinsicht zwischen den beiden großen Genossenschaftsorganisationen und freuen uns sogar darüber, daß der Präsident der deutschen Raiffeisengenossenschaft und des Deutschen Bauernverbandes, Minister a. D. Dr. Hermes, in der genossenschaftlichen Rundschau, dem Mitteilungsblatt der „geg“, richtunggebend darauf hingewiesen hat. Wenn auch Dr. Hermes nicht zu unserer Partei gehört, so freuen wir uns doch außerordentlich darüber. Wir Sozialdemokraten werden natürlich diese Genossenschaften durch Förderungsmaßnahmen, soweit als möglich, unterstützen, weil wir diese Genossenschaften als Friedensinstrument zwischen Erzeuger und Verbraucher betrachten. Gegenüber den Riesengewinnen der Importeure, von denen jetzt immer in den Zeitungen zu lesen ist, müssen die Genossenschaften als Gegengewicht in Erscheinung treten. So wird es möglich werden, solche Auswüchse zu unterbinden und Verhältnisse zu schaffen, wie sie in der Schweiz zu verzeichnen sind, wo Erzeuger und Verbraucher sich zusammengefunden haben und es damit fertig brachten, solche Gewinne dem Erzeuger und Verbraucher zugute kommen zu lassen. Deshalb ist es ganz besonders notwendig, daß die Regierung der Förderung des Genossenschaftswesens ihr besonderes Augenmerk zuwendet. Ich möchte vor allem hier aber auch einen Hinweis oder einen Fingerzeig geben, daß in den Landwirtschaftsschulen unbedingt ein Lehrfach für Genossenschaftswesen eingeführt werden muß. Ich konnte natürlich jetzt den Landwirtschaftsetat in der kurzen Zeit nur flüchtig streifen. Es werden noch zwei Parteifreunde zum Weinbau- und Forstetat sprechen. Es wäre ja noch vieles zu sagen. Wir Sozialdemokraten wollen auch in Zukunft den Bauern bewahren vor reaktionären Einflüssen politischer Richtungen, die so gern mit den Interessen der Bauern spielen und sie

dann nur für sich zu wahren verstanden. Ich möchte dann noch auf einen Umstand hinweisen, und zwar auf die Kaufkraft der Verbraucher. Auch dies ist ein maßgebender Faktor für die Besserstellung der Landwirtschaft, und es ist doch eine Tatsache, daß, wenn auf Kosten des Kapitals zugunsten der Arbeiter hier eine Einkommensverschiebung erfolgt, die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Edelprodukten, wie Milch, Fleisch, Butter, sicher gesteigert werden wird. Aus dieser Erkenntnis heraus sind wir der Auffassung, daß eine tiefinnerliche Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Bauern bestehen bleiben muß. Wir hoffen, daß auch der vorliegende Landwirtschaftsetat zu dieser Gemeinschaft beitragen möge. Wir erkennen auch den guten Willen des Ministeriums an und werden dem Etat mit den von uns beantragten Änderungen zustimmen. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Vizepräsident Ziegler:

Der Abgeordnete Horch von der SPD hat das Wort.

Abg. Horch:

Meine Damen und Herren! Bei der wirtschaftlichen Bedeutung, die der Weinbau im Lande Rheinland-Pfalz einnimmt, und dem katastrophalen Stand der Reblausverseuchung mit 54 Prozent der Rebfläche in unseren Weinbaugebieten kann man die Kürzung der Mittel in den Kapiteln 10, 11 und 12 über Reblausbekämpfung, Rebenzüchtung und Rebenveredlung gegenüber dem Vorjahre um rund 1,3 Millionen nur mit Bedauern zur Kenntnis nehmen. Aus der finanziellen Schwäche unseres Landes ergibt sich die Notwendigkeit der Übertragung der Aufgaben der Reblausbekämpfung und Umstellung auf Amerikaner-Unterlagen auf den Bund, der ja die stärkeren Schultern hat. Ebenso wie die Weinkontrolle kann auch die Schädlingsbekämpfung nur wirksam durchgeführt werden, wenn sie einheitlich durch den Bund geschieht. Und auch die Weinkontrolle kann nur dann wirksam werden, wenn sie im ganzen Bundesgebiet durchgeführt wird und dadurch die Panschereien und der Verkauf minderwertiger Weine unter hochtönendem Namen und in bombastischer Aufmachung verhindert werden. Dem Lande verbleiben auch dann, wenn diese Aufgaben auf den Bund übertragen werden, noch viele Aufgaben, und in aller Kürze werden durch die Einfuhr ausländischer Weine noch andere Aufgaben für den Weinbau zu erfüllen sein. Hierzu gehört in erster Linie die Förderung der Weinbauschulen, die erfreulicherweise durch das Verständnis der Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses für die Nöte des Weinbaues keine wesentlichen Kürzungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben erfahren haben. Von besonderer Wichtigkeit ist im Weinbau zur Förderung der Qualität der Rebschnitt. Vor dem tausendjährigen Reich waren Rebschnittkurse für Frauen im Frühjahr eingerichtet worden nach Schluß des Wintersemesters der Weinbauschulen. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Arbeit, die in der Regel durch Frauen ausgeführt wird, sind diese Kurse für den Weinbau eine Notwendigkeit, besonders, da die Frauen von Evakuierten und Flüchtlingen, die mit den Arbeiten nicht vertraut sind, heute in den Weinbergen beschäftigt werden. Es bedarf ja dazu keiner großen Mittel, und es wäre wohl möglich, daß von den Weinbauschulen aus deren eigenem Etat etwas herausgenommen werden könnte. Bedauerlich ist, daß in vielen Fällen auch durch die Winzer die Arbeit der Weinbauschulen nicht genügend gewürdigt wird durch die sture konservative Haltung der Winzer, die an der

alten Überlieferung festhalten und die besonders im Moselgebiet noch an dem Mehrschenkelbau festhalten, bei dem ja gar keine Qualität wachsen kann. Zu den kommenden Aufgaben gehört auch wie früher die Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Winzergenossenschaften, ebenso zur Bildung von Genossenschaften, deren Bildung in der Regel an der Schwierigkeit der Geldmittelbeschaffung zur Anschaffung der benötigten Fässer, Keller- und Kelterutensilien scheitert. Durch die Einfuhr und die Konkurrenz der ausländischen Weine, hervorgerufen durch die nicht mehr aufzuhaltende Liberalisierung der Wirtschaft in Europa, fällt den Winzergenossenschaften eine marktregelnde Aufgabe zum Anfang bei guten Ernten, bei Weinschwemmen, durch Lagerhaltung, wozu der Winzer allein und auch der Handel heute nicht mehr in der Lage sind, bessere Behandlung und Pflege der Weine durch Erhöhung der Qualität und damit die Erzielung eines besseren Preises. Um eine bessere rationelle Bewirtschaftung zu erreichen, müßte den fortschrittlichen Winzern der Landtausch zum Zwecke der Arrondierung kostenlos getätigt werden. Leider werden im Gebiet der Bundesrepublik nur 3 Liter auf den Kopf der Bevölkerung dieses eingefangenen Sonnenscheins konsumiert. Eine grundlegende Besserung wird nur durch Hebung der Kaufkraft der breiten Masse zu erwarten sein, wenn wieder jeder seinen Schoppen am Abend oder Sonntags eine Flasche Wein trinken kann. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Vizepräsident Ziegler:

Der Abgeordnete Hertel von der Fraktion der SPD hat das Wort.

Abg. Hertel:

Meine Damen und Herren! Bezüglich der Notwendigkeit des baldigen Anlaufes der Bodenreform sind im Laufe der letzten drei Tage von dieser Stelle aus so viel gute Wünsche und Forderungen aufgestellt worden, daß ich darauf nicht mehr ausgedehnt zurückkommen brauche. Ich freue mich, daß es gelungen ist, die beiden Fraktionen dieses Hauses, die CDU und SPD, bezüglich der Stellung des Antrages zur Bewilligung von 2 Millionen Mark, die entweder Darlehen oder Zwischenkredite sind, zu einigen. Wir sind der Auffassung, wenn etwas Gutes und Segensreiches für das Volk beschlossen werden soll, dann ist das ganz egal, von welcher Partei das beantragt wird, dann handelt es sich um die Sache und dreht sich um die segensreichen Auswirkungen, die mit der Hergabe dieser Mittel erzielt werden. Ich habe seit dem letzten Montag, nachdem ich bereits in meiner Stellungnahme zum Gesamtetat die Bodenreform gestreift habe, nochmals untersucht und geprüft, wie insbesondere auch im Westerwald das Bedürfnis nach baldigster Durchführung dieser Maßnahme besteht. Dabei stellte ich fest, daß alle Bevölkerungskreise von dem Wunsch besetzt sind, daß nach der Verabschiedung des Bodenreformgesetzes und seiner Genehmigung durch die Militärregierung und dem Erlaß der Durchführungsbestimmungen jetzt das Gesetz endlich in die Wirklichkeit überführt werden muß. Als Beweis dieser Einigkeit darf ich auf die verschiedenen Tagungen dieser Interessenten in den Ämtern Wissen und Friesenhagen hinweisen. Es sprach dort der Pfarrer Hilbert von der katholischen Pfarrgemeinde Friesenhagen, indem er forderte, daß endlich hinsichtlich des Anlaufens der Bodenreform die notwendigen Maßnahmen getroffen werden möchten. Er fuhr fort mit der Feststellung: „Der Herrgott möge die Männer

segnen, die in diesem Sinne mutig reden und handeln!“ Und zu dem Handeln sind wir heute berufen und verpflichtet. Auch Vertreter aller anderen Religionsgemeinschaften und sonstige Interessentengruppen haben sich in gleicher Richtung ausgesprochen. Meine Damen und Herren! Wo so viel guter Wille zu löblichem Tun sich zusammenfindet, da kann der Erfolg nicht ausbleiben. Ich bin der Meinung, daß es eine Art geschichtlicher Augenblick ist, wenn sich der Landtag jetzt zu einer entscheidenden Tat zusammenfindet. Als kleine Parallele dazu fällt mir gegenwärtig gerade ein, daß vor einem Jahr die Zustände auf der Neumühle, der angeblichen Verbrecherkolonie der Pfalz, in einer Zeitung unter einem anderen Licht betrachtet wurden. Die Landesregierung hat sich jenes Mal entschlossen, im Gegensatz zur Hoffnungslosigkeit, in der jene Gemeinde belassen worden war, einen Betrag von 75 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Es wurden auch noch andere Geldquellen erschlossen, und heute kann der Landtag stolz darauf sein, daß er mit diesem Betrag und mit diesem Schritt einen ganzen Ort vor einer Art Verkommenheit und Verelendung gerettet hat. Dort wurde vor wenigen Wochen das Richtfest gefeiert für eine Schule die erstellt wurde mit Lehrerwohnung. Es ist inzwischen Wasserleitung hingelegt, Lichtleitung ist längst in Funktion, und zur inneren Erbauung ist auch eine kleine Kapelle mit der Schule verbunden. Wenn auch gegenwärtig die unmittelbaren Auswirkungen der dort durchgeführten Maßnahmen noch nicht sichtbar sein können - die Neumühler Bewohner stehen nach wie vor mit Gericht und Gefängnis in innigster Beziehung -, so darf aber erwartet werden, daß diese jetzt getroffenen Maßnahmen in der Entwicklung der kommenden Generation ihre segensreiche Auswirkung findet. Ich spreche die Hoffnung und Erwartung aus, daß insbesondere auch im Westerwald die durchzuführenden Maßnahmen der Bodenreform von denselben segensreichen Auswirkungen begleitet sein mögen. Ich habe noch die Aufgabe, mit wenigen Worten im Rahmen des Landwirtschaftsetats zu den Forsten Stellung zu nehmen. Mein Eintreten gegen die Zusatzhiebe hat es mit sich gebracht, daß ich auch mit den Persönlichkeiten der Pfalz, welche die Forsten zu verantworten haben, in enger Verbindung stehe. Ich darf der Landesregierung das Kompliment machen, daß in der Pfalz eine Reihe überaus tüchtiger höherer Forstbeamte tätig ist, bei denen man beim zweiten oder dritten Satz, den man mit ihnen wechselt, schon das Gefühl der inneren Verbundenheit mit dem Beruf, der Hingabe an die Lösung der ihnen gestellten Aufgabe, hat. Im Mittelpunkt der Aufgaben, die dort gestellt sind, stehen gegenwärtig die Aufforstungen, - die Aufforstungen, die notwendig wurden durch die großen Kahlliebe, welche infolge der Versorgung der Bevölkerung mit Holz in der Zeit, in der keine mineralischen Brennstoffe zur Verfügung standen, und weiter noch durch die Zusatzhiebe der Besatzung entstanden sind. Nachdem wir vermutlich dieses Jahr beim Etat zum letzten Mal das Wort „Zusatzhiebe“ berühren, ist es mir eine Verpflichtung, auch folgendes festzustellen: Ich konnte im Laufe der letzten Monate durch Rücksprache mit maßgebenden Personen ermitteln, daß die in Deutschland ansässigen Organe und Dienststellen der Besatzungsbehörden unsere Bemühung bezüglich des Abschlusses der Zusatzhiebe bei ihren heimatlichen Regierungsstellen aufs wirksamste unterstützt haben. Dadurch ist es auch gelungen, mit diesen Zusatzhieben in einem noch vertretbaren Zeitpunkt ein Ende zu finden.

Bezüglich der Aufforstung darf bemerkt werden, daß unsere Forstleute die hohe Verantwortung, die

ihnen auf diesem Gebiete auferlegt ist, voll erkannt haben. Im Forstamt Landstuhl-Nord hat ein besonders aktiver und auch etwas erfinderisch veranlagter Forstmeister ein Gerät - ich möchte beinahe sagen - erfunden, ein Gerät, das gestattet, bei seiner Anwendung den fünffachen Nutzeffekt bei gleichem Geldaufwand und Arbeitsaufwand in der Aufforstung zu erzielen. Heute bereits darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Aufforstungen im Lande Rheinland-Pfalz durch das große Verständnis der Landesregierung, insbesondere aber auch der Landesarbeitsämter, die Mittel für die Aufforstung bereitgestellt haben im Rahmen der wertschaffenden Arbeitslosenunterstützung jetzt schon etwa 15 bis 20 Prozent der Kahlhiebflächen ausmachen, so sind wir zur Hoffnung berechtigt, daß mittels der Anwendung dieses Gerätes die Aufforstung so beschleunigt werden kann, daß wir es noch erleben dürfen, daß da, wo uns heute noch Kahlfelder entgegenstarren, in 10 bis 15 Jahren wieder deutscher Wald steht. Diesem Ziele wollen wir zustreben und für seine Verwirklichung unsere gemeinsame Kraft vereinigen. Es darf auch festgestellt werden, daß alle Kräfte aktiviert werden, um die sonstigen unserem Walde drohenden Schäden abzuwenden.

In der Frage der Wildschäden wird immer mehr an den Schaden gedacht, der in den Fluren der Landwirte entsteht. Ich bin von Forstleuten nachdrücklichst darauf hingewiesen worden, daß in den Revieren, in denen das Rotwild Überhand hat, außerordentlich große Baumbestände durch das Annagen dieser Bestände wissermaßen wertlos werden. Das was hier unten am Stamm übrigbleibt, ist so vom Wild zerfressen, daß es kein Mensch mehr haben mag. Es wird deshalb Wert darauf gelegt, einen Ausweg zu finden, unter Umständen durch rücksichtslose Dezimierung des Wildbestandes, damit in Zukunft unserem Walde Schäden solcher Art nicht mehr entstehen. Es ist Ihnen allen bekannt, wie im Zuge der modernen Entwicklung das Holz der Grundstoff ist für eine Menge von übrigen Fertigfabrikaten, der wir in der Industrie und im Export uns bedienen. Jeder Kubikmeter Holz, den wir durch entsprechende pflegliche Behandlung unseres Waldes unseren einheimischen Wäldern entnehmen können, brauchen wir nicht einzuführen, und unsere Zahlungsbilanz dem Ausland gegenüber ist damit nicht belastet. Man kann ohne irgendwelche rhetorische Übertreibung feststellen, daß in der Pflege dieses Waldes, in der Aufforstung, die mit aller Energie weitergetrieben werden muß, und in der Wirtschaftlichkeit und deren Sicherung in der Behandlung des Waldes eine große nationale Aufgabe uns gestellt ist, der wir uns alle gemeinsam widmen müssen. (Beifall.)

Vizepräsident Ziegler:

Das Wort hat der Abgeordnete Migeot von der Fraktion der FDP.

Abg. Migeot:

Meine Damen und Herren! Wenn ich zum Landwirtschaftsetat namens meiner Partei Stellung nehme, so möchte ich zur derzeitigen Lage der Landwirtschaft zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Während bei dem einschneidenden volkswirtschaftlichen Zeitpunkt der Währungsumstellung sowohl die Industrie wie Gewerbe und Handel mit gewissen Warenbeständen sich in die neue Lage hinüberretten konnten, hatte die Landwirtschaft ihre Produktionsgüter abgeliefert infolge der gesetzlichen Bestimmungen über die Bewirtschaftung der Lebens-

mittel. Wie bei vernünftigen, volkswirtschaftlichen Kreisen heute auch anerkannt wird, befand sich die deutsche Landwirtschaft durch diese Tatsache in einem starken Nachteil gegenüber anderen Wirtschaftsgruppen. Bei der Stabilisierung der Währung liegt, wie Ihnen allen bekannt sein dürfte, zugleich jener Zeitpunkt, an dem die staatliche Marktregelung im großen und ganzen ihr Ende fand und der Liberalisierung, d. h. dem Wettbewerb, mehr und mehr Platz machte. Im Zuge dieser Entwicklung hat der Weltmarkt mehr und mehr Einfluß auf den deutschen Verbraucher bekommen, ja die Verhältnisse liegen heute bereits so, daß der deutsche Bauer mit seinen wesentlich ungünstigeren Boden- und klimatischen Verhältnissen als das Bauerntum anderer Völker eben in diesem Wettbewerb bereits einen erbitterten Existenzkampf führt. Hinzu kommt ferner, daß durch die äußerst gespannte finanzielle Lage in Bund und Ländern der deutschen Landwirtschaft eine steuerliche Belastung zugemutet wird, die das Achtfache von dem beträgt, was der holländische Landwirt und Grundbesitzer von der gleichen Hektar-Einheit zu leisten hat. Nicht unerwähnt kann bei dieser Betrachtung bleiben, daß die sozialen Leistungen, die man heute der Landwirtschaft zumutet, einen Stand erreicht haben, wie ihn die ganze deutsche Bauerngeschichte nicht kennt. Diese enorm hohen Belastungen auf der Ausgabenseite, während die Einnahmen der heimischen Landwirtschaft bei ihren Hauptproduktionsgütern beim Erzeuger knapp über dem Friedenspreis liegen.

Während Industrie, Handel und Gewerbe der Wirtschaftslage dadurch gerecht werden, daß sie all diese Ausgaben durch entsprechende Preiskalkulation auf den Verbraucher abwälzen, ist dies der Landwirtschaft einfach deswegen nicht möglich, weil die Preise der Hauptnahrungsgüter unter den oft mißbrauchten Begriff des politischen Brotpreises fallen.

Ich habe Ihnen hier ein Bild gezeichnet, aus dem Sie erkennen mögen, wie es um unsere Landwirtschaft bestellt ist. Angesichts dieser Situation ist es dringend notwendig, daß unsere Landesregierung immer wieder bei den zuständigen Dienststellen des Bundes vorstellig wird, um Maßnahmen zu erreichen, die dieser bedrohlichen Lage des Landvolkes Einhalt gebieten.

Wenn man im Zweifel sein sollte, welcherlei Maßnahmen hierbei gefordert werden, so möchte ich nur als Beispiel anführen, daß die nordischen Länder die volkswirtschaftliche Bedeutung ihrer Landwirtschaft in der Form würdigen, daß pro Kopf der Bevölkerung in England 167 DM, in Norwegen 192 DM als Subventionen aufgewendet werden, sogar in Amerika, einem Land, das das Fünffache seines Verbrauchs an Landwirtschaftsgütern erzeugt, im Staatshaushalt eine Position von 2,68 Milliarden Dollar zur Stützung seiner heimischen Landwirtschaft aufgewendet wird. Aus dieser Tatsache heraus hätten wir es begrüßt, wenn die bei Kapitel 1 - des Ministeriums - eingesetzten Förderungsmittel höher angesetzt worden wären. Es wäre wünschenswert, daß die wenigen Mittel, die auf dem Gebiete der Tierzucht zur Verwendung kommen, der breiten Masse unserer Tierhalter insofern zufließen würden, wenn man beispielsweise die Gemeinde als Träger der Bullenhaltung finanziell weitgehend unterstützte. Ohne Zweifel sind Gelder der Tierzucht auch nutzbringend bei dem Tuberkulose-tilgungsverfahren verwendet. Außerordentlich begrüßt wird auch, daß unter Titel 31 „Mittel zur Förderung der Landwirtschaft“ eingesetzt sind, zumal zu erwarten steht, daß aus diesen Geldern ein erheblicher Betrag für Saatzüchtung und Vermehrung bereit-

gestellt wird. Denn wir wissen, daß unser Saatgut in den letzten Jahren in seiner Qualität stark gelitten hat. Wer heute mit fachmännischem Blick durch unsere Fluren geht, wird feststellen müssen, daß gerade bei dem Getreide ein sehr unterschiedlicher Ährenstand festzustellen ist, eine Erscheinung, die auf abgebaute Saat hindeutet. Wir haben in den letzten Jahren viel zuviel experimentiert mit ausländischem Saatgut, mit Sorten, die für unseren Boden und unser Klima absolut ungeeignet waren. Wir müssen daher unsere heimischen Sorten wieder hochzüchten.

Wir haben die Landwirtschaftsschulen, wir haben Landfrauenschulen. Was uns fehlt hier im Lande ist eine Bauernschule, auf der Persönlichkeiten geschult werden, die nicht nur über ein entsprechendes Fachwissen verfügen, sondern die auch in der Lage sind, auf der Bühne des politischen Lebens die Interessen ihres Berufsstandes zu vertreten. Leider fehlen uns diese Menschen. Wohl haben wir ein Heer von Diplomlandwirten, die auf irgendeinem Gebiet der Landwirtschaft spezialisiert sind. Aber nur wenige stehen als bäuerliche Landwirte in bäuerlichen Betrieben und haben die Fähigkeit, die Interessen des Bauernstandes so wahrzunehmen, wie es sein müßte. Deshalb muß die ländliche Bildungsarbeit auf unsere Bauernsöhne und Bauerntöchter ausgedehnt werden. Aus ihren Reihen müssen die Persönlichkeiten herangebildet werden, welche mit Erfolg unsere Belange in der Öffentlichkeit vertreten können. Die Bauernverbände haben das auch klar erkannt. Es fehlen jedoch die Schulungsstätten. In den vorhandenen Landwirtschaftsschulen mit dem einseitigen fachlichen Unterricht kann dem Bauern nicht das Wissen vermittelt werden, welches ihn befähigt, Bauernführer zu sein. Das Ziel muß deshalb sein, regionale Bauernschulen zu schaffen. Auf diesen Schulen nur können die Voraussetzungen für die Vollpersönlichkeiten unseres Bauernstandes geschaffen werden, welche die Problematik der Agrar- und Wirtschaftsprobleme kennen und die Zusammenhänge von Einzelmensch, Familie und Staat mit ihren Rechten und Pflichten sehen.

Unser Landwirtschaftsministerium und die berufenen Organisationen müssen dazu beitragen, daß der Plan für eine Bauernschule in Rheinland-Pfalz verwirklicht werden kann. Die Bauernverbände können aus ihren beschränkten Mitteln eine solche Bildungsstätte nicht allein schaffen. Die pfälzische Jungbauernschaft beabsichtigt, über Winter auf den zur Verfügung stehenden Jugendherbergen Schulungskurse durchzuführen. Auch diese Kurse kosten Geld und können ohne finanzielle Hilfe nicht verwirklicht werden.

Meine Damen und Herren! Wenden wir uns nun dem Kapitel 20 und 21 zu. Dieses Kapitel hat mit Recht den größten Zuschußbedarf. Wenn hier im Hause der schon vor langer Zeit beschlossenen Bodenreform das Wort geredet wird, so ist hier die vertretene Anschauung nicht in Einklang zu bringen mit der Technisierung der Landwirtschaft, welche uns immer und immer wieder empfohlen wird. Damit zerschlagen wir große Flächen, die wir für eine produktive rentable Maschinenarbeit brauchen. Dazu wissen wir, daß die Reform des Bodens viel Geld kostet und daß unser Land immer vor leeren Kassen steht. Unsere Meinung ist die, daß diese Gelder viel nutzbringender für die Flurbereinigung verwendet werden sollten. Nicht Bodenreform, sondern Flurbereinigung ist das Gebot der Zeit. Die Flurbereinigung muß, sollte sie wirklich Nutzen für den Landwirt bringen, großzügig durchgeführt werden. Sie darf sich nicht nur auf die Zusammenlegung des zersplitterten Grundbesitzes erstrek-

ken, sondern muß noch alle Landeskulturmaßnahmen, Ent- und Bewässerung, Ausbesserung und Befestigung der Hauptwirtschaftswege, Auflockerung der Dorflage und ggf. auch den Ausbau der Wasserversorgung, sofern noch nicht vorhanden, umfassen. Die Durchführung dieser Maßnahme erfolgt federführend vom Flurbereinigungsamt aus, das das Wasserwirtschaftsamt zuzieht, dem wiederum die Ausübung der Landeskulturmaßnahmen obliegt. Eine solche umfangreiche Maßnahme sollte nicht nur auf eine Gemeinde abgestellt, sondern auf die umliegenden, wirtschaftlich damit verbundenen ausgedehnt werden. Bei der Durchsicht des Etats vom Fachministerium kommen wir nun zu dem zweiten Hauptgebiet, der Forstwirtschaft. Hier bietet sich uns ein wesentlich erfreulicherer Bild. Es zeigt sich mit einem Überschuß im Haushaltsjahr von rd. 3,5 Millionen. Der Forstbehörde gebührt für ihre umsichtige Wirtschaftsweise Dank und Anerkennung. Hat sie es doch verstanden, trotz aller Schwierigkeiten durch die Besetzung einerseits und die eingangs von mir geschilderten steuerlichen und sozialen Belastungen andererseits auf dem Gebiete der Staatsforsten so zu wirtschaften, daß dieser wichtige Bestandteil unserer heimischen Volkswirtschaft dem allgemeinen Staatshaushalt keine Belastung, sondern eine spürbare Entlastung bringt.

Abschließend noch einige Worte zur Fischerei und Jagdverwaltung. Beide Gebiete sind wohl am stärksten der Besatzungsmacht unterworfen und ausgesetzt. Solange dieser Zustand nicht abgeändert ist, kann Ersprießliches nicht geleistet werden. Wie man in Kreisen der deutschen Jägerschaft zu diesem Problem denkt, beleuchtet ein Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 26. Juni, den ich Ihnen, meine Damen und Herren, der klaren Sprache wegen hier zitieren möchte:

Zu dem in Ihrer Ausgabe vom 16. Juni veröffentlichten Artikel „Die deutschen Jäger mitreden lassen“ hat sie als erste führende Zeitung ein Problem aufgegriffen, das uns Jäger nun schon fünf Jahre bewegt. Ihnen hierfür unseren Dank zu sagen, ist nur eine besondere Pflicht. In den Ausführungen des Verfassers vermisste ich jedoch einen eminent wichtigen Punkt, welcher in den letzten vier Jahren in der Praxis fast täglich zu Reibereien zwischen den Besatzungsangehörigen und den deutschen Jägern geführt hat, nämlich die Bezahlung des entnommenen Wildes. Nach allen deutschen Gesetzen, die ja von den Besatzungsmächten anerkannt sind, ist das erlegte Wild Eigentum des Grundeigentümers bzw. des von ihm beauftragten Pächters. Die deutschen Jäger haben es bis zum heutigen Tage noch nicht fertigbringen können, daß ihnen ihr Eigentum, nämlich das erlegte Wild, bezahlt wird. Dieser groteske Zustand wird damit begründet, daß es in dem, die Ausübung der Jagd durch Besatzungsangehörige regelnde Cir. 58 unter Ann. 1 Ziff. 3 a heißt: Solange die Jagd dem Sport und der Erholung der Besatzungsangehörigen dient, werden keinerlei Jagdpachten anerkannt. (Zurufe: Hört, hört!) Es ist eine Eigentümlichkeit aller Besatzungsbehörden der Welt, daß sie sich während und auch nach dem Kriege Rechte herausnehmen, die der Haager Landkriegsordnung widersprechen. Während es wohl keinem Besatzungsangehörigen einfällt, irgendeine Ware einem deutschen Geschäft zu entnehmen, ohne sie zu bezahlen, denkt sich derselbe Mann gar nichts dabei, jeden Sonntag oder wochentags in ein anderes Revier zu fahren, Wild zu erlegen und es mitzunehmen, ohne den Eigentümer des Wildes zu fragen oder gar zu entschädigen.

Meine Damen und Herren! Aus dieser Stellungnahme der „Frankfurter Allgemeinen“ können wir erschen, wie dringend notwendig endlich auch das

weite Gebiet von Fischerei, Jagd und Jägerei einer Lösung zugeführt werden muß, die deutschem Rechtsempfinden und deutscher Auffassung von weidgerechter Jagd entspricht.

Wenn ich in meinen Ausführungen zum Landwirtschaftsetat es für notwendig hielt, die eben gemachten Erklärungen abzugeben, so hoffe ich namens meiner Fraktion, daß der Landwirtschaft nicht nur in Regierungskreisen, sondern auch in den breiten Massen der Verbraucherschaft jenes Verständnis entgegengebracht wird, das sie verdient auf Grund ihrer harten und schweren Arbeit auf der heimischen Scholle. Möge sich dadurch jene verhängnisvolle Kluft schließen, die zum Nachteil unseres Volkes zwischen Stadt und Land besteht, und möge in der Gemeinsamkeit dann die Not überwunden und unserem deutschen Vaterland zum Wiederaufstieg verholfen werden. (Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Ziegler:

Das Wort hat der Abgeordnete Schweinhardt von der Fraktion der FDP.

Abg. Schweinhardt:

Meine Damen und Herren! Nachdem alle Vorredner ihr warmes Herz für die Landwirtschaft und für den Weinbau hier gezeigt haben und auch in der letzten Zeit alle Parteien sich sehr für diese Forderung eingesetzt haben, ist es nicht notwendig, daß ich Ihnen noch einen langen Vortrag über die einzelnen Positionen, wie sie gestellt sind, hier halte. Ich beschränke mich auf den Hauptwirtschaftszweig unseres Gebietes: den Weinbau. Ich möchte aber vorher der Landesregierung meinen Dank aussprechen im Namen der Winzervervölkerung, daß die Regierung das Aushängeschild des Landwirtschaftsministeriums geändert hat, indem der Name „Weinbau“ ausdrücklich herausgestellt ist, welches wirklich der Struktur unseres Landes Rheinland-Pfalz entspricht.

Bedenken Sie, daß das Hauptweingebiet im Bund das Land Rheinland-Pfalz ist, welches 80 v. H. des Weinbaues unseres gesamten Landes aufweist. Die Wirtschaftsschöpfungen aus dem Weinbau am Volkseinkommen übertreffen die Maschinen-, Eisen-, eisen-schaffende und die Holzindustrie. Es ist wirklich ein Zweig, der ganz eindeutig hier herausgestellt werden muß. Der Weinbau wirkt sich doch so befruchtend auf die gesamte Wirtschaftlichkeit unseres Landes aus, daß er auch dieses Interesse verdient, was ihm gezollt wird. Bedenken Sie, wenn diese unwirtschaftlichen Hänge, die sich ja für sonst nichts eignen, brachliegen würden, so würden die blühenden Gebiete, wie wir sie hier am Rhein haben, zur Einöde werden und verderben. (Zurufe: Interessant!) Es wäre nichts mehr los, wenn diese Hänge nicht dementsprechend wirtschaftlich genutzt würden. In dieser Beziehung freue ich mich außerordentlich, daß alle Parteien und alle Vorredner dieses erkannt haben.

Was den Etat angeht, so war es auch eine Freude, daß dieses Jahr erstmalig zur Förderung des Weinbaues 10 000 DM zur Verfügung gestellt wurden. Es ist aber ein Betrag, der für dieses Weinbauland eigentlich eine Bagatelle ist. Wenn Sie bedenken, daß die Kreistagsabgeordneten des Kreises Kreuznach in voraussichtlicher Erkenntnis diesen selben Betrag für den Kreis Kreuznach bereitgestellt haben, dann können Sie sich denken, wie weit und voraussichtlich diese Leute auch da schon gelenkt und geplant haben. Allerdings ist es ein Anfang, der uns auch erfreut.

Ich möchte noch kurz auf das agrarische Ungeziefer eingehen, worunter auch die Reblaus fällt. Es ist nicht so mit der Reblaus, daß sie so leicht zu bekämpfen wäre, wie wir das beim Kartoffelkäfer gehört haben. Die Reblaus ist eine Seuche. Sie ist kein Risiko, wogegen man sich versichern kann, die man auch nicht in den Preis einkalkulieren kann, wie damals der Herr Finanzminister Hoffmann gemeint hat. Wenn sie die Verhältnisse kennen in den Weinbaugebieten, werden Sie mir zugeben, daß der Winzer kaum in der Lage ist, dieser Seuche Herr zu werden. Ich kenne die Verhältnisse an der oberen Nahe; sie sind so katastrophal, daß die Wirtschaftlichkeit sehr darunter leidet. Sie wissen auch weiterhin, daß der Staat in früheren Jahren und auch außerdeutsche Länder diese Probleme so genau genommen und ein Gesetz geschaffen und dementsprechend den Wiederaufbau forciert und gehalten haben. Nun, daß es heute nicht so geht wie früher, ist sehr ersichtlich. Die Gelder sind nicht da, und es muß etwas gefunden werden, wie man diesem Viehzeug entgegentritt, um die Wirtschaftlichkeit unseres Weinbaues zu erhalten.

Ich habe mit Freude gehört, daß zur Zeit ein Mittel ausprobiert werden soll, das die Reblaus bekämpft, ohne daß die Pflanze dabei zugrunde geht. Bei der bisherigen Bekämpfung konnte man nur mit Schwefelkohlenstoff die Reblaus vernichten, damit ging aber auch der Stock ein. Jetzt soll ein Mann aus Albig - Kollege Schlick sagte es mir noch gestern - ein Mittel erfunden haben, das bereits in Versuchen ausprobiert wird, das die Reblaus vernichtet, ohne daß die Pflanze zerstört wird.

Wenn dieses Mittel - wozu auch von dem Abgeordneten Tönges von der CDU ein Betrag von 10 000 DM gefordert wurde - wirklich helfen würde und tatsächlich die Hilfe bringt, dann wäre es Millionen wert für den Staat und für den Winzer, die Wirtschaftlichkeit würde so gehoben - ich glaube bald nicht, daß es ein solches Mittel geben soll, daß ich bitte, diese 10 000 DM unbedingt zur Verfügung zu stellen, um alle Versuche auszunutzen.

(Abg. Schlick: Wo ist das erprobt?)

Es soll erprobt werden, Versuche laufen, Herr Schlick. Es wäre wirklich alles daranzusetzen, damit mit diesem Mittel geholfen wird, um die ganze Misere mit der Reblaus zu überbrücken. Wir können das an der Nahe am besten entscheiden. Die untere Nahe, mein Heimatdorf, ist restlos aufgebaut. Wir haben bis nach Bingen zu an der Nahe keinen wurzelechten Stock mehr. Wir haben alles auf Amerikanerrebe umgebaut, vor dem Kriege schon. Wenn Sie die Wirtschaftlichkeit unseres Dorfes ansehen, so finden Sie, daß ein größerer Besitzer soviel erntet wie ein ganzes Dorf über Kreuznach, weil wir in der glücklichen Lage waren, damals mit Staatsgeldern aufzubauen. Unsere Wingerte haben jetzt ihr Hochzeitskleid an; sie bringen uns Wein, und dadurch floriert alles.

Wenn Sie die Gebiete sehen, wo die Reblaus tobt und der Winzer nicht in der Lage ist, den Morgen Weinberg, den er verloren hat, wieder aufzubauen mit eigenen Mitteln, weil ein Morgen Weinberg heute 5000 bis 6000 DM kostet, so müssen doch Mittel und Wege gefunden werden, um ihm zum Aufbau zu verhelfen. Diese Mittel sollten auch schon durch Gesetze bereitgestellt werden. Man hat - ich war einmal zugegen im Agrarpolitischen Ausschuß - diese Sache ventiliert und hat geglaubt, durch ein Reblaus-Kassengesetz, das ja jetzt noch in Verhandlungen steht, Mittel dafür zu bekommen.

Die Winzerschaft und auch die Weinbauverbände sind dagegen, daß ein Gesetz gemacht wird, das ausschließlich auf den Schultern der Winzer ruht. Diese Mittel sollen durch Belastung der Einheitswerte herbeikommen. Das ist eine Belastung, die auch nicht tragbar ist. Es müssen irgendwie Mittel und Wege gefunden werden, daß alle Leute - auch der Weinhandel -, sei es durch Katastrophenfonds oder sonstwie, beteiligt werden, weil der Staat die Mittel nicht allein aufbringen kann, um diesen Wiederaufbau zu stützen.

Es ist in diesem Zusammenhang noch auf einzelne Redner hinzuweisen. Der Abgeordnete Rüb sagte mit Recht, daß die Bauernschaft gegen Neuerungen ist. Das ist eine altbekannte konservative Einstellung. Ich weiß aus Erfahrung, daß diese Gemeinden an der Nahe, denen es heute wirtschaftlich gut geht, sich anfänglich mit Händen und Füßen gegen den Wiederaufbau gestäubt haben. Einer ist sogar hingegangen mit der Sense und hat gesagt: „Wenn einer an meinen alten Wingert kommt, dem schlage ich den Kopf ab mit der Sense!“ Heute würde der Mann nicht mehr tauschen mit den früheren Verhältnissen. Es ist der Zug auf dem Lande, die Leute sind gegen die Zusammenlegung und gegen den Wiederaufbau - aber zu ihrem Schaden.

Auf die wirtschaftliche Bedeutung, die Herr Horch ausgeführt hat, habe ich auch schon hingewiesen. Herr Horch gibt aber auch einem Wunsch Ausdruck, daß die Kontrollen über den Weinbau und den Weinhandel verschärft werden sollen. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß auch in dieser Beziehung von der Landesregierung etwas getan wird. Sie erleben heute draußen Fälle, daß ein Zeug zum Ausschank kommt, was nur noch weinähnlich ist, und daß dieser Wein mehr im Keller gemacht und der Winzer um seine Mühe und Arbeit damit betrogen wird. Es ist wirklich notwendig, auch in den Verbrauchergebieten Weinkontrollen einzurichten, damit nicht der Schund und der Matsch so groß werden, daß sie sich wirklich zum Schaden des Winzers auswirken.

Alles in allem gesehen glaube ich - wenn ich es verfolgen kann, was hier im Lande Rheinland-Pfalz gespielt wird -, daß sich die Leute Mühe machen, um den Weinbau und die Agrarwirtschaft zu halten. Wenn ich auf der anderen Seite die Mithilfe der Winzer sehe, die sich mit allem Fleiß - wie man in diesem ungünstigen Jahr beobachten konnte, wo die Schädlingsbekämpfung so schwer war - dafür eingesetzt haben, um das Produkt zu retten, so muß man sagen: sie brauchen es für das kommende Jahr, um ihre Steuern zu bezahlen und ihre Anschaffungen zu machen. Sie sind darauf angewiesen. Es ist heute so wie überall, auch der Winzer lebt von der Hand zum Mund. Wenn er ein Jahr nichts erntet, hat er nichts. Dann spürt das die ganze Gemeinde und der ganze Kreis. So setzt sich die Winzerschaft ein bis zum Letzten.

Wenn dieses Interesse, so wie Sie es hier aufgebracht haben, verwirklicht wird und der Staat sein Nötiges tut, dann müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß dieser Hauptberufszweig nicht mit Sorgen in die Zukunft zu schauen braucht und alles das tut und weiterhin erhält, daß er die Wirtschaftlichkeit behält und zum Segen unseres ganzen Landes mit dazu beiträgt.

Aus diesem Grunde stimmen wir dem Etat zu, weil wir hoffen, daß alle Parteien ihr Möglichstes tun, um der Landwirtschaft und dem Weinbau zu helfen. (Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Ziegler:

Das Wort hat der Abgeordnete Griesbeck von der Kommunistischen Partei.

Abg. Griesbeck:

Meine Damen und Herren! Wenn wir den Etat des Landwirtschaftsministers betrachten, so stellen wir fest, daß er bei Ausgaben von 55 Millionen DM ganze drei Millionen für unmittlere Zuwendungen an die Landwirtschaft, Winzer und Bauern zusammen, vorsieht. Schon die Tatsache, daß zur Förderung der Landwirtschaft nur 200 000 DM und zur Förderung des Weinbaus 100 000 DM eingesetzt sind, zeigt klar und eindeutig, daß es sich hier weniger um eine große Organisation zur Förderung der Landwirtschaft, sondern vielmehr um eine Verwaltungsstelle für Staatsgüter, Schulen, vor allem aber auch um die Verwaltung der Staatsforsten handelt.

Angesichts der Tatsache, daß nur 200 000 DM für die Landwirtschaft eingesetzt sind, glaube ich, Ihnen einen Vorschlag unterbreiten zu müssen, von dem ich annehme, daß er Ihren ungeteilten Beifall finden wird. Sie alle haben gehört, daß in den letzten Wochen in einer Reihe von Landstrichen unseres Vaterlandes urplötzlich die Naturgewalten aus heiterem Himmel auf die Landwirtschaft herunterprasselten, daß Hagelschläge, Blitz und Donner einzelne Gegenden vollkommen verwüsteten und dort die Ernte eines Jahres und damit die Hoffnung der dort wohnenden Menschen zerstörten und vernichteten.

Ich habe mir daher gestattet, namens meiner Freunde einen Abänderungsantrag II/1517 zu Kapitel 1 Titel 31 einzubringen, der wie folgt lautet: „Zu Kapitel 1 Titel 31 - Mittel zur Förderung der Landwirtschaft - Der Geldansatz wird von 200 000 DM auf 300 000 DM erhöht. Begründung: Soforthilfe zur Beseitigung der Unwetterkatastrophenschäden der letzten Wochen in Weinbau und Landwirtschaft.“

Ich gestatte mir, Ihnen, Herr Präsident, diesen Antrag zu übergeben.

Meine Damen und Herren! Wir haben hier viel von der großen Not der Landwirtschaft und vor allem auch des Weinbaues gehört. Wir Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, daß all das, was hier zur Behebung und Linderung beigetragen wurde, nichts anderes darstellt als den Versuch, irgendwo neuen Wein in alte Schläuche zu füllen, als einen vergeblichen Versuch, der durch die letzten Jahrzehnte hindurch immer und immer wieder unternommen wurde und letzten Endes uns heute dahin geführt hat, wo wir stehen, nämlich zu der Tatsache, daß sich Weinbau und Landwirtschaft langsam auf dem Wege zur Verelendung befinden. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß heute im 20. Jahrhundert nicht mehr so gearbeitet wird und nicht mehr so gewirtschaftet werden kann, wie das in der Vergangenheit viele hundert Jahre lang unsere Väter taten.

Die Feststellung, die hier einige Redner trafen, daß man auf dem Weg in ein gemeinsames Europa wäre und damit die Landwirtschaft einer unerhörten Konkurrenz ausgesetzt würde, zeigt, was kommen wird, wenn wir allein die Tatsache des augenblicklichen Freihandels und seine Folgen betrachten.

Aus einer Anzahl von Ländern - ich glaube, bald 13 - holen wir hier in unser Vaterland Weine herein, die wir selbst in solchem Umfange, solchem Ausmaß und von solcher Güte herstellen können, daß wir froh wären, wenn wir diese Mengen, die wir einführen können, auszuführen in der Lage wären. Auf

solche Art und Weise, meine Damen und Herren, geht es nicht. Ich meine die freie Marktwirtschaft, die man neuerdings zum besseren Schlucken für die weniger Sachverständigen als „soziale Marktwirtschaft“ verbrämt, hat uns ja gezeigt, daß der Kampf ums Dasein, falls er nicht von oben planvoll gelenkt wird, zur Vernichtung vor allem der schwächeren Existenzen führt. Die landwirtschaftliche Struktur unseres Landes ist so, daß bereits der größte Teil der Bauern kleine und mittlere Landwirte sind, die aufs schärfste von einem solchen Kampf betroffen und, wie gesagt, in der kürzesten Frist zum Erliegen gebracht werden.

Wir müssen in folgedessen darauf hinwirken, daß nicht Freihandel, sondern planvoll gelenkte Wirtschaft, vor allem bei uns in der Landwirtschaft, vorgenommen wird. Wenn sich irgendwie die Schlotbarone und die Großindustriellen gegenseitig ruinieren wollen, so haben wir Kommunisten gar nichts dagegen, aber die Bauern darf man nicht diesem Sturm und Ansturm einer ausländischen Konkurrenz, die unter ganz anderen Bedingungen arbeitet, aussetzen.

Ich komme mit ein paar Worten zum Kapitel Pflanzenschutz. Es sind hier 600 000 DM nachträglich eingesetzt worden. Ich nehme an, daß das der Bundes-Zuschuß ist, von dem gesprochen wurde. Ist er noch nicht gekommen? (Zuruf: Bis jetzt noch nicht!)

Bis jetzt noch nicht! Das ist sehr betrüblich; denn es wurde genau wie bei uns schon lange von dieser Unterstützung für den Pflanzenschutz bzw. vor allem zur Kartoffelkäferbekämpfung durch den Bund gesprochen. Es ging weit in die Runde, aber es traf nicht ein!

Leider muß ich dem Ministerium den Vorwurf machen, daß es viel zu lange gewartet hat, um von sich aus zur Initiative überzugehen. Denn die langen Wochen schönsten Wetters waren leider dann abgelöst durch eine Regenperiode. Und in diesem Zeitpunkt lief dann die sogenannte Aktion zur Versorgung der Landwirte mit Gesarol, also mit Stäubungsmitteln, an. Der Landwirt, der nicht gleich am ersten Tag gestäubt hat, hat es erleben müssen, daß er entweder 10 oder 14 Tage lang kaum stäuben konnte, weil es dauernd regnete, womit die Wirkung des Gesarols zum Teufel gewesen wäre, oder daß er, wenn er gestäubt hat, in einem Tag sein Gesarol irgendwo vom Regen weggeschwemmt sah.

Es ist nämlich Tatsache, daß das Gesarol eine hervorragende Wirkung hat, wenn aber die Maßnahmen mit Verspätung anlaufen und die Mittel zu spät in die Hände des Landwirts gelangen, dann wird die furchtbare Plage des Kartoffelkäfers sich noch weiterhin ausweiten und uns in der Zukunft noch viel größere Schäden zufügen als das bis jetzt der Fall war. (Unverständlicher Zuruf Abg. Gänger.)

„Vielleicht sind sie rübergewandert, ich weiß es nicht, Herr Gänger.“ Das gleiche gilt für die Reblausbekämpfung. In der Reblausbekämpfung soll man unserer Auffassung nach nicht warten, bis die gesamten Gebiete befallen sind, sondern man soll, wenn schon eben wie bei uns hier der Weinbau eine der Haupteinnahmequellen unseres Landes ist, mit bei weitem höheren Mitteln, als das jetzt der Fall ist, an die Bekämpfung herantreten und dafür sorgen, daß eine reblausresistente Weinrebenart gewonnen resp. überall angebaut wird. Zur Moorwirtschaftsstelle Landstuhl gestatte ich mir die Frage, warum man dort von der Saatzucht zur Schweinemast übergegan-

gen ist. Ich weiß nicht, ob die Schweinemast entsprechend der Tendenz des freien Marktes in der Zukunft noch sehr rentabel sein wird. Auch in der Vergangenheit waren noch ganz leidliche Preise zu erzielen. Mithin hat jeder Schweine gemästet, die Preise sind langsam am Fallen, und eines schönen Tages wird man für die Schweine nicht mehr allzu viel erzielen können. Ich glaube aber, wenn der Staat schon irgendwie Grund und Boden hat, soll er sich und darf er sich vor allem nicht in unserem Agrarstaat damit begnügen, nur irgendeinen Erwerb daraus zu machen, sondern er muß mit gutem Beispiel vorangehen, z. B. Saat züchten, dafür habe ich Verständnis, damit unsere Bauern erstklassiges und bestes Saatgut bekommen. Er soll Schweine züchten, und zwar eine hervorragende, leicht mästbare Rasse, die eine gute Futtermittelverwerterin ist, aber nicht einfache Schweine mästen zum Verkauf. Das ist sehr primitiv und damit hat man sich - sagen wir einmal - die Sache sehr leicht gemacht. Im übrigen gestatte ich mir die Anfrage, ob man die 2100 Hektar, das sind fast achteinhalb Tausend Morgen, nicht irgendwie als Siedlungsland verwenden könnte. Auf diese Art und Weise könnte man wieder für eine Reihe von Umsiedlern hier eine neue Heimat schaffen und ihnen die Möglichkeit geben, sich eine Existenz zu gründen. Das Kapital der landwirtschaftlichen Schulen möchte ich nur kurz streifen. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß nur die besten Lehrer und die besten Schulen für unsere Bauern und unsere Bauernjugend, unseren Nachwuchs, gut genug sind, gestatte mir aber, Herr Minister, warnend darauf hinzuweisen, daß Fälle in der Lehrerbesetzung und in der Personalpolitik, wie sie jüngst im Lande vorgekommen sind, nicht mehr vorkommen dürfen, wenn sich die Sache nicht zu einem gewaltigen Skandal auswachsen soll. Ich spare mir die weiteren Worte, ich glaube, wir verstehen uns, Herr Minister! Auf der anderen Seite kommen wir zum Thema der 14 Domänen. Auch hier hat es sich das Ministerium wirklich leicht gemacht, indem es einfach auf die Domänen Pächter gesetzt hat. Ich glaube, über die Zeit der Hintersassen sind wir lange hinausgekommen. Wenn Sie dort erstklassige Saatzuchtanstalten, vor allem Viehzuchtanstalten, schaffen würden, die dafür sorgen, daß unsere Bauern endlich statt ihrer kleinen Krüppel anständiges Vieh bekommen, das auch Milch gibt, dann hätten Sie der Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz einen hervorragenden Dienst erwiesen.

Ich bitte, nicht zu vergessen, daß gerade unsere Bauern da unten mit ihren Kühen ihren Mist stundenweit, oft Hunderte von Metern hoch befördern müssen, daß sie, um zu ihren Feldern zu kommen, Stunden des Wegs zurücklegen müssen, so daß das Vieh, das sie haben, sowohl was Zugfestigkeit und Milchleistung anbelangt, ganz hervorragend gezüchtet sein muß, damit noch irgendein Erfolg damit zu erzielen ist. Ich werde aber zur Abhilfe dieses Mißstandes später bei meinen Ausführungen noch andere Vorschläge unterbreiten. Was die Gestüte anbelangt, so möchte ich nicht sagen, daß man die Pferdezucht jetzt - sagen wir einmal - restlos auf den Aussterbe-Etat setzen soll, denn in der Landwirtschaft gibt es gewisse Arbeiten, bei denen man auch heute noch, trotz der vorgeschrittenen Motorisierung, vielleicht noch geeignete Pferde einsetzt. Das wird natürlich in erster Linie für größere Güter in Frage kommen. Wir geben aber der Hoffnung Raum, daß man - sagen wir mal - die Besetzung der Gestüte und die Unkosten, die man für die Gestüte aufwendet, so gering hält, daß sie auch in einem entsprechenden Verhältnis

zu der im Laufe der Jahre weniger wertvoll gewordenen Pferdezucht steht. Nun zum Kapitel Forsten. Ich stelle bei Durchsicht des Forstetats, Herr Oberlandforstmeister, fest, daß wir 1949 44 Millionen DM aus dem Holzverkauf lösten, während 1930 nur 33 Millionen herauskamen. Ich will damit nicht behaupten, daß ich eine Erhöhung des Waldeinschlages gewünscht hätte, aber was ich hier feststellen will, ist, daß die Gehälter im Jahre 1950 trotz geringeren Holzanfalles um 800 000 DM höher waren als 1949. Dasselbe gilt von den Automobilkosten, von den Kraftfahrzeugkosten. Trotz der Einführung des beamteneigenen Wagens stiegen die Kosten für Kraftfahrzeuge von 526 000 DM im Jahre 1949 auf 690 000 D-Mark im Jahre 1950. Ich glaube, daß wir auch hier auf dem Gebiet der Forsten immerhin versuchen müssen, Einnahmen und Ausgaben irgendwie in ein crträglichen Verhältnis zu bringen, daß man nicht auf dem Standpunkt zu stehen braucht, wir haben gute Einnahmen, sehen wir zu, wie wir möglichst alles ausgeben können. Dasselbe gilt nämlich auch von dem Kapitel Jagdverwaltung: Wir haben ausgerechnet, daß wir 150 000 DM hereinbekommen und die 150 000 DM müssen aber restlos irgendwie unter dem Posten Ausgaben verschwinden. Man hat sogar die Reisekosten mit rund 23 000 DM angesetzt in der Form, daß man 13 000 DM offiziell ansetzte und unter einem Posten Allgemeines noch einmal Fahrtkosten usw. mit 10 000 DM brachte. Es ist nicht möglich, daß in einem so armen Land, wie es bei dieser Etatberatung heute allgemein festgestellt wurde, Geld um jeden Preis ausgegeben wird. Ich komme nun zur Landeskulturverwaltung, in der ich leider vorwerfen muß, daß sie eine große Unterlassungssünde begangen hat. Sie hat nämlich nicht die vom Landtag vor Jahr und Tag beschlossene Bodenreform weiter vorgerieben. Ich weiß nicht, ob es nötig ist, Herr Minister, daß immer wieder und immer wieder vom Landtag aus Vorstöße unternommen werden müssen, sondern ich glaube, daß die Regierung von sich aus doch schon hätte die Gelegenheit benutzen müssen, dafür zu sorgen, daß die vielen Tausenden von Landhungrigen, die seit Jahr und Tag warten, wieder eigenen Boden unter die Füße zu bekommen, endlich einmal nicht nur vage Hoffnungen, sondern etwas Positives gesehen hätten. Ich habe hier von dem Siedlerverein „Eigene Scholle“ (Wissen a. d. Sieg) und dem Kreisbauernverband Altenkirchen und dem Deutschen Gewerkschaftsbund eine Eingabe vorliegen, deren Inhalt uns besagt, daß die Versuche, die Bodenreform möglichst zu verhindern und hinauszuschieben, nachgerade groteske Formen anzunehmen bestrebt sind. Ich weise darauf hin, daß man den Leuten, die da oben auf den Fürst-Hatzfeldschen Besitzungen siedeln wollen, erklärt hat, weiße Gebiete werden unter Naturschutz gestellt. Ich bin dafür, daß wir hier nicht den Naturschutz, sondern irgendeine andere Konservierungsmöglichkeit suchen, vielleicht Konservierung uralter überkommener Sitten, Konservierung des Großgrundbesitzes und Konservierung der Vergangenheit, die man augenscheinlich hier anstrebt. So kann es nicht weitergehen, meine Damen und Herren! Sie stellen sich hier her und erheben Anklage, daß die Umsiedler auf Grund des Potsdamer Abkommens hier nicht untergebracht werden können. Sie beklagen und bedauern, daß Sie keine Möglichkeit hätten, diese Leute in Brot und Arbeit zu bekommen, und wir haben hier noch Tausende und aber Tausende von Morgen Land zur Verfügung, auf denen wir diesen Leuten eine Heimstätte schaffen könnten. Warum wird diese Möglichkeit nicht durchgeführt? Warum

wird diese Möglichkeit nicht ins Auge gefaßt? Legen Sie Wert darauf, daß wir hier eine ewige Keimzelle von Unzufriedenheit haben, die eines Tages mit eruptiver, elementarer Gewalt zum Kriege drängen soll? Wenn Sie es gut meinen mit diesen Menschen, dann helfen Sie (Zuruf Abg. Claus: Geben Sie ihnen die Heimat wieder, schicken Sie sie wieder nach dem Osten zurück!) dann helfen Sie ihnen nicht mit Worten, sondern mit der Tat, Herr Kollege, dann müssen Sie sich an die drei Großen der Weltgeschichte wenden, nicht an mich. (Zurufe und Heiterkeit.) Ich bedaure es so sehr wie Sie, aber es gibt Verhältnisse, die sind härter, und wir müssen es uns abgewöhnen, da wir nun einmal die Prügel bezogen haben, zu wehklagen und zu jammern und zu vergessen, daß wir mit trampelnden Kürrassierstiefeln eines Tages über die ganze Welt schritten und alles restlos niedergetrampelt haben. (Zuruf Abg. Claus.) Herr Kollege, ich verstehe Ihre Zwischenrufe, ich habe auch nicht vergessen, was mein Herr Vorredner, der Angehörige Ihrer Partei, für wunderbare Sachen zu Bodenreform sagte, er sprach von verdrehten Auffassungen. Jawohl, wir kennen Ihre Auffassung, Latifundien müssen geschaffen werden, die kleinen Bauern der Eifel sollen unter irgendeinem Großgrundbesitzer wieder zusammengefaßt werden zu einem Großbesitz, damit man mit ihnen arbeiten kann. Wir kommen Ihnen aber mit anderen Vorschlägen. (Zuruf Abg. Claus: Kolchosen!) Nicht die Kolchosen, - und wenn die Kolchose gut wäre, wäre der ein Ochse, der sie nicht einführen würde. Es kommt darauf an, ob sie gut ist. Sie kennen sie nicht, infolgedessen können Sie sich darüber kein Urteil erlauben. Aber eins gestatten Sie mir. Ihnen zu sagen. Sie können genau so, Herr Kollege, wie wir in diesen Dörfern einen Gemeindebullen halten, so können Sie auch einen Gemeindetrecker halten, und wenn Sie den Gemeindetrecker haben, der unseren armen kleinen Kühen die Arbeit des Mistfahrens stundenweit in den Dörfern abnimmt, der ihnen die Arbeit abnimmt, die schwere Ladung Heu herunterzufahren in den Stall, dann hat man schon viel zur Verbesserung der Landwirtschaft getan, dann werden die Stunden, die der Bauer stumpfsinnig hinter seiner Kuh herschreiten muß, weil sie nicht schneller gehen kann, durch die Arbeit des Treckers erspart. Dann kann eine Arbeit, die sonst in Tagen und Wochen geleistet werden kann, in Stunden oder Tagen geleistet werden. (Zuruf Abg. Schlick: Nur muß es beim Einfahren in die richtige Scheune gefahren werden!) Wenn Sie irgendwie damit beauftragt wären, würden Sie wohl den Weg finden, und die Bauern, die damit beauftragt sind, werden den Weg dorthin auch finden. Ich habe Ihnen ja schon gesagt, Sie können ja den Gemeindebullen, der zur allgemeinen Verfügung steht, auch nicht in Ihren Stall führen, und dieses Problem wird genau so zu lösen sein wie das andere auch. Meine Herren, man kann sich an Stelle eines Bretts vor den Kopf notfalls sogar Bleiplatten vorlegen, damit man Wahrheiten, die mit atomarer Sicherheit jetzt auf uns hereinbrechen, auch dann nicht zu hören kriegt. So können wir uns nicht unterhalten, meine Herren. Wir sind nicht hierhergekommen, um irgendwie uns gegenseitig zu sagen, daß den Bauern nicht geholfen werden soll, sondern wir wollen ihnen doch helfen, wir wollen gemeinschaftlich beraten und wollen den besten Weg dazu finden. Daß wir aber von vornherein eisige Ablehnung irgendwelchen Vorschlägen entgegenbringen, das ist nicht sehr klug, sondern im Interesse dieser Bauern sogar sehr bedauerlich. (Zuruf Abg. Claus: Für Ihre Praxis bedauerlich!) Entschuldigen Sie, das hat mit der Praxis gar nichts

zu tun. (Zuruf Abg. Felier: Herr Claus kann ja nachher sagen, was er sagen will!) Man soll nicht irgendwie hetzen, sondern sich sachlich mit seinem Gegner auseinandersetzen. Denn wohin uns die Hetze geführt hat, meine Herren (Zuruf: Das haben wir im Osten erlebt!), das sollten Sie bei der furchtbaren Tragödie, in die die Hetze unser Volk gebracht hat, langsam erkannt haben. Ich weiß, Sie haben es einmal erkannt, aber das deutsche Volk hat bewiesen, daß es allzu schnell vergißt, das ist die Tragödie unseres Volkes. Wenn wir weiter von diesen Problemen zu der Frage der Hilfe für unsere Bauern gehen, so müssen wir, so bedauerlich es ist, trotz der festgestellten erheblichen Verschuldung dafür sorgen, resp. den Antrag stellen, daß weitere erhebliche Kredite zu billigem Zinsfuß möglichst langfristig zur Verfügung gestellt werden. Denn die Kapitalverknappung in unserer Bauernschaft ist so riesengroß, daß die Leute manchmal nicht in der Lage sind, über zwei und drei bare Mark zu verfügen. Wer Mitglied des Grenzlandausschusses ist, weiß ja genau, was uns seinerzeit der Bürgermeister oben in der Roten Zone gesagt hat, daß einer seiner Bauern zu ihm gekommen ist und ihn um ein Darlehen von 5 Mark gebeten hat. Ist es angesichts solch furchtbarer Not nötig, daß wir irgendwie uns gegenseitig anfezen, gegenseitig angreifen? Ich bin bereit, Ihnen hier Vorschläge vorzutragen, und ich nehme an, daß Sie sich mit diesen Vorschlägen befassen werden. Ich habe erklärt, daß die Kredite langfristig und billig sein müssen. Diese Kredite für die Landwirtschaft müssen gekoppelt sein mit Krediten an diejenigen Gewerbe und diejenigen Berufe, die in innigster Beziehung zur Landwirtschaft stehen. Ich habe z. B. in den letzten Tagen folgendes miterlebt. Ein Metzgermeister auf dem Lande suchte gegen Eintragung einer ersten Hypothek auf sein keineswegs wertloses Besitztum - es war Neuanlage eines Kühlraumes über 6000 DM errichtet, dabei wird ihm wohl der Atem etwas ausgegangen sein - ein Darlehen von 2000 DM. Glauben Sie, die Kreissparkasse unseres Ortes wäre in der Lage gewesen, das Darlehen zu vermitteln? Man hat ihm sogar gesagt - er hat sich, nachdem ihm das Darlehen verweigert worden war, an mich gewandt, dann habe ich mich mit der Kasse in Verbindung gesetzt und dann hat ihm die Kasse erklärt, er möchte sich doch weiterhin an mich wenden, ich solle durch den Landtag dafür sorgen, daß die Kasse Geld bekäme. Und es ist so, meine Damen und Herren, daß unsere Kassen in diesen verelendeten Gebieten der Roten Zone nicht einmal genug Geld haben, um Kredite ausleihen zu können. Also sorgen wir dafür, daß in diesen Brennpunkt der Not und des Elends entsprechende Kredite kommen. Meine Damen und Herren! Alsdann liegt uns ein anderes Problem noch sehr nahe. Wir müssen dafür sorgen, wie ich schon gesagt habe, daß an die Stelle des Freihandels eine planvolle Wirtschaft, an die Stelle des planlosen Freihandels mit den Dollarblockländern ein Waren- und Handelsaustausch mit dem Osten tritt. (Unverständlicher Zwischenruf.) Herr Kollege, ich habe Sie schlecht verstanden, ich darf aber darauf hinweisen, daß sich zum Befürworter dieser Sache der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Dr. Hermes gemacht hat. Er hat auf Grund seiner großen weiten Übersicht wahrscheinlich bessere Erkenntnisse, als Sie sie mit einer Betrachtung aus der Froschperspektive liefern könnten.

Wir müssen den Warenaustausch mit dem Osten schon deswegen haben, damit wir wieder in Zusammenhang mit unseren dort in der deutschen demokratischen Republik befindlichen Bauern kommen, die

Saatgut und vor allem wertvollstes Saatgut herstellen, das zum Teil bei uns nicht vorhanden ist und das wir auf dem Umweg über das Ausland beziehen müssen auf Dollar-Basis, und die eine Reihe von Waren liefern können, die wir nicht herstellen, während wir eine ganze Reihe von Waren dorthin liefern können. Ich habe an einer großen Tagung teilgenommen, da sprach ein Bauer und Großpferdezüchter aus Niedersachsen davon, daß bei Pferdeversteigerungen nur noch die Pferdemetzger erscheinen würden, und er habe festgestellt, daß drüben in der deutschen demokratischen Republik zum Teil noch Pferde vor dem Pfluge, vor dem Wagen gingen, die man viel besser dem Metzger geben würde. Es besteht also dort eine große Nachfrage und ein großer Bedarf, während wir hier nicht wissen, wohin mit unseren Tieren. Auf der anderen Seite wird für Millionen DM bzw. Dollars Saatgut aus Überseegebieten oder anderen Gebieten eingeführt, das zum großen Teil für unsere klimatischen Verhältnisse gar nicht einmal gut geeignet ist. Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, steht fest, ich habe schon das letzte Mal anlässlich der Beratung zum Justizetat gesagt, daß wir uns wieder in einer überaus kritischen Episode der Weltgeschichte befinden. Was liegt näher, meine Damen und Herren, daß gerade die deutschen Bauern, deren Aufgabe es ist, Leben zu schaffen, Leben zu fördern, die in unmittelbarer Einheit mit der Natur leben, daß diese Bauern aus Ost und West sich zusammenschließen im Kampf gegen Krieg, gegen alle möglichen Schwierigkeiten, wie die Atombombe, damit das große Wort Ulrichs von Hutten verwirklicht wird, wie er es verkündet: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz“. (Zuruf Abg. Demmerle [CDU]: Stimmt er nun dem Etat zu, oder nicht? - Heiterkeit.)

Vizepräsident Ziegler:

Ehe wir in der allgemeinen Aussprache weiterfahren, möchte ich es nicht unterlassen, dem Hohen Hause eine betrübliche Mitteilung zu machen. Es wurde mir vorhin gesagt, daß der Abgeordnete Böhm sehr schwer erkrankt ist. Die Abgeordneten Seppi und Hertel haben sich zunächst einmal in aller Eile zu ihm begeben. Hoffen wir, daß der Abgeordnete Böhm diese schweren Stunden überwinden kann und bald zu seiner vollen Gesundheit zurückkehrt. (Bravorufe.)

Wir fahren in der allgemeinen Aussprache über den Landwirtschaftsetat weiter. Das Wort hat der Abgeordnete Demmerle von der Fraktion der CDU.

Abg. Demmerle:

Meine Damen und Herren! Wir beraten den Etat von dem Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten. Ehe ich nun überhaupt zu den verschiedenen Fragen Stellung nehme, möchte ich im voraus unserem Herrn Landwirtschaftsminister und auch seinem Amte und all denen, die auf dem Amte mitschaffen, den Dank aussprechen für die bisher geleistete Arbeit. (Bravorufe.)

Obwohl man manchmal nicht mit allem einiggehen konnte, muß man aber doch in der Gesamtheit sagen, es ist etwas für die Landwirtschaft, für Weinbau und Forsten getan worden. Der Herr Landwirtschaftsminister sowohl wie all seine Helfer haben sich Mühe gegeben, so viel für die Landwirtschaft zu tun, wie sie tun konnten. Besonderen Dank dafür, Herr Minister, daß Sie in Bonn immer wieder versuchen, die Einfuhrschleuse möglichst klein zu halten, damit nicht unserer Landwirtschaft noch größeres Unheil zugefügt wird. Mühen Sie sich auch dahin

weiter ab, daß die Einfuhr mit unserer Erzeugung in rechten Einklang kommt. Wer die Bedeutung der Landwirtschaft überhaupt kennenlernen will und kennenlernen wollte, der soll auf eine landwirtschaftliche Ausstellung gehen, wie sie in Frankfurt war. Wenn man diese Ausstellung gesehen hat, konnte man zweierlei feststellen:

1. daß die Landwirtschaft selbst von sich aus etwas geboten hat in der Tierzucht und verschiedenem anderen und
2. kann man feststellen, wie viele Tausende, Zigtausende und Hunderttausende von Menschen von der Landwirtschaft leben, für die Landwirtschaft Maschinen und Geräte erzeugen.

Und sie können nur davon leben, wenn die Landwirtschaft in die Lage versetzt wird, diese Maschinen und all diese Dinge zu kaufen, die hier erzeugt werden, d. h. wenn die Landwirtschaft ihre Produkte wieder verkaufen kann. Zur Zeit aber haben wir in der Landwirtschaft eine Krise, an der wir nicht vorbeigehen können. Die Bedeutung der Landwirtschaft in unserem Lande muß meines Erachtens - ob es nun die Landwirtschaft allein oder der Weinbau ist - noch mehr erkannt werden, und wenn man die Bedeutung erkennt, dann muß auch mehr dafür geschehen, als es bisher der Fall ist. Wir dürfen eines nicht vergessen: es gibt keinen Beruf, wo so gerechnet wird wie in der Landwirtschaft, nämlich wo die Preise nicht selbst errechnet werden können, sondern sie hängen von den Zufälligkeiten ab. Nur die Landwirtschaft bekommt die Preise gesagt, alle anderen Berufe können ihre Gesteigungspreise plus Gewinn usw. errechnen.

Nun möchte ich, nachdem ein Vertreter der CDU bereits gesprochen hat, nicht so schematisch verfahren, sondern ich möchte die Probleme herausgreifen, um die es eigentlich heute geht. Ich stelle die Schwarzwildschäden in den Vordergrund. Die Schwarzwildschäden betreffen die Gemeinden, die meistens am Walde liegen und darauf angewiesen sind, Getreide zu bauen und Viehzucht zu betreiben, an und für sich schon die ärmeren Gemeinden. Dort haust das Schwarzwild. Es ist eine Kriegsfolge. Hier muß meines Erachtens mehr getan werden als bisher. Wir haben in der Pfalz eine Wildschadenausgleichskasse, die aber jedenfalls in diesem Jahre nicht mehr funktionieren wird, weil die gesetzliche Unterlage dafür fehlt und die Gemeinden - das ist die Überzahl der Gemeinden -, welche nicht betroffen sind, wollen nicht mehr in diese Wildschadenausgleichskasse zahlen. Auf der anderen Seite fühlen sie sich auch nicht verpflichtet. Hier müßte eine gesetzliche Untermauerung stattfinden, damit der Ausgleich geschaffen werden kann, und wenn nun die Jagden frei sind, sehe ich für diese Gemeinden, die Schwarzwildschaden haben, sehr schwarz, daß sie ihre Jagden überhaupt verpachten können mit dem Vorbehalt, daß der Pächter sich zu 50 Prozent an dem Schwarzwildschaden beteiligen soll. Hier scheint mir noch eine große Lücke zu sein, die vielleicht durch das Jagdgesetz geschlossen werden kann. Andererseits wissen wir, daß in dem Etat etwas mehr Geld für Meliorationen und Wasserversorgung eingesetzt ist, weil gerade diese Dinge die Landwirtschaft in erster Linie angehen. Es ist auch richtig, daß die Beträge auch jetzt noch etwas schwach sind, obwohl man dabei berücksichtigen müßte, daß dadurch wieder Hunderte und vielleicht Tausende von Menschen in Arbeit und Brot kommen.

Von meinem Freund und Kollegen Rüb wurde die Liberalisierung gerügt. Er sagt wohl, er will nicht die Zwangswirtschaft, sondern die gelenkte Wirtschaft,

auch die Anbauleitung, und es ist bekannt, daß wir von der CDU weder Zwangswirtschaft noch Anbauleitung wollen, wir wollen die soziale Marktwirtschaft. Daß man nach dem Aufheben der Zwangswirtschaft sofort eine andere, weniger gelenkte Zwangswirtschaft übernehmen konnte, war klar, weil jeder einzelne einmal vorübergehend frei sein wollte. Die Erfahrung, die nun gemacht wurde für die Allgemeinheit, haben die führenden Menschen vorher schon erkannt, daß wir eine soziale Marktwirtschaft brauchen und für die Einfuhr einen Schleusenwärter, der dafür sorgt, daß nicht mehr hereinkommt als eben dringend notwendig ist. Eine soziale Marktwirtschaft, jawohl. Was sie wollen, darüber sind wir uns klar, das ist Zwangswirtschaft. Anbauleitung, das geht mir auch schon zu weit. Ich glaube, die Landwirtschaft wird auch von sich heraus, wenn das Schleusenwerk funktioniert, und die Bauernverbände dafür sorgen, daß auch der Anbau in die rechten Wege geleitet wird. Was die Landwirtschaft dringend benötigt, ist vor allem die Landwirtschaftliche Berufsschule, damit unsere Jugend nach dem 8. Schuljahr noch zwei Jahre Schulunterricht erhält und sich vorbereiten kann für ihren Beruf.

Bezüglich der Tierzucht muß gesagt werden, daß bis jetzt immer noch sowenig Aufmerksamkeit der Tuberkulose entgegengebracht wird. Ich führe hier einen Satz aus: Rindertuberkulose bedeutet Kindertuberkulose. (Zuruf Abg. Diel [CDU]: Sehr gut!) Aus diesem Grunde muß hier etwas geschehen. Obwohl es zu dem Etat des Innenministeriums gehört, muß ich aber doch sagen, es muß hier mehr getan werden, nicht nur wegen unseren Bauern, nein, wegen unseren Kindern in Stadt und Land. (Zuruf Abg. Diel [CDU]: Sehr richtig!) Wir können keine gesunde Milch- und Viehwirtschaft treiben, wenn wir der Tuberkulose nicht zu Leibe rücken, und das können wir nur durch Enttuberkulierung unseres gesamten Viehbestandes. (Zuruf Abg. Diel [CDU]: durch eine Gesundheitskontrolle!) Kollege Rüb hat auch von dem Gestüt Eichelscheid ausgeführt, daß dort früher der Landstallmeister immer ein Tierarzt war und nun ein Landstallmeister und Tierarzt sei, er hat den Tierarzt abgelehnt und behält sich vor, vielleicht auch den Landstallmeister abzulehnen und ihn durch einen Tierarzt zu ersetzen. Wir haben aber aus verschiedenen Ausführungen hier gehört, daß das Pferd zur Zeit bedrängt sei durch den Bauernschlepper. Unbedingt richtig, deshalb ist das Pferd, das wir auch für die Zukunft nicht entbehren können, in einer gewissen Klemme. Was soll geschehen? Wir sind daran, die Pferdezucht etwas umzustellen, um die Warmblüter etwas schwerer zu züchten und die Kaltblüter etwas leichter. Das ist notwendig, damit beide Tiere handlich sind für den Bauernbetrieb und nicht allzuviel Futter verzehren. Wir sind auch weiter daran, das Zweibrücker Pferd, das früher bekanntlich an die Wehrmacht Reitpferde abgab, das Gestüt sowohl als die gesamte Züchtung, das ist nun vorbei, dieses Pferd zu einem Bauernpferd zu gestalten auf diesem Gestüt. Da war es notwendig, daß nicht zuerst der Tierarzt gesucht wurde, sondern der wirkliche Fachkünstler, der Züchter. Und es ist Tatsache, daß der jetzige Landstallmeister, Dr. Frase, anerkannter Tierzüchter in der Pfalz und weit über die Pfalz hinaus bekannt ist. Deshalb ist Dr. Frase dort Landstallmeister geworden, und man mußte in erster Linie Rücksicht nehmen auf die Kenntnisse aus der Tierzucht her, und dann erst kann der Tierarzt kommen. Und es stehen so viele Werte auf dem Spiel in der Umstellung dieser beiden Rassen, daß man da nicht sparen konnte, und sollte

den Tierarzt zuerst suchen, der vielleicht gar kein Tierkenner und Tierzüchter ist. Das sind die Gründe, die dazu führten, daß ein Nichttierarzt Landstallmeister wurde. Daß aber der Landstallmeister gerade in dieser Zeit dringend notwendig war, daß die Stelle nicht weiter verwaist bleiben konnte und nebenamtlich vom Minister verwaltet wurde, das dürfte jedem klar sein, gerade jetzt, wo jemand notwendig war. Der Landstallmeister hat nicht nur das Gestüt zu verwalten, sondern er hat die Tierzucht und Pferdezucht in der ganzen Pfalz auf die Beine zu stellen, auf neue Formen.

Der Kartoffelkäfer. Es ist davon gesprochen worden, daß da mehr getan werden müßte (Zuruf Abg. Schieder [KPD]: Noch mehr?), um den Kartoffelkäfer zu bekämpfen. Ich glaube nicht, daß wir ihn per Flugzeug auszuführen brauchen, wie gelegentlich behauptet wird, sondern daß er von selbst dorthin fliegt. Ich muß dazu sagen, es sollte dafür gesorgt werden, daß die Bekämpfungsmittel kostenlos rechtzeitig zur Verfügung stehen, nicht erst wenn die Gefahr schon da ist. Mehr braucht meines Erachtens von Staats wegen nicht getan zu werden. Der Bauer soll wissen, im Mai schon stehen uns die Bekämpfungsmittel kostenlos zur Verfügung von Staats wegen. Das übrige werden die Bauern, Bürgermeister und Landräte von selbst tun. Aber eines, Herr Minister, hätten Sie doch noch zu erledigen. Ich glaube, es ist wirklich ein Versäumnis, daß Sie es bisher noch nicht getan haben, daß Sie auch dann für das günstige Wetter sorgen, wenn die Bauern stäuben wollen. (Heiterkeit!) Mein Kollege Rüb hat noch etwas anderes angeführt. Er hat als das Allheilmittel für die Bauern die Genossenschaften verlangt, der Erzeuger wie der Verbraucher sollen sich vereinigen, und quasi blickt immer wieder durch, daß der Handel allein an allem schuld sei. So geht es nun doch nicht. Die Genossenschaften sind nicht das Allheilmittel. Ich will es Ihnen aber sagen: Selbst wenn es gelänge, den Handel auszuschließen und die Genossenschaften beherrschten allein das Feld auf beiden Seiten - eine direkte Verbindung ohne Zwischenhandel -, dann kostet diese Bürokratie auch Geld, vielleicht mehr Geld als der Handel verdient, denn wenn keine Konkurrenz seitens des Handels gegenüber den Genossenschaften mehr da ist, dann sind es fertige Beamte. Ich will von der Korruption und den Möglichkeiten gar nicht sprechen. Auch wenn die Waren so und so transportiert werden. Aber, ich muß noch auf etwas hinweisen. Wenn die Genossenschaften das auf beiden Seiten wirklich in den Händen haben, wer zahlt dann die Steuern? Die Genossenschaften bekanntlich nicht, denn dieselben sind steuerlich günstiger gestellt als der Handel. Dann ist man gezwungen, weil ja der Handel keine mehr zahlen würde, die Steuern auf die Erzeuger und Verbraucher in anderer Form umzulegen. Dann wird man mindestens genau so naß sein. Also, jedenfalls ist das nicht das Allheilmittel und soll uns als solches nicht vorgetragen werden. Handel gab es zu allen Zeiten und wird es auch weiterhin geben.

Nun zur Bodenreform und Flurbereinigung. Es sind zwei Gedanken vorgetragen worden; der eine vom Herrn Kollegen Hertel, daß mit der Bodenreform auf den Hatzfeldschen Gütern nun vieles erschlossen würde; und der Herr Kollege Migeot hat gemeint, das wäre nicht richtig, man hätte mehr Flurbereinigung machen und Maschinen einsetzen können. Ich liege zwischen diesen beiden Dingen mit meiner Ansicht. Ich war damals bei der Bereisung der Hatzfeldschen Güter, der Felder, die für die Bodenreform bereitgestellt werden sollten, und habe festgestellt, daß die Gutsverwaltung

nichts ändern kann und die neue, die nun hinkommt, auch nichts, daß also dort nicht viel herauspringt. Es schadet gar nichts, wenn der Staat die Mittel mal hier hineinsteckt. Er wird dabei erleben, daß hier nicht viel mehr herauskommt. Das sind alles einzelne, kleine Besitzungen zwischen dem Wald, wo nie viel zu ernten ist. Und die Besitzer von heute - ich kann es verstehen, daß sie nach Eigentum und Besitz streben -, sie werden morgen als Besitzer mehr zu bezahlen haben, als heute sie als Pächter zahlen. (Zuruf: Sehr richtig.) Soviel habe ich festgestellt. Aber trotz alledem, der Versuch lohnt sich und ist vielleicht sehr lehrreich, obwohl nach meiner Ansicht diese zwei Millionen für Meliorationen in aufgeschlossenen Feldern dienstlicher wären.

Flurbereinigung ist notwendig und muß geschaffen werden auch dort, wo man noch nicht so will. Wir haben sie in meinem Dorf auch noch nicht. Trotzdem sage ich mir: wir müssen langsam dahinkommen. Auf einmal geht es ja nicht.

Und nun zum Kollegen Griesbeck. Ich frage mich immer wieder, ob die KPD das Recht hat, uns Vorlesungen darüber zu halten, wie wir die Ostflüchtlinge behandeln sollen. Ausgerechnet die KPD! Weiter hat er ausgeführt, das deutsche Volk hätte nichts erkannt, nichts gelernt aus der Vergangenheit. Doch, wir haben gelernt, nämlich daß wir glücklich der Nazi-Diktatur entronnen sind, wir wehren uns mit Händen und Füßen, uns einer neuen Diktatur zu ergeben. (Bravo-Rufe bei der CDU). Was nun der Handel mit der Ostzone anbelangt, hören wir, staunen wir darüber, daß die Ostzone Pferde braucht, daß sie vielleicht Saaten braucht und alles Mögliche (Abg. Feller: Umgekehrt!). Nein, die Sache ist schon so, Saatkartoffeln sind in diesem Frühjahr aus der Bundesrepublik in die Ostzone gerollt. Pferde brauchen sie! Und wir waren von früher gewohnt, aus der Ostzone alle Saaten und alles Zuchtmaterial des gesamten Viehes zu erhalten. Wie muß die Ostzone abgewirtschaftet haben! Das ist die Lehre, die wir daraus ziehen. Und deshalb wehren wir uns, uns dieser Diktatur einzuverleiben.

Es tut mir leid, daß im Landwirtschaftsetat über diese Dinge gesprochen wurde; ich kann sie aber nicht ungehört verhallen lassen! Hier muß Antwort gegeben werden, weil immer wieder versucht wird, alle Dinge auf den Kopf zu stellen, uns für dumm zu halten und zu sagen, wir hätten Bretter vor dem Kopf. Das müssen wir uns endlich in diesem Hause verbitten! So geht es nicht weiter! (Beifall bei der CDU.) Zur Illustration: Ich habe es sechs verschiedenen Herren gesagt. Es sind einige Wochen her, da war auch hier ein Auftritt im Landtag. Ich habe dann draußen mit dem Kollegen Griesbeck gesprochen und habe ihn gefragt: Wie kommt ihr dazu, immer dieses Theater aufzuführen? Das ist doch nicht demokratisch! Wie könnt ihr das denn machen? Und da sagte er mir: Ja, wir schöpfen die demokratischen Freiheiten eben aus. Darauf erwiderte ich: Ja, sagt einmal, wenn ihr morgen wirklich an der Macht seid, tut ihr das dann auch noch so zugeben, oder wie ist das nachher? Ja, antwortete er, wir haben dann Diktatur! (Heiterkeit.) Und wir müssen uns das gefallen lassen! Das ist genau so, wie es 1932 war, die Nazis und Kozijs gemeinsam haben alles verdonnert, was die Regierung damals tun wollte, und haben alle Freiheiten nicht nur erschöpft, sondern mehr als ausgenutzt. Und als die Nazis an der Macht waren, da haben sie uns „Demokratie“ beigebracht, nämlich die Diktatur, und da-

vor bewahre uns der Herrgott!! (Abg. Feller: Die Nazis sitzen doch bei euch und nicht bei uns! Bei euch sind die Nazis und die Hitler-Aktivisten!)

Meine Fraktion, um wieder zur Sache zu kommen, stimmt dem Etat des Landwirtschaftsministeriums zu einschließlich der noch eingereichten Vorschläge, die in den Ausschüssen beschlossen wurden. Hoffen wir, daß wir wieder ein Jahr gut herumbringen.

Herr Minister, ich bitte Sie noch einmal, helfen Sie in jeder Lebenslage der Landwirtschaft und sorgen Sie in Bonn dafür, daß die Schleusentore einen Wächter bekommen! (Beifall bei der CDU.)

Abg. Griesbeck:

Ich bitte ums Wort!

Vizepräsident Ziegler:

Der Abgeordnete Griesbeck von der Kommunistischen Partei hat das Wort.

Abg. Griesbeck:

Meine Damen und Herren! Ich sehe mich leider gezwungen, zuerst einmal eine Ausführung des Herrn Demmerle richtigzustellen. Es war ungefähr so, wie er sagte. Er hat nicht gesagt: Was macht ihr, sondern: wie ist es drüben? Er meinte da wahrscheinlich die Sowjetunion, so habe ich das aufgefaßt. Und da habe ich erklärt - da liegt keine Lüge vor -: Drüben ist die Diktatur des Proletariats - und hier behauptet ihr, ihr hättet Demokratie! Nicht wahr, entweder sagt ihr: Schön, wir haben auch Diktatur; dann ist es gut. Das war lediglich eine Unterhaltung, wie sie freundschaftlich unter Menschen üblich ist, bei der ich irgendwie - wenn man so sagen kann - aus der Theorie die Sache erklärt habe. Hier aber ein Positivum daraus zu machen, das finde ich unerhört. Auf der anderen Seite, Herr Demmerle, habe ich hier nicht politische Propaganda getrieben, sondern ich habe Ihnen erklärt, daß ich bereit und bestrebt bin, im Auftrag meiner Freunde positive Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Landwirtschaft zu bringen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir können uns alle noch daran erinnern, daß vor über Jahresfrist Hefte - sagen wir einmal - in deutscher Sprache von amerikanischen Redakteuren, von amerikanischen Zeitungen - ich glaube „Neue Zeitung“ in München - herausgebracht und verteilt wurden. In diesen Heften wurde viel über die Sowjetunion geschrieben. Aber dieses amerikanische Heft hat festgestellt, daß die Leistungen der Sowjetunion auf dem Gebiet des Agrar-Sektors vorbildlich seien. (Zuruf bei der KPD: Hört, Hört!) Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, habe ich gesagt, wir müssen hören und prüfen. Ich meine, es ist hier ein neuer Weg, der genossenschaftliche Weg, den wir vorschlagen. Darüber sind wir uns alle im klaren. Und es ist selbstverständlich, daß es eben „nur“ den Weg des Herrn Kollegen von der FDP gibt, daß man die kleinen Bauern nach der Theorie des Herrn Schlange-Schönigen - also den Weg zum „Besseren Wirt“ gehen läßt, sprich Kapital-Trusts -, sie von ihrer Scholle vertreibt, um dann große Latifundien zu haben, einen Großgrundbesitz, den man mechanisieren und bearbeiten kann, oder man faßt diese Bauern zu Gemeinschaften zusammen.

Deswegen habe ich ja das Beispiel des Gemeindestiers, des Dorfstiers, genommen, der ebenfalls für alle gemeinschaftlich ist. Warum sollte nicht der Trecker genau so für die Leute gemeinschaftlich dasein und nicht für ein, zwei oder drei Leute! Also, es sind

doch wirklich praktische Vorschläge, die sogar bei der Diskussion mit den Kleinbauern meiner Nachbarschaft auf sehr fruchtbaren Boden fallen. Wenn wir das Geld hätten, dann würden wir uns längst ein oder zwei solcher Dinge angeschafft haben, um aus der Praxis zu sehen, was zu machen ist und was sich tut. Daß man aber hier dieses heiße Bemühen, um - wie Sie selbst zugeben müssen - der in Krise befindlichen Landwirtschaft neue Wege aufzuzeigen, als politische Agitation hinstellt, das ist eine Sache, die auf das schärfste zurückgewiesen werden muß, Herr Demmerle.

Vizepräsident Ziegler:

Das Wort hat der Herr Oberlandforstmeister Gussone als Vertreter der Regierung.

Oberlandforstmeister Gussone:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte, zu der so wichtigen Frage der Wildschadensverhütung und Wildschadensbekämpfung Stellung nehmen zu dürfen. Die wirksamste Wildschadensbekämpfung ist der Abschluß des zu Schaden gehenden Wildes oder jedenfalls eine entsprechende Kurzhaltung.

Ich freue mich, dem Hohen Hause mitteilen zu können, daß die größte Schwierigkeit, die bisher in der Inangsetzung der Jagdausübung bestand, nämlich die Waffenbeschaffung, jetzt im wesentlichen überwunden ist. Wir haben bereits 631 Waffen hereinbekommen und endlich nach vielen Bemühungen eine weitere Einfuhrlizenz über 1322 Flinten und über 50 Drillinge erhalten, so daß in kurzer Zeit etwa 2000 Jäger von Rheinland-Pfalz bewaffnet sein werden.

Die Bewaffnung ist auch die Vorbedingung dafür, daß große Teile der Jagdbezirke wieder verpachtet werden können und die Jagd dort ausgeübt werden kann. Also es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß in den von der Besatzungsmacht freigegebenen Jagden, soweit sie zur Verpachtung kommen, der Wildschaden durch Abschluß des Schwarzwildes im Laufe der nächsten Monate oder des Winterhalbjahres wesentlich eingedämmt werden kann.

30 v. H. der Landesfläche etwa nimmt die Besatzung weiterhin für sich in Anspruch. Rund 70 v. H. hat sie freigegeben oder wird sie in Kürze noch freigegeben. Hier im Rheinland war es bisher mehr, in der Pfalz hat es gehapert. Es sind jetzt kürzlich dort die ersten 186 000 ha freigegeben worden. Es liegt dies an gewissen organisatorischen Mängeln, die nicht so schnell zu überwinden waren. Es ist mir aber in Aussicht gestellt, daß noch bis Ende dieses Monats die restlichen Flächen in der Pfalz und auch hier im Rheinland freigegeben werden. Damit ist, wie gesagt, auf den von Deutschen bejagten Flächen die Frage der Wildschadensverhütung in etwa wenigstens geregelt.

Eine zweite Frage ist die Nachbarschaft der Jagdreservate, die ja in allen Aussprachen immer wieder erwähnt wurde. Der Herr Generalgouverneur hat angeordnet, daß die Jagden, die am Rande der Reservate liegen, von jetzt ab sofort von einer ganzen Anzahl von Forstbeamten der Reservate bejagt werden, so daß am laufenden Band dort Schwarzwild abgeschossen wird.

Was das Jagdreservat in Ahrbrück anbetrifft, hat der Herr Gouverneur mir schon vor einiger Zeit einen Teil dieser Reservate zur freien Jagdausübung, im wesentlichen für repräsentative Zwecke, zur Verfügung gestellt. Es sind dort bis jetzt schon einige 40 Stück Schwarzwild geschossen worden, so daß der

Wildschaden auf den angrenzenden Flächen - ich erwähne die Orte Kempenich und Spessart - in Kürze wesentlich zurückgehen wird.

Es bleibt dann schließlich noch die Frage, wie werden die um die Reservate herumliegenden Jagden wirksam geschützt? Ich habe den Vorschlag gemacht - denn es handelt sich bei den Reservaten um große geschlossene Waldkomplexe, in denen immer ein gewisser Wildschaden sein wird -, daß diese großen Komplexe eingezäunt werden. Und mit Freude stelle ich fest, daß ein entsprechender Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD bereits vorliegt, der die Möglichkeit gibt, in größerem Umfang Zäune gegen Rot- und Schwarzwild zu errichten und damit auf den Feldmarken um die Jagdreservate herum Schaden größeren Umfangs zu vermeiden. Schließlich ist auch vom Landeskommissariat zugestanden worden, daß die deutschen Jagdkommandos, die hier im Rheinland seit 1947 bestehen und immerhin mit einem Abschluß von über 11 600 Stück Schwarzwild ihre Tüchtigkeit unter Beweis gestellt haben, in allen Fällen eingesetzt werden, in denen auf den von den Besatzungsmitgliedern in Anspruch genommenen Jagden noch irgendwie größerer Wildschaden zukünftig auftritt.

Ich darf dann vielleicht noch allgemein berichten, daß ungefähr 4000 Jagdscheinanträge von deutschen Jägern beim Landeskommissariat schon eingereicht sind und daß inzwischen - 2200 waren es kürzlich, die herausgegeben wurden - die Herausgabe fortlaufend weitergeht, so daß in dieser Hinsicht auch keine Schwierigkeiten mehr entstehen und in Kürze die Jagdausübung in Gang kommt.

Von Interesse wird in diesem Zusammenhang auch sein, daß seitens der Bundesregierung, und zwar seitens des Bundesjustizministeriums, angefragt wurde nach der Wildschadenregelung hier im Lande und dabei zum Ausdruck gebracht worden ist, daß beabsichtigt ist, die Wildschadensfrage bundeseinheitlich als Kriegsfolgelast zu regeln und bei Besprechungen mit den Hohen Kommissaren demnächst irgendwie in den Vordergrund zu stellen.

Ich habe dann noch den Auftrag, zu dem Entschuldigungsantrag des Agrarpolitischen Ausschusses Nr. II/1444, der wie folgt lautet:

„Die Landesregierung wird beauftragt, die Bundesregierung zu ersuchen, mit den Hohen Kommissaren in Verhandlungen einzutreten und endlich eine Neuregelung der in Rheinland-Pfalz immer noch fortbestehenden unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete des Jagd- und Fischereiwesens herbeizuführen“,

mitzuteilen, daß bereits unter dem 24. Juni seitens der Landesregierung dem Herrn Bundeskanzler konkrete Vorschläge zur Regelung des Jagd- und insbesondere des Fischereiwesens unterbreitet sind mit der Bitte, die erforderlichen Verhandlungen bei der alliierten Hohen Kommission einzuleiten.

Vizepräsident Ziegler:

Meine Damen und Herren! Ehe ich dem Herrn Minister das Wort gebe, halte ich es für meine Pflicht, den Ausdruck des Herrn Abgeordneten Feller, den er vorhin als Zwischenruf gebraucht hat, schärfstens zurückzuweisen. Ich habe den Wortlaut jetzt erst feststellen können. Der Abgeordnete Feller hat gesagt: „Die Nazis sitzen unter euch!“ Diesen für das Hohe Haus äußerst beleidigenden Ausdruck weise ich, wie gesagt, mit allem Nachdruck zurück. (Zurufe: Sehr richtig! - Abg. Feller: Das sind Tatsachen! Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Ziegler:

Ich rufe Sie zur Ordnung, Abgeordneter Feller!

Der Herr Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten hat das Wort.

Staatsminister Stübinger:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich am Ende der Beratungen über den Etat des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten Ihnen noch einen kleinen Überblick gebe über den tatsächlichen Stand in den einzelnen Abteilungen meines Ministeriums.

Die Landwirtschaft des Landes Rheinland-Pfalz besitzt eine typisch kleinbäuerliche Struktur. Nur rund 25 v. H. aller Betriebe zeigen eine Größe von über 5 Hektar. An der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Bundesrepublik im Umfange von insgesamt 14 Millionen Hektar ist Rheinland-Pfalz mit insgesamt einer Million Hektar beteiligt. Die Spezialkulturen sind in unserem Land mit einem besonders hohen Prozentsatz an der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung beteiligt. Dies ist deutlich aus den Zahlen über jährliche Produktionswerte zu erkennen. Danach stammen rund 61 v. H. der der Pflanzenproduktion aus Sonderkulturen wie Wein-, Obst-, Gemüse-, Tabak-, Zuckerrüben- und Gerstenbau. Die Viehhaltung ist besonders in den Höhengebieten sehr stark und bildet dort das Rückgrat unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Bei den Förderungsmaßnahmen des Staates für die Landwirtschaft müssen deshalb in erster Linie auch die Spezialkulturen und die Tierzucht im Vordergrund stehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts des gegenwärtigen guten Standes der landwirtschaftlichen Kulturen fühle ich mich zu der Hoffnung berechtigt, daß die diesjährige Ernte unserer Landwirtschaft wieder einmal einen vollen Erfolg bringen dürfte. In den letzten Jahren, besonders im Jahre des tiefsten Standes der landwirtschaftlichen Produktion, 1947/48, mußte unsere Landwirtschaft viele Mißerfolge durch ungünstige Witterungsverhältnisse ertragen. Ich hoffe, daß in diesem Herbst Scheunen, Speicher und Keller so gefüllt werden, daß die menschliche und tierische Ernährung aus eigener Erzeugung beachtlich verbessert wird. Ich komme nun zu einem Kapitel meines Ministeriums, dem auch von Ihrer Seite die größte Bedeutung zugemessen wurde, wie ich anläßlich der Diskussion feststellen konnte, und zwar zu der Flurbereinigung. Die Flurbereinigung ist wohl die dringendste Maßnahme, die wir zur Förderung der Landwirtschaft in unserem Lande durchführen können. Noch etwa 600 000 ha müssen bereinigt werden. Die Flurbereinigung ist bei etwa 300 000 ha durchgeführt. Weitere 300 000 ha sind bei den Kulturämtern im Augenblick in Bearbeitung. Wir rechnen damit, daß wir in den nächsten drei Jahren in etwa 92 Gemarkungen rund 60 000 ha zum Übergang bringen dürften. Mit der Flurbereinigung sind auch immer Meliorationen und Rodungen in größerem Umfang verbunden, die eine Ertragssteigerung von besonderem Ausmaße bringen. Die Finanzierung bereitet uns natürlich besondere Schwierigkeiten, weil die früher gegebenen Beihilfen von durchschnittlich 50 bis 60 v. H. heute nicht mehr möglich sind. Unsere Landwirtschaft hilft sich selbst dadurch, daß die Ausbauarbeiten in erster Linie durch Hand- und Spanndienste geleistet werden. Die Landeskulturverwaltung wird durch den vorliegenden Haushaltsplan erstmalig wieder ungefähr den Stand von 1938 personalmäßig erreichen. Auf dem Gebiete der Siedlung, der zweiten Hauptaufgabe der Landeskulturverwaltung, liegt das Schwergewicht

der Arbeit z. Z. bei der Flüchtlingssiedlung. Auf dem Gebiete des ehemaligen Luftwaffenübungsplatzes Ahrbrück und an einigen anderen Stellen des Landes werden über 90 Neusiedlerstellen, davon 70 für Flüchtlinge, im Laufe dieses Jahres geschaffen werden. Es kann damit gerechnet werden, daß weiterhin im gleichen Zeitraum etwa 250 Heimatvertriebene im Wege der Pacht in die hiesige Landwirtschaft eingegliedert werden. Bei dem Landvorrat der gemeinnützigen Siedlungsunternehmen, der sich - abgesehen von Ahrbrück - auf etwa 1500 ha beläuft, handelt es sich in erster Linie um rodungsfähigen Heckenwald, der natürlich besondere Aufwendungen für die Urbarmachung erfordert. Um die Kosten der Rodungen zu senken, sind z. Z. Großrodemaschinen von uns in den Einsatz gebracht. In der Bodenreform sind die Arbeiten soweit vorangekommen, daß sich der Umfang der Landabgabe übersehen läßt. Es handelt sich um etwa 7000 ha Kulturland und um etwa 12 000 bis 15 000 ha Waldfläche. Die Abwicklung der Landabgabe scheitert an der Unmöglichkeit, ausreichende Barmittel aus dem Landeshaushalt für diesen Zweck zu erhalten, und vor allem aber auch daran, daß langfristige, billige Siedlungskredite zur Zeit nicht zur Verfügung stehen. Mit dem Finanzministerium sind Verhandlungen eingeleitet zur Schaffung der Möglichkeit der Entschädigung des Bodenreformlandes durch Schuldverschreibungen. Es wird alles geschehen, um vorrangig ein größeres Verfahren im Kreise Altenkirchen durchzuführen, über das wir heute, wie bereits von den verschiedenen Parteien betont, uns ja näher unterhalten haben. Es kommt uns hier bei diesen Siedlungsunternehmen in erster Linie darauf an, etwa 200 Hofpächter der Fürstin von Hatzfeld und eine große Zahl von Parzellenpächtern zu Eigentümern zu machen. Auf unsere Veranlassung führt die Finanzverwaltung zur Zeit in dem Gebiet der Fürstin von Hatzfeld bereits Bodenschätzungen durch. Hierdurch wird eine gute Grundlage sowohl für die Landabgabeverhandlungen als auch für die weitere Besiedlungsplanung geschaffen werden. Die Arbeiten der neu errichteten Nebenstelle Wissen des Kulturamtes Koblenz, die in der Erfassung der bestehenden Verhältnisse, der Entwurfsplanung, Ermittlung der rodungswürdigen Flächen und in Vorarbeiten für die Meliorationen bestehen, sind so weit vorwärts getrieben, daß wir im Augenblick dabei sind, im Wege der gütlichen Verhandlung zunächst die Abgabe von Teilen der zur Abgabe vorgesehenen Flächen zu beginnen. Es handelt sich dabei in erster Linie um diejenigen Flächen der Parzellenpächter und derjenigen Pachtbetriebe, die bei der endgültigen Besiedlungsplanung keine nennenswerte Veränderung zu erfahren brauchen. Neben der Bodenreformsache Hatzfeld läuft als dringlichste Maßnahme das Verfahren für Wiederbesiedlung des ehemaligen Luftwaffenübungsplatzes Ahrbrück im Kreise Ahrweiler. Während dort, wie bereits erwähnt, etwa 60 Siedlerstellen für Heimatvertriebene noch in diesem Jahre errichtet werden können, scheitert die Rückführung von etwa hundert früheren Eigentümern, die auf Grund des Bodenreformgesetzes einen Rückgabeanspruch haben, an dem Mangel an Mitteln. Nur in ganz geringem Umfang wird es uns möglich sein, diesen früheren Eigentümern die nötigen Baukredite für die Wiedererrichtung ihrer Gehöfte zu vermitteln. Meine Damen und Herren! Eines der schwierigsten Probleme endlich ist zur Zeit auch die ländliche Wasserversorgung, die in den meisten Kreisen zu teilweisen katastrophalen Notständen geführt hat. Die Ursache hierfür liegt begründet erstens in der Überalterung und mangelhaften, zum

Teil vollkommen unterlassenen Unterhaltung der bestehenden Wasserversorgungsanlagen während der letzten zehn Jahre, zweitens in dem erhöhten Wasserbedarf der Bevölkerungszunahme, drittens in den hygienisch in jeder Weise unhaltbaren Zuständen bei den Gemeinden ohne zentrale Wasserversorgung, und viertens in dem allgemeinen Rückgang der Quellenverschüttungen, hervorgerufen durch Kahlschläge und Klimaveränderungen, und fünftens in den Kriegsschäden, insbesondere in der Roten Zone. Daneben sind die umfangreichen Hochwasser- und Unwetterschäden an gemeindlichen und genossenschaftlichen Anlagen sowie die Schäden an bestehenden Meliorationen und Wasserläufen zweiter und dritter Ordnung zu beseitigen. Diese Maßnahmen sind dringend notwendig, weil jede Verzögerung der Instandsetzungsarbeiten ein Vielfaches an Schäden zur Folge hätte. Gleichwohl sind die im Zuge der Umlegung notwendigen Meliorationen Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der Umlegungen. Alle Maßnahmen sind nur durchzuführen, wenn ausreichende Landesmittel bereitgestellt werden. Die geringfügige Personalerhöhung steht in keinem Verhältnis zu der erhöhten Steigerung des Arbeitsanfalles. Der in Kapitel 30 ausgewiesene Haushalt der Forstverwaltung ist ganz allgemein dadurch gekennzeichnet, daß einerseits der Holzeinschlag gegenüber dem Vorjahr wesentlich herabgesetzt ist, die Einnahmen dadurch vermindert wurden, andererseits durch den Beginn der Wiederaufforstung der in den Vorjahren genutzten Flächen und durch die dringend notwendige Intensivierung des gesamten Forstbetriebes die Ausgaben erheblich erhöht werden mußten. Auf der Einnahmenseite sind insbesondere die Einnahmen aus den Zusatzhieben von 17 Millionen DM im Vorjahre auf 5,5 Millionen DM im laufenden Etatjahre herabgesetzt worden. Dies war ja auch nur - darüber wollen wir uns ja im klaren sein - eine unechte Einnahme, da es sich um einen Eingriff in unser Holzvorratskapital handelte. Der Einschlag der Zusatzhiebe wurde grundsätzlich am 31. Dezember 1949 beendet. Wenn nach diesem Zeitpunkt noch kleinere Mengen zum Einschlag gekommen sind, so lagen hier besondere Verhältnisse zugrunde. Von den rund vier Millionen fm, welche die Besatzungsmacht als Zusatzhiebe für das Forstwirtschaftsjahr 1947 bis 1948 gefordert hatte, sind 3,2 Millionen fm geliefert worden. Auf den Einschlag der restlichen 800 000 fm ist seitens der Besatzungsmacht verzichtet worden. Bis auf einen Betrag von 10,5 Millionen DM, und zwar 5,5 Millionen DM aus Staatswaldungen und 5 Millionen DM aus Gemeinde- und Privatwaldungen, sind die Zusatzhiebe bezahlt. Die Bezahlung der restlichen 10,5 Millionen DM soll nach Mitteilungen der JEIA in der allernächsten Zeit erfolgen. Der Umlage-Einschlag, der 1949 noch 3,7 Millionen fm betragen hat, konnte im Forstwirtschaftsjahr 1950 auf 2,3 Millionen fm gesenkt werden. Nachdem in den Jahren 1946 bis 1949 einschließlich der Zusatzhiebe zusammen 18,3 Millionen fm, d. h. fast das 2¹/₂-fache des normalen Abnutzungssatzes, eingeschlagen worden war, macht der Zustand des Waldes es dringend erforderlich, den Holzeinschlag zu vermindern, um ihn allmählich wieder auf den Normaleinschlag zurückzuführen. Von dem diesjährigen Holzeinschlag entfallen 800 000 fm, d. h. 4,2 fm je ha Holzbodenfläche, auf den Staatswald und 1,4 Millionen fm, d. h. 2,9 fm je ha Holzbodenfläche, auf den Gemeinde- und Privatwald. Wie hoch der normale Holzeinschlag nach dem derzeitigen Zustand des Waldes sein kann, wird durch die Forsteinrichtungsarbeiten ermittelt werden müssen, die zur Zeit im ganzen Lande, im Staats- und Gemeindewald, bereits

angelaufen sind. Erst nach Abschluß dieser Forsteinrichtungsarbeiten, die etwa zwei bis drei Jahre dauern werden, wird für jeden einzelnen Forstbetrieb feststehen, wieviel Derbholzmasse je Jahr und ha eingeschlagen werden kann, ohne daß damit das Holzvorkapital angegriffen werden wird. Diese Forsteinrichtungsarbeiten wurden aus Zweckmäßigkeitsgründen erst begonnen, nachdem in dem Holzeinschlag eine gewisse Beruhigung und Gleichmäßigkeit eingetreten ist. Die vordringlichste Arbeit ist die Wiederaufforstung der Kahlschlagflächen. Nach dem Stand vom 1. Oktober 1949 waren an Kahlfächen vorhanden im Staatswald 15 728 ha, im Gemeindefeld 21 312 ha und im Privatwald 2644 ha, das sind zusammen 39 684 ha. Im abgelaufenen Forstwirtschaftsjahr 1949 sind bereits 5600 ha aufgeforstet. Wegen Mangels an Forstpflanzen konnten die Aufforstungen noch nicht in dem Umfang betrieben werden, wie dies erwünscht wäre. Dieser Mangel ist heute behoben, so daß die Wiederaufforstung mit allen Mitteln vorangeht werden kann. Deren Fortschritt ist jetzt nur noch abhängig von der Verfügbarmachung der erforderlichen Mittel. Die Ausgaben für die Wiederaufforstungsarbeiten sind getrennt worden in einen Betrag in Höhe von 1,6 Millionen DM, die normalerweise aufgewendet werden müssen, und in einen Betrag für Nachholarbeiten in Höhe von rund 2 Millionen DM. Jeder ha in einer nicht aufgeforsteten Fläche bedeutet einen jährlichen Zuwachsverlust von etwa $\frac{1}{4}$ fm im Werte von rund 135 DM. Meine Damen und Herren! Je länger also eine Fläche unaufgeforstet liegenbleibt, um so höher werden die Kosten der Wiederaufforstung. Es ist darum dringend anzustreben, daß die derzeitigen Kahlschlagflächen mit größtmöglicher Beschleunigung wieder in Kultur gebracht werden. Das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten hat daher einen Plan entwickelt, der es ermöglicht, im Zeitraum von fünf Jahren eine Wiederaufforstung sämtlicher Kahlschläge durchzuführen. Nach unseren Feststellungen und nach unseren Vorbereitungen dürften bezüglich der Durchführung dieses Planes keinerlei Schwierigkeiten ernsthafter Art mehr entstehen, nachdem wir insbesondere für die Heranzucht der Jungpflanzen in der letzten Zeit alle Sorgen und alle Mühen zusammengetragen haben und damit der Erfolg von dieser Seite gesichert sein dürfte. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte, nachdem ich Ihnen in großen Zügen einen Überblick über die Abteilungen gegeben habe, nur noch einige wenige Worte zu den einzelnen hier im Plenum des Landtages vorgetragenen Einwänden von meiner Seite entgegenstellen. Unser lieber Kollege Julius Rüb ist leider nicht mehr anwesend. Ich habe bei seinen Ausführungen unwillkürlich daran denken müssen, daß er bestimmt nicht bei der Kavallerie gedient hat, denn wenn er bei dieser Truppe gedient hätte, wäre seine Voreingenommenheit gegen das Gestüt und die Pferdezucht nicht so groß, wie es hier zum Ausdruck gekommen ist. (Zuruf: Haben Sie denn dort gedient?) Ich habe zwar nicht bei der Kavallerie gedient, aber bei einer berittenen Truppe. Die Frage des Gestütes Zweibrücken ist nicht so einfach zu lösen, wie der Kollege Rüb es sich vorstellt. Wenn er davon ausgeht, daß er sagt, durch die Motorisierung würde von Jahr zu Jahr die Bedeutung des Pferdes in der Landwirtschaft heruntersetzt werden, so kann man darüber zweifellos geteilter Meinung sein. Es ist nach meinem Dafürhalten gerade im Laufe der letzten Jahre in puncto Motorisierung auch in manchen Betrieben manches übertrieben worden. Ich kann Ihnen sagen, wenn auf meinem Schreibtisch z. B. heute ein Antrag vorliegt

um Erhaltung eines ERP-Kredites in Höhe von 1000 DM zur Anschaffung eines Selbstbinders für einen landwirtschaftlichen Betrieb von drei Hektar, dann muß ich sagen, daß in diesem Falle ein ERP-Kredit falsch angelegt wäre. Genau so falsch sind nach meinem Dafürhalten Hunderte von Traktoren in die kleinen Weindörfer bei uns hineingewandert nach der Währungsreform, wo unsere Weinbauern, unsere kleinen Weinbauern, heute zum großen Teil nichts mehr mit diesen Maschinen anzufangen wissen, denn sie haben damals noch damit gerechnet, daß die Maschine nicht nur für den landwirtschaftlichen Betrieb zur Verfügung steht, sondern daß sie damit auch noch Holzarbeiten und Transportarbeiten durchführen könnten. Wir müssen also wohlweislich überlegen, ob wir bei der existenziellen Schwierigkeit, die wir heute in unserer Landwirtschaft haben, bei einer gewissen Größe unserer Landwirtschaft, es nicht viel gescheiter wäre, zwei Kühe zu halten als einen Traktor. Nur nach dieser Methode wird es wieder möglich sein, gerade in den kleinen und kleinsten Betrieben die Rentabilität herzustellen. (Zuruf: Sehr richtig!) Genau so gut wird es notwendig sein, daß wir in vielen Betrieben, vor allen Dingen in denen, die in den nicht ungelegten Ortschaften liegen, versuchen müssen, nicht den Traktor, sondern das Pferd wieder einzuführen. Jedenfalls glaube ich, daß die Landwirtschaft in der Pfalz und in Rheinhessen es nicht verstehen würde, wenn man eine so alte Zuchtstätte wie das Gestüt in Zweibrücken heute von uns aus nicht mehr fördern und es eines schönen Tages auflösen würde. Diejenigen Kollegen von mir, die die pfälzischen Verhältnisse kennen, und vor allen Dingen diejenigen, die die Struktur auf der Sickinginger Höhe kennen, wissen genau, wieviel Tausende von landwirtschaftlichen Betrieben dort in der Hauptsache mit der Zucht des Zweibrücker Pferdes ihr Leben fristen. Das Pferd bedeutet für die Sickinginger Höhe und die Zweibrücker Gegend eine Basis der landwirtschaftlichen Existenz seit Hunderten von Jahren und auch heute noch. Die Leute dort werden sich nicht durch die Konjunktur der Zeit beeinflussen lassen, nun plötzlich zu sagen, wir gehen von unserer Pferdezucht ab. Es war schon immer so in der Landwirtschaft, ob sie Schweinezucht oder Pferdezucht betrieben hat, es kam einmal eine Baisse, und es kam eine Hausse. Die Tatsache, daß nach Beendigung des Krieges gerade unsere Brüder aus dem Osten, sofern sie zu uns herübergekommen sind, auf alle Fälle ihre Pferde mitnehmen konnten - denn es waren ja die beweglichen Teile, die sie uns herüberbringen konnten -, hat uns allein Hunderttausende von Pferden nach Westdeutschland hereingebracht und dadurch auch hier bei uns einen Zustand herbeigeführt, daß wir wohl heute sagen können, wir sind im Moment noch etwas mit Pferden übersetzt. Aber vergessen Sie nicht, das Lebensalter eines Pferdes beträgt vielleicht 15 Jahre oder 10 Jahre im Durchschnitt. Es wird auch wieder der Tag kommen, wo wir danach rufen, daß wir Pferde brauchen, und dann werden wir dafür dankbar sein, daß wir die Zuchtstätten unserer Pferde erhalten haben. Ich möchte Sie deshalb bitten, dem Antrag des Kollegen Rüb nicht beizustimmen, das Gestüt Zweibrücken abzuschaffen. Wenn er sagt, es seien 15 km vom Eichelscheider Hof nach Zweibrücken zurückzulegen, so möchte ich wissen, welcher Tierarzt, welcher praktische Tierarzt heute nicht Strecken von 15 km täglich zurücklegen muß. Ich bin persönlich der Überzeugung, daß der Tierarzt von Zweibrücken und vom Eichelscheider Hof, der immer im Etat vorhanden war und der auch früher schon immer besetzt war bis nach dem Kriege, sein Geld allein verdient

dadurch, daß er die dort vorhandenen Tiere pflegt. Wir haben auf dem Eichelscheider Hof eine Rinderherde von mindestens 50 Tieren, wir haben eine große Schweinezucht, wir haben außerdem mindestens einen Pferdebestand von 80 bis 100 Tieren. Wenn wir die Kosten berechnen würden, die wir sonst für den praktischen Tierarzt bezahlen, dann können wir mit derselben Etatposition auch einen Gestütstierarzt einführen, der dann ja auch noch andere Aufgaben im Rahmen des Gestütes zu erfüllen hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß noch auf ein Problem zu sprechen kommen, das insbesondere von der Kommunistischen Partei aufgegriffen wurde, indem sie betonte, daß die Landesregierung sich bisher praktisch überhaupt nicht um das Bodenreformgesetz gekümmert hätte. Wir müssen zunächst einmal feststellen, daß wir auf Grund des Bodenreformgesetzes, das uns vorliegt, ja nicht die Möglichkeit haben, den Großgrundbesitz zu enteignen, daß wir das auch nicht wollen, sondern daß wir gezwungen sind, wenn wir die Ländereien übernehmen, daß sie auch in irgendeiner Form bezahlt werden.

Infolgedessen mußten wir zunächst sortieren, was vorlag. Wir haben zunächst einmal dafür gesorgt, daß die Erfassung der vorhandenen Grundstücke durchgeführt worden ist. Deswegen hat sich das Landwirtschaftsministerium dazu entschlossen, eine eigene Außenstelle des Kulturamtes Koblenz in Wissen zu errichten. Wir haben weiter veranlaßt, daß das Finanzministerium die Reichsbodenschätzungs-Erhebungen in den dort liegenden Ländereien durchführt, denn wir brauchen ja vor allen Dingen die Einheitswerte und die tatsächlichen Werte der Ländereien, die der Bodenreform überführt werden sollten. Wir mußten überlegen, welche Flächen überhaupt für Rodungen in Frage kämen, und diese Voraussetzungen sind alle notwendig, um am Ende die Preisfestsetzungen auf Grund des Bodenreformgesetzes und die Abgabe der Ländereien durchführen zu können. Auf Grund unserer Untersuchungen ist es uns nun gelungen, auch den Anliegerbedarf festzustellen. Sie wissen, daß gerade eine solche Lösung des Bodenreformgesetzes durch die Anlieger, finanziell gesehen, auch am leichtesten zu tragen ist. Es ist uns weiterhin bekannt, welche Pachtverträge ohne nennenswerte Bindung bestehen bleiben bzw. ins Eigentum der Pächter überführt werden können. Weiterhin haben wir mit der Landeskulturverwaltung bzw. mit 100 Eigentümern, insbesondere der Familie von Hatzfeld, Verhandlungen aufgenommen, um eine Einigung zu erzielen zunächst einmal auf einem gütlichen Wege. Ein Angebot eines Eigentümers liegt bei uns vor. Dieses Angebot ist jedoch von uns in seiner bisherigen Form nicht angenommen worden und kann auch in dieser Form nicht angenommen werden. Sollten wir im weiteren Verlaufe unserer Bemühungen, auf gegenseitiger Absprache eine Lösung herbeizuführen, zu keinem Erfolge kommen, so werden wir selbstverständlich zur Enteignung schreiten. Wir sind uns alle darüber im klaren, Herr Kollege Feller, wenn wir jetzt zur Enteignung schreiten, haben, wir die Verpflichtung, diese Ländereien, die wir enteignen, zu bezahlen, und haben nur die eine Möglichkeit, nachdem wir kein Bargeld haben, darüber wollen wir uns gar keinen blauen Dunst vormachen, auf Grund der Etatberatungen wird ja jeder davon überzeugt sein, daß wir es mit Schuldverschreibungen versuchen und daß wir sehen müssen, daß wir eine staatliche Kreditbank finden, die uns in etwa hier zur Verfügung steht. Denn letzten Endes kann nicht der Staat zuerst die Ländereien kaufen und sie dann freiwillig ohne Entschädigung an die Pächter bzw. Siedler weitergeben. Wir haben deswegen gerade im Augen-

blick die letzten Besprechungen mit dem Finanzministerium, um die Bezahlung von Schuldverschreibungen durchführen zu können.

Im übrigen möchte ich noch grundsätzlich folgendes sagen: Wenn Sie die Verhältnisse in der Entwicklung der Bodenreform in den anderen westdeutschen Ländern betrachten, so können wir ruhig daneben bestehen. Hier wurde wenigstens bei uns mit den einzelnen Objekten begonnen, so in Ahrbrück und auf dem Offweilerhof. Wir können es weiterhin nicht auf uns sitzen lassen, daß wir sagen, die Landeskulturverwaltung hat in all diesen Dingen nichts getan. Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Jahre und sind jetzt dabei, in dem Gebiet des ehemaligen Luftwaffenübungsplatzes Ahrbrück mehrere Dörfer neu entstehen zu lassen und mehrere alte Dörfer wiederherzurichten. Es handelt sich allein bei dem diesjährigen Projekt um die Dörfer Kaltenborn, Herrschbach, Weidenbach, Kasel, Heckenbach, Blasweiler, Lederbach und Denn. Es ist selbstverständlich, daß wir auf Grund der uns gegebenen Mittel uns an solche Projekte heranmachen müssen, die wir tatsächlich am Ende auch durchführen können. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Landeskulturverwaltung sich weiterhin alle Mühe geben wird, mit dem begonnenen Ziele weiterzukommen, damit wir am Ende auch mit den Fragen des Bodenreformgesetzes eine allgemein befriedigende Lösung erstreben und erhalten werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schlusse, und ich möchte dabei nicht versäumen, Ihnen persönlich und den Kollegen des Landtages herzlich zu danken für die Mitarbeit, die Sie mir in den vergangenen Jahren der schweren Not zuteil werden ließen. Ich möchte auch nicht versäumen, meinen Beamten und Angestellten herzlich zu danken für die Arbeit, die sie im Laufe der letzten Jahre geleistet haben. Ich kann in dieser Stunde auch an einem Punkte nicht ganz vorbeigehen, den ich noch einmal erwähnen muß, wenn ich Sie daran erinnere, daß zu meinem Ministerium im letzten Jahre noch eine Abteilung „Ernährung“ gehörte. Durch die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung und durch die Verlagerung der Zuständigkeiten dieses Gebietes auf die Bundesebene ist der Personalbestand dieser Abteilung auf ganz wenige Personen herabgesunken. Es war im letzten Jahre für mich - das dürfen Sie mir von Herzen glauben - keine gerade dankbare Aufgabe, in meinem Ministerium eine sehr große Anzahl von Leuten auf die Straße zu setzen, die in den Jahren der größten Not ihre Pflicht unter den allerschwierigsten Voraussetzungen getan haben. Parlament und Ministerium sind heute glücklich darüber, daß diese schweren Jahre des Hungers hinter uns liegen, die wir in gemeinsamer Arbeit - soweit es in unseren Kräften stand - zu überbrücken versucht haben.

Mein letzter Wunsch in Zusammenhang mit der Beratung meines Etats, meine Damen und Herren, geht jedoch dahin, daß die Gewitterwolken am östlichen Horizont nicht mehr als ein Schatten werden und daß die Jahre des Hungers und der Not, so Gott will, unserem Lande und damit dem gesamten deutschen Vaterland für die Zukunft erspart bleiben mögen. (Beifall!)

Vizepräsident Ziegler:

Meine Damen und Herren! Mit den Ausführungen des Ministers schließe ich die allgemeine Aussprache über den Einzelplan VIII.

Wir kommen nunmehr zu dem Einzelplan XI, Rechnungshof. Berichterstatter ist der Abgeordnete Fittler. Er hat das Wort.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ehe der Abgeordnete Fittler mit seinen Ausführungen beginnt, mache ich dem Hause bekannt, daß der bisherige Landtagsabgeordnete Pieper sein Mandat niedergelegt hat. An seiner Stelle wurde Herr Richard Diphold aus Pirmasens in den Landtag einberufen. Herr Diphold ist anwesend, und ich darf ihn hier in diesem Hause begrüßen. (Beifall!)

Der Abgeordnete Fittler als Berichterstatter hat das Wort.

Abg. Fittler:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Abteilung Rechnungshof ist wohl anerkanntermaßen eine der notwendigsten Anstalten unseres Landes. Es dürfte wohl keine Frage sein, daß wir allgemein über die Notwendigkeiten des Rechnungshofes überzeugt sind. Bei den Haushaltsberatungen hat der Haushalts- und Finanzausschuß leider die Feststellung machen müssen, daß auch im vergangenen Jahre wie früher sehr viele Ausgabepositionen überschritten wurden, und daß außerdem die Wahrnehmung gemacht werden konnte, daß im letzten Monat eine Reihe von Dienststellen es sich nicht versagen konnte, noch die letzten verfügbaren Mittel, die im Haushalte vorgesehen waren, mit mehr oder weniger Notwendigkeit noch schnell auszugeben, um den Ausgleich zwischen dem Soll und dem Ist herbeizuführen. Das allein dürfte schon die Notwendigkeit voll beweisen, daß wir einen aktionsfähigen Rechnungshof brauchen, der uns sowohl bei der Prüfung allgemein wie auch bei Prüfung besonderer oder einzelner Anstalten immer wieder und immer wieder im Haushalts- und Finanzausschuß die nötige Handhabe gibt, um einzugreifen, solange es noch nicht zu spät ist.

Der Voranschlag sieht vor eine Einnahme von 3000 DM und einen Zuschußbedarf von 505 400 DM. Lediglich in einem Titel wurde eine Kürzung vorgenommen durch den Haushalts- und Finanzausschuß, und zwar - wie bei allen anderen Voranschlägen - bei dem ziemlich heftig umstrittenen Kapitel Trennungsschädigung. In Kapitel 1 - Ausgabe - Trennungsschädigung hat der Haushalts- und Finanzausschuß eine Kürzung von 33 500 DM des Ansatzes auf 25 000 DM vorgeschlagen. Dafür wurde aber bei Kapitel 1 Titel 21 die Zahlung der Umzugskosten von 3000 DM auf 10 000 DM erhöht, um so die Möglichkeit zu schaffen, daß die Trennungsschädigungen im Laufe des Rechnungsjahres jetzt herabgesetzt werden können durch Umzüge. Bei einem Stand von 38 Beamten und 19 Angestellten, insgesamt 57 Köpfe Personal, ergibt sich, wie schon gesagt, eine Gesamtausgabe von 505 400 DM. Die Zahlen der vergangenen Jahre liegen zum Teil etwas höher, so daß auch hier das Erfreuliche zu bemerken ist, daß mit einer gewissen Sparsamkeit vorgegangen wurde. Im Jahre 1947 hatten wir 521 000, im Jahre 1948 556 000, im Jahre 1949 532 000 und im Jahre 1950 ist das Soll auf 505 400 DM festgesetzt. Auch die Zahl der Beamten und Angestellten hat hier eine rückläufige Tendenz erreicht, indem gegenüber dem Stand von 1947 von 73 nunmehr im Jahre 1950 ein Stand von 57 Beamten und Angestellten etatisiert ist.

Der Haushalts- und Finanzausschuß schlägt dem Hohen Hause vor, den Haushaltsplan, wie er in der vorliegenden Fassung vorliegt, anzunehmen. Auch darf ich, wie das meine geschätzten Vorredner schon getan haben, zum Schlusse dem gesamten Personal den Dank und die Anerkennung des Hohen Hauses für die geleistete Arbeit aussprechen, insbesondere dem stän-

digen Mitarbeiter des Haushalts- und Finanzausschusses, der uns das ganze Jahr immer und immer wieder sehr viel mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat, Herrn Regierungsrat Mancke vom Rechnungshof. (Beifall!)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Das Plenum hat beschlossen, daß eine Aussprache über diesen Haushaltsplan nicht stattfindet.

Abg. Dr. Lichtenberger (CDU)
zur Geschäftsordnung:

Ich bitte den Landtag, den Bericht des Geschäftsausschusses entgegenzunehmen.

Präsident:

Herr Abgeordneter, wir wollen das nach den Einzelplanbehandlungen machen. Es ist so beschlossen worden, daß nach den Einzelplanbehandlungen auch die Gesetzestexte erledigt werden.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum Einzelplan XII: Haushalt des Landeskommisars für die politische Säuberung für das Rechnungsjahr 1950. Berichterstatter ist der Abgeordnete Dauber vom Haushalts- und Finanzausschuß.

Abg. Dauber:

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns mit diesem Plan noch einmal befassen, weil die politische Bereinigung noch nicht abgeschlossen ist. Es liegen zur Zeit noch etwa 940 Fälle zur Bearbeitung vor, darunter etwa 300 Fälle, zu denen sich die Akten bei der Staatsanwaltschaft befinden, so daß in diesen Fällen die Verhandlung keinen Fortgang nehmen kann. Die Organisation des Landeskommisars konnte verkleinert werden. Es sind inzwischen eingestellt worden die Spruchkammern in Trier, Mainz und Montabaur. Im Augenblick sind noch vorhanden: 1 Untersuchungsausschuß in Neustadt und Koblenz, 2 Spruchkammern I. Instanz in Neustadt, 2 Spruchkammern I. Instanz in Koblenz und eine Spruchkammer II. Instanz in Koblenz.

Das Abschlußgesetz für die politische Bereinigung sieht vor, daß nur noch gegen Betroffene, die voraussichtlich in die Gruppe I oder II eingestuft werden, verhandelt wird. Die anfallende Arbeit hat auch in den letzten Monaten noch einen ansehnlichen Umfang angenommen. So betrug z. B. der Postausgang im Mai 3854 Posten. Im Mai wurden ausgefertigt 135 Amnestiebescheide, 341 Jugendamnestiebescheide, 367 Nichtbetroffenenbescheide, 60 Einstellungsbeschlüsse, 220 Anerkennungen aus anderen Zonen und 40 Umstufungsbescheide. Solange die Spruchkammern noch existieren, wird man nicht umhin kommen, auch das Kommissariat noch bestehen zu lassen. Der uns vorliegende Plan ist bereits im Dezember vorigen Jahres aufgestellt worden. Bis zur Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß haben sich Momente ergeben, die bei den einzelnen Positionen wesentliche Veränderungen zugelassen haben. Die Veränderungen wollen Sie aus der Drucksache II/1492 ersehen. Ich möchte davon absehen, weil sie sehr umfangreich sind - es handelt sich durchweg um Ermäßigungen der Ansätze -, Ihnen die Ansätze im einzelnen vorzutragen.

Der Ausschuß empfiehlt Ihnen die Annahme unter Berücksichtigung der in der Drucksache II/1492 vorgesehenen Änderungen. (Beifall!)

Präsident:

Nach der Berichterstattung ist die Aussprache eröffnet. Der Abgeordnete Schieder von der Kommunistischen Partei hat das Wort. Es ist eine Redezeit von fünf Minuten beschlossen worden.

Abg. Schieder:

Meine Damen und Herren! Zu dem Haushalt des Entnazifizierungsministers haben wir an und für sich nicht viel zu erzählen. Es ist ganz offenkundig und Ihnen allen bekannt, daß wir seit über zwei Jahren aus der Entnazifizierung ausgeschieden sind, nachdem wir der Meinung waren, daß es so, wie verfahren wurde, nicht weiterbetrieben werden konnte. Gegen diese Meinung standen alle übrigen Parteien, wenn auch mitunter in Worten gewisse Abschwächungen getroffen wurden. Tatsache ist, und wir sehen das nicht nur allein in der Organisation des Staates, in der Wirtschaft, wir sehen es auch bei vielen anderen Gelegenheiten, auch auf außenpolitischem Gebiet, daß die wirklich Verantwortlichen nach wie vor ungeschoren herumlaufen, während die Kleinen bestraft wurden. Diese Methode haben wir abgelehnt, und aus diesem Grunde sehen wir auch nicht ein, wofür wir heute Mittel für einen Haushalt der Entnazifizierung genehmigen sollen.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Müller von der SPD.

Abg. Müller:

Meine Damen und Herren! Aus einer in der Staatszeitung Nr. 2 vom Landeskommissariat für die politische Säuberung veröffentlichten Aufstellung geht hervor, daß bis zum 31. März 1950 rund 300 000 Fälle von den Säuberungsbehörden bearbeitet wurden. Den Säuberungsbehörden liegen zur Zeit nur noch 75 Einsprüche Hauptschuldiger und Belasteter vor. Diese Zahlen sind ein Beweis einer geleisteten hochpolitischen Arbeit der Säuberungsbehörden. Bei der Bewältigung der den Säuberungsbehörden unterstellten Aufgaben muß man berücksichtigen, daß die ganze Frage neu und ein Problem von nie gekannter Größe und ohne Beispiel war. Die gesetzlichen Grundlagen der Bereinigung des politischen Lebens sind durch die Besatzungsmächte gegeben worden, die mit einer vollkommen anderen Mentalität an die Frage herangingen. Die Verordnungen der Militärregierung waren wohl eine Grundlage, die sich aber in vielen Fällen hemmend auswirkten, so daß oft die Möglichkeit genommen war, die Fälle nach persönlichem Eindruck zu entscheiden. Zu sehr war in diesen Verordnungen der Unterton der Kollektivschuld des gesamten deutschen Volkes mitwirkend. Sehr oft wurden in den ersten Jahren die Entscheidungen der Säuberungsbehörden durch die beaufsichtigende Militärbehörde abgeändert bzw. korrigiert. Dazu kam, daß sowohl die Säuberungsbehörden als auch die politischen demokratischen Parteien sich in der Säuberungsarbeit zu neuen politischen Erkenntnissen durchringen mußten. Ich darf erinnern, mit welcher Leidenschaft die Parteien dieses Hauses sich bei der Militärbehörde für die Jugendamnestie eingesetzt haben. Die von der Säuberung Betroffenen sollten sich eingedenk sein, daß die Säuberungsbehörden lange Zeit nicht frei waren in ihren Entscheidungen. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Betroffene, sofern er nicht beeindruckt ist von der Größe der Katastrophe, die Hitler über das deutsche Volk gebracht hat, jede Sühnmaßnahme als ungerecht empfindet. Ja, es fehlte nicht an

Drohungen, daß die heutigen Spruchkammerangehörigen eines Tages vor denen stehen werden, die sie in der Vergangenheit in Sühne nehmen mußten.

Diese Tendenz wird noch gefördert durch Verlautbarungen der Presse, wie z. B. die „Allgemeine Zeitung“ vom 19. 10. 1949 in dem Artikel mit der Schlagzeile „Der dicke Strich“ schreibt. Dort heißt es, daß Rachsucht und Konkurrenzfurcht bei den Entscheidungen der Säuberungsbehörden mitgewirkt hätten; daß es Leute gegeben hätte, die jeden Parteigenossen am liebsten geteert und gefedert, ihm ein Hakenkreuz für immer auf die Stirn gebrannt und für Lebzeiten aus dem gelernten Beruf gebracht hätten. Ähnlich schreibt die „Frankfurter Zeitung“ im Februar 1950.

Ich protestiere mit aller Entschiedenheit dagegen, daß dies das Leitmotiv der Säuberungsbehörde gewesen sei. Ich protestiere dagegen, daß man die Männer und Frauen in den Säuberungsbehörden der niederen Gesinnung bezichtigt. Wenn wir die Statistik über den Stand der Säuberung heranziehen, ergibt sich einwandfrei die Art der Rechtsprechung in unserem Land, und die sieht nicht nach Rache und Konkurrenz aus.

Leider fehlt mir die Zeit, die Zahlen aus der Statistik vorzutragen. Ich muß deshalb diese Zahlen übergehen. Es dürfte unbestritten sein, daß auch nach der oder jener Seite hin Fehlurteile ergangen sind, die nicht gebilligt werden können, ja sogar zum Widerspruch herausfordern. So hat z. B. eine Spruchkammer unseres Landes gegen einen stellvertretenden Gauleiter unseres Gebietes diesen in Gruppe 3 eingestuft und somit entsprechend dem Abschlußgesetz das Verfahren eingestellt und den Gauleiter den anderen Bürgern gleichgestellt. Ich müßte dieses Urteil als politisch instinktilos bezeichnen. Selbst dann, wenn der Gauleiter persönlich ein anständiger Mensch gewesen wäre, hat er die Steine gehoben, die die anderen geworfen haben.

Unser junges Land hat vieles getan, um die politischen Verhältnisse zu befriedigen. Die politische Säuberung gibt sich Mühe, Mitläufer und Entlastete in das staatsbürgerliche Leben einzugliedern; sie hat großzügige Amnestien erlassen und daran politische Hoffnungen geknüpft, die sich bis heute leider noch nicht erfüllt haben.

Der Landtag hat ein Rechtstellungsgesetz erlassen, dessen Auswirkungen für die Gemeinden und den Staat von starker finanzieller Belastung ist.

Durch ein Abschlußgesetz wurde die Gruppe III in Gruppe IV umgruppiert, das in einzelnen Fällen Milde walten ließ, die nicht angebracht war. Wir haben jedoch den Wunsch, daß die, die durch diese Großzügigkeit in den Genuß weitgehender staatsbürgerlicher Rechte kamen, mit dem nötigen Takt ihre Ansprüche stellen und sich eingliedern in das demokratische staatsbürgerliche Leben.

Ich will nicht versäumen, den Männern und Frauen der Säuberungsbehörden und den Beisitzern der Spruchkammern Dank und Anerkennung auszusprechen. Auch die Regierung sollte meines Erachtens diese Pflicht nicht versäumen. Diesen Dank sage ich besonders dem Landeskommissar für politische Säuberung und dessen Stellvertreter.

Die Arbeit in den Säuberungsbehörden war nicht leicht, weil es oft schwer war, die Wahrheit zu erforschen, da die Zeugen in vielen Fällen wirtschaftlich von den Belasteten abhängig waren. Es darf rühmend hervorgehoben werden, daß sich die Männer und Frauen als charakterfest erwiesen haben, da von 1100 Beschäftigten dieser Behörden unseres Landes nur

einer den sicherlich vielen Beeinflussungs- und Bestechungsversuchen unterlegen ist, und uns das traurige Kapitel eines benachbarten Landes erspart blieb.

Lassen Sie mich noch eine Forderung der anderweitigen restlosen Verwendung der durch die Auflösung der Säuberungsbehörden freiwerdenden Arbeitskräfte erheben. Man sollte mit Sorgfalt einen geeigneten Arbeitsplatz für jeden suchen; man sollte auch dann eine Regelung treffen, wenn ein Zeitangestellter inzwischen das Einstellungsalter überschritten haben sollte. Unser junges Land kann es sich nicht leisten, Männer und Frauen, die Charakter und Standhaftigkeit bewiesen haben, die Antifaschisten waren, nach geleisteter Arbeit beiseite zu stellen, die für ihre Arbeit von Unbelehrbaren bedroht wurden. Die Regierung hat die Pflicht, diese Treue mit Treue zu vergelten. Im übrigen stimmt die sozialdemokratische Fraktion dem vorliegenden Etat zu.

Präsident:

Das Wort hat der Landeskommis­sar Junglas.

Landeskommis­sar Junglas:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir können annehmen, daß diese heutige Vorlage die letzte ist, die in diesem Hause über das Kapitel „Landeskommis­siariat für die politische Säuberung“ vorgelegt wird. Ich glaube, wir werden uns gemeinsam freuen, wenn dieses Kapitel abgeschlossen ist. Aber ich glaube auch, wir dürfen doch nicht versäumen, darüber nachzudenken, ob nun unsere Arbeit den gewünschten Erfolg hatte oder nicht.

Ich weiß genau, daß darüber die Meinungen geteilt sind. Es gibt Personen, die sagen, es ist zu streng gehandelt worden; es gibt solche, die sagen, es ist zu weich, zu oberflächlich gehandelt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben etwa 300 000 Fälle entschieden. Überlegen Sie, wenn diese 300 000 Fälle im ordentlichen Gerichtsverfahren hätten durchgeführt werden müssen! Dann wären sie in zig Jahren noch nicht erledigt worden! Daß hier mit Schnelle gearbeitet werden mußte und daß mit dieser Schnelligkeit den Betroffenen geholfen werden sollte, das wird vielfach übersehen. Es war unsere Aufgabe, so schnell wie möglich den Trennungstrich, der zwischen Pg. und Nicht-Pg. bestand, für diejenigen, die guten Willens waren, wegzuwischen. Und wir können sagen - wenigstens von meiner Schau her -, daß wir wohl das Wesentliche erreicht haben.

Es ist ganz ohne Zweifel, daß sich eine große Anzahl, die Mehrzahl, der hier in Rheinland-Pfalz wohnenden ehemaligen Parteigenossen den neuen Verhältnissen angepaßt haben, und zwar zum großen Teil auch mit innerer Wärme. Daß es daneben auch andere gibt, daß es Unbelehrbare gibt, die nun wieder vielleicht in eine neue Phase ihres nationalsozialistischen oder nationalistischen Denkens einmünden wollen, das können wir nicht ändern. Das dürfte auch nicht die Aufgabe der Entnazifizierung sein. Die meisten aber haben den rechten Weg gefunden. Es gibt allerdings auch welche, die - ich will nur einen einzigen herausgreifen und zum Beweis einen Brief vorlesen - genau noch so denken und handeln, wie sie früher gedacht und gehandelt haben. Wir können Ihnen eine Anzahl - ich sage ausdrücklich nicht sehr viele - solcher Schreiben vorlegen. Dieses hier, was ich Ihnen jetzt bekanntgebe, verlese ich mit einer gewissen Absicht, um darzutun, wie merkwürdig die Auffassung man-

cher ehemaliger Parteigenossen gegenüber ihrer Säuberung und den Behörden ist.

Am 22. Juni schreibt jemand an den Herrn Staatsminister a. D. Junglas, Koblenz-Lützel, Wiesenweg 14 - also an meine Privatadresse -: (Abg. Dr. Zimmer: Mit Unterschrift?) Natürlich - das kommt!

„Durch ein nochmals erfolgtes Amnestieverfahren sind mir an Unkosten für Anwalts- und persönliche Auslagen 491,65 DM entstanden.

Um diese Angelegenheit - ich lasse etwas weg - in Güte zu regeln, was bestimmt auch in Ihrem Interesse sein dürfte, erlaube ich mir die Anfrage, ob Sie bereit sind, mir den obigen Betrag zu ersetzen, und zwar bitte ich, ihn auf mein Konto 70 339 bei der Nassauischen Landesbank in Bad Ems zu überweisen. (Lebhafte Heiterkeit und Zurufe: Ist ja toll! - Weiterer Zuruf: Wundervoll!) Ich bitte um Ihre diesbezügliche Mitteilung bis zum 5. Juli 1950 und erkläre Ihnen hiermit, daß ich nicht gewillt bin, einen solch hohen Betrag aus meiner eigenen Tasche zu bezahlen!

Hochachtungsvoll!

gez. Trappe, Amtsbürgermeister a. D.“

(Abg. Dr. Zimmer: Großartig!) Sehen Sie, der Mann droht quasi schon wieder. (Abg. Dr. Zimmer: Nicht quasi, sondern direkt!) Der hat seinen alten Nazi wieder angezogen, nachdem er einen Amnestiebescheid in der Hand hat. Den hat er nämlich kurz vorher bekommen. Und jetzt hat er sich ausgerechnet, wieviel Kosten er hat und fordert mich höflich, aber sehr dringend auf, bis zum 5. Juli zu erklären, ob ich bereit sei, ihm seine persönlichen Kosten zu ersetzen. Das ist eine derartige Frechheit, daß ich mir gestattet habe, Ihnen einmal zu zeigen, wie sich der eine oder andere - dabei ist er noch ein Beamter, allerdings a. D. - die Situation vorstellt. (Abg. Dr. Zimmer: Woher kommt er und bekommt er Pension?) Sicher, er war früher Bürgermeister in Lutzerath.

Diese Auffassungen und Meinungen, so wie sie sich hier offenbaren, sind gering. Wir können sagen, daß der Erfolg unserer Arbeit wenn auch nicht allenthalben anerkannt, so doch in den verschiedensten Lebensverhältnissen sichtbar geworden ist.

Ich habe mich insbesondere deswegen hierher gestellt, weil es voraussichtlich die letzte Debatte über dieses Thema hier ist. Allen denen, die in der Entnazifizierung mitgearbeitet haben, sei es als Beisitzer, als Angestellter, als Richter oder als öffentlicher Kläger, möchte ich den herzlichsten Dank abstatten für ihre Arbeit. Ich muß daran erinnern, daß wir damals, als die Sache nicht so einfach war wie heute, den Leuten nachlaufen mußten, um sie zu bitten, mitzumachen. Und diese haben es getan in der Überzeugung, daß sie eine gute Tat vollbringen würden. Ich darf durchaus bestätigen, was schon der Vorredner, Kollege Müller, gesagt hat: Wenn wir bei 1100 Beamten und Angestellten nur in einem einzigen Falle der übrigens nicht an die Öffentlichkeit gekommen ist, weil es uns gelang, das selbst auszudrücken - Schwierigkeiten hatten und keinerlei sogenannte Entnazifizierungsskandale in unserem Land entstanden sind, so glaube ich, ist es berechtigt, allen denen, die mitgewirkt haben, unseren herzlichsten Dank abzustatten. (Zurufe: Bravo!) Es ist niemand mehr von der KPD da, die haben nämlich soeben behauptet, sie seien aus der politischen Säuberung ausgeschieden und würden deshalb den Etat ablehnen. Das scheint aber nicht ganz richtig zu sein. Sie haben das zwar schriftlich mitgeteilt, ihre Leute sind zum Teil aber schön dabei-

geblieben. Das wollen wir doch am Schluß noch feststellen. Es sind auch heute noch Personen in der Entnazifizierung, die sich als Kommunisten bezeichnet haben und zum Teil auch noch bezeichnen. Ich habe keine Veranlassung, diesem oder jenem irgendeinen Vorhalt zu machen, im Gegenteil, ich bin hier, um diesen Dank abzustatten, um zu sagen, wir haben getan, was wir konnten, was menschlich in dieser schwierigen Materie zu tun war. Ich möchte Ihnen abschließend versichern, es wird unsere höchste Aufgabe sein, auch den Rest, der noch übrigbleibt, so schnell wie möglich zu erledigen, damit diese Angelegenheit, die zwar notwendig war, so schnell wie möglich der Vergangenheit angehören soll.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Zimmer von der CDU.

Abg. Dr. Zimmer:

Auch wir halten es für notwendig, nachdem wir heute vermutlich zum letzten Mal uns mit dieser Materie befassen, unseren ausdrücklichen Dank und die Anerkennung allen denjenigen Behörden und Beamten zum Ausdruck zu bringen, die sich durchweg - vielleicht von geringen Ausnahmen, die es ja unter Menschen immer gibt, abgesehen - bemüht haben, hier eine Materie zu meistern, wie sie bisher noch niemals gemeistert werden mußte, eine Aufgabe, die an das Gerechtigkeitsgefühl, an den politischen Verstand und an den Takt der einzelnen Beteiligten die größten Anforderungen gestellt hat. Ich glaube auch - und da darf ich mich den Ausführungen des verantwortlichen Leiters anschließen - sagen zu können, daß im großen gesehen der Erfolg erzielt worden ist, der erreicht werden sollte: die Befriedung und die innere Abkehr derjenigen, die - sei es aus Unvernunft oder aus Irreführung oder auf Druck - dieser Bewegung verfallen waren. Ich glaube, daß wir auf dem besten Wege sind, alle diejenigen wieder an den neuen Staat und an die Demokratie heranzuführen, die in jenen unseligen Zeiten davon abgekommen waren. Die Beamten und Angestellten, die jahrelang jetzt diese höchst undankbare Aufgabe erfüllt haben, sie mögen versichert sein, daß diese Arbeit nicht vergessen werden wird. Deshalb unser aufrichtiger Dank und unsere Anerkennung für die selbstlos geleistete Arbeit.

Präsident:

Herr Dr. Nowack von der Freien Demokratischen Partei hat das Wort.

Abg. Dr. Nowack:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Kapitel, über das wir jetzt sprechen, zieht den Schlußstrich unter Maßnahmen, die nicht allein nach deutscher Absicht und nach deutschem Recht sich regeln konnten. Wir haben von Anfang an schwere Bedenken gehabt gegen die Art, wie die Entnazifizierung durchgeführt worden ist. Unsere Bedenken sind durch den Verlauf dann ja auch vollauf bestätigt worden. Wir waren uns klar darüber, daß eine entsprechende Regelung stattfinden mußte, aber wir haben sie uns anders vorgestellt, als sie sich nun tatsächlich vollzogen hat.

Wir ziehen heute den Schlußstrich unter diese Dinge, und wir stellen fest, daß die Entnazifizierung im Laufe der Jahre eigentlich schon ihren Sinn verloren hatte, durch das System, aber einzelnen Berufsständen infolge der Entnazifizierung sehr schwere Schäden zugefügt worden sind.

Das ist insbesondere der Fall gewesen für die Beamtenschaft, die gezwungen war, gegenüber ihrer Familie, gegenüber ihrer ganzen Position, wenn sie sie halten wollten, sich den nicht gerade sehr keuschen Aufforderungen auf Eintritt in die NSDAP zu fügen. Diese Beamtenschaft hat mit am härtesten unter der Entnazifizierung zu tragen gehabt.

Wenn jetzt die Entnazifizierung von uns als abgeschlossen bezeichnet wird, dann muß aber auch in Zukunft diesem Abschluß völlig Rechnung getragen werden. Wir müssen dazu kommen, daß diese Zweigliederung unserer Bevölkerung in Schwarze und Weiße, in Gute und Schlechte, nun endgültig ihr Ende findet und daß wir diese Unterschiede wirklich völlig fallen lassen. Als wir seinerzeit das Entnazifizierungsgesetz, das Rechtstellungsgesetz, besprochen haben, habe ich mich an die Entnazifizierten gewandt und habe sie gebeten, manches, was ihnen vielleicht an Härten in den letzten Jahren zugestoßen ist, zu vergessen, auch daran zu denken, daß ja so vielen Menschen während des Dritten Reiches unendlich viel Elend zugestoßen ist, und sich nun als Bürger wieder neu einzureihen in die Front, die daran geht, Deutschland eine neue Existenz zu schaffen.

Betrachten wir die Wahlergebnisse nach den letzten Wahlkämpfen; nehmen wir die Bundestagswahl oder nehmen wir die inzwischen stattgefundenen Länderwahlen, so glaube ich, dürfen wir sagen, daß die Erwartungen, die wir gegenüber den Entnazifizierten ausgesprochen haben, sich doch im großen und ganzen erfüllt haben. Auch aus diesen Kreisen ist, selbst da, wo sie mit Ressentiments gefüllt sind, dem Radikalismus nach rechts und nach links eine entschiedene Absage erteilt worden. Um so mehr glaube ich, sollten wir den gezogenen Schlußstrich als endgültig ansehen und diese Menschen wieder voll in unsere allgemeine Gemeinschaft aufnehmen.

Präsident:

Nach diesen Ausführungen ist die allgemeine Aussprache geschlossen. Wir kommen zum Einzelplan IV Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau. Das Wort hat der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses, der Abgeordnete Heep. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heep:

Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Finanzministeriums und Wiederaufbauministeriums ist im Haushaltsausschuß zu allererst beraten und zum Schluß noch einmal einer Schlußberatung unterzogen worden. Bei dieser Erstberatung wurden grundsätzliche Themen besprochen und beschlossen, daß diese grundsätzlichen Fragen für die gesamten Etatberatungen gelten sollten. Da ist zunächst das Thema der Trennungsentschädigungen. Die Trennungsentschädigungen haben im letzten Jahr nicht abgenommen, sondern es sind im Vorjahre ausgegeben worden 2 945 000 Mark und im Etat 1950 sind vorgesehen - im ursprünglichen Entwurf - 3 086 000 Mark, also ein Plus von 144 000 Mark. Bei dieser Besprechung haben wir uns grundsätzlich vorgenommen und es auch durchgeführt, uns bei den Voranschlägen der Trennungsentschädigung in sämtlichen Haushaltsplänen möglichst an die vorjährigen Ist-Zahlen zu halten und sie, wenn es irgend ging, weiter herabzusetzen. An die Regierung ist das Ersuchen gerichtet worden, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Trennungsentschädigungen möglichst bald auf ein erträgliches Maß herabzudrücken, besonders durch Gewäh-

rung von Darlehen an Stelle von Trennungsent-
 schädigungen, damit die Beamten in die Lage gesetzt
 werden sollten, sich Wohnungen zu erstellen, oder
 Beihilfen zu geben zur Erstellung von Wohnungen,
 um in Zukunft die Trennungsent-schädigungen zu
 sparen. Es sind auch im Jahr 1949 derartige Darlehen
 ausgegeben worden, und zwar in Höhe von 549 000
 Mark, und das Ministerium hofft, daß auch dieses Jahr
 der gleiche Betrag wieder ausgegeben werden kann. Es
 ist dies aber nicht die einzige Maßnahme, die dazu
 dienen soll, die Trennungsent-schädigungen zu besei-
 tigen oder herabzusetzen, sondern die verschiedenen
 Regierungsstellen, die unterstellten Dienststellen,
 müssen von sich aus durch Wohnungstausch, durch
 Ringtausch von Wohnungen alles tun, um die
 Trennungsent-schädigungen herabzusetzen. In dem Be-
 trag von 3 086 000 Mark für Trennungsent-schädigun-
 gen sind nicht nur die reinen Trennungsent-schädigun-
 gen enthalten, sondern auch die sogenannten Ver-
 pflegungskostenzuschüsse, die dann gegeben wer-
 den, wenn der betreffende Beamte oder Ange-
 stellte mehr als 12 Stunden von seinem Wohnort und
 Heimatort entfernt ist, weil er Dienst tun muß. Als
 weitere allgemeine Sparmaßnahmen wurden bespro-
 chen die sogenannten Verwaltungskosten, denn auch
 diese hatten im Haushaltsplan 1950 die Tendenz,
 weiter nach oben zu klettern. Der Haushaltsaus-
 schuß hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt,
 daß das unmöglich ist, sondern daß die Verwaltungs-
 unkosten, wenn sie nicht weiter herabgesetzt werden
 konnten -, und sie sind in vielen Fällen von uns in
 den Ansätzen herabgesetzt worden - zum mindesten
 nicht steigen dürfen. Denn die erstmaligen Anschaf-
 fungen und Ausstattungen von neuen Behörden oder
 von früher kriegszerstörten Behörden haben doch im
 wesentlichen nach unserer Auffassung ihr Ende ge-
 funden oder sollen ihr Ende gefunden haben, und der
 Ausstattungsgrad der Büros, der Dienststellen, sollte
 nunmehr gleich bleiben können. Aber nicht nur die
 Büroausstattungen sind Bestandteile der Verwaltungs-
 unkosten, sondern auch das Telefon. Wir sind der
 Meinung, auch das Ansteigen der Telefongebühren ist
 falsch. Es braucht nicht in dem Maße und in dem Um-
 fang und in der Länge überall telefoniert zu werden,
 wie es nach dem Ansteigen dieser Kosten den An-
 schein hat, und der Ausschuß hat sich auf den Stand-
 punkt gestellt, daß grundsätzlich jeder Behördenleiter
 sein Augenmerk auf diese Posten, auf diese Ausgaben
 dauernd zu richten hat, um durch geeignete Maß-
 nahmen - und es gibt viele Maßnahmen dieser Art -
 zu erreichen, daß diese Kosten, die von Jahr
 zu Jahr in die Höhe gegangen sind, herabgedrückt
 werden. Was im einzelnen geändert worden ist in
 dieser 2 1/2-tägigen Beratung des Ausschusses, ist nieder-
 gelegt in der Drucksache II/1495, die Ihnen zugegangen
 ist. Ich will auf die Einzelheiten, besonders auf die
 kleinen Änderungen dieser Drucksache nicht eingehen,
 sondern greife nur die Dinge heraus, die nach meiner
 Ansicht von besonderer Bedeutung sind. Der Haus-
 haltsplan umfaßt 27 Kapitel, davon sind 6 Einnahme-
 kapitel, 5 allgemeine Ausgabenkapitel, ein Besatzungs-
 kostenkapitel und 15 über die verschiedenen Dienststel-
 len wie die Ministerien und die den Ministerien unter-
 stellten Behörden, Finanzämter, Hochbauämter usw.
 Zum Ausgabe-Etat des Finanzministeriums selbst ist
 zu sagen, daß wir auch diesmal die Erfahrung gemacht
 haben, daß das Finanzministerium, d. h. also die
 Ministerialinstanz, sehr sparsam ausgestattet ist und
 in seinen Geldansätzen sehr vorbildlich arbeitet, was
 dadurch bewiesen ist, daß im vergangenen Jahr die
 Ist-Ausgaben des Finanzministeriums sowohl in bezug

auf Gehälter und Löhne als auch bezüglich der son-
 stigen Ausgaben ungefähr mit dem vorjährigen Vor-
 anschlag und dementsprechend auch mit dem neuen
 Voranschlag in Übereinklang gebracht worden sind.
 Das Ministerium selbst umfaßt 51 Beamtenstellen,
 57 Angestellte. Es ist etwas weniger durch Abgang
 von drei Beamten an den Bund, nachdem der Bund
 die Zollverwaltung übernommen hat. Die Hauptabtei-
 lung Wiederaufbau umfaßt 23 Beamte und 52 Ange-
 stellte. Bei der Beratung der Hauptabteilung Wiede-
 raufbau haben wir uns über die Frage unterhalten, ob
 die zentrale Zuweisung der Baumittel bleiben soll
 oder ob es zweckmäßiger wäre, die Baumittel für die
 Förderung des sozialen Wohnungsbaues durch andere
 untere Behörden zuzuteilen. Das Ministerium selbst
 vertritt den Standpunkt, daß es ohne die zentrale Zu-
 weisung der Baumittel nicht auskommen kann, weil
 jeder Antrag nach der technischen und finanziellen
 Seite geprüft werden muß und weil die Verteilung
 der Mittel nach einem gewissen im Ministerium aus-
 gebauten Schlüssel gerecht auf die einzelnen Kreise
 und Gemeinden erfolgt. Der Ausschuß selbst war in
 sich nicht einig, ob die Mittel zentral oder ob sie durch
 untergeordnete Dienststellen zugeteilt werden sollen.
 Im Titel 27 haben wir die Zuschüsse an Städte und
 Gemeinden für die Herstellung der Wirtschafts- und
 Aufbauplanung erhöht auf 100 000 Mark, wie sie
 voriges Jahr angesetzt waren und wie sie auch aus-
 gegeben worden sind. Wir haben uns zu dieser Er-
 höhung bereitgefunden, weil wir geglaubt haben, daß
 gerade bei kriegszerstörten Gemeinden es sehr oft
 nicht möglich ist, die teure Planung für den wirt-
 schaftlichen und für den allgemeinen Aufbau zu tra-
 gen, und daß dann unter Umständen, weil diese Kosten
 nicht getragen werden können, die Planung unter-
 bleiben würde. Im Titel 32 haben wir 200 000 Mark ge-
 strichen, die eingesetzt waren für die Errichtung von
 Versuchshäusern und für das Ausprobieren von neuen
 Baustoffen. Diese Streichung soll nicht bedeuten, daß
 wir die Errichtung von Versuchshäusern und die Pla-
 nung oder Durchführung von neuen Baustoffweisen
 unterbinden wollen, sondern wir sind der Meinung,
 daß die Mittel für diesen Zweck aus den allgemeinen
 Baumitteln genommen werden sollen. Nun lassen Sie
 mich zur Einnahmenseite übergehen. Da ist das Ka-
 pitel 6. Es ist bekannt, daß wir heute nur verfügen
 über die direkten Steuern, während die indirekten
 Steuern mit Ausnahme der Biersteuer auf den Bund
 übergegangen sind. Auch die Umsatzsteuer ist auf den
 Bund übergegangen. Der Ansatz für die Einkommen-
 steuer ist dieses Jahr um 20 v. H. verringert worden
 als Ergebnis der Einkommensteuernovelle. Man ist im
 Finanzministerium nicht der Meinung, daß die Steuer-
 senkung tatsächlich zu einer Erhöhung der Steuer
 führen wird infolge Verbesserung der Steuermoral,
 sondern man hat die Verringerung des vorjährigen
 Steueransatzes um 20 v. H. vorgenommen. Ein Ver-
 gleich der Einkommensteuer vom vorigen Jahr zu
 diesem Jahr zeigt folgendes: Die Einkommensteuer
 betrug im ersten Vierteljahr 34,9 Millionen, im zwei-
 ten 37, im dritten 31,7, im vierten Vierteljahr 25,4.
 Die Einkommensteuer im April 1949 betrug 14, im
 April 1950 8,9 Millionen, die Körperschaftsteuer im
 April 1949 5,48, im April 1950 3,48 Millionen. Das ist
 also ein Rückgang dieser Steuern, der wohl im wesent-
 lichen darauf zurückzuführen ist, daß nunmehr die
 Überzahlungen in den ersten Monaten von den Steuer-
 zahlern eingehalten werden. Bei der Vermögensteuer
 hatten wir uns im Jahre 1949 sehr verschätzt. Die an-
 gesetzten 14 Millionen sind nicht eingekommen, son-
 dern nur 5,69 Millionen gegenüber 1948 134 Millionen.

Die Erbschaftsteuer brachte 1,27 Millionen. Die Umsatzsteuer fällt jetzt nicht mehr ins Gewicht, weil sie nicht mehr in unserer Zuständigkeit liegt. Im Jahre 1949 sind 183,9 Millionen eingegangen. Wir bekommen für die Einziehung dieser Steuern, die uns nicht zufließen, etwa 7 Millionen, das sind 4 v. H., Verwaltungsgebühren. Es ist jedoch nicht klar, ob wir die 4 v. H. behalten oder ob sich die Absicht des Bundes durchsetzt, diese Verwaltungsgebühren auf 2½ v. H. herunterzusetzen. Die Grunderwerbsteuern betragen 2,126 Millionen, die Kapitalverkehrssteuern 282 000, Kraftfahrzeugsteuern 16,669 Millionen, die Versicherungssteuern 1,1 Millionen, die Rennwett- und Lotteriesteuern ergaben einen Betrag von 242 000, die Wechselsteuer 1,5 Millionen, die Feuerschutzsteuer 90 826, die Beförderungssteuer 17,7 Millionen. Die Landwirtschaftsbeiträge betragen voriges Jahr 2,8 Millionen, davon hat die Hälfte (1,2) das Land bekommen und 1,24 die Kammern. In diesem Jahr geht der gesamte Betrag an die Kammern. Der Sport-Toto hat die Ansätze überschritten. Im ganzen sind vom Sport-Toto 4,6 Millionen aufgekomen. Die Wohnungsbaubgabe war eingesetzt mit 7,5 Millionen. In Wirklichkeit hat sie 4 Millionen gebracht. Das Finanzministerium glaubt nicht, daß die 3,5 Millionen Rückstände noch voll eingehen und hat in diesem Haushaltsjahr den Betrag von 1 Million eingesetzt. (Zuruf Staatssekretär Schmidt: Herr Berichterstatter, sie steht zur Zeit auf 6,9 Millionen!) In Titel 10 ist für die Kraftfahrzeugsteuer der Geldansatz auf 17 Millionen erhöht worden, die Wechselsteuer anstatt auf 1,170 auf 1,5 Millionen und für die Weinabgabe sind für Resteinahmen aus der Vergangenheit noch einmal 300 000 Mark eingesetzt worden. Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß wir uns sowohl bei den Einnahmehansätzen wie auch bei den Ausgabeansätzen möglichst scharf an die vorjährigen Ist-Zahlen gehalten haben, und nur da, wo wir wußten, daß Veränderungen eingetreten sind oder eintreten würden, sind die Haushaltsansätze höher gesetzt oder erniedrigt worden. In Kapitel 4 ist der Geldansatz auf 2 428 000 Mark erhöht worden, ferner ist zu Titel 1, der Erläuterung hinzugefügt: Ziffer 11 Zinsen für Darlehen der Stadt Trier für Wiederaufbau der Pädagogischen Akademie. Bei Kapitel 5 sind die Finanzzuweisungen an die Gebietskörperschaften zunächst zurückgestellt worden. Es waren ursprünglich im Haushaltsplan 42,340 Millionen vorgesehen. Bei der Schlußberatung hat das Finanzministerium einen neuen Plan vorgelegt. Dieser neue Plan beruht auf einer Vereinbarung mit den in Frage kommenden Verbänden, dem Städtetag, dem Landkreistag und dem Landgemeindetag. Man ging davon aus, daß das Finanzministerium bei den Finanzzuweisungen für die Gemeinden dieses Jahr nicht mehr als 36 Millionen ausschütten kann, daß es sich aber stark macht, diese Beträge vollkommen auszuschütten. Es sind vorgesehen als Entschädigung für die Grundsteuerausfälle 12,235 Millionen, als Zuschüsse für Landstraßen zweiter Ordnung 1,169 Millionen, als persönliche Kosten der Besatzungsämter 2,5 Millionen, persönliche Kosten der Feststellungsbehörden 165 000, Entschädigung für die staatlichen Angestellten der ehemals preussischen Landkreise 1,319 Millionen, Polizeikostenzuschüsse 547 000, Bedarfszuweisungen 3 Millionen, Bürgersteuerausgleichsbeträge 8,564 Millionen, Schlüsselzuweisungen an die Landkreise 5,5 Millionen. Die meisten Mitglieder des Ausschusses - ich darf wohl sagen alle - waren über dieses Angebot, den Betrag von 42 Millionen auf 36 Millionen Ausschüttungen herabzusetzen, etwas bestürzt. Aber weil wir aus den Finanzkassen ja nicht mehr herausholen können

als tatsächlich drin ist, haben wir uns schließlich mit dem Ergebnis abgefunden, weil uns gesagt wurde, daß man tatsächlich nunmehr regelmäßig diese Finanzzuweisungen an die Gemeinden ausschütten will, während es voriges Jahr so war, daß die Ausschüttungen erst nach langem Drängen und erst gegen Schluß des Rechnungsjahres vorgenommen worden sind. Es sind auch voriges Jahr an die Gemeinden nur ausgezahlt worden zwei Zehntel der Bürgersteuerausgleichsbeträge. Dieses Jahr garantiert man uns vier Zehntel. Es sind voriges Jahr an die Landkreise nur eine Mark pro Kopf und an die Grenzkreise 1,50 Mark bzw. 2 Mark ausgeschüttet worden. Dieses Jahr will man die 5,5 Millionen gestaffelt an Kreise der Roten Zone mit 4 Mark pro Kopf, an andere Grenzkreise 3,25 Mark und die übrigen Kreise mit 2 Mark garantieren und tatsächlich ausschütten. Zunächst haben wir gefeilscht um den Betrag der Bedarfszuweisungen von drei Millionen. Dieser Betrag schien uns gering. Wir haben uns jedoch überlegt, wenn tatsächlich die Schlüsselzuweisungen in Höhe von 5,5 Millionen, die Bürgersteuerausgleichsbeträge von vier Zehntel ausgezahlt werden, dann werden nicht so viel Gemeinden notleidend werden und mit Bedarfszuweisungsanträgen kommen wie es dieses Jahr der Fall war. Nachdem der Bund die Fürsorgeausgaben für Arbeitslose übernommen hat, die im vergangenen Jahr noch auf den Gemeinden lagen, werden sich auch eine Anzahl von Gemeinden finanziell im Jahre 1950 erholen, und sie werden vielleicht dieses Jahr dazu übergehen können, die Arbeiten, die in der Vergangenheit unterblieben sind, wie Wasserleitungen und Schulbauten, nachholen.

Über die Polizeikostenzuschüsse, die erhöht sind auf 1,7 Millionen, haben wir uns auch sehr lange unterhalten müssen, und zwar deswegen, weil bei der Hebung der Polizeikostenzuschüsse einige Dinge geschehen sind, die der Ausschuß nicht für richtig hielt. Die Polizeiamter in den mittleren Städten sind nach unserer Ansicht überbesetzt. Sie haben wesentlich mehr Beamte, als früher in normalen Zeiten für die mittleren Städte notwendig waren. Auf der anderen Seite fehlt Polizeipersonal in den großen Orten. Wir sind der Meinung, daß die Kriminalpolizei nicht nur für die Städte bei den Polizeiamtern tätig ist, sondern daß sie darüber hinaus für einen größeren Bezirk von einem oder zwei Landkreisen tätig ist und daß die Stadt, wo zufälligerweise die Kriminalpolizei installiert ist - um mich einmal so auszudrücken -, nicht den Polizeikostenbeitrag zahlen soll. Wir sind weiter der Meinung, daß die Istzahl der Polizeibeamten die Höchstgrenze der Last ist, für die die betreffende Stadt die Polizeikosten zu zahlen hat. Wenn weiterhin das Personal dieses Polizeiamtes über die Sollzahlen erhöht wird, dann soll die Stadt dafür nicht belastet werden. Es gibt eine ganze Anzahl von Ortschaften, die haben z. B. einen Personaletat in der Vollzugs-polizei von 45, es sind aber dauernd nur 35 Polizeibeamte in dem betreffenden Ort tätig. Es ist ganz selbstverständlich, daß die betreffende Stadt sich wehrt, für 45 Beamte die Polizeikostenzuschüsse zu zahlen, sondern sie möchte sie nur für etwa 35 bezahlen. Es scheint uns also richtig zu sein, daß hier eine neue Regelung vorgenommen wird von dem Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Finanzministerium. Daß diese neue Regelung notwendig ist, geht ja auch daraus hervor, daß der vorjährige Geldansatz nur etwa zur Hälfte eingegangen ist. Es sind also ganz erhebliche Rückstände bei den Städten entstanden, die vielleicht 1950/51 eingehen, vielleicht aber auch niedergeschlagen werden müssen.

Ausgaben allgemeine Finanzverwaltung, Kap. 2, Titel 6.

Es ist ein neuer Titel 7 eingefügt worden: Regierungsverlegung nach Mainz. Dort ist die berühmte eine Million nicht eingesetzt worden, sondern der Betrag wurde auf 900 000 DM herabgesetzt. Dieser Betrag beruht auf einem Angebot des Finanzministers, der ausgerechnet hat, daß die Verlegung der Regierung nach Mainz keine Million kostet, sondern daß er mit 900 000 DM gut auskommen wird. (Zuruf Abg. Dr. Nowack [FDP]: Na?) Jedenfalls haben wir uns über dieses Angebot sehr gefreut (Zuruf Finanzminister Dr. Hoffmann: Wir können wahrscheinlich auf 800 000 DM herunter! - Heiterkeit. - Zuruf Abgeordneter Schlick [CDU]: Die Preise fallen!) und haben es gern akzeptiert, und zwar debattelos. Es sind weiter eingefügt zu Titel 8: Abwicklung des Wiederaufbauverbandes Mainz und Übernahme des Defizits des Lagers mit 100 000 DM.

Lassen Sie mich nun noch, ehe ich zu den Besatzungskosten übergehe, zu den einzelnen Kapiteln der unterstellten Dienststellen kommen. Beim Oberfinanzpräsidium sind keine wesentlichen Änderungen von uns vorgenommen worden. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Beamten sich um 30 und der Angestellten um acht vermindert hat. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Zollverwaltung zum Bund übergegangen ist. Die Finanzämter haben einen Zugang von 157 Beamten und 337 Angestellten. Die Finanzämter - das war unser Wunsch schon im vergangenen Jahr - mußten endlich einmal komplettiert werden, insbesondere mußte endlich einmal der Prüfungsapparat perfekt werden. Die Prüfer, die jahrelang außer Dienst waren, mußten wieder eingestellt, neu geschult und in Tätigkeit gesetzt werden. Der Herr Finanzminister hat erklärt, daß nunmehr diese Vorbereitungen im einzelnen abgeschlossen sind, so daß auch die Buch- und Betriebsprüfungen durch die Finanzämter überall durchgeführt werden können, und wir hoffen, daß wir mit dem jetzigen Bestand an Personal das normale Maß erreicht haben.

Finanzschule Edenkoben, Finanzgericht, Kassenverwaltung: ohne irgendeine Änderung. Bei der Kassenverwaltung, bei den Regierungskassen, haben wir die Frage aufgeworfen, ob es zweckmäßig ist, sie beizubehalten oder ob man sie an die Finanz- oder Kreis-kassen angliedern will. Wir sind uns nicht einig geworden und haben das Finanzministerium gebeten, diese Frage von sich aus zu prüfen und unter Umständen im Laufe des Jahres entsprechende Vorschläge zu machen.

Das Bad Bertrich trägt sich, hat aber den kassenmäßigen Überschuß von 30 000 DM, den es vorhatte abzuliefern, bis jetzt nicht abgeliefert. Das Finanzministerium wird bemüht sein, diesen Überschuß heranzuholen.

Anders ist es in Bad Ems. Bad Ems hat einen haushaltsmäßigen Zuschuß von 195 000 DM. Voriges Jahr sind zusätzlich etwas mehr als 500 000 DM ausgegeben worden. Wir haben uns die Frage gestellt, wie das möglich war. Es ist uns eine Anzahl Erklärungen gegeben worden. Ems war bekanntlich von der Besatzung besetzt, und erst nach und nach sind die von der Besatzung besetzten Häuser freigegeben worden. Das gesamte Mobiliar in den Hotels war nicht mehr vorhanden, sondern mußte erneuert werden. Aber auch die Hotels selbst mußten innen und außen gründlich instand gesetzt werden. Das hat natürlich Geld gekostet. Es scheint uns, als wenn diese Ausgaben als Folge der langen Beschlagnahme des Staatsbades

Ems durch die Besatzung noch nicht ganz abgeschlossen sind. Jedenfalls ist er einmal als Besatzungsschadenforderung von 340 000 DM angemeldet und auch als mögliche Einnahme im Haushaltsplan eingesetzt worden.

Der Mineralbrunnen Fachingen ist verpachtet. Die Pacht soll 28 000 DM betragen. Die Pacht geht nicht ein. Nach dem Vertrag hat die Gesellschaft, die den Pachtvertrag abgeschlossen hat, die Möglichkeit, bei kriegsbedingten und zeitbedingten schlechten Verhältnissen die Stundung zu verlangen. Diese Stundung hat sie verlangt. Aber wir sind der Meinung, daß nicht nur die Zinsen eingefordert werden können, sondern daß auch die Pacht eingehen muß, denn es muß heute möglich sein. Denn genau wie man mit einer großen Reklame Coca-Cola verkauft, muß es auch möglich sein, durch eine entsprechende Reklame des Fachinger Wassers wieder den Umsatz zu steigern und die Pacht einzuziehen.

Der Mineralbrunnen Geilnau, den der Herr Finanzminister in seiner Etatrede auch erwähnt hat als Monstrum in unserem Land, besteht noch und kostet auch noch einige hundert Mark Zuschuß. Es ist ange-regt worden, und wir haben beschlossen, diesen Mineralbrunnen Geilnau an das Domänenrentamt zur Verwaltung zu übergeben und nächstes Jahr nicht mehr im Haushaltsplan erscheinen zu lassen.

Das Landesamt für Soforthilfe: Dessen Personal ist von 15 auf 24 erhöht worden, weil neuerdings die Beschwerdeausschüsse und neue andere Dinge anlaufen, die bei der ursprünglichen Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht modern waren, z. B. die Wirtschaftshilfe aus der Soforthilfe; dazu sind ein Sachbearbeiter nötig und auch die entsprechenden Hilfskräfte. Es ist aber die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht möglich ist, die Kosten, die die Städte und Kreise für ihre Soforthilfeämter tragen, aus den allgemeinen Soforthilfemitteln oder vom Bund zu erlangen. Es ist entgegengehalten worden: die und die Städte haben keine besonderen Lasten, denn dadurch, daß sie Soforthilfe ausschütten können, werden sie ja in ihrem Fürsorgetat entlastet. Das stimmt hier und da. Aber trotzdem sind die Beibehaltung und die Neueinführung der Ämter für Soforthilfe bei den Landratsämtern und Städten, für sie eine zusätzliche Leistung.

Die Hochbauämter haben gegenüber dem vorigen Jahr eine Änderung erfahren. Eine Anzahl von Hochbauämtern ist nunmehr beseitigt worden, und zwar sechs. Dafür sind aber die Kreisbaumeister aus sämtlichen Kreisen zu Staatsbeamten ernannt worden und in den Etat der Hochbauämter überführt worden, so daß hier keine Erhöhung gegenüber dem vergangenen Jahr, aber auch infolge der Auflösungen keine Verringerung der Kosten eingetreten ist. Die Neuorganisation der Hochbauämter entspricht einem alten Wunsch, den dieses Haus bereits im vergangenen Jahre und vor zwei Jahren ausgesprochen hatte und der jetzt in die Tat umgesetzt worden ist.

Die Sonderbauverwaltung für das Militärbauwesen: Das ist der letzte Haushaltsplan (Kap. 27) des Finanzministeriums. Er ist mit einer Stellenänderung genehmigt worden, wobei die Frage aufgeworfen worden ist, welche Stellung eigentlich diese Sonderbauverwaltung hat, wem sie untersteht. Sie erscheint im Etat des Finanzministeriums, ist aber bisher eine Dienststelle gewesen, in der die Finanzverwaltung, die deutschen Ministerien gar nichts zu sagen hatten, sondern sie hat ihre Instruktion und Anweisung von der französischen Truppe, insbesondere von der französischen Génie erhalten. Das soll sich etwas gebessert haben.

Aber der Ausschuß hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Sonderbauverwaltung vollkommen von der französischen Militärbauverwaltung getrennt wird und als rein deutsche Dienststelle, auch nach außen hin, ihre Anordnungen vom Finanzministerium bzw. vom Wiederaufbauministerium erhält.

Nun noch einige kurze Worte zum Besatzungskostenetat. Die Besatzungskosten werden vom Bund getragen, aber nicht alle, sondern wir sind an den Besatzungskosten beteiligt mit einer Interessenquote von 10 Prozent. Wenn Sie nunmehr unsere Ausgaben für Besatzungskosten in der Vergangenheit vergleichen mit dem neuen Ansatz, dann finden Sie eine Erhöhung, und zwar durch eine Anzahl Posten, die neu erscheinen durch Baumaßnahmen mehr oder weniger strategischer Art, die augenblicklich von der Besatzung durchgeführt werden. Hinzu kommt noch, wenn wir die Besatzungskosten als ganzes nehmen wollen, daß wir im vergangenen Jahr 39 Millionen Besatzungskosten schuldig waren, die zu 15 Millionen jetzt abgedeckt worden sind und von denen jetzt noch ein Rest von 24 Millionen zu zahlen ist.

Das Gesamtergebnis der Beratungen finden Sie zusammengefaßt in der Drucksache II/1495. Der Haushalts- und Finanzausschuß schlägt Ihnen vor, den Etat des Finanzministeriums mit den Änderungsanträgen in der Drucksache II/1495 anzunehmen.

Präsident:

Nach der Berichterstattung zum Einzelplan IV erfolgt die Berichterstattung für den **außerordentlichen Haushalt**. Der Abgeordnete Hartmann hat das Wort.

Abg. Hartmann:

Meine Damen und Herren! Der außerordentliche Haushalt, wie er Ihnen zugegangen ist, ist durch den Haushalts- und Finanzausschuß um je 3 weitere Positionen, die Sie in der Drucksache II/1498 finden, erweitert worden. Die Erweiterung in die Unterteile 5, 6 und 7 war notwendig, weil die durch die beispielsweise bei Unterteil 5 inzwischen erfolgten Verhandlungen der Landesregierung mit der Stadt Trier zur Finanzierung des Wiederaufbaues der Pädagogischen Akademie in Trier von der Stadt dem Lande zur Verfügung gestellten 210 000 DM als Darlehen, umgekehrt auch bei Ausgaben für den Wiederaufbau vorgesehen werden mußten. Bezüglich der Anleihe zur Finanzierung von Schulbauten von 1 Million, die im Unterteil 6 jeweils in Einnahme und Ausgabe nachgewiesen wird, gilt dasselbe. Hier hatte der Herr Finanzminister die Möglichkeit, 1 Million aus der Soforthilfe für Gemeinden, vor allen Dingen in der Roten Zone, für den Wiederaufbau kriegszerstörter Schulgebäude zur Verfügung zu stellen, weshalb dieser Anteil geschaffen werden mußte. Des weiteren war durch die Verhandlungen im Finanzausschuß der gesamte Finanzausschuß mit dem Herrn Finanzminister der Meinung, daß auch eine Anleihe zur Finanzierung von staatlichen Wohngebäuden von 3 Millionen aufgenommen werden müßte.

Der Finanzausschuß schlägt dem Hohen Hause vor, den Außerordentlichen Haushalt einschließlich der Zusatzdrucksache II/1498 anzunehmen. (Beifall.)

Vizepräsident Ziegler:

Meine Damen und Herren! Nach der Berichterstattung kommen wir zur Aussprache. Das Hohe Haus hat heute vormittag beschlossen, die Dauer der Aussprache für jede Partei und die Fraktionslosen auf insgesamt bis zu 30 Minuten festzusetzen. Wir lassen nun auf allgemeinen Wunsch zuerst aus den einzelnen Fraktio-

nen die einzelnen Wiederaufbauexperten sprechen, dann kommen für die übrigen Sprecher noch die restlichen Zeiten in Betracht.

Zuerst hat das Wort der Abgeordnete Reichling von der Fraktion der CDU.

Abg. Reichling:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Hauptabteilung Wiederaufbau im Ministerium für Finanzen ist nach wie vor die schwierige Aufgabe gestellt, den materiellen Aufbau im Lande zu steuern und durchzuführen. Der soziale Wohnungsbau wird noch viele Jahre unser erstes und höchstes Sozialproblem sein, insbesondere in bezug auf die Finanzen. Dem teilweise fürchterlichen Wohnungselend muß unsere ganze Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es ist unsere heilige Pflicht, der notleidenden Bevölkerung so bald wie möglich einfache, aber gesunde Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Familien müssen vor dem weiteren Verderb an Leib und Seele gerettet werden. Nach dem Zusammenbruch 1945 bis zur Währungsreform waren wir in unserem Lande leider nicht in der Lage, den Wiederaufbau mit Erfolg zu betreiben. Während die Länder der ehemaligen Bizone ihre Baustoffe restlos für den Wiederaufbau verwenden konnten, sind die Baustoffe von Rheinland-Pfalz zum größten Teil in fremde westliche Arsenalen gewandert. Nach der Währungsreform kam hier eine Wandlung. Baustoffe und Arbeitskräfte waren dann plötzlich da, aber dann fehlte das Geld, so daß auch nach der Geldreform mit dem Bauen nicht sofort begonnen werden konnte. Eine gewisse Anlaufzeit war notwendig, und so kamen wir dann von dem Ausflücken, vom Reparieren, vom Ergänzen, vom Zusammennageln zu besseren Leistungen. Es sind im Jahre 1949/50 immerhin beachtenswerte Ansätze und Fortschritte auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues festzustellen. Tausende von Wohnungen werden 1950 und 1951 fertiggestellt werden. Hoffentlich wird diese Entwicklung in stets aufsteigender Linie weitergehen.

Das erste Wohnungsbaugesetz, das der Bundestag am 28. März d. J. einstimmig - auch einschließlich der Kommunistischen Fraktion in Bonn - annahm, hat speziell dem sozialen Wohnungsbau einen fühlbaren Auftrieb gegeben.

Mit Hilfe des Bundes kann unser Land in diesem Jahre für etwa 55 bis 60 Millionen DM Wohnungen bauen. So ist es doch, Herr Staatssekretär? (Staatssekretär Schmidt: Zuschüsse, ein Drittel des Bauvolumens!) Gemäß § 1 des Bundeswohnungsgesetzes sollen innerhalb von 6 Jahren etwa 1,8 Millionen Wohnungen gebaut werden und sind öffentlich zu fördern. Wir wünschen von Herzen, daß dieses gesteckte Ziel des Bundes erreicht wird, um das fürchterliche Wohnungselend wenigstens einigermaßen zu mildern.

Wir müssen uns auch bemühen, die Baukosten zu senken, um preiswerte und wirklich erträgliche Mieten zu gewinnen. Das Bauen ist noch zu teuer. Je billiger wir bauen, desto mehr Wohnungen erhalten wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Selbstverständlich können die Baukosten nicht auf Konto der Bauarbeiterlöhne gehen, die von den Nazis in der ungerechtfertigsten Weise heruntergeschunden wurden.

Das Handwerk steht im scharfen Konkurrenzkampf. Die Submissionen zeigen, daß die Bauhandwerker Kampfpreise abgeben. Also auch von dieser Seite her ist kaum eine wesentliche Senkung der Baukosten möglich. Dagegen erscheint es notwendig, die Baustoffpreise der Baustoffindustrie und die Verdienstspannen des Baustoffhandels einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, weil ich dort eine Grundlage zur Senkung der Baupreise erblicke.

Im § 6 des 1. Bundeswohnungsgesetzes sind zu diesem Zweck der Senkung der Baukosten folgende Richtlinien aufgestellt: a) die Bauforschung, b) die Schaffung von Normen für Baustoffe und Bauteile und c) die Entwicklung von Typen für Bauten und Bauteile. Auf diesen drei Gebieten hat unsere Hauptabteilung „Wiederaufbau“ schon seit längerer Zeit eine gute und wesentliche Vorarbeit geleistet. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den interessanten Bericht der Hauptabteilung Wiederaufbau vom Jahre 1949, in dem alle ihre Leistungen näher erläutert und beschrieben sind.

Wir haben nur den Wunsch, daß die Erfolge der Forschung und der Normung sowie der Typisierung, wie wir sie schon in Rheinland-Pfalz haben, in die Praxis umgesetzt werden, damit durch die Tat auch eine fühlbare Senkung der Baukosten erreicht werden kann.

Von den Architekten in Rheinland-Pfalz, denen wir unlängst eine Kammer beschert haben, erwarten wir, daß auch sie durch die Ermäßigung der Architektengebühren an den Baukostensenkungen im sozialen Wohnungsbau teilnehmen. Auf lange Sicht gesehen ist die solide, mit heimatgebundenen Baustoffen durchgeführte Bauweise immer die billigste. Wir sind daher der Auffassung und schließen uns der Meinung der Hauptabteilung des Wiederaufbauministeriums an, daß Holzbaracken und sonstige Behelfsbauten tunlichst zu unterlassen sind.

Das Land selbst muß auch dafür sorgen, daß Hemmungen im Baufortschritt von seiner Seite her nicht erfolgen. Infolge der schlechten und ungenügenden Besetzung der Vermessungsämter war schon des öfteren die rechtzeitige Vermessung von Baugrundstücken nicht möglich, und der Beginn der Bauarbeiten mußte zurückgestellt werden.

Wir bitten das Wiederaufbauministerium, dafür zu sorgen, daß die Vermessungsämter mit den erforderlichen Vermessungsingenieuren und Vermessungstechnikern umgehend besetzt werden.

Meine Damen und Herren! Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Wohnungsblöcke und Siedlungen für Heimatvertriebene und Flüchtlinge dort errichtet werden, wo auch ihre wirtschaftliche Existenz gesichert erscheint. Es hat keinen Sinn, die unglücklichen Menschen dorthin zu verpflanzen, wo überhaupt keine Aussicht besteht auf Arbeitseinsatz; lediglich die Vermehrung der Einwohnerzahl in irgendeinem Kreis oder einer Stadt durch Flüchtlinge wäre mehr als ein Fehler. In dieser Frage wäre es zweckmäßig, wenn Wirtschaftsministerium und Wiederaufbauministerium engstens zusammenarbeiten würden.

Nun ein Wort zur Darlehensverteilung aus öffentlichen Mitteln. Hier haben wir einige berechtigte Wünsche der Baufähigen und der Bauwilligen vorzubringen. Grundsätzlich sind wir der Auffassung, die Darlehen dorthin zu geben, wo am raschesten und am billigsten gebaut wird. Wir dürfen keine Monopolstellungen gewisser großer Wohnungsbaugesellschaften zulassen. Die Darlehen aus öffentlichen Mitteln sollen auf breiterer Basis verteilt werden. Insbesondere müssen die bestehenden Gebäude des Privathausbesitzes, der heute noch im Lande der größte Hausbesitz ist, berücksichtigt werden, um sie vor dem weiteren Verfall zu schützen. (Zurufe: Sehr gut!)

Die vorhandenen Straßen, Kanäle und Versorgungsleitungen müssen aus Gründen der Billigkeit im Bauen ausgenützt werden, da sie bei Neubauge-

bieten sehr große Kosten verursachen. Nach § 16 des 1. Bundeswohnungsgesetzes sind wir verpflichtet, nach dem Gesagten zu handeln. Dort heißt es u. a. in Absatz 2:

„In Gemeinden mit Kriegszerstörungen sollen im Rahmen der öffentlichen Aufbauplanung besonders die Wiederherstellung und der Wiederaufbau von Wohnungen gefördert werden.“

Gewisse Vorgänge im Lande haben uns veranlaßt, auf die Verteilung der öffentlichen Baumittel näher einzugehen. So hat sich unlängst im Kreise Altenkirchen folgendes ereignet:

Der dortige Landrat hat zur Sitzung des Bewilligungsausschusses am 5. Juli dieses Jahres in Koblenz 17 Darlehensgesuche zur Bewilligung eingereicht. Ein Gesuch von den 17 wurde genehmigt, und 16 wurden abgelehnt. Dagegen wurde ein Darlehensbetrag von nahezu 100 000 DM der Mittelrheinischen Heimstätten-GmbH. und der Westfälischen Wohnstätten-AG. zugeteilt. Eine Zusammenstellung hat ergeben, daß von den bisher im Kreise Altenkirchen verteilten Darlehen die Mittelrheinische Heimstätten-GmbH. den Betrag von 718 000 DM - das sind rund 80 v. H. - erhalten hat, während die Privaten und die kleinen Gemeinden nur 187 000 DM erhielten - das sind etwa 20 v. H. (Zurufe: Hört, hört!) In der Pfalz im Kreis Frankenthal wurde uns ein ähnlicher Fall gemeldet.

Meine Damen und Herren! So gehen die Dinge nicht weiter! Wir müssen bei der Verteilung der Darlehen einen anderen Maßstab anlegen, der allen gerecht wird, weil auch der private Hausbesitz die Zweckgebundenheit der Mittel vom Bund her auf alle Fälle anerkennt, d. h., daß er auch Flüchtlinge aufnimmt bzw. die Altwohnungen, die durch Neubauten und Wiederaufbauten freiwerden, den Flüchtlingen zukommen läßt, weil sie dort billiger wohnen als in den neuen Gebäuden. Wir bitten daher die Hauptabteilung Wiederaufbau, von Koblenz aus den Behörden, die die Darlehen in letzter Instanz vergeben, einen neuen Verteilungsschlüssel, der der gerechten Forderung im Lande entspricht, vorzuschreiben.

Wir haben noch einen Wunsch. Es wäre nach unserer Ansicht zweckmäßig, wenn beim Wiederaufbau der zerstörten Gebäude nicht mehr die Einreichung voller Baupläne zu erfolgen brauchte. Wenn das Haus wieder so aufgebaut wird, wie es war, dann liegen die Pläne oben beim Bauamt und sind auch in den Händen der Bauherren. Wozu muß dann der geplagte Hausbesitzer nochmals einen Architekten anrufen, um neue kostspielige Pläne machen zu lassen? (Zurufe: Sehr gut!) Herr Staatssekretär: Vielleicht ist es möglich, auf dem Gebiet eine Erleichterung dem Hausbesitz draußen im Lande zu verschaffen.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Wir stimmen dem Haushalt des Wiederaufbauministeriums zu. Ich glaube, daß gerade das Kapitel Wiederaufbau eine Angelegenheit ist - von der auch mein Fraktionskollege Dr. Zimmer in der Generaldebatte sprach -, die man als Kollektivnot, ja als Kollektivleid bezeichnen kann. Nachdem auch der Bund in beispielhafter Form das 1. Wohnungsbaugesetz angenommen hat, dürfen wir vielleicht erwarten, daß auch der Landtag von Rheinland-Pfalz dem Kapitel „Wiederaufbau“ seine einstimmige Zustimmung gibt. (Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ziegler:

Das Wort hat der Abgeordnete Fittler von der Fraktion der SPD.

Abg. Fittler:

Meine Damen und Herren! Ich habe den Ausführungen meines sehr verehrten Herrn Vorredners, der auch Fachmann ist, nicht sehr viel hinzuzufügen. Ich kann namens meiner Fraktion erklären, daß wir dem Etat der Hauptabteilung I, d. h. der Abteilung Wiederaufbau, zustimmen.

Allerdings hätten wir noch verschiedene Wünsche, die zum Teil schon in der Sitzung des Wiederaufbauausschusses vom April dieses Jahres geäußert wurden, und zwar wegen der Schlüsselung.

Der Wiederaufbauausschuß hat damals folgendes beschlossen: „Der Wiederaufbauausschuß ersucht das Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau, vor Bekanntgabe eines Schlüssels, der der Verteilung öffentlicher Gelder zugrunde gelegt wird, mit dem Wiederaufbauausschuß Verbindung aufzunehmen und ihm die geplanten Verteilungsmaßnahmen so rechtzeitig bekanntzugeben, daß der Wiederaufbauausschuß vor Veröffentlichung durch das Ministerium dazu Stellung nehmen kann.“

Ich muß bemängeln, daß hierauf nichts geschehen ist bis jetzt. Daher kommen auch jetzt die einzelnen Beanstandungen bezüglich der Verteilung.

Über die Erfolge des diesjährigen Wohnungsbauprogramms ist in der Staatszeitung Nr. 10 ein großer Artikel erschienen, der auch die entsprechenden Zahlen bekanntgibt. In der Praxis draußen ergeben sich durch die Zweckbestimmung der zu verteilenden Zuschüsse immerhin gewisse Schwierigkeiten, weil hier nicht dem sozialen Wohnungsbau so gesteuert werden kann, z. B. für kinderreiche Familien usw., wie gewünscht, sondern nur für Flüchtlinge und solche Leute, die unter den § 31 des Soforthilfegesetzes fallen. In der Praxis dürften hieraus große Schwierigkeiten entstehen. Die Gemeinden, die in der Hauptsache Träger des Wohnungsbaues sind, werden, wenn diese Neubauten durch Flüchtlinge besiedelt werden sollen, nicht allein die Unterstüzungen zu zahlen haben, sondern sie werden auch noch die Mieten zahlen müssen. Wenn hier der soziale Wohnungsbau und auch der sonstige Wohnungsbau durch Zuschüsse gefördert werden könnten, wäre jedenfalls die Möglichkeit vorhanden, daß man eine ganze Reihe von Flüchtlingen in die wesentlich billigeren Altbauwohnungen setzen könnte. Außerdem wäre auch nicht unbedingt erforderlich, daß man zehn, zwölf oder mehr Flüchtlinge auf einen kleinen Raum setzen muß, sondern der besseren Eingewöhnung wegen kämen sie viel mehr mit der anderen Bevölkerung in Berührung und würden sich schneller einleben, wenn die Wohnungen besser verteilt werden könnten.

Der Wiederaufbauausschuß hat in seiner Sitzung vom 13. April auch den Minister für Wiederaufbau ersucht, zu prüfen, wie und in welcher Höhe Mittel für den sozialen Wohnungsbau durch das Land bereitgestellt werden könnten. Aus den dem Hohen Haus genügend bekannten finanziellen Gründen konnten im ordentlichen Haushalt keine Mittel bereitgestellt werden. Aus diesem Grunde wird meine Fraktion einen Antrag zur Bereitstellung von Mitteln auf dem Anleiheweg einbringen, der zur Zeit im Büro des Landtages vervollständigt und Ihnen dann nachher vorgelegt werden wird.

Vizepräsident Ziegler:

Der Abgeordnete Frank von der Fraktion der FDP hat das Wort.

Abg. Frank:

Meine Damen und Herren! Ich verrate Ihnen nichts Neues, wenn ich auch die Feststellung mache, daß der Wiederaufbau im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses steht. Ebenso ist es nichts Neues, daß zum Bauen Gelder und immer wieder Gelder gehören. Das ist ja von meinen beiden Vorrednern schon ausgiebig erörtert worden. Ich muß feststellen, daß dank der Rührigkeit des Bundeswiederaufbauministers heute unseren Bauwilligen namhafte Beträge bereits zugesprochen werden können.

Durch diese Mittel, die zur Verfügung stehen, kann die Bautätigkeit angeregt werden, und durch Bautätigkeit wird ja wesentlich der Arbeitslosigkeit gesteuert. Das Baugewerbe ist nun einmal das Schlüsselgewerbe. Wenn es dem Baugewerbe gut geht, dann finden viele Hände Beschäftigung und Verdienst.

Was wir bei der Auszahlung dieser Beträge zu wünschen haben, ist das, daß diese Beträge nicht allzu bürokratisch verwaltet werden und daß die Auszahlung nicht ganz so unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet; denn die verschiedenen Interessenten werden hier - will ich mal sagen - etwas neidisch aufeinander, weil sie sich nicht im klaren sind, wohin die Gelder nach der einen oder anderen Seite fließen.

Wenn diese bürokratischen Formalitäten etwas gemildert werden, dann wird auch die Verwaltung etwas mehr entlastet. Die Auszahlung der Beträge soll nach Möglichkeit schnell erfolgen, denn wer schnell gibt, der gibt doppelt!

Wir haben von unserer Seite aus den Wunsch, daß diese Unmenge von Vordrucken und Formularen, die auszufüllen sind, etwas beschränkt und eingeschränkt werden. Weiterhin müssen wir verlangen, daß die zuständigen Behörden räumlich nicht allzu weit auseinanderliegen, damit nicht jemand, der mal wegen eines solchen Zuschusses mit der Behörde zu verkehren hat, Tage braucht, bis er von einem Büro zum anderen hingelangt.

Ich hätte noch etwas zu sagen über diese Kreisbauämter. Der Wunsch weiter Kreise ist ja dadurch erfüllt, daß diese Kreisbauämter wieder eingerichtet und daß die Vorsteher dieser Kreisbauämter Staatsbeamte sind.

Es wurde einmal behauptet, daß durch die Einrichtung der Kreisbauämter sich die ganze Bauverwaltung etwas volksnahe gestaltet. Wir wünschen, daß dieser Gedanke verwirklicht wird. Der Leiter dieser Kreisbauämter soll Staatsbeamter sein. Das Büro bleibt eine kommunale Einrichtung. Wie weit sich diese beiden Begriffe vereinigen lassen, das wird ja die Zukunft noch lehren. Der Leiter dieser Kreisbauämter soll die zweite Staatsprüfung im Hochbaufach abgelegt haben. Bewährte Kreisbauamtsvorsteher sollen bestehen bleiben. Wenn dies geschieht, dann dürfen es aber nur Leute sein, die wirklich ihrer Aufgabe gewachsen sind. Sie müssen über das Maß der Mittelmäßigkeit hinausgehen. Wir finden aber draußen, daß diese Stellen häufig durch Leute besetzt sind, die nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie ihr Amt von höherer Warte aus sehen. Im Zusammenhang damit wünschen wir das Baugenehmigungsverfahren wesentlich vereinfacht und beschleunigt. Aus meiner Erfahrung heraus kann ich feststellen, daß mir auf einem Kreisbauamt gesagt wurde, ja, die erste Vorprüfung ist jetzt durchgegangen, dann kommt eine zweite Vorprüfung, und dann kommt die Hauptprüfung. Als Mann der Praxis kann man nicht verstehen, wie man den Bürokratismus so weit auf die Spitze treiben kann.

Auch mit dem Baugenehmigungsverfahren ist wieder eine Fülle von Vordrucken und Statistiken beizufügen. Erhebungen werden angestellt, die die ohnedies schon sehr belastete Wirtschaft noch mehr belasten. Auch hier ist eine Vereinfachung anzustreben und nach Möglichkeit zu erreichen. Sie alle, die Sie hier im Hause sind, mit ganz wenigen Ausnahmen, haben vor zwei Jahren kurz vor dem Eintreten der Währungsreform mit uns das Baulenkungsgesetz verabschiedet. Nach der bis jetzt eingetretenen Lage auf dem Baumarkt halten wir dieses Baulenkungsgesetz für überflüssig. Das Angebot an Baustoffen, an Arbeitskräften usw. ist derart groß geworden, daß wir wirklich nicht mehr von einer amtlichen Lenkung reden können. und meine Fraktion beantragt, daß wir nach Möglichkeit dieses Gesetz, das vollständig überflüssig ist aufheben. Im übrigen habe ich zu erklären, daß wir dem vorgelegten Haushaltsplan unsere Zustimmung geben werden. (Beifall.)

Vizepräsident Ziegler:

Das Wort hat der Abgeordnete Schieder von der KPD. Sie wollen doch zum Wiederaufbau sprechen? (Abg. Schieder verneint.) Ich bitte die Abgeordneten, erst jetzt zum Wiederaufbau zu sprechen. Ich stelle fest, daß sich niemand zu Wort meldet. Das Wort hat Herr Staatssekretär Schmidt.

Staatssekretär Schmidt:

Meine Damen und Herren! In der Aussprache hat man sich vornehmlich, wie ich anerkennen muß, in freundlicher Kritik mit der Frage der Steuerung der öffentlichen Baugelder beschäftigt. Lassen Sie mich zum Verständlichmachen unserer Haltung noch einmal kurz das Problem umreißen. Wir haben vom Bunde direkt zur Verfügung 34 Millionen Mark aus den Münzprägungsgewinnen, die in Monatsraten von 3,2 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Die letzte Rate steht am 1. Oktober bereit. Zu diesen 34 Millionen Mark kommen 15 Millionen Mark aus der Soforthilfe, 1,5 Millionen Mark hat das Sozialministerium noch für den Flüchtlingswohnungsbau in seinem Etat gehabt, die uns zur Verfügung gestellt wurden. Das sind insgesamt etwas über 50 Millionen Mark. Daneben treten dann die Gewinne, die sich aus der Hypothekenabwertung ergeben, die im vorigen Jahre und auch in diesem Jahre durch den Treuhandfonds verwaltet werden. Die letzteren Mittel waren zunächst gesperrt, da sie zur Abdeckung der fehlenden Beträge aus der Wohnraumabgabe gesichert wurden. Nachdem aber zu erwarten ist, daß die Wohnraumabgabe in vollem Umfang die Vorausleistungen deckt, werden auch die Beträge, die früher der Treuhandfonds verwaltete und jetzt noch verwaltet, jetzt wieder zur Verfügung stehen, so daß wir in diesem Jahre mit einem Gesamtbetrag von 60 Millionen Mark, die die öffentliche Hand zur Verfügung stellt, rechnen können. Diese 60 Millionen Mark sind restlos zweckgebunden, die 34 Millionen Mark nur für den Flüchtlingswohnungsbau, die Beträge aus der Soforthilfe sind zweckgebunden für Kriegsgeschädigte, Opfer des Faschismus und Flüchtlinge. Desgleichen sind die Beträge aus den Hypothekenabwertungsgewinnen ebenfalls für diesen Personenkreis zweckgebunden. Es fehlt also der echte soziale Förderungsbetrag für den Personenkreis - ich habe immer wieder darauf hingewiesen -, der sich mühsam einen Teilbetrag für die Errichtung eines Häuschens erspart, aber nicht bauen kann, weil ihm eine Restfinanzierung fehlt. Und dieses Fehlen ist das schmerzlichste in unserer jetzigen Baupolitik. Ich muß immer wieder darauf hinweisen, daß hier der Wegfall der Wohnraumabgabe eine Lücke aufgeris-

sen hat, die so oder so wieder geschlossen werden muß. Die Beseitigung der Wohnraumabgabe war ein Pyrrhus-Sieg, der nicht zum Vorteil der armen Leute gereicht. Wir haben voriges Jahr aus der Wohnraumabgabe nur für die armen Leute gebaut, die in diesem Jahr weinend in unseren Büros stehen, weil sie nicht weiterkommen und denen wir sagen müssen, wir bedauern, wir haben keinen Pfennig zur Verfügung.

Die Lücke muß aber auch aus einem anderen Grunde geschlossen werden - ich glaube, ich habe dies schon einmal hier im Hause vorgetragen -. Wir konnten bei der entscheidenden Sitzung, die Ende März in Bonn stattfand, nur mühsam die Annahme eines Antrages des Landes Bayern verhindern, daß nur dasjenige Land vom Bunde Gelder bekomme, das anteilmäßig sich durch eigenes Aufkommen am sozialen Wohnungsbau beteilige. Ich bin der Auffassung, daß dieser Antrag auf der Länderebene im Bundesrat diesen Winter wieder zur Debatte kommt, und es ist zu empfehlen, daß der Landtag sich rechtzeitig überlegt, daß dann die Vertreter unseres Landes nicht wieder mit leeren Händen dastehen.

Es ist hier der Wunsch geäußert worden, daß der Flüchtlingswohnungsbau dort betrieben würde, wo die Flüchtlinge zweckentsprechend angesetzt werden können, und daß vor allen Dingen der Flüchtlingswohnungsbau nicht so stark zweckgebunden sein dürfe wie das zur Zeit vorgesehen ist. In beiden Fällen decken sich Ihre Wünsche mit den unseren. Wir haben zunächst in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium und dem Wirtschaftsministerium unseren Flüchtlingswohnungsbau vornehmlich dort angesetzt, wo die Flüchtlinge Aussicht haben, eines Tages Arbeit und Brot zu finden. Wir sind durchaus der Meinung, daß der Flüchtlingswohnungsbau nicht dort betrieben werden kann, wo die Flüchtlinge jetzt, damit sie ein Dach über den Kopf bekommen, einfach hingesetzt werden. In den Gemeinden muß man sich vorübergehend mit der Anhäufung in dem Wohnungsbesatz abfinden. Wir können aber nur dort bauen, wo der Flüchtling auf die Dauer Arbeit und Brot finden kann. Die andere Auffassung bezüglich der Zweckbindung haben wir in Bonn wiederholt vorgetragen. Wir haben in Bonn auf die Unmöglichkeit hingewiesen, daß man heute vorschreibt, daß jeder Flüchtlingswohnungsbau auf 20 Jahre dinglich gesichert werden muß, d. h. wenn wir heute einem Gelder aus den 34 Millionen Mark zur Verfügung stellen, dann muß der Geldnehmer eine dingliche Sicherung eingehen, daß er die mit Hilfe dieser Gelder erstellten Wohnungen auf einen Zeitraum von 20 Jahren nur Flüchtlingen zur Verfügung stellt. Tut er dies nicht, wird die Hypothek sofort zur Rückzahlung in vollem Umfange fällig. Wir haben in Bonn darauf hingewiesen, daß man hier geradezu Flüchtlingsghettos schafft und daß man die Flüchtlinge von der übrigen Bevölkerung trennt, und daß, wenn nach 20 Jahren unsere Flüchtlinge noch Flüchtlinge sind, ihre Probleme überhaupt nicht gelöst wurden. Auch aus den Gesichtspunkten der Mietsteuerung und der sozialen Fürsorge ist dies unmöglich. Es gibt viele Einwohner in unserem Land, die gerne eine etwas höhere Miete in einer Neubauwohnung bezahlen. Wenn sie aus diesem oder jenem Grunde ihre Wohnung einmal wechseln können, dann könnte man Wohnungen, die dann frei werden, Flüchtlingen zuweisen, die Mieten werden für diese billiger und die Soziallasten niedriger sein. Wir haben in Bonn immer wieder gesagt, entscheidend ist doch, daß den Flüchtlingen schlechthin entsprechende Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, es soll doch gleich sein, welche Wohnräume freigestellt werden. Bis zur Stunde sind

wir mit unseren Bemühungen nicht durchgekommen. Die gleiche Zweckbindung bestand auch für die Gelder aus der Soforthilfe. Hier konnten wir wenigstens erreichen, daß bezüglich der Soforthilfegelder auch der Personenkreis eingeschlossen werden kann, der nicht nur ein Haus verloren hat, sondern der auch in zerstörten Wohnungen als Mieter gewohnt hat, so daß es uns hier möglich ist, einen größeren Personenkreis von Alteingesessenen zu betreuen.

Entsprechend der hier geschilderten Vorschriften ergab sich für uns zwangsläufig der Bewirtschaftungsplan für die zur Verfügung stehenden Gelder. Flüchtlingswohnungen mit der scharfen Zweckbindung werden von den privaten Bauherren nur selten gebaut.

Der private Bauherr sagt uns, wenn ich 20 Jahre eine dingliche Sicherung eingehen soll, ist das Darlehen für mich nicht mehr von Interesse, ich weiß ja nicht, wen ich in den 20 Jahren in mein Haus bekomme, also ich verzichte auf Darlehen, - so daß wir notwendigerweise auf die öffentlichen Bauträger, auf die Genossenschaften und auf die Gemeinden ausweichen mußten, um überhaupt Wohnungen gebaut zu bekommen. Daraus ergibt sich dann die Verschiebung in den Anteilen an den öffentlichen Geldern. Wir haben schon den privaten Bauherren gesagt: Laßt euch doch nicht von den 20 Jahren stören, denn in 20 Jahren sieht die Welt anders aus, und wir sind überzeugt, daß trotz der dinglichen Sicherung die Belastung in den nächsten Jahren durch irgendwelche Vorgänge nicht mehr wirksam sein wird. Es gibt private Bauherren, die folgen unserer Meinung und gehen das Risiko ein, es gibt auch eine ganze Reihe privater Bauherren, die sagen: nein, das sind Vorstellungen, wo wir nicht wissen, ob sie realisiert werden, und sie treten dann von ihren Bauanträgen zurück. Wir mußten also auf die öffentlichen Bauträger zurückgreifen, um das uns zur Verfügung stehende Geld möglichst schnell wirksam werden zu lassen. Und wir haben es auf unserer Landesebene in einem Umfang wirksam werden lassen - das ist keine überhebliche Feststellung, sondern eine tatsächliche Feststellung -, wie dies in keinem anderen Lande Westdeutschlands bisher erreicht wurde, eine Feststellung, die auch kürzlich der Bundeswohnungsminister öffentlich getroffen hat. Deshalb, weil wir uns im Winter bereits nach den möglichen Bauträgern umsahen, nachdem uns die Zweckbindung bekannt wurde. Dort, wo die Zweckbindung nicht mehr so scharf ist, in den Baumitteln, die aus der Soforthilfe verbaut werden, sieht die Situation bereits anders aus. Von den Soforthilfegeldern sind 50 v. H. der bereitgestellten Mittel in den privaten Sektor hineingeflossen. 20 v. H. in den Gemeindesektor und nur 30 v. H. in die genossenschaftlichen Bauträger, weil hier der Bauwille entsprechend der aufgelockerten Zweckbindung von den privaten Bauherren vermehrt war. Ich hoffe, daß unsere Vorstellungen, wenn auch nicht in diesem Jahre, so doch wenigstens im nächsten Jahr zu Regelungen führen, die im Sinne Ihrer Wünsche und unserer Wünsche liegen.

Die Frage der zentralen Bearbeitung im Ministerium ist ebenfalls immer wieder Gegenstand lebhafter Kritik. So sehr wir Verständnis dafür haben, glauben wir aber aus Gründen der beschleunigten Bauförderung und einer überörtlichen Kontrolle nicht darauf verzichten zu können. Aus Gründen der beschleunigten Bauförderung deshalb, weil wir bei uns sofort übersehen, ob die vorgelegten Anträge den Richtlinien entsprechen. Das tun sie nicht immer. Wir bekommen z. B. Anträge von Landräten vorgelegt, die völlig außerhalb jeder Baumöglichkeit liegen. Herr Kollege Reichling, wir haben Bauanträge vorliegen, die eine

Wohnraumgröße von 15 bis 20 qm umfassen, Bauanträge vorliegen, wo für fünf oder sechs Parteien ein Flureingang vorgesehen ist, Bauanträge, wo die Frage der Klosettanlagen usw. gar nicht geklärt ist. Die Dinge müssen wir bei uns ausscheiden. Wenn sie draußen bearbeitet werden, dann entstehen Bauschäden, die wir gar nicht verantworten können. (Zuruf Abg. Jahn: Haben das die Hochbauämter denn nicht begutachtet?) Nein, die Anträge gehen ja direkt von den Landräten zu uns über die Regierungspräsidenten. Wir müssen aber auch aus einem anderen Grunde steuern. Wir geben ja nur einen Teilbetrag zu dem Bauvorhaben. Wir erschließen mit den 60 Millionen Mark schätzungsweise ein Bauvolumen von ungefähr 150 bis 180 Millionen Mark. Bei uns laufen Anträge ein, wo die Antragsteller ihren vollen Finanzierungsplan vortragen. Bei der Überprüfung stellen wir fest, daß dieser Finanzierungsplan fingiert ist, daß die Bauherren nur unseren Anteil verbauen und dann den Bau als Ruine liegen lassen. Das wollen wir nicht, sondern wir wollen in jedem Falle kontrollieren, daß der Bau tatsächlich fertig wird. Deshalb scheidet wir alle die fingierten Anträge aus, und wir müssen heute schon dazu übergehen, Zusagen in erheblichem Umfang zu revidieren. Das sind alles Dinge, die uns bestimmen, zu bitten, es bei der jetzigen Regelung zu belassen, nachdem wir feststellen, daß der bauwirtschaftliche Erfolg bei dem jetzigen Verfahren gesichert ist. Das ist doch das Entscheidende. Wie sehr der bauwirtschaftliche Erfolg gesichert ist, davon nur ein paar Zahlen. Wir haben im Jahre 1948 am Tage der Währungsreform in unserem Lande 55 400 gemeldete Bauarbeiter in Hoch und Tief gehabt. Wir haben zur Zeit eine Meldung von 83 000. Beschäftigt sind von diesen 83 000 zur Stunde 73 000, das sind fast 20 000 mehr als am Tage der Währungsreform überhaupt als Bauarbeiter gemeldet waren.

Darin sind die Tiefbauarbeiter enthalten, die heute bekanntlich am schwersten unterzubringen sind. Im Hochbausektor haben wir nur eine gewisse Arbeitslosigkeit in den Arbeitsamtbezirken Mainz, Worms und Kaiserslautern. In allen übrigen Landesgebieten ist die Arbeitslosigkeit im Hochbausektor praktisch beseitigt. In vielen Bezirken macht sich bereits ein Mangel an Baufacharbeitern bemerkbar. Wir hoffen, daß dieser Beschäftigungsstand auf Grund unserer systematischen Streuung, die auch ein Bestandteil unserer zentralen Planung ist, bis zum Ablauf der Saison gehalten werden kann, denn aus den Förderungsmaßnahmen beginnt das Bauen ja erst jetzt in breitem Umfang. Dieser Erfolg sollte Sie eigentlich bestimmen, an dem System, das wir entwickelt haben, festzuhalten und dabei uns anzuhalten. Mängel, die in Einzelfällen auftreten können, schnell zu beseitigen. Ich glaube, das ist der richtigere Weg. Es gibt sicherlich Mängel - ich werde den Vorgang des Kreises Altenkirchen überprüfen -, wenn es so ist, wird die Geschichte bereinigt werden, aber wenn heute die Baugenossenschaften Großträger des Baugeschehens sind, dann aus Gründen der Baubeschleunigung. Und ich darf Ihnen sagen, viele Gemeinden gehen ja auch einen einfacheren Weg. Sie kommen heute gar nicht mehr mit Einzeldarlehen zu uns, sondern wenden sich an die Großbauträger und sagen, ihr könnt das ja alles viel besser machen als wir, und bedienen sich heute der Großbauträger in weitestem Umfang.

Zum Schluß einige Bemerkungen zur Frage der Kreisbauämter. Herr Kollege Franke, ich weiß, daß die Besetzung der Kreisbauämter ebenso wie die Besetzung aller anderen Behördenstellen eine Personenfrage ist. Ich habe mich aber dagegen gewehrt,

daß die Besetzung in jedem Falle abhängig gemacht wird von einem bestimmten Studium, ich habe die Auffassung vertreten, das wird nur abhängig gemacht von der Frage: Was kann der Mann, einerlei, wo er sich dieses Können erworben hat? Sicherlich ist das Hochschulstudium wünschenswert, aber es gibt auch Leute gerade im Baugeschehen, die sich durch praktische Arbeit eine Erfahrung erworben haben, die manchmal weit mehr ist als das Studium. Deshalb haben wir bei der Besetzung nicht eine sture Linie eingehalten, sondern haben uns die Leute angesehen und haben gesagt: Was kann der Mann?, und nur danach ist bei uns entschieden worden. Ich glaube, die Beschwerden, die wir im allgemeinen vorgetragen bekommen, sind so gering, daß die Richtigkeit unseres Verfahrens dadurch bestätigt worden ist.

Ich wollte Sie zum Schluß bitten, die Frage des Bauens weiterhin als die wirtschaftliche und soziale Angelegenheit zu besehen, wie sie in diesem Hause seit einigen Jahren gesehen wurde. Das Ministerium wird seinerseits versuchen, nur nach dem alten Prinzip weiterzuarbeiten: Wie können wir schnell, billig und wirksam bauen? Die verschiedensten Probleme werden bei uns im Zusammenhang als eine komplexe Angelegenheit gesehen, auch die Frage der Bauverbilligung, wobei ich im Gegensatz zu dem Kollegen Reichling jetzt der Meinung bin, daß im wirtschaftlichen Sektor Verbilligungsmöglichkeiten bei dem Produzenten und bei dem Handel sowie bei der Bauindustrie kaum mehr gegeben sind. Das Submissionsverfahren, das wir überall angewandt haben, hat sich zu einem scharfen Konkurrenzkampf aller Beteiligten ausgewirkt, so daß wir - es ist das Wort Baulenkungsgesetz gefallen - schon längst nicht mehr auf solche Bestimmungen zurückzugreifen brauchen. Die Bauverbilligung ist noch möglich durch eine Förderung der Normungen. Auch hier sind wir als Ministerium unseres Landes im Bunde an erster Stelle. Wir haben die ersten Normungsanordnungen herausgebracht. Die Dinge werden von uns weitergetrieben. Hier liegt, glaube ich, die einzige Verbilligungsmöglichkeit, die z. Z. für das Bauen noch gegeben ist. Ich bitte Sie, das Baulenkungsgesetz nicht ohne weiteres aufzuheben, denn es enthält einen Paragraphen, den wir noch gebrauchen, nämlich die Vorschrift, daß Luxusbauten unterbunden werden können. Von dieser Vorschrift machen unsere Bauämter Gebrauch. Wir sind der Meinung, daß bei dem scharfen Kapitalmangel, den wir haben, es nicht zu rechtfertigen ist, wenn einzelne Geldbesitzer sich Bauten errichten, die in der Öffentlichkeit wegen ihres luxuriösen Umfanges und der luxuriösen Ausstattung Unwillen erregen müssen. (Zuruf Abgeordneter Jahn [CDU]: Was schon zum Teil der Fall ist!) In solchen Fällen sagen wir über die Bauämter, entweder sie führen ihren Bau auf die vertretbare Norm zurück oder wir lehnen ab. Dafür gebrauchen wir noch das Baulenkungsgesetz. Im übrigen wird es nicht mehr angewandt. Dieser Hinweis sollte Wert genug sein, um es vorläufig noch beizubehalten, bis daß die sozialen Gründe nicht mehr so scharf gegeben sind. Wir hoffen in diesem Jahre in dem öffentlichen und privaten Sektor insgesamt 20 000 Wohnungen erstellen zu können. Das sind 10 Prozent des vorhandenen Bedarfes, ich glaube ein Baugeschehen, wo wir vor wenigen Jahren noch nicht von geträumt haben. Wenn das Land das jetzige Baugeschehen entsprechend unseren Wünschen noch unterstützt, indem es für den echten sozialen Wohnungsbau, der losgelöst ist vom Flüchtlings- und Kriegsgeschädigtenproblem, Mittel zur Verfügung stellt, dann werden wir bauwirtschaftlich auch im nächsten Jahre weiterkommen. (Beifall.)

Vizepräsident Ziegler:

Meine Damen und Herren! Wir gehen nun zur Aussprache über die finanziellen Kapitel im Einzelplan IV über.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schweinhardt, FDP.

Abg. Schweinhardt (vom Platze):

Herr Staatssekretär, Sie geben uns bekannt, daß uns vor einigen Monaten Hoffnungen gemacht wurden, daß die durch die Kleinstdarlehen in Not geratenen armen Leute, die sich durch Ausbau einer zusätzlichen Wohnung noch helfen können, sich melden könnten. Wir haben eine große Zahl von Anmeldungen bekommen in den Gemeinden, haben den Leuten Hoffnungen gemacht, weil uns gesagt wurde, die Gelder ständen zur Verfügung, und nun sind sie enttäuscht, daß in den Kreis Kreuznach nur 24 000 DM gekommen sind, und die Leute können ihr Vorhaben nicht ausführen. Ist es möglich, daß ihnen von den Kleinstdarlehen noch etwas gegeben wird?

Vizepräsident Ziegler:

Herr Staatssekretär Schmidt hat das Wort.

Staatssekretär Schmidt (vom Platze):

Es ist wahrscheinlich die Vorschrift übersehen worden, daß diese sog. Ausbaudarlehen zweckgebunden sind, d. h. die damit gewonnenen Wohnungen müssen ebenfalls Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden, so daß wir davon die absetzen mußten, wo die Flüchtlingswohnungen nicht sichergestellt waren. Im übrigen ist das Verfahren von uns sehr erleichtert worden. Die Landräte legen uns Sammelanträge vor für all diese Ausbaubjekte, die nicht mehr als 2500 DM beanspruchen. Das Verfahren ist also ganz einfach von uns gemacht worden. Aber wahrscheinlich wird es bei Ihnen gescheitert sein an der Tatsache, daß nicht restlos überall Flüchtlingswohnungen vorgesehen waren.

Vizepräsident Ziegler:

Ich glaube, daß durch die Antwort des Herrn Staatssekretärs die Frage restlos geklärt ist.

Herr Abgeordneter Dr. Boden von der Fraktion der CDU hat das Wort.

Abg. Dr. Boden:

Meine Damen und Herren! Nachdem der Herr Kollege Heep als Berichterstatter des Haushalt- und Finanzausschusses den Haushaltsplan des Ministeriums für Finanzen und Wiederaufbau eingehend erläutert und über die im letzten Jahre hervorgekehrten und für das neue Jahr zu erwartenden prägnanten Dinge hinaus sich auch mit vielen Einzelheiten beschäftigt hat, darf ich wohl, in etwa auch gedrungen durch die Zeitnot, im Telegrammstil zu seinen Ausführungen das kurz vortragen, was ich namens meiner Fraktion vorzutragen habe, um mich dann wenigstens in einigen Minuten auch mit der Hauptaufgabe beschäftigen zu können, nämlich ein kurzes Wort zu dem Gesamtab-schluß des Haushaltsplanes zu sagen.

Herr Abgeordneter Heep hat zunächst auf die Trennungsentschädigung Bezug genommen, und ich darf namens meiner Fraktion das, was er ausgeführt hat, nur unterstreichen. Auch wir halten die Gesamtausgabe hierfür von etwa drei Millionen für außerordentlich hoch. Auch wir, das möchte ich ganz besonders unterstreichen, sind der Auffassung, daß hier in einem besonderen Maßstab auch produktive Arbeit geleistet werden könnte, wenn man über die 549 000 DM hinaus,

die erfreulicherweise im letzten Haushaltsjahr schon dafür veranlagt worden sind, einen wesentlich höheren Teil der nun einmal notwendigen Trennungsschädigungen dafür verwenden sollte, daß für die Beamten, und zwar nicht nur an den Regierungshauptstädten, sondern auch im ganzen Lande verstreut, da, wo sich die Notwendigkeit ergibt, Wohnungsfürsorge betrieben wird. (Zurufe: Sehr richtig!) Der Kollege Heep ist auch weiter eingegangen auf die Übersiedlung der Regierung nach Mainz. Auch ich darf namens meiner Fraktion unserer Freude Ausdruck verleihen, daß die hierfür in Ansatz gebrachten 900 000 DM noch mit 100 000 DM unter dem Betrag liegen, der damals genannt worden ist, und ich darf ebenfalls unterstreichen, daß der Herr Finanzminister im Haushalts- und Finanzausschuß schon betont hat, daß er sogar hoffe, mit etwa 800 000 DM auszukommen, und zwar á Konto der Tatsache, daß die Speditionsausgaben, wobei man hier von ganz fabelhaften Summen gesprochen hatte, sich wesentlich billiger bei der Einholung der entsprechenden Voranschläge herausgestellt hätten.

Ein kurzes Wort auch zu den Zuschüssen und Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände. Wenn der Herr Kollege Heep den Eindruck des Haushalts- und Finanzausschusses wiedergegeben hat mit den Worten, daß wir alle erschüttert gewesen seien, so kann ich diese Erschütterung auch auf meine Parteifreunde beziehen. Auch wir waren außerordentlich erschüttert - ich bitte zu bedenken, daß ein Großteil nicht nur Kommunalbeamte, sondern auch Kommunalvertreter in den niedrigen Instanzen, also in den Gemeinden, Kreisen und Städten ist -, als wir die Herabsetzung des Gesamtfonds von 42 auf 63 Millionen entgegennehmen mußten. Wir haben aber die Hoffnung, daß sich hier vielleicht im Laufe des Jahres, sei es mittelbar oder unmittelbar, größere Unterstützungen doch noch ermöglichen werden, wünschen aber vor allem, daß die in dem Haushalts- und Finanzausschuß gemachte Zusage, daß diese Summen auch effektiv Monat für Monat zur Ausschüttung kommen, eingehalten wird.

Ein kurzes Wort zum Oberfinanzpräsidium. Meine Fraktion ist außerordentlich erfreut, daß sich auf diesem Gebiete durch den Zusammenschluß der Landesfinanzämter von Koblenz und Neustadt, man kann wohl sagen, in so beruhigender Form ein Stück Verwaltungsreform in aller Ruhe vollzogen hat. Und wir hoffen, daß die Erleichterungen, die in finanzieller Beziehung dadurch in dem diesjährigen Haushaltsplan zutage treten, sich in der Zukunft noch besser auswirken werden.

Und nun, meine Damen und Herren, zu dem Gesamtüberschlag. Sie finden ihn in der Übersicht, der über die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushalts des Rechnungsjahres 1950 als Anlage zur Drucksache II/1496 gegeben ist. Nach der Beratung der Gesamthaushaltspläne durch den Ministerrat hatte sich ein Defizit von etwas über 159 Millionen für das Rechnungsjahr 1950 ergeben. Nach der Überprüfung und der Vornahme zahlreicher Abänderungen durch den Haushalts- und Finanzausschuß stellt sich nunmehr das Defizit auf 88 221 600 DM. Davon entfallen etwa $\frac{3}{4}$ auf die ordentlichen Ausgaben und die allgemeinen Ausgaben und $\frac{1}{4}$ auf die einmaligen Ausgaben. Meine Fraktion hat im Zusammengehen mit der SPD Ihnen in der Drucksache II/1518 einen Vorschlag unterbreitet, der eine Ermächtigung oder sogar einen Auftrag an den Herrn Finanzminister darstellt und den Wortlaut trägt:

„Der Landtag wolle beschließen:

„Der Finanzminister wird beauftragt, die in der Anlage aufgeführten im ordentlichen Haushalt für 1950 ausgetragten Investitionsausgaben aus dem ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt zu überführen und aus Anleihemitteln zu decken, sobald sich eine mit allen Mitteln zu erstrebende Möglichkeit der Aufnahme einer lang- oder mittelfristigen Anleihe ergibt.“

In der Anlage finden Sie dann eine Zusammenstellung der verschiedenen, lediglich dem Wiederaufbau zugeordneten Ausgaben aus, ich möchte fast sagen, allen Haushaltsplänen zusammengestellt. In diesem Gesamtbetrag von 18 116 000 sind allerdings 5 500 000 D-Mark enthalten, die durch den Sonderantrag meiner Fraktion zu dem außerordentlichen Haushalt in der Vorlage II/1503 mit 25 Millionen eingesetzt sind, so daß sich der Betrag auf etwa 12,5 Millionen DM ermäßigen würde.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen versichern, ich würde unter beide Vorlagen meine Unterschrift nicht gesetzt haben, wenn ich nicht im Innern davon überzeugt wäre, daß eine gewisse Hoffnung berechtigt ist, daß wir im Laufe dieses Rechnungsjahres doch in etwa noch für kommunale und staatliche Zwecke wieder zum mindesten mittelfristige Anleihen in dieser oder jener Form bekommen. Ich möchte allerdings in unmittelbarem Zusammenhang damit auf eine Vorlage der Sozialdemokratischen Fraktion zurückkommen, die zu dem eben erwähnten Antrag auf die 25 Millionen, die ich vorgestern begründen konnte, in der Drucksache II/1505 gegeben ist, wo gebeten wurde, vor allem in der Roten Zone soll angefügt werden: der schwergeschädigten Städte. Ich möchte den Herrn Antragsteller, den Kollegen Schäfer, bitten, diesen Antrag nicht aufrechtzuerhalten, und zwar aus folgenden Gründen: Ich habe mit meiner Fraktion zusammen, bewußt und gewollt, in unserem Antrag nur von der Roten Zone und zu Erweiterungsbauten für die Aufnahme der zu erwartenden 9000 Flüchtlingsschulkinder gesprochen, weil ich hoffte, durch diese Spezialisierung Mittel flüssig machen zu können, die wegen dieser Zweckbestimmung einmal Fürsorge fürs Grenzgebiet und das andere Mal Fürsorge fürs Flüchtlingwesen der von mir erhofften Verbesserung des Kapitalmarktes eher zugeführt werden können als für die Verbesserung des Kapitalmarktes im allgemeinen.

Nun, meine Damen und Herren, diese Herabsetzung des Defizits von 159 Millionen auf etwa 88 Millionen würde sich verbessern, wenn es gelänge, diese Übertragung der 18 bzw. nach Abstrich der Schulbauausgaben um etwa 12,5 Millionen. Ich möchte aber ausdrücklich, damit kein Zweifel darüber besteht, zu diesem Antrag II/1518 sagen, daß die Ansätze im ordentlichen Haushaltsplan in der Höhe von 18 Millionen im Ansatz bleiben und auch entsprechend monatlich verwandt werden sollen. Erst wenn die Anleihe sich als möglich erweist und aufgenommen wird, soll der Herr Finanzminister beauftragt sein, diese Transferierung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Die Herabsetzung auf etwa 75 Millionen würde sich auch noch etwas günstiger stellen, wenn - wie schon mehrfach, vor allem vorgestern - die hier als notwendig bezeichnete gerechtere Beteiligung des Landes an der Interessensquote des Bundes durchgeführt würde. Auf Vorschlag des Herrn Finanzministers haben wir hier einen vorläufigen Ansatz von 10 Prozent der vom Bund zu leistenden Ausgaben vorgenommen. Ich bin aber der

Überzeugung, daß diese 10 Prozent noch zu hoch gegriffen sind; denn wenn unsere rechtliche Forderung, von der ich vorgestern gesprochen habe, durchgeführt wird, dann können wir auf Grund unserer Steuerkraft - also mit dem Prozentsatz unserer Steuerkraft - herangezogen werden. Und dieser Prozentsatz liegt unter 10 Prozent, so daß auch hier noch einmal ein Millionenbetrag erspart werden könnte.

Meine Damen und Herren! Ich habe vorgestern bei der Beratung des Haushaltsplanes des Herrn Ministerpräsidenten, ausgehend von dem Abschluß für 1945 - ebenso wie es in der Generaldebatte schon geschehen war und es vorhin auch der Herr Berichterstatter des Ausschusses getan hat -, dem Herrn Finanzminister und seinen Mitarbeitern die Anerkennung meiner Fraktion ausgesprochen. Ich habe allen Anlaß, das heute dem Herrn Finanzminister persönlich gegenüber nochmals zu tun.

Ich habe heute in den frühen Morgenstunden die Tageszeitung zur Hand genommen und konnte dabei mit Befriedigung feststellen, daß das, was wir vorgestern hier ausgeführt haben, gestern im Plenum des Bundestages von dem Herrn Finanzminister in aller Öffentlichkeit vorgetragen wurde. Ich darf hoffen, daß es Erfolg haben wird. Jedenfalls glaube ich hier sagen zu dürfen - ich habe bis zur Stunde noch keine Gelegenheit gehabt, mit meiner Fraktion darüber zu sprechen -, daß ich mich der einmütigen Zustimmung meiner Fraktion sicher weiß, Herr Finanzminister, wir stehen in diesem Punkt hinter Ihnen.

Es ist eine Forderung des Rechts hinsichtlich der Interessenquote, hinsichtlich des Bundesfinanzausgleichs zum mindesten eine berechtigte Bitte an den Bund, daß hier die Ansätze eingehalten werden, die ich eben skizziert habe. Dieser Rechtsanspruch kann auch nicht - ich habe alle Achtung vor den Finanzausgleichskennntnissen des Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Popitz - irrelevant gemacht werden durch die Gründe, die Herr Dr. Popitz gestern in Bonn vorgetragen hat. Ich glaube - und deshalb habe ich eben gesagt, ich glaube mich der Zustimmung meiner Fraktion sicher -, wenn es nicht gelingt im Bund, zusammen mit dem Bundesrat diese berechtigten Ansprüche durchzusetzen, dann werden wir nicht davor zurückschrecken, Sie darin zu unterstützen, Herr Ministerpräsident, daß die Landesregierung die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtshofes anruft. (Bravorufe und Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ziegler:

Das Wort hat der Abgeordnete Roth von der Fraktion der SPD.

Abg. Roth:

Meine Damen und Herren! Der Einzelplan IV „Finanzministerium“ unterscheidet sich von den Etats der übrigen Ministerien dadurch, daß jene zunächst einmal die Bedürfnisse der sachlichen Betreuung unserer Bürger enthalten und nunmehr der Plan des Finanzministers die Mittel für diese Betreuung an die einzelnen Ministerien ausweist, d. h. also, daß das Finanzministerium die Aufgabe hat, alle jene Wünsche, die in diesen Tagen vorgetragen wurden und die in dem Haushaltsplan gewissermaßen realisiert sind, zu erfüllen, und daß es dafür zu sorgen hat, daß auch die Mittel bereitgestellt werden, um weiterhin, so wie es bisher geschehen ist, wenn vielleicht auch mit Härte, so aber doch dieses schwer beladene Schiff durch die Wellen und Fluten all dieser Forderungen und Wünsche hindurchzusteuern. Das ist die Aufgabe des Finanzministers.

Ich darf mir deshalb vorweg gestatten, mich auch der bereits soeben wieder ausgesprochenen Anerkennung wie der vorgestern vorgetragenen Dankesworte an den Herrn Finanzminister und seine Mitarbeiter besonders anzuschließen, und zwar in der Hoffnung, daß es ihm gelingen möge, vielleicht im kommenden Jahr mit etwas weniger Härte als in der Vergangenheit den Wünschen, die nun einmal aus den Forderungen, Ansprüchen und Bedürfnissen des Bürgers entstehen, gerecht zu werden.

Was hinsichtlich gewisser Wünsche im einzelnen zu sagen wäre, ist ja bei den einzelnen Plänen zum Ausdruck gekommen. Das Finanzministerium und die Landesregierung haben heute nicht mehr die Aufgabe, auch die Steuergesetzgebung vorzubereiten und dem Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen. Wir sind hier einer Aufgabe entbunden, und es wäre meines Erachtens müßig, sich hier auf dieser Ebene über die Steuergesetzgebung schlechthin zu unterhalten. Es wird dies wohl in Bonn so ausgiebig wie möglich geschehen. Wir werden daraus das, was für uns von Nutz und Frommen ist, auch erfahren und entgegennehmen müssen.

Ich darf mich aber trotzdem einzelnen Kapiteln dieses Haushaltsplanes IV zuwenden und möchte vor allen Dingen einmal eingehen auf die Beträge, die als Investitionsbeträge für den Wiederaufbau der staatlichen Gebäude in Kapitel 3 vorgesehen sind. Im Haushalts- und Finanzausschuß hatte man Bedenken geäußert, für den Wiederaufbau zerstörter staatlicher Gebäude Mittel einzusetzen, mit der Begründung, es könne vielleicht von der Bevölkerung nicht richtig verstanden werden, daß in Anbetracht der bestehenden großen Wohnungsnot und der Erfordernisse, Wohnungen zu errichten, nebenbei auch noch staatliche Gebäude für Büro- und sonstige Zwecke errichtet werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits dort zum Ausdruck gebracht, daß es anders aussieht draußen in der Bevölkerung, insbesondere in den zerstörten Städten. Wenn ich von meiner Heimatstadt auch hier wieder aus Erfahrung reden darf, so darf ich Ihnen sagen, es sieht nicht sehr schön aus, und es ist nicht sehr angenehm, wenn man fortgesetzt die einzelnen Privatbesitzer der Trümmergrundstücke animiert, nun aufzubauen, und auf der anderen Seite man in einer Straße vielleicht 4, 5 oder 6 staatliche Gebäude in Schutt und Asche liegen sieht, wo nicht einmal aufgeräumt, geschweige dann an den Wiederaufbau gedacht wird.

Es sind Gebäude, die in der Hauptsache dem Innenministerium - Polizeiverwaltung, Landratsamt usw. - gehören und die dringend benötigt werden. Diese Behörden sind aber in Gebäuden untergebracht, die Privatbesitzern gehören, die der Stadt gehören, die aber selbst unter Raumnot leiden. Diese Raumnot wird noch dadurch vermehrt, daß auch die staatlichen Behörden sich noch hierin teilen. Deshalb finde ich es für angebracht, daß man die Polizeigebäude und die Landratsämter - bei den Finanzämtern ist es Gott sei Dank zum großen Teil geschehen - und darüber hinaus vor allen Dingen die Gebäude der Justizverwaltung, insbesondere deren Wohngebäude, alsbald wieder erstehen läßt. Deshalb sind wir, und haben auch den Antrag unterzeichnet, damit einverstanden, daß diese Position in Kapitel 3 des ordentlichen Haushalts erhalten bleibt und darüber hinaus in den außerordentlichen Haushalt übernommen wird für den Fall, daß die Mittel aus Darlehen und kurzfristigen oder mittelfristigen Krediten eingebracht werden können.

Kapitel 5 sieht die Finanzzuweisung und Zuschüsse an Gebietskörperschaften vor. Es ist bereits vom Herrn Kollegen Dr. Boden darauf hingewiesen worden, daß auch nach der Ansicht seiner Fraktion diese Mittel wohl kaum ausreichen, um die Bedürfnisse der Gemeinden zu befriedigen. Aber nicht nur allein das ist es, sondern vielmehr sind es tatsächlich berechnete Ansprüche der Gemeinden, Angehörige dieser Gebietskörperschaft, die danach drängen, nun doch vielleicht Zug um Zug zu einem immerhin noch erträglichen Finanzausgleich zu kommen.

Wir hatten ja bereits einmal im Laufe des vergangenen Jahres ein Finanzausgleichsgesetz geschaffen. Es kann nicht verwirklicht werden. Es hat auch gar keinen Wert, es zu verwirklichen, wenn dadurch nicht mehr entsteht, als vielleicht nur so und so vielen kleine Schlüsselzuweisungen zu geben, die damit nichts erreichen und schließlich und letzten Endes dort, wo die Not am größten ist, nicht geholfen werden kann. Deshalb darf ich für mich und vielleicht auch für meine Fraktion aussprechen, daß, solange nicht in ausreichendem Umfange die Mittel zur Verfügung stehen - vor allen Dingen, wenn man schon den Begriff „Finanz- und Lastenausgleich“ ausspricht - und der Ausgleich nicht so durchgeführt wird, wie wünschenswert mindestens der zwingendsten Not Rechnung getragen wird. Ich glaube, nachdem auch der Haushalts- und Finanzausschuß dafür Verständnis hatte, dürfte im laufenden Jahr im Hinblick auf diese Tatsache so gehandelt werden.

Wir haben weiterhin fünf Millionen in Kapitel 6 in Ansatz gebracht, und zwar als Verstärkungsmittel für den Wiedergutmachungsfonds. Bereits in der vorausgegangenen Aussprache wurde schon darauf hingewiesen, daß es doch bald an der Zeit wäre, daß nun diese durch Gesetz einmal festgelegte Wiedergutmachung endlich durchgeführt wird. Es fehlt nur noch an Ausführungsvorschriften. Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen, daß von der Landesregierung alles daran gesetzt wird, daß diese Ausführungsvorschriften baldigst herausgegeben werden.

Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Dr. Boden hat auch ein anderes Kapitel angeschnitten, nämlich die Kriegsfolgelasten, und zwar im Hinblick auf die Interessenquotenbeteiligung des Landes. Er hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der von uns angesetzte Beitrag von 10 v. H. eigentlich im Verhältnis zur Steuerkraft des Landes gegenüber anderen Ländern und im Hinblick auf die besonderen Umstände noch zu hoch erscheint. Auch ich unterstütze diese Auffassung, und zwar insbesondere deshalb, weil ich bei dieser Gelegenheit doch noch einmal und vielleicht zum wiederholten Male einen Begriff herausstellen möchte. Wir als Land Rheinland-Pfalz haben bekanntlich die im Verhältnis zu unserem Lande größte Grenze. In Bonn weiß man zwar, was es heißt, an einer Grenze zu wohnen, aber man weiß nicht zu unterscheiden und hält an dem einfachen Begriff insofern fest, in dem man sagt, es gibt in Passau eine Grenze, es gibt in Schleswig-Holstein eine, in Nordrhein-Westfalen und schließlich auch in Rheinland-Pfalz. Aber so ist es ja nicht. Es gibt in Rheinland-Pfalz noch einen anderen Begriff, und der heißt einfach Rote Zone. Dieser Begriff schließt in sich ein: Vom Jahre 1937 an die Aufrüstung, die Errichtung von Bunkern, Zerstörung der Felder der Bauern, nachfolgender Vormarsch, Evakuierung der Einwohner unter Zurücklassung von Hab und Gut, darüber hinaus wieder Helmkehr, Zerstörungen bereits vorfindend, die Wohnungen beschädigt, dann Bombarde-

ments auf die Städte, monatelanger Beschuß, Zurückfluten der Truppe und schließlich Einmarsch der Alliierten, und dann wieder - ich habe bereits gestern darauf hingewiesen - Beseitigung jener Aufrüstung, Sprengung der Bunker, dann wiederum Sprengung, um das Eisen zu gewinnen und abermals Zerstörung der Felder und Beschädigung von Hab und Gut. Es ist also hier ein wesentlicher Unterschied in den Begriffen. Ich glaube, hier nochmals darauf aufmerksam machen zu müssen sowie den Herrn Finanzminister und die Landesregierung zu bitten, diese Begriffe mit Nachdruck auch bei der Bundesregierung zu vertreten.

Das wären die wichtigsten Wünsche, die ich hier vorzutragen hätte. Meine Fraktion hat in diesem Zusammenhang mit dem Einzelplan IV auch noch einen Entschließungsantrag einzureichen. Er gehört nicht unbedingt zum Einzelplan IV, er kann aber vorgebracht werden im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt. Es handelt sich hierbei vor allen Dingen um die Transferierung der Baudarlehen, die Grenzgängern von saarländischen Unternehmungen gewährt werden.

Meine Damen und Herren! Alle Personen, die jetzt an der Grenze wohnen, wissen, wie schwer es ist, solche Transferierungen durchzuführen. Aber trotzdem bitten wir das Finanzministerium, sich diesen Entschließungsantrag zu eigen zu machen und zu versuchen, inwieweit es möglich ist, daß diese Unternehmerbaudarlehen auch transferiert werden können.

Im gleichen Zusammenhang möchte ich aber nochmals auf die Not der Grenzgänger im allgemeinen hinweisen. Wir haben ja vor kurzer Zeit einmal ein Exposé erhalten, das sich gegen die Forderung wandte, den einzelnen Grenzgängern eine besondere Hilfe zu gewähren in bezug auf eine bessere Notierung des Franken gegenüber der Mark. In diesem Exposé wurde behauptet, daß die Grenzgänger ja eigentlich keine Schäden und Nachteile hätten. Es wurde festgestellt, daß es sich nur um Bruchteile ihres Stundenlohnes handeln würde, die ihnen gegebenenfalls verloren gingen, nachdem ja im allgemeinen im Transfer die verdienten Gelder so an sie fließen würden, wie sie auch dort im Saargebiet nicht anders verdient werden, und sie dadurch eigentlich nur unwesentlich benachteiligt wären. Es darf trotzdem dazu gesagt werden: Die Leute, die von uns aus tagtäglich morgens um fünf oder schon um vier Uhr über die Grenze reisen, um im Saargebiet ihr Brot zu verdienen, und abends spät erst nach acht Uhr nach Hause kommen, haben einen wesentlich höheren Aufwand als derjenige, der unmittelbar bei seiner Arbeitsstätte wohnt. Sie haben einen längeren Tag, der diesen Aufwand bedingt, und es wäre deshalb angebracht, doch einmal zu erwägen, ob nicht wie in der früheren Vergangenheit auch diesen Menschen an der Grenze durch eine Sonderbeihilfe geholfen werden könnte. Ich weise deshalb darauf hin, weil die Klagen nicht verstummen, immer wieder laut werden und es schließlich Pflicht des Landtages ist, diese Klagen anzuhören, aber auch, ihnen abzuhelfen, denn es handelt sich ja letzten Endes auch um Bürger unseres Landes. Meine Damen und Herren! Damit darf ich meine Ausführungen schließen. Wir stimmen dem Einzelplan IV sowohl wie dem Gesamthaushalt zu in der Hoffnung und in der Erwartung, daß uns zum nächsten Jahre ein viel günstigerer und für uns noch annehmbarer Haushaltsplan vorgelegt werden wird.

Vizepräsident Ziegler:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Nowack von der Fraktion der FDP.

Abg. Dr. Nowack:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch im vorigen Jahr war die Beratung des Etats des Finanzministeriums der Mittelpunkt unserer ganzen Etatberatungen. Das Haus war gefüllt, sowohl die Bänke der Abgeordneten wie die Plätze der Regierung. Das Bild, das wir heute bei diesen Etatberatungen haben, spiegelt wohl den Wandel, der im Laufe des vergangenen Jahres durch die Bildung der Bundesregierung stattgefunden hat. Die Aufgaben und die Möglichkeiten des Finanzministers in der Gestaltung einer Finanzpolitik und einer Steuerpolitik sind durch die Bundesgesetzgebung bis auf einen verhältnismäßig kleinen Spielraum beseitigt worden. Es ist daher nicht mehr möglich, Sondersteuern zu machen und zu erfinden, wie sie im Laufe der letzten Jahre die Gemüter erregt haben: vom Zeitungsgroschen über die Weinabgabe und die Wohnungsbauabgabe und alle diese Dinge, oder Gesetze, die wir aus der Bizone übernommen haben, hier oder da mit einem kleinen Häkchen zu versehen und damit den rheinisch-pfälzischen Steuerzahler ein bißchen mehr zu zwicken, als das in anderen Ländern üblich war. Alle diese Möglichkeiten sind Gott sei Dank verschwunden, und damit hat auch die ganze Aussprache... (Zuruf Abg. Feller: Fettsteuer!) Die Fettsteuer wird ja beim Bund gemacht, Herr Feller. (Zuruf Abg. Feller) Nein, Herr Feller, es gibt Zwischenrufe, die beweisen, daß der Herr Zwischenrufer nicht mitgekommen ist. (Zuruf Abg. Feller: So hochgeistig haben Sie nicht gesprochen, Sie überschätzen sich selbst!) Ich habe nicht behauptet, daß ich hochgeistig gesprochen habe, sondern ich habe nur festgestellt, daß Sie nicht mitgekommen sind. Diese Dinge sind verschwunden, das Bild hat sich geändert. Geblichen ist die innenpolitische Bedeutung des Finanzministers, der nach wie vor eine zentrale Stelle hat, und der mit dem Hinweis auf die Leere, die mehr oder minder große Leere seiner Kasse, noch einen erheblichen Einfluß auf die gesamte Entwicklung der Wirtschaft und der Politik des Landes nehmen kann. Wir haben hier schon bei der Generaldebatte davon gesprochen, daß wir bitten - es war ein Wunsch, der von Seiten der CDU ausgesprochen wurde und dem wir uns angeschlossen haben, ich glaube, der Herr Kollege Zimmer war es, der den Wunsch ausgesprochen hat -, daß wir bitten, daß die Ansätze des Etats allgemein nur relativ gekürzt werden in dem Rahmen, wie die Mittel im ganzen fehlen. Der Betrag der Mittel, der fehlt und der z. Z. im Etat nicht gedeckt ist, beträgt immerhin ein knappes Fünftel oder sagen wir ein gutes Sechstel; ein Betrag von annähernd 90 Millionen, für den keine Deckung vorhanden ist. Wenn man sich die Relation ausrechnet, wird einem erst klar, was diese 90 Millionen bei der Durchführung des Etats bedeuten. Aus Steuermitteln kann dieses Defizit nicht gedeckt werden. Aus Bundesmitteln wird es auch dann nicht gedeckt sein, wenn wir uns in dem Sinne einsetzen, wie es hier der Kollege Dr. Boden eben bezüglich der Interessenquote und der Anteile aus dem Bundesfinanzausgleich vorgeschlagen hat - Ausführungen, denen ich mich im Namen meiner Fraktion voll anschließen kann. Es bleibt also tatsächlich nur der eine Weg übrig, dieses Defizit auf dem Wege über eine Anleihe zu decken. Das ist ein sehr schwieriges Unternehmen. Der Kapitalmarkt ist zur Zeit nur sehr begrenzt bereit, der öffentlichen Hand Mittel zur Verfügung zu stellen. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß die öffentliche Hand im Laufe der letzten 1½ oder 2 Jahrzehnte immer wieder den ihren Anleihegläubigern gegenüber übernommenen Verpflichtungen nicht oder nur unvollständig nachgekommen ist. Das Vertrauen des Anleihezeichners

kann nur gewonnen werden, wenn dieser den Eindruck hat, daß die Verwaltung, die um eine Anleihe nachsucht, alles getan hat, um ihre Verwaltung so rationell und sparsam zu führen wie nur irgend möglich, und daß selbst dann der Ausgleich nicht möglich ist. (Zuruf Abg. Kuhn: Daran liegt es doch nicht, Herr Dr. Nowack!) Herr Kollege Kuhn, der Steuerzahler oder der Mann, dem Sie eine Anleihe anbieten wollen, der will wissen, ist der Betrieb im Grund in Ordnung, und das bedeutet, ist dieser Betrieb sparsam geführt, wird er rationell geführt, ist er in seiner inneren Konstruktion intakt... (Zuruf Abg. Kuhn: ... Interessengruppen!) Die kommen noch dazu. Aber wenn Sie an ihn herangehen wollen und wollen ihn bitten, Geld zu geben für eine Staatsanleihe, dann müssen Sie ihm erst einmal diesen Nachweis der Sauberkeit und der Ordnung liefern. (Zuruf Abg. Kuhn: Wir haben keinen faulen Staat!) Und daher hat auch der Herr Finanzminister ein außerordentliches Interesse daran (Zuruf Abg. Kuhn: Das würde die Staatsfinanzen untergraben!), daß die Frage, die wir in den letzten Tagen insbesondere auch bei der Besprechung des Etats des Innenministeriums besprochen haben, verwirklicht werden, daß die Verwaltungsreform sichtbare Erfolge zeitigt, daß Ersparnisse gemacht werden, wo immer sie nur möglich sind und daß der gesamte Verwaltungskörper sauber ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu einigen Einzelpunkten diesen grundsätzlichen Ausführungen anhängen. Es ist über die Trennungsschädigungen in diesem Jahr genau so gesprochen worden wie in allen anderen Jahren. Sie sind einfach nicht zu beseitigen, sie sind kaum zu vermindern. Wenn jetzt der Umzug nach Mainz kommt, ist diese Frage wieder akut. Ich habe gehört, daß ein Teil der Beamten nur sehr ungern nach Mainz geht, daß es aber in Verwaltungen, die hier bleiben, auch noch Beamte gibt, die ihrerseits gerne mit nach Mainz gehen würden. Vielleicht, Herr Minister, kann man doch noch eine Rundfrage machen bei den Beamten, wer sich zum Auswechseln mit Beamten, die nun hier ansässig sind, gegen solche, die vielleicht aus Mainz herübergekommen sind, um hier eine Beschäftigung zu finden und gerne tauschen möchten, zur Verfügung stellen will; der Kreis ist vielleicht nicht sehr groß, aber eine solche Umfrage kann sich vielleicht lohnen. Es zeigt vor allen Dingen ja auch den Beamten und Angestellten selbst, daß die Regierung sich bemüht, ihnen jegliche Möglichkeit zu bieten. Eine andere Frage, die auch mit dem Umzug nach Mainz zusammenhängt, ist die der Verlegung des Statistischen Landesamtes von Bad Ems nach Ludwigshafen. Wenn das der Fall ist, dann bitte ich doch, möglichst bald zu prüfen, ob es noch notwendig ist, daß jetzt das staatliche Kurhaus in Bad Ems für die Zwecke des Statistischen Landesamtes umgebaut wird oder ob man nicht diesen Bau in irgendeiner Form einstellt und gleich den Bau in Ludwigshafen errichten soll. Ich komme damit auch gleichzeitig auf die Frage des Staatsbades Ems. Es ist hier schon von dem Herrn Berichtstatter auf die schwierige Lage des Bades hingewiesen worden. Das Bad ist schwer betroffen gewesen, und es befindet sich heute in einer sehr ungünstigen Lage gegenüber den übrigen Bädern in bezug auf Konkurrenz. Denn während Bad Ems von der Besatzung belegt war und sehr schwer unter dieser Besatzung zu tragen hatte und nach Abzug der Besatzungsmächte vor leeren Häusern und heruntergewirtschafteten Häusern stand und außerdem noch das Unglück hatte, daß das Kurhaus durch ein Schadenfeuer zu einem erheblichen Teil beschädigt wurde, so daß Mittel, die sonst zur Reno-

vierung hätten zur Verfügung gestellt werden können, nun erst einmal zur Wiederherstellung des Hauses zur Verfügung gestellt werden mußten, ist dieses Bad nun etwas ins Hintertreffen geraten, insbesondere auch dadurch, als nun andere Bäder, die nicht Staatsbäder sind, die günstige Gelegenheit für sich am Schopf ergriffen und mit staatlicher Konzession Spielbanken eröffnet und damit erhebliche Ströme von Kundschaft in ihre Bäder gezogen haben. Es ist vielleicht zu prüfen, ob man nicht eine der beiden Spielbanken, die heute in den Privatbädern sind, an das Staatsbad Ems... (Zuruf Finanzminister Dr. Hoffmann: Bad Dürkheim ist Staatsbad, wenn auch in privater A.-G.!) Dann ist eventuell zusätzlich zu erwägen, ob man nicht Bad Ems in irgendeiner Form auch diese Chance gibt, sie könnte wesentlich dazu beitragen, insbesondere wenn man daran denkt, daß hier in Koblenz sich in absehbarer Zeit ein Mittelpunkt des internationalen Lebens entwickeln wird, dann könnte man sich vorstellen, daß das für Bad Ems von erheblichem Vorteil sein könnte.

Herr Minister, was ich jetzt sage, hätte ich eigentlich gestern dem Wirtschaftsminister sagen müssen. Aber letzten Endes ist es besser, man sagt es direkt dem Finanzminister, denn er ist derjenige, der die Dinge entscheidet. Ich möchte ein Wort sagen zur Einstellung von Remontagekrediten in den Etat, und nicht nur zur Einstellung, sondern zur Erfüllung. Unsere Wirtschaft ist durch Demontage und durch Maschinenentnahme und ähnliche Dinge schwer betroffen worden. Wenn wir Mittel hergeben können, um die Remontage von Betrieben zu fördern, dann treiben wir damit eigentlich eine produktive Erwerbslosenfürsorge, treiben wir damit eine Politik, die Arbeitsplätze wiederherstellt, die durch die Demontage und alles das, was zu ihr zu rechnen ist, nun einmal genommen worden sind. Das macht sich auf die Dauer im Finanzetat wieder bezahlt.

Zur Frage des Finanzausgleiches nur den einen Satz, daß wir bitten, das Abkommen, das geschlossen worden ist, zu erfüllen. Genau so, wie das Land erwartet, daß der Bund seinen Finanzausgleich erfüllt, können die Gemeinden erwarten, daß der nun einmal abgeschlossene Vertrag auch vom Land ihnen gegenüber erfüllt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Etat ist diesmal erheblich geringer. Der außerordentliche Etat beschränkt sich auf eine Reihe von Kreditbittungen zu wirtschaftlichen Zwecken. Aber es wäre eine Illusion und ein Fehlschluß, wenn wir glaubten, daß nun in der Tat der Steuerzahler um die Differenz des vorjährigen und diesjährigen Etats entlastet wird. Es haben sich nur die Ebenen verschoben, dadurch, daß der Bund einen großen Teil der Ausgaben übernommen hat, die vorher noch das Land zu tragen hatte. Auf der anderen Seite sind aber durch die Bundesgesetzgebung gerade bei den Steuern, die dem Land noch zustehen, bei den Einkommensteuern, Senkungen vorgenommen worden. Ich halte es hier für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß bei der Vornahme dieser Steuersenkung die Vertreter aller Parteien im Bundestag und auch Bundesfinanzminister Schäffer die Wirtschaft darauf hingewiesen haben, daß mit dieser Steuersenkung nicht nur ein Entgegenkommen des Staates und ein Versuch der Rehabilitierung der Steuergesetzgebung unternommen wird, sondern daß damit auch eine Rehabilitierung des Steuerzahlers in bezug auf Steuermoral und Abführung der Steuern erfolgen müsse. Ich glaube, wir dürfen einen solchen Appell auch heute nicht unterlassen, um nicht Irrtümer entstehen zu lassen. Denn wir wissen, welche

ungeheuren sozialen Verpflichtungen wir auf uns liegen haben, soziale Verpflichtungen, die nicht wir herbeigeführt haben, sondern die wir ganz anderen Leuten und Instanzen zu verdanken haben. Wir müssen diese sozialen Verpflichtungen, die uns gestern der Kollege Scheerer in Zahlen genannt hat - Zahlen, die eigentlich Zahlen des Schreckens sind und zum Erschrecken, und die uns zeigen, was sich in den letzten 15 Jahren in Deutschland entwickelt hat. Wir müssen diese Lasten tragen. Es sind die Lasten gegenüber den Opfern des Krieges, seien es die Kriegsgechädigten, seien es die Vertriebenen, seien es die von ihm zerschlagenen und verstümmelten Menschen, seien es die Witwen und Waisen, die zurückgeblieben sind - allen diesen Menschen müssen wir unsere Hilfe geben. Das sind fixe Kosten, die wir nicht senken und nicht ändern können. Und das müssen wir den Menschen sagen, die heute nur über die Steuern schimpfen und die die Schuld vielleicht nur in einer schlechten Verwaltung suchen wollen. Wir haben keine Möglichkeit, unsere Ausgaben in erheblichem Ausmaß zu senken, wenn wir auch noch nicht überzeugt sind, daß alle Versuche, die Verwaltungsarbeit so zu gestalten, daß sie nicht vielleicht doch noch praktischer und billiger arbeiten könnte, schon erschöpft seien. Wir hoffen, daß es dem Lande gelingt, durch Anleihen das Defizit zu decken und damit den dringenden sozialen Verpflichtungen entgegenzukommen, und wir wünschen weiterhin noch einmal, daß Sparsamkeit und Einfachheit das oberste Leitmotiv unserer Finanzverwaltung und unserer Verwaltung überhaupt sein und bleiben mögen.

Vizepräsident Ziegler:

Das Wort hat der Abgeordnete Schieder von der Kommunistischen Partei.

Abg. Schieder:

Meine Damen und Herren! Bereits gestern habe ich zu einigen Problemen, die in Zusammenhang mit diesem Etat des Finanzministeriums stehen, Stellung genommen. Zum eigentlichen Etat selbst möchte ich nicht Stellung nehmen, zu den Treppen und Stufen der Ministerialbürokratie, aber in Zusammenhang mit dem Finanzministerium wird zweifelsohne eine bestimmte Frage an den Herrn Finanzminister insofern von Interesse sein, weil durch das Finanzministerium eine Reihe bestimmter Fragen über sämtliche Beamte oder Angestellte, die im Regierungsdienst stehen, behandelt oder beantwortet werden können. Es würde mich sehr interessieren, was die Regierung, die ja immerhin über eine diplomatische Vertretung bei der Regierung in Bonn verfügt, erfahren hat über die dort in der Zwischenzeit eingetretenen Absichten zur Kürzung der Beamtenegehälter. Ich weiß nicht, ob es Ihnen allen bekannt ist, daß bereits am Tage nach der Wahl von Nordrhein-Westfalen es durchgesickert ist, daß die Regierung Adenauer einen derartigen Beschluß gefaßt und ein derartiges Gesetz dazu ausgearbeitet hat. Es würde mich sicherlich genau so gut wie Sie interessieren, ob eine derartige Maßnahme nur für die Beamten der Bundesregierung gilt oder sich generell auf sämtliche Beamten, auch der Länderregierungen ausdehnt.

Zur Frage, die hier im gleichen Zusammenhang steht, nämlich Lockerung der Beförderungssperre, haben wir uns unterhalten. Ich möchte aber hoffen und wünschen, daß in Zukunft zum mindesten die Landesregierung diejenigen anhört, die von sich aus dazu berufen sind, den Mindestforderungen der Beamten und Angestellten Nachdruck zu verleihen und

ihnen Gehör zu schenken, nämlich den Betriebsräten. Eine Unzahl von Forderungen, die zum Teil an den gesamten Landtag herangetragen worden sind, ist bis jetzt, wie aus diesem Schriftwechsel hervorgeht, unbeantwortet geblieben. Nun zu der Hauptfrage, zu dem wichtigsten Kapitel der Einnahmen. Ich habe mich bereits hier im Hause darüber in einer bestimmten Form ausgesprochen. Aber ich bin der Meinung, daß gerade der Einzeletat die Notwendigkeit mit sich bringt, zu den einzelnen Positionen, ihren Auswirkungen auf die Gesamtheit und auch auf das politische Leben Stellung zu nehmen. Es ist von großem Interesse und bestätigt die Voraussagen, die meine Partei gerade in dieser Hinsicht getan hat, wenn man sich den Etat bzw. die Ansätze des Etats vor Augen hält.

Meine Damen und Herren! Man braucht nur einmal zu vergleichen, wie sich heute dieses Bild verändert hat. Während noch der Haushalt 1949 150 Millionen allein an veranlagter Einkommensteuer vorsieht, bringt der neue Ansatz nur noch 110 Millionen. 40 Millionen sind es weniger geworden. Bei der Lohnsteuer beträgt dieses Minus nur 18 Millionen. Aber die übrigen Ziffern geben einen sehr deutlichen Hinweis auf die wirkliche Lage. Es ist sehr interessant, meine Herren, besonders für mich in diesem Zusammenhang einmal festzustellen, wie die CDU auf die Dinge reagiert, wie sie sich der Verantwortung entzieht, wenn die Opposition dazu übergeht, die Anklagerede gegen ihre politische Verantwortung zu halten. Das steht in diesem Zusammenhang. Aus diesen Unterlagen geht hervor, Lohnsteuer 73 Millionen, indirekte Steuern 114 Millionen, das macht zusammen schon 186 Millionen. Dazu kommen noch 46 Millionen Mark, die auch wiederum aus den Steuermitteln genommen werden für die sogenannten Ausgleichsforderungen. 232 Millionen insgesamt belasten somit in erster Linie die breiten Massen der Bevölkerung dieses Landes. Dem steht gegenüber eine verhältnismäßig entschieden geringere Zahl der Leistungen der besitzenden Klasse. Vergleicht man nun die politische Vertretung, so stellt man fest, daß es gerade das gegenteilige Verhältnis ist.

Meine Damen und Herren! Dabei ist noch eines klar. Dieser Etat zeigt noch nicht einmal alle Ziffern, denn durch die Veränderung, die mit der Schaffung der Bundesregierung, mit der Übernahme bestimmter Steuern in deren Kassen gegangen sind, sind in diesem Etat und in der von mir dargestellten Rechnung überhaupt nicht enthalten. Hier zeigt sich zu deutlich, wie sich die Dinge auf Grund der von Ihnen getroffenen Steuerreformen und dergleichen entwickelt haben. Ich glaube, eine deutlichere Bestätigung allein dessen, was ich in diesem Hause schon ausgeführt habe, kann man sich nicht besser wünschen. Ich habe eben in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, welche eminenten Summen dieser Haushalt enthält an Zinsen für Ausgleichsforderungen und man muß sich einmal überlegen, ich weiß, daß man sagen wird, daran können wir nichts ändern, das ist ja Vorschrift eines alliierten Gesetzes. Ja, meine Damen und Herren! Wir haben aber mindestens in der einen Hinsicht die Verantwortung zu tragen, denn das Steuerreformgesetz hat der Landtag gemacht. Dort hat er den entscheidenden Schritt getan, der überhaupt dazu beigetragen hat, daß durch die unsoziale Steuerreform, die keine progressive Staffelung vorsieht, die nur den Reichen den Hauptanteil der Steuerermäßigung zubilligt, die systematischste Linie der Besteuerung angeschlagen hat. All diese Umstände tragen mit dazu bei, daß man sagen muß: die Verantwortung ist auf der deutschen Seite gerade so groß wie auf der alliierten

Seite. Wenn Sie sich klar darüber sind, welch ein schreiendes Unrecht allein aus diesen Ausgleichsforderungen spricht, überlegen Sie sich diese Masse der durch die Währungsreform Enteigneten. Hier kommen die Kreditinstitute, die Versicherungen, und aus den allgemeinen Steuermitteln müssen sie entschädigt werden. Das nennt man nichts anderes als eine erneute Unterstützung bzw. Neuaufrichtung genau in dem Sinne, wie es der Lordprotektor von Westdeutschland, der ehemalige General Marshall, gesagt hat: Im besten Falle sind wir bereit, ein hartkapitalistisches System in Westdeutschland zu gewährleisten.

Unmittelbar damit zusammenhängend sind die Kosten der Besatzung. Meine Damen und Herren! Ich habe gerade in dieser Hinsicht zur Genüge schon gesprochen und unsern Standpunkt klargemacht. Aber ich glaube, es schlägt doch dem Faß den Boden aus, wenn man sehen muß, daß es nun in diesem Jahre noch nicht einmal völlig klar ist, wie hoch die Besatzungskosten, die dem Land außerhalb der vom Bund zu leistenden Kosten auferlegt werden, sind. Bis jetzt ist nur vorläufig feststehend: 150 Millionen für jede Besatzungszone. Der Herr Finanzminister ist nicht imstande zu sagen, ob die im Etat enthaltene Summe von rund 40 Millionen die endgültige sein wird. Wie schreiend ist doch der Gegensatz, der sich hier auftut, der sich besonders zeigt in der Presse, in der man just in diesem Augenblick mit einer bestimmt inszenierten Meldung auftritt, in dem Augenblick, in dem drüben in dem anderen Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, die Reparationskosten um die Hälfte herabgesetzt wurden von der Besatzung. (Zuruf Abg. Calujek [SPD]: In welcher Höhe insgesamt?)

Auch darüber kann ich Ihnen eine Antwort geben. Die Besatzungszone der sowjetischen Macht ist die einzige Zone, die bisher überhaupt keine Abrechnung gemacht hat über die Reparationen, während in sämtlichen Westzonen dieses Problem meist nur auf Schätzungen beruhen kann, da effektive Ziffern weder von einer deutschen noch von einer ausländischen Stelle gegeben werden. Es ist dabei zu betonen, daß diese Dinge noch nicht allein die Besatzungskosten darstellen. Sehr interessant ist in der Darstellung, die hier gemacht wird, daß die strategischen Bauten, die hierbei uns besonders deutlich sichtbar, auch hier in Koblenz, die Kasernen wiedererstehen lassen, die noch davon sprechen von Beseitigung von Munition, von Entmilitarisierung, bereits wieder dazu übergegangen sind, wie wir alle heute längst mit eigenen Augen sehen konnten, die Vorbereitungen im Spiele dessen zu treffen, was man sogenannte strategische Verteidigung nennt. Wir haben unsere Forderung in dieser Hinsicht schon x-mal klargemacht, und wir halten an dieser Forderung unverrückbar fest. Wir sind der Meinung, daß eine tatsächliche Befreiung von diesen Lasten nur dann eintreten kann, wenn das erreicht wird, was wir als Lösung vorgeschlagen haben: Schaffung eines Friedensvertrages für Deutschland und den Abzug der Besatzungstruppen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte gleichzeitig damit verbinden meine Betrachtungen zu einem sehr interessanten Kapitel, das nunmehr durch das Ziffernmaterial äußerst delikater geworden ist. Das ist die Versorgung derjenigen, von denen der Herr Kollege Lichtenberger einmal hier in solch beredter Form gesprochen hat und, ich glaube, auch gestern noch so intensiv in Schutz genommen hat. Wir stellen fest, das ist allein nur ein kleiner Überschlag gewesen, den ich machen konnte, der Etat für die Versorgung der Berufssoldaten und Hinterbliebenen aus Landesmit-

15 Prozent gleich rund 300 000 DM, zusätzlich noch über zwei Millionen für Pensionen der Entnazifizierten und noch nicht Wiederbeschäftigten, allein von Landeskostenansätzen, so daß also rund 2,2 Millionen dafür aufgewandt werden müssen. In welchem Verhältnis, meine Damen und Herren, steht dazu der Vergleich mit den Leistungen, die das Land für die Opfer des Faschismus, von denen sich Herr Lichtenberger bei seinen kürzlichen Ausführungen so trefflich distanziert hat, ich muß sagen, ich habe es als eine Ehre gefunden, Herr Lichtenberger, daß Sie sich von diesen Leuten distanziert haben. Denn die Leute, die diese Menschen vertreten, wie Sie es getan haben, von denen distanzieren ich mich auch. Sie haben in diesem Zusammenhang heute morgen einen Ordnungsruf erteilt für eine Behauptung. Nun, es trifft doch offenkundig zu, daß die Politik, so wie sie hier ausgesprochen wird, von bestimmten Vertretern der CDU doch nichts anderes darstellt als eine Politik im neofaschistischen Sinne.

Vizepräsident Ziegler (unterbrechend):

Ich muß diese Behauptung zurückweisen!

Abg. Schieder:

Herr Präsident! Ich glaube, es wäre in dieser Hinsicht ganz interessant, wenn Sie eben noch einmal nachlesen würden, was sich Herr Dr. Lichtenberger damals erlaubt hat zu sagen. Diese Rede finden Sie in einem Protokoll verzeichnet.

Ich habe mir daher erlaubt, meine Damen und Herren, einen Abänderungsantrag zu stellen, der die ursprünglich vorgesehene Summe zur Unterstützung des Fonds für Wiedergutmachung in, d. h. ich muß mich verbessern, der die jetzt vorgesehene Summe in ihre ursprüngliche Form verwandeln soll. Ich glaube, daß der Antrag inzwischen verteilt und Ihnen zugegangen ist. Ich fordere in diesem Antrag gleichzeitig weiter, daß alle bisher geleisteten Beiträge als Linderung der größten Not bewertet und nicht angerechnet werden, so wie es bereits in Hessen der Fall ist. (Zuruf Abg. Hartmann [CDU]: Dazu ist eine Gesetzesänderung erforderlich!) Herr Hartmann, ich weiß es nicht, ob Sie die ganze Zeit hier gewesen waren, aber ich glaube, aus meinen Ausführungen oder mit meinen Ausführungen genügend klargelegt zu haben, in welcher Form bestimmten Leuten gewissermaßen das Geld nachgeworfen wird. Diese Millionen, da kann man es schon verantworten, den Opfern des Faschismus, die jahrelang alles entbehrt haben, zum mindesten etwas wiedergutzumachen. (Zuruf Abg. Wolters [CDU]: Er hat ja sachlich nicht dagegengeredet!) Seine Bemerkung habe ich als Einwand dagegen aufgefaßt. (Zuruf Abg. Wolters [CDU]: Nein, nein! - Weiterer Zuruf Abg. Hartmann [CDU]: Ich habe gesagt, dazu ist eine Gesetzesänderung erforderlich!) Die Zustimmung zu dem Antrag setzt voraus, daß die Landesregierung ermächtigt wird, diese Zustimmung ohne weiteres in Gesetzesform vorzulegen. Dazu ist in erster Linie die Regierung berufen, derartige Vorschläge zu machen.

Meine Damen und Herren! Bei der weiteren Betrachtung unseres Landeshaushaltes muß ich auch noch kurz auf die Bedingungen, die mit den Ziffern für den Finanzausgleich gegeben sind, eingehen. Ich glaube, das ist ein ebenso trauriges wenn nicht das traurigste Kapitel in diesem Ansatz. Ich glaube, wenigen von Ihnen wird es nicht unbekannt sein, daß bereits CDU-Landräte davon gesprochen haben, daß unter den heutigen Bedingungen den Kreisen und

den Kommunen nichts anderes übrigbleiben wird, als ihre Rechte einzuklagen, den Staat zu verklagen, um zu ihren Rechten zu kommen.

Nun, was schildert deutlicher den wahren Zustand des gesetzlich gesetzenslosen Zustandes? Trotz Schaffung der Finanzausgleichsgesetze haben die Gemeinden bisher nichts anderes erreichen können als die Fortsetzung dessen, was sie bisher betrieben haben, Bittsteller, Bittgänger nach Canossa und ohne Erfolg. (Abg. Hertel: Trotzdem sind manche Gemeinden völlig in Ordnung!) Nein, Herr Kollege Hertel. Wir sind der Meinung, daß darin nicht nur allein eine ernsthafte Verschlechterung der Situation der Gemeinden bis jetzt eingetreten ist, sondern wir müssen ja auch noch weitersehen. Wir müssen sehen, daß das DM-Bilanzbewertungsgesetz auf die Gewerbesteuererträge mindestens schon im nächsten Jahr einen sehr starken Einfluß haben wird. Die Gewerbesteuererträge werden ebenso heruntergehen, wie wir es hier erlebt haben mit unseren Ansätzen für die Einkommen-, die Körperschaft- und die Vermögensteuer und dergleichen. (Abg. Hertel: Das wird durch Vermögensbedarfszuweisung ausgeglichen.) Von wem, wenn ich fragen darf? Von dem Staat, der selbst versucht, irgendwo Anleihen zu holen! Vom Staat, der selbst nicht weiß, wer ihm diese Anleihen geben soll und unter welchen Bedingungen? Da hat mich sehr interessiert bei unserer Aufstellung zum ersten Male ganz offiziell die Mitteilung, zu welchem Prozentsatz die Marshallplangelder verzinst werden müssen. Und das ist gar nicht schlecht, meine Damen und Herren! Es sind, glaube ich, 5½ v. H. Nun, bei einer solchen Summe kann man es sich schon leisten, unter solchen Bedingungen und den weiteren, die darin bestehen, daß bestimmte Schuldverschreibungen eingetreten sind, Anleihen zu machen. Aber ich frage Sie, ist das etwa die Taktik oder das Verhalten des ehrbaren Kaufmanns?

Ich habe Ihnen schon des öfteren gesagt, wir haben nichts einzuwenden, daß man Anleihen aufnimmt, aber es muß eine anständige Geschäftsgebarung geben, man muß wissen, wo man dran ist. Man kann sich nicht auf Bedingungen einlassen, die einem völlig unbekannt sind, und man kann niemals Generationen in zweiter oder dritter Folge mit einer Verantwortung belasten, die für sie nicht tragbar sein kann.

Der Haushalt des Finanzministers enthält keine großen Beträge mehr, wie sie uns von früher bekannt waren für Subventionen; es ist lediglich eine Summe von 1,2 Millionen für die Energieversorgung oder für die Energiegewinnung angesetzt. Näheres ist mir darüber nicht bekannt. Möglicherweise daß es in Zusammenhang mit der Moselstaustufe steht, aber ich wäre vielleicht dem Herrn Finanzminister dankbar, wenn man auch darüber mal etwas erfahren könnte, erfahren schon deswegen, weil es in unserem Lande ja auch wie in den übrigen zehn westdeutschen Ländern ein Monopol der Energieversorgung gibt, so wie es hier das RWE im Mittelrhein oder sonstige kleinere Energieversorgungsgesellschaften sind, die eine völlig selbständige Politik betreiben können, die im völligen Gegensatz aber auch steht zu den Interessen der Gemeinden, insbesondere dort, wo es sich darum dreht, die Verhältnisse zwischen Gemeinden und Energieversorgung auf eine neue Basis zu stellen.

Meine Damen und Herren! Zu dem Kapitel der Soforthilfe möchte ich eines vorausschicken. Ich wundere mich darüber, daß der Proteststurm bezüglich der Kostenanteile noch nicht stärker geworden ist. Nach dem, was mir bis jetzt zu Ohren gekommen ist,

sind die Bürgermeister und die Landräte darüber erbittert, daß wiederum diese ganzen Dinge auf ihre Elats übernommen werden müssen, während das Land bzw. der Landtag oder der Bundestag nur sich jeweils auf die legislative Seite schlagen.

Ich möchte hoffen und wünschen, daß auch in dieser Hinsicht den Gemeinden eine entsprechende Entlastung noch in diesem Haushaltsansatz gewährt wird.

Zur Soforthilfe generell muß ich feststellen, daß die bisherige Taktik in bezug auf die Hausrathilfe eine sehr große Erbitterung gerade unter den Teilen der Bevölkerung hervorgerufen hat, die zu dem restlichen Drittel gehören, die bis jetzt von der Hausrathilfe ausgeschlossen worden sind, indem erklärt wurde: wir haben zunächst keine Beträge mehr dafür da, aber ihr sollt voraussichtlich im September dieses Jahres bedacht werden.

Meine Damen und Herren! Es wurde damit vor allen Dingen in Zusammenhang gebracht die Notwendigkeit, wir müßten Wohnungen bauen, das Geld müsse dem Wohnungsbausektor zugeführt werden. Schön! Durchaus nichts gegen den Wohnungsbau! Aber, meine Damen und Herren, wie sieht dann in der Praxis dieser Wohnungsbau aus?

Es wird soviel davon gesprochen, Gelder für die Flüchtlinge werden angelegt im Wohnungsbau. Wo sind denn die Fälle, in denen die Flüchtlinge nun tatsächlich die Wohnungen bekommen haben? (Abg. Franke: Erst müssen sie fertig sein!) O doch, es sind bereits eine ganze Reihe von Wohnungen, d. h. von Häusern erstellt worden, zu denen Gelder aus diesen Fonds gegeben wurden, aber wenn es dann darauf ankommt, nun die Wohnungen mit Flüchtlingen zu besetzen, dann stellt sich erstens einmal heraus, daß die Flüchtlinge entweder gar nicht dort sind, wo diese Wohnungen vorhanden sind, oder aber man muß feststellen, daß die Flüchtlinge außerstande sind, diese Wohnungsmieten zu bezahlen. Man erfährt im gleichen Zusammenhang von den Verantwortlichen, von den Bauämtern, von den Bürgermeistern, na schön, es ist weiter nicht schlimm, wir setzen andere hinein, und dann bekommen wir deren freie Wohnungen, in die wir dann die Flüchtlinge hineintun. Auch das haben wir schon exerziert! Und der Erfolg ist der, daß trotzdem keine Wohnungen für die Flüchtlinge da sind noch für die anderen kriegsgeschädigten Menschen. (Abg. Völker: Sie sind inzwischen untergekommen!) Haben Sie, Herr Kollege Völker, schon gesehen, wo sie untergekommen sind? (Abg. Völker: Ja, ich habe es schon gesehen!) Ist es für sie angenehm? (Abg. Völker: Was heißt angenehm?) Ich meine menschenwürdig? Sie müssen sich doch vorstellen, die Leute sind doch bewußt vier oder fünf Jahre auf dem Koffer sitzend herumgezogen... (Zurufe: Stimmt nicht ganz, - Widerspruch.) erst in den Lagern von Schleswig-Holstein oder vorher in Dänemark oder in Bayern... (Minister Dr. Hoffmann: Wer hat sie denn herausgeschmissen? - Zurufe von der KPD - Abg. Wolters: „Bewußt“ ist nun doch ein starkes Stück! - Unruhe bei den Kommunisten. - Glocke des Präsidenten. - Abg. Franke: Lassen wir ihn doch weiterreden! - Abg. Kuraner: Sie haben nicht darüber zu reden! - Lebhaftige Unruhe im Saal.) Herr Kuraner, ich möchte mich mit Ihnen nicht darüber unterhalten, ob mir das Recht zusteht, hier darüber zu diskutieren, aber ich möchte Ihnen eines sagen, ich bin so gut von der Bevölkerung in diesen Landtag gewählt worden und habe deren Belange zu vertreten wie Sie auch!

Vizepräsident Ziegler (unterbrechend):

Herr Abgeordneter Schieder, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit von 30 Minuten abgelaufen ist.

Abg. Schieder:

Ja. Meine Damen und Herren! Sie haben gesehen, diese kritische Darstellung, wie ich sie gegeben habe, hat doch immerhin ein Gutes, wie ich feststellen darf. (Glocke des Präsidenten.) Es wurde die ganze Geschichte doch hier etwas aufgepulvert, nachdem ich das Gefühl hatte, daß man schon langsam am Einschlafen war. Aber ich möchte zum Schluß sagen: Ich befürchte nur das eine, es wird genau gehen, wie es schon der alte Goethe gesagt hat: „Ihr durchstudiert die große und die kleine Welt, um es am Ende gehen zu lassen, wie es Gott gefällt!“ Es wird sich hier auch beweisen, und ich bin der Überzeugung, daß dieser gesamte Etat nur auf dem Papier stehenbleiben wird, daß die vom Herrn Finanzminister erwähnte „Diktatur der Ministerialbürokratie“ fort dauern wird und daß man in spätestens drei oder vier Wochen wieder einen Monats-Etat machen wird, wie bisher laufend. (Beifall bei der KPD.)

Vizepräsident Ziegler:

Meine Damen und Herren! Zu abschließenden Ausführungen hat nunmehr der Herr Minister für Finanzen und Wiederaufbau das Wort.

Staatsminister Dr. Hoffmann:

Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst den daran beteiligten Fraktionen für die anerkennenden Worte danken, die sie der Arbeit oder wenigstens dem guten Willen meines Ministeriums gewidmet haben.

Zu einzelnen Punkten, die in der Debatte berührt worden sind, darf ich zunächst dem Herrn Abgeordneten Schieder gegenüber klarstellen, daß diese 1,2 Millionen für Energieversorgung ein Darlehen darstellen, das den „Pfalzwerken“ Ludwigshafen gegeben worden ist, einem Energiebetrieb, an dem bekanntlich der Bezirksverband Pfalz maßgebend beteiligt ist.

Ein Wort zu der Steuermoral! Nicht das erste und wahrscheinlich nicht das letzte! Steuermoral kann wie jede Moral natürlich nicht kommandiert werden; sie wächst in dem Maße, in dem die Steuergesetzgebung legale Wege zur Verminderung der Steuerlast schafft, und in dem Maße, in dem die automatische Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintritt.

Zur Frage der Interessenquote wird das Land den ablehnenden Standpunkt in aller Schärfe weiter vertreten. Unsere Bemühung um eine Abwehr dieses für alle steuerschwachen Länder absolut untragbaren Systems scheint im übrigen nicht ganz aussichtslos zu sein.

Der Punkt, der überhaupt nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet, ist der, auf den der Herr Kollege Nowack eingegangen ist, der aber auch dem unsichtbar an unseren Verhandlungen beteiligten Bund der Steuerzahler wieder Veranlassung zu einer Zeitungsnotiz gegeben hat unter der Überschrift „Zu hohe Personalkosten in Rheinland-Pfalz - ein teurer Verwaltungsapparat“. Der Bund der Steuerzahler, der sich zur Zeit mit der Durchleuchtung des Haushaltsplanes des Landes Rheinland-Pfalz befaßt, hat Statistik gemacht und festgestellt, daß unsere Personalkosten 25 v. H. über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Ich habe mir zur Abwechslung einmal die Arbeit nicht selber gemacht, sondern von einem meiner Her-

ren etwas aufschreiben lassen, was ich vielleicht mit Genehmigung des Herrn Präsidenten kurz verlesen darf.

Es ist im übrigen gedanklich etwas, was x-mal hier produziert worden ist, aber nachdem sich das Interesse der Öffentlichkeit bei der Etatberatung im wesentlichen auf diesen Punkt zu konzentrieren scheint, kann es wohl nicht oft genug gesagt werden. Es heißt da:

„Finanzvergleiche zwischen Ländern und Gemeinden sind schwierig und meistens, wenn sie nicht sehr exakt berechnet werden, fragwürdig. Im Rechnungsjahr 1949 hat der Personalaufwand in Rheinland-Pfalz rund 20 v. H. der Gesamtausgaben betragen. Der Personalaufwand der Gemeinden war aber derselbe wie jetzt, also nach den Ausführungen des Bundes der Steuerzahler etwa 40 v. H. Will man hieraus den Schluß ziehen, daß im Rechnungsjahr 1949 das Land Rheinland-Pfalz äußerst sparsam, die Gemeinden aber außerordentlich aufwendig gewirtschaftet hätten, so wäre das falsch. Der Bund der Steuerzahler wird auch das nicht behaupten wollen.“

Bereits dieser Hinweis zeigt, wie leichtfertig es ist - ich hätte natürlich nicht „leichtfertig“ geschrieben; denn ich lege darauf Wert, im Verkehr mit meiner Kundschaft mich eines vornehmen Tones zu befleißigen, aber hier steht nun einmal „leichtfertig“ - (Heiterkeit), aus einem Zahlenvorgleich ohne Untersuchung der Elemente und der Gründe Schlüsse zu ziehen. Für den hohen Prozentsatz der Personalausgaben beim Land im Rechnungsjahr 1950 gibt es mehrere Gründe. Der wichtigste sei angedeutet. Das Grundgesetz hat dem Bund wichtige Lasten zugewiesen, aber durchweg nur die Sachausgaben dieser Lasten. Die Verwaltung dieser Ausgaben-Tatbestände, beispielsweise die Verwaltung der Kriegsoferversorgung, der Besatzungsaufwendungen, der Kriegsfolgehilfe, der Autobahnen, der Bundesstraßen usw., ist auch nach dem Grundgesetz bei den Ländern geblieben. Man muß deshalb schon die Lastenverteilung und den Finanzausgleich kennen und in Rechnung setzen, wenn man Zahlenvergleiche ziehen will. Beim Vergleich Land und Gemeinde ist die Regelung des Finanzausgleichs besonders wichtig, weil sie von Land zu Land verschieden ist. In Rheinland-Pfalz trägt das Land z. B. fast ausschließlich die persönlichen Polizeikosten und ausschließlich die persönlichen Volksschullasten. In anderen Ländern liegen diese Lasten überwiegend bei den Gemeinden. Es gibt Länder - zu denen gehört auch Rheinland-Pfalz -, in denen die Forstverwaltung überwiegend Landesverwaltung ist. Es gibt aber auch Länder, wo der staatliche Anteil hinter dem kommunalen erheblich zurücksteht.“

So ergeben sich Verschiebungen in den Größen beim Land und in den Gemeinden, ohne daß die Zahlen allein ein Maß der Sparsamkeit erkennen lassen.

Zur Beruhigung des rheinisch-pfälzischen Steuerzahlers darüber, daß seine Staatsverwaltung auch einen Vergleich mit derjenigen anderer Länder aushält, seien nachstehend aus der Statistik des Bundes errechnete Zahlen über den Personalaufwand je Einwohner mitgeteilt, wobei nochmals auf den relativen Wert der Zahlen hingewiesen wird. Die Statistik ist eine sehr menschenfreundliche Einrichtung, die auf Bestellung das Gewünschte in der erwünschten Maßarbeit auch liefert! Ich habe selbstverständlich deshalb hier auch sehr brauchbare Zahlen. In den elf Monaten des Rechnungsjahres 1949, und zwar vom 1. 4. 49 bis zum 28. 2. 50, betrug der Personalaufwand je Kopf der Bevölkerung in

Baden	83 DM
Württemberg-Baden	79 DM
Bayern	73 DM
Schleswig-Holstein	70 DM
Württemberg-Hohenzollern	67 DM
Hessen	66 DM
Rheinland-Pfalz	62 DM

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir stehen hier an einer sehr anständigen Spitze, die nicht 25 v. H. über dem Durchschnitt, sondern einige Prozent unter dem Durchschnitt liegt! (Zurufe: Bravo!) Womit einmal wieder bewiesen wäre, was ich bei jeder Gelegenheit über die Statistik zu sagen pflege. (Heiterkeit.)

Zu dem Ergebnis der Haushaltsberatungen, meine Damen und Herren, darf ich bemerken, daß sich die Landesregierung nicht der Hoffnung hingegeben hat, daß der Haushalt in der Form, die in der Ausschussberatung - also immerhin in dem Gremium der besonderen Sachverständigen - beschlossen worden ist, unverändert das Plenum passieren würde. Es ist wohl unvermeidlich, daß sich manche schwer abgerungenen Verzichte und manche stumme Resignation im Ausschuss hier bei der öffentlichen Beratung wieder in eine fröhlich-optimistische Aktion verwandelt! (Lebhafte Heiterkeit.)

Wir sind entschlossen, Wandlungen, die sich aus diesem parlamentarischen Szenenwechsel ergeben, nicht allzu tragisch zu nehmen. Dies um so weniger, als es sich bei diesen hier beschlossenen Änderungen und Hinzusetzungen letzten Endes um Dinge handelt, die auch nach unserer Meinung zum großen Teil berechtigt, zum anderen Teile sogar wünschenswert wären. Soweit es sich bei diesen Positionen um solche des ordentlichen Haushaltes handelt, bleibt die beruhigende Gewisheit, daß die Regierung mit dem Abschluß dieser Beratung heute abend ihre volle Kommandogewalt über den Haushalt zurückgewinnt. Ich verweise insoweit auf die Ausführungen etatrechtlicher Art, die ich in meiner Haushaltsrede gemacht habe. Ich ergänze sie allerdings dahin, daß wir uns bereit erklärt haben, wie bisher den üblichen realen Monatswirtschaftsplan, wie er sich aus dem vorliegenden Etat als Rahmnetat jeweils verwirklichen läßt, weiterhin in enger Zusammenarbeit mit dem Haushalts- und Finanzausschuss aufzustellen.

Für die Bewirtschaftung des Haushaltes nun sind uns gleich zwei Rezepte, ich glaube eines vom Kollegen Zimmer und eines vom Herrn Kollegen Nowack, präsentiert worden - wahlweise. Das eine ist der Maßstab der Proportionalität, nach dem die einzelnen Positionen im Haushalt möglichst unter Beibehaltung der Grundrelation bedient werden. Das andere ist die Rangordnung nach der Dringlichkeit, ich glaube, Herr Kollege Zimmer nannte es die Rangordnung der Notstände. Das sind zwei Grundsätze, zwischen denen wir uns bisher schon in der Praxis mit einigem Glück hindurchgewunden haben. Es erleichtert einem immer die Arbeit, wenn man zwei Anweisungen hat, die sich im Ergebnis kreuzen, es kann dann nicht schiefgehen, eines stimmt immer.

Der Landtag hat zahlenmäßig ausdrucksvollere Korrekturen beim außerordentlichen Haushalt vorgenommen, auch hier Änderungen in der Richtung eines Bedarfes, den wir von seiten der Regierung durchaus anerkennen. Mit dem außerordentlichen Etat ist es nun so: er ist bekanntlich der geduldigste Teil des Gesamthaushalts, aber auch der am wenigsten verbindliche, weil er ja auf einer Hypothese beruht, nämlich auf der, daß sich eben ausreichende Kreditmittel beschaffen lassen. Ich will damit nicht sagen, daß wir

uns nicht durchaus mit allen Kräften bemühen würden, auch diese Positionen des außerordentlichen Etats zu bedienen. Aber ich darf wohl darauf aufmerksam machen, daß irgendwie erreichbare Fremdmittel zunächst in einem ganz beträchtlichen Umfang zur Deckung der laufenden Ausgaben, des Ordinariums, noch benötigt werden.

Schließlich, meine Damen und Herren, habe ich zum Abschluß der Haushaltsberatung das Bedürfnis, auch im Namen meiner Mitarbeiter dem Landtag den Dank für seine durchaus situationsbewußte Arbeit auszusprechen. Ich darf feststellen, daß der Landtag im Vergleich zu früher, zu den Anfängen seiner Lehrzeit, sich zu einer sehr viel verantwortlicheren Betrachtung und Behandlung der finanziellen Grundprobleme unseres Landes durchgerungen hat. Ich freue mich, daß der Landtag wenigstens aus seiner näheren Kenntnis der Dinge heraus, daß auch der Haushalts- und Finanzausschuß aus seiner engen laufenden Befassung mit den Finanzproblemen des Landes die Einsicht gewinnen konnte, daß das Finanzministerium, wenn es heute seinen Aufgaben gerecht werden will, Motor und Bremse gleichzeitig sein muß. Bei solcher Gemeinsamkeit der Grundauffassung zwischen Landtag und Regierung, wie ich sie zum Schluß glaube feststellen zu dürfen, wird es auch möglich sein, den voraussichtlich unausbleiblichen Schwierigkeiten auch des Haushaltsjahres 1950 einigermaßen gerecht zu werden. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Vizepräsident Ziegler:

Meine Damen und Herren! Wir sind damit an das Ende der Aussprache zunächst über den Einzelplan IV, aber damit auch an das Ende unserer Gesamtaussprache gekommen. Ich schlage Ihnen nun vor, eine Pause einzulegen vor der allgemeinen Abstimmung, und zwar von etwa einer Stunde. (Protest und Unruhe.) Ja, jedenfalls hat eine große Partei des Hauses diesen Vorschlag unterbreitet. Der Abgeordnete Hertel hat das Wort.

Abg. Hertel:

Die gestellten Anträge sind vielfach in völliger Übereinstimmung mit allen Stellen des Hauses gestellt. Es wird deshalb keiner besonderen Aussprache über den Wert und die Notwendigkeit dieser Anträge bedürfen. Ich glaube, mir gestatten zu dürfen, den Vorschlag zu machen, daß eine halbe Stunde durchaus ausreichend ist, um auch die Mitglieder des Hohen Hauses wieder entsprechend zur Erholung kommen zu lassen.

Vizepräsident Ziegler:

Abgeordneter Dr. Zimmer hat das Wort.

Abg. Dr. Zimmer:

Ich hatte dem Präsidium den Antrag unterbreitet, eine Stunde Pause einzulegen, damit die Beratungen im Plenum flüssiger vonstatten gehen können, und zwar müssen wir Gelegenheit haben, jeden einzelnen gestellten Abänderungsantrag in der Fraktion wenigstens durchzusprechen, wenn auch die meisten Anträge bereits bekannt sind. Ich glaube, es wird dem Ablauf der Plenarsitzung nachher nur zustatten kommen, schon allein in bezug auf die Fülle der Abstimmungen, die nachher vor sich gehen. Meine Damen und Herren! Zuschauer oder Zuhörer des Plenums kritisieren vielfach, daß bei uns die Abstimmungen anscheinend nicht so überlegt formal vor sich gehen, wie es sachlich erforderlich wäre. Wir müssen uns auf

diese Abstimmungen aus formellen Gründen vorbereiten. Ich kann deshalb meinerseits nicht gut darauf verzichten, eine Stunde Pause einzulegen, ich will aber auch sagen, daß wir in einer Stunde auch wieder hier sind, vielleicht auch etwas früher - aber eine Stunde - es sind eine ganze Fülle von Anträgen - wir haben nicht die Absicht, neue Anträge zu stellen, mit Ausnahme des einzigen Antrages, den ich bereits mit anderen Herren besprochen habe - auch mit dem Herrn Finanzminister - bezüglich des § 4 des Haushalts- und Finanzgesetzes. Abgesehen davon haben wir keinen Antrag mehr zu stellen, Sie brauchen also keine Überraschungen mehr zu erwarten. Ich bitte also die anderen Fraktionen, unserem Wunsche Rechnung zu tragen und uns eine Stunde für diese Vorbereitungen zu genehmigen.

Vizepräsident Ziegler:

Herr Abgeordneter Hertel, sind Sie damit einverstanden, daß wir eine Stunde Pause einlegen? Der Abgeordnete Hertel hat sein Einverständnis erklärt. Damit ist dieser Vorschlag angenommen. Wir vertragen uns damit auf genau 17.30 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 16.30 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 17.30 Uhr

Präsident:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich schlage Ihnen vor, daß wir vor der Beratung, der zweiten Beratung zunächst die Drucksache II/1519 behandeln, die noch zuerst im Geschäftsordnungsausschuß vorberaten wurde. Das Wort hat der Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses, der Abgeordnete Dr. Lichtenberger.

Abg. Dr. Lichtenberger:

Meine Damen und Herren! Jedes Wort, das von hier aus im Plenum gesprochen wird, wird gedruckt, verbreitet, kostet Geld, und nimmt die Zeit von mehr als 100 Menschen in Anspruch. Ich fasse mich daher so kurz wie möglich. Der Landtag hat den Geschäftsordnungsausschuß am 11. Juli beauftragt, zu prüfen, ob der im Antrag II/1499 verlangte Sonderausschuß zur Überprüfung der Sondergewinne der Zentralkellereien zulässig ist. Der Geschäftsordnungsausschuß hat die Frage heute geprüft. Anwesend waren acht Mitglieder. Der Gedankenaustausch veranlaßte die SPD-Fraktion, ihren Antrag in drei Punkten abzuändern. Die neue Fassung finden Sie in der Drucksache II/1519. Der darin verlangte Sonderausschuß ist, wie der Geschäftsordnungsausschuß einstimmig bei Enthaltung einer Stimme festgestellt hat, zulässig. Er hat nicht die Rechte eines Untersuchungsausschusses.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich kann jetzt wohl über den Änderungsantrag, der Ihnen in Drucksache II/1519 vorliegt, zur Abstimmung kommen. Wer dem Antrag II/1519... Der Abgeordnete Dr. Zimmer hat das Wort.

Abg. Dr. Zimmer:

Ich wollte noch einen Zusatzantrag stellen.

Präsident:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Dr. Zimmer.

Abg. Dr. Zimmer:

Der Ausschuß hat seine Arbeiten unverzüglich aufzunehmen und spätestens binnen vier Wochen das Ergebnis seiner Beratungen vorzulegen.

Präsident:

Der Abgeordnete Feller hat das Wort.

Abg. Feller:

Wir möchten bitten, vor der Abstimmung die Frage zu klären, ob bei dieser Sonderkommission, an der wir interessiert sind, auch ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der KPD vertreten sein kann. Davon machen wir unsere Zustimmung abhängig.

Präsident:

Der Abgeordnete Hertel hat das Wort.

Abg. Hertel:

Obwohl die KPD nicht die Fraktionsstärke hat und sonst in den Ausschüssen nicht vertreten ist, würde nach unserer Auffassung nichts im Wege stehen, wenn ein Vertreter der KPD ausnahmsweise zugegen wäre.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Wir müssen zunächst über den Antrag abstimmen lassen in der Gesamtheit mit dem Änderungsantrag. Herr Abgeordneter Zimmer, wollten Sie dazu noch etwas sagen?

Abg. Dr. Zimmer:

Ja, der Antrag der Arbeitsgemeinschaft der KPD wirft eine sehr grundsätzliche Frage auf. Wir können diesem Begehren nicht zustimmen, bevor der Geschäftsordnungsausschuß die Konsequenzen überprüft hat, die sich daraus ergeben. Es ist überhaupt immer bedenklich, hier im Plenum Anträge zu stellen, die einen grundsätzlichen Charakter tragen. Es hat sich herausgestellt bei den verschiedensten Anlässen, daß eine genaue rechtliche Prüfung notwendig ist. Genau so auch der Antrag der SPD heute. Ich bitte dringend, daß diesem Antrag nicht entsprochen wird, jedenfalls nicht im Augenblick, bevor nicht die Konsequenzen ein für allemal geprüft sind. Falls der Ausschuß von sich aus zu der Überzeugung käme, daß dieser oder jener hinzuzuziehen wäre zur Beratung, dann wäre das eine Sache des Ausschusses, aber hier von vorneherein ihn als Mitglied zu wählen, das greift in die Geschäftsordnung des Landtages ein. Das muß zunächst geprüft werden, ob und wie das möglich ist.

Präsident:

Ich glaube, daß ich den Antrag des Herrn Dr. Zimmer so verstehe, daß es dem neu gebildeten Ausschuß überlassen bleibt, einen entsprechenden Beschluß zu fassen und nach diesem Beschluß zu handeln. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung! - Abg. Feller: Ich bitte ums Wort!) Bitte schön, Herr Abgeordneter Feller.

Abg. Feller:

Wir haben wiederholt den Antrag gestellt, die Fraktionsstärke zu vermindern, um uns Gelegenheit zu geben, an den Ausschußberatungen teilzunehmen. Nachdem Sie nunmehr nach der Erklärung der CDU es von Ihrer Gnade abhängig machen wollen, ob wir demnächst zu dieser Kommission zugelassen werden sollen, in der wir eine grundsätzliche Entscheidungs-

frage sehen, würden wir gezwungen sein, bei diesem Antrag uns der Stimmen zu enthalten, nachdem wir vorher bereit wären, dafür zu stimmen.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich lasse mit dem Zusatzantrag, den der Abgeordnete Dr. Zimmer gestellt hat, über den Gesamtantrag abstimmen. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe? Stimmenthaltung? Angenommen bei vier Stimmenthaltungen der Kommunistischen Partei. Ich schlage Ihnen nun vor, daß wir das Landesgesetz über die Erhebung eines Zuschlages zu den landesrechtlichen Verwaltungs- und sonstigen Gebühren außerhalb der Justizverwaltung - Drucksache II/1463 - behandeln, und zwar in zweiter und dritter Lesung. Ich bitte um die Berichterstattung des Hauptausschusses. Zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Hartmann das Wort.

Abg. Hartmann:

Meine Damen und Herren! Der Hauptausschuß hat sich gestern abend mit der Regierungsvorlage, Drucksache II/1463, beschäftigt und hat übereinstimmend beschlossen, da es sich um ein sehr kurzes Gesetz handelt, diese Drucksache in ein Landesgesetz, welches Ihnen in Drucksache II/1513 vorliegt, zu kleiden, und zwar vor allen Dingen auch im Interesse des Bürgers. Da das gesamte Gesetz, das hier durch die Regierungsvorlage abgeändert werden soll, nur sechs Paragraphen hat und das Abänderungsgesetz drei, hat man sich im Ausschuß auf den Standpunkt gestellt, dann wollen wir doch diese Änderung direkt in den bestehenden Gesetzentwurf einbauen und dem Hohen Haus empfehlen, dieses Landesgesetz in zweiter und dritter Lesung anzunehmen, womit die Angelegenheit leichter auch für das Publikum und für die beteiligten Behörden zu übersehen ist. Der Ausschuß bittet das Hohe Haus, dem Gesetzesvorschlag II/1513 in zweiter und dritter Lesung seine Zustimmung zu geben.

Präsident:

Sie haben die Ausführungen des Berichterstatters gehört. Wir kommen zur Beratung in zweiter Lesung. Ich rufe auf die §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, Einleitung und Überschrift. Wer dem Gesetz in zweiter Beratung seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe? Das Gesetz ist angenommen gegen vier Stimmen der Kommunistischen Partei. Wir kommen zur dritten Beratung. Ich rufe auf die §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, Einleitung und Überschrift. Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Besprechung. Wer dem Gesetz in dritter Beratung seine Zustimmung geben will, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Die Gegenprobe? Angenommen gegen vier Stimmen der Kommunistischen Partei.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zur zweiten Beratung unseres Haushaltsplanes. Ich schlage Ihnen vor, daß wir zunächst über die Einzelpläne abstimmen. In den Änderungsanträgen des Haushalts- und Finanzausschusses heißt die erste Formulierung: „Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag stimmt dem vorgelegten Einzelplan mit folgenden Änderungen zu.“ Damit ist bei Annahme eines solchen Antrages die Zustimmung in zweiter Lesung gegeben.

Ich rufe zunächst auf den Einzelplan Nr. 0, dazu die Drucksache II/1486. Ich rufe auf die Kapitel 1 und 2. Wer dem Antrag II/1486 des Haushalts- und Finanz-

ausschusses seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe? Angenommen gegen 4 Stimmen der Kommunistischen Partei.

Wir kommen zum **Einzelplan M**. Ich rufe auf die Kapitel 1 bis 6, dazu die Drucksache II/1487. Wer der Drucksache II/1487 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe? Angenommen gegen 4 Stimmen der Kommunistischen Partei. - Wir kommen nunmehr zum **Einzelplan I**. Ich rufe auf die Kapitel 1 bis 16, dazu die Drucksache II/1488. Wer der Drucksache II/1488 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe? Angenommen bei vier Stimmenthaltungen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum **Einzelplan Ia**. Ich rufe auf die Kapitel 1 bis 6. Zunächst lasse ich über den Antrag II/1512 der Fraktion der CDU abstimmen. Der Geldansatz wird auf 100 000 Mark erhöht. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe? Angenommen gegen vier Stimmen der Kommunistischen Partei. Ich lasse jetzt abstimmen über den Entschließungsantrag II/1508 der Sozialdemokratischen Partei: „Die Landesregierung wird ersucht, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit für die auf Grund mangelnder Auftragserteilung sich in einer akuten Beschäftigungskrise stehende Natursteinindustrie des Landes Arbeitsmöglichkeiten in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.“ Es sind hier in der Drucksache einige Druckfehler, ich bitte das zu berichtigen. In der Drucksache wird das berichtet. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich stelle zur Abstimmung die Drucksache II/1489 zum **Einzelplan Ia**. Wer dieser Drucksache seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe? Stimmenthaltung. Bei vier Stimmenthaltungen der Kommunistischen Partei angenommen. Wir kommen zum **Einzelplan II**, dazu die Drucksache II/1493. Ich rufe die Kapitel 1 bis 4. Wer der Drucksache II/1493 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe? Stimmenthaltung. Angenommen bei vier Stimmenthaltungen der Kommunistischen Partei.

Wir kommen nunmehr zum **Einzelplan III**. Ich rufe auf die Artikel 1 bis 24, dazu die Drucksache II/1497. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag II/1504: Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Mittel für Berufsschulen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Boden von der CDU.

Abg. Dr. Boden:

Meine Damen und Herren! Wenn irgend etwas im Haushalts- und Finanzausschuß einer eingehenden Prüfung unterzogen worden ist, dann waren das jeweils die Stellenpläne. Ich kann Ihnen versichern, es hat Haushaltspläne gegeben, wo wir um einzelne Stellen nicht nur untereinander, sondern auch mit der Regierung, d. h. mit dem Herrn Finanzminister gestritten und gerungen haben. Darüber hinaus möchte ich aber betonen, daß gerade im Berufsschulwesen der Regierungsbezirk Mainz, also Rheinhessen, den übrigen Regierungsbezirken eine große Pferdelänge voraus ist insofern, als das Berufsschulwesen in

Rheinhessen gänzlich staatlich dotiert ist, während es bei uns in der Hauptsache eine kommunale Angelegenheit sowohl in den ehemals rheinisch-nassauischen wie auch in den pfälzischen Bezirken ist. Ich möchte Sie daher bitten, aus diesen beiden Gründen dem Antrag Ihre Zustimmung zu versagen.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Cronenbold von der Sozialdemokratischen Partei.

Abg. Cronenbold:

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratische Partei hat sich veranlaßt gesehen, im Antrag II/1504 diese Erhöhung um 12 Stellen für Rheinhessen deshalb zu stellen, damit Rheinhessen nicht ganz als Stiefkind behandelt wird (Zurufe: Hört, hört!), nachdem man den Titel 32 um 1 200 000 DM für die übrigen Regierungsbezirke erhöht hat. Wenn man also die übrigen vier Regierungsbezirke mit 1,2 Millionen neu versehen hat, dürfte es gewiß keine unbillige Forderung sein, diese 12 Stellen, die vielleicht den Betrag von 80 000 DM im Höchsthalle ausmachen, zu bewilligen. Es ist doch in Rheinhessen so, daß jetzt durch die Schulentlassungen ebenfalls wieder einige tausend Berufsschüler in die Berufsschule hineinkommen, und heute ist es schon so, daß keine neue Stelle, die dringend notwendig wäre, mehr besetzt werden kann. Mit der Bewilligung dieser 12 Stellen wäre wenigstens der dringenden Not Abhilfe geschaffen, und wir hätten Gelegenheit, auch der rheinhessischen Berufsschule, die in ihrer Stundenzahl, in der Gewerblichen Berufsschule und vor allen Dingen in der Hauswirtschaftlichen Berufsschule noch auf demselben niedrigen Stande ist wie in den anderen Bezirken, eine kleine Erhöhung zukommen zu lassen.

Ich bitte also, hier nun wegen dieser 12 Stellen nicht kleinlich zu sein und dem Antrag zuzustimmen.

Präsident:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Boden (CDU).

Abg. Dr. Boden:

Meine Damen und Herren! Um an die letzten Worte des Herrn Abgeordneten Cronenbold anzuknüpfen darf ich kurz sagen, wo kämen wir hin, wenn man unter Hinweis darauf, daß es sich hier um 1, 2, 3, 6 oder 8 Stellen handelt, das, was in fünfwöchiger Überlegung, wie ich schon gesagt habe, aufs genaueste geprüft ist, in einer kurzen Debatte im Plenum plötzlich über den Haufen geworfen werden könnte. Ich sehe mich aber auch veranlaßt, auf die anderen Ausführungen des Herrn Kollegen Cronenbold kurz zurückzugehen, weil sie den Eindruck erwecken könnten, als ob wir hier ein Unrecht täten. Das ist nicht der Fall. Wenn wir für die übrigen vier Bezirke eine wesentliche Erhöhung herbeigeführt haben, die ja nur ein Zusatz zu dem sind, was die Kommunen und Kommunalverbände in diesen vier Bezirken so schon leisten, dann ist noch kein Anspruch gegeben, daß nun der fünfte Bezirk, wenn es sich auch nur um 80 000 DM handelt, auf Grund der Gerechtigkeit auch hieran beteiligt werden müßte. Denn, davon dürfen Sie überzeugt sein, meine Herren aus Rheinhessen, in vielen Teilen der übrigen vier Bezirke ist das Berufsschulwesen noch längst nicht auf der Höhe angelangt wie in Rheinhessen, wo es ganz vom Staate getragen wird.

Präsident.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Völker (SPD).

Abg. Völker:

Meine Damen und Herren! Ich möchte doch sagen, daß nicht allein deshalb, weil die Mittel in den anderen Regierungsbezirken erhöht worden sind, der Antrag gestellt worden ist, sondern weil es eine zwingende Notwendigkeit ist. Herr Kollege Boden, Sie wissen genau, daß ich sehr ernsthaft im Finanzausschuß mitgearbeitet habe, und ich glaube sogar, ich habe zuletzt im Finanzausschuß gegen diesen Antrag gestimmt, damals, als mein Kollege Cronenbold ihn gestellt hat. Aber ich habe mich in der Zwischenzeit noch einmal überzeugt, daß bei der Mädchenberufsschule die Lehrerinnen derartig überanstrengt sind, sie acht und neun Klassen führen müssen, daß es ein unhaltbarer Zustand ist. Das ist eine mangelhafte Besetzung an Lehrkräften. Ich weiß nicht, ob es in Mainz etwas besser ist, aber ich habe mich überzeugen müssen. Ich habe bittere Klagen gehört dieser Lehrkräfte, was von ihnen alles gefordert würde, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, daß sie das auf die Dauer noch leisten können.

Präsident:

Herr Dr. Boden von der CDU.

Abg. Dr. Boden:

Ich bedauere sehr, daß wir auf diese Art der Kontroverse unsere kostbare Zeit weiter in Anspruch nehmen. Ich muß aber dem Herrn Kollegen Völker durchaus bestätigen, daß das, was er sagte über seine eigene Beteiligung und auch über seine Abstimmungen im Haushalts- und Finanzausschuß, absolut richtig ist. Wir haben uns dann aber doch nicht nur bei Rheinhausen, sondern auch bei den anderen vier Bezirken der größten Sparsamkeit befließigt, und wir haben das getan, ich bitte Sie, meine Herren des Ausschusses, Sie werden sich dessen erinnern, in der Hauptsache im Hinblick darauf, daß regierungsseitig erklärt wurde, das neue Berufsschulgesetz stehe unmittelbar vor der Vorlage, und wenn das Berufsschulgesetz kommt, wird doch eine Reihe von Veränderungen den Landtag beschäftigen müssen. Also, ich bitte doch dringend darum, diesen verschiedenen Vorgängen nicht vorgreifen zu wollen, sondern es bei dem zu lassen, was der Haushalts- und Finanzausschuß vorgeschlagen hat.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen aber jetzt zur Abstimmung kommen. Ich lasse über den Antrag II/1504 abstimmen. Wer dem Antrag II/1504 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe.

Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag II/1505: Antrag der CDU-Fraktion. Wer dem Antrag II/1505 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe. Stimmenthaltung. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum Antrag II/1516 der Fraktion der SPD. Wer dem Antrag II/1516 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich lasse nun über die Drucksache II/1497 in der nun geänderten Form abstimmen. Wer der Drucksache II/1497 in der geänderten Form seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe. Stimmenthaltung.

Angenommen bei vier Stimmenthaltungen der Kommunistischen Partei.

Wir kommen zum Einzelplan IV.

Ich rufe auf die Kapitel 1 bis 27, dazu die Drucksache II/1495 und die Berichtigung, die Ihnen vom Büro des Landtages dazu gegeben worden ist. Ich lasse zunächst abstimmen über einen Entschließungsantrag der SPD betr. Transferierung von Darlehen, Drucksache II/1520. Wer dem Antrag II/1520 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Drucksache II/1522, Antrag des Abgeordneten Schieder. Wer dem Antrag des Abgeordneten Schieder seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Drucksache II/1495. Wer der Drucksache seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe.

Gegen vier Stimmen der Kommunistischen Partei angenommen.

Wir kommen zum Einzelplan V. Ich rufe auf die Kapitel 1 bis 33, dazu die Drucksache II/1494. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag der SPD, Drucksache II/1507.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Boden von der CDU.

Abg. Dr. Boden:

Meine Damen und Herren! Der jetzt vorgelegte Antrag entspricht dem, was auch in der Regierungsvorlage des Haushaltsplanes an den Haushalts- und Finanzausschuß gelangt war. Bei den Beratungen wurde von seiten des Herrn Finanzministers geltend gemacht, daß die von dieser Stelle auszufüllenden Arbeiten auch durch die Stelle eines Amtmanns oder so ähnlich erfüllt werden könnte. Aus diesen Gründen hat der Haushalts- und Finanzausschuß den Antrag auf Einführung der Stelle A 2 c 2 abgelehnt.

Meine Fraktion hat sich auf Grund dieses Antrages II/1507 noch einmal eingehend mit der Angelegenheit befaßt und hat angesichts der Tatsache, daß die in der Begründung aufgeführten Aufgaben aus dieser Stelle heraus erfüllt werden sollen, doch geglaubt die Meinung vertreten zu müssen, daß damit die Stelle eines Regierungsrats wohl ausgefüllt wäre. Sie wird also diesem Antrag zustimmen.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich lasse über die Drucksache II/1507 abstimmen. Wer der Drucksache II/1507 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe. Stimmenthaltung.

Der Antrag ist angenommen.

Ich lasse nunmehr über die Drucksache II/1494 abstimmen. Wer der Drucksache II/1494 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe. Stimmenthaltung.

Angenommen bei vier Stimmenthaltungen der Kommunistischen Partei.

Wir kommen zum **Einzelplan VIII**. Ich rufe auf die Kapitel 1 bis 34, dazu die Drucksache II/1490 mit der Ihnen zugegangenen Berichtigung. Ich lasse zunächst abstimmen über einen Antrag II/1501 der CDU betr. Bekämpfung des Kartoffelkäfers. Wer dem Antrag II/1501 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe?

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zu der Drucksache II/1515: Antrag der SPD betr. Streichung der Stelle des Gestütstierarztes, Drucksache II/1515. Wer dem Antrag Drucksache II/1515 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe?

Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Drucksache II/1517: Antrag des Abgeordneten Griesbeck betr. Bereitstellung von Mitteln.

Das Wort hat der Abgeordnete Ziegler von der CDU.

Abg. Ziegler:

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich vom Platze aus spreche. Der Antrag II/1517 ist hier am verkehrten Platz. Er betrifft das Kapitel 1 des Haushaltsplanes VIII, Titel 31: Mittel zur Förderung der Landwirtschaft. Die Beträge sollen vorgesehen sein zur Beseitigung von Unwetterkatastrophen und -schäden. Ich weise darauf hin, daß diese Unwetterkatastrophenschäden in den Kapiteln der Wasserwirtschaft untergebracht sind. Dort ist der Ansatz für Unwetterschäden bereits von 425 000 DM auf 600 000 DM, also um 175 000 DM erhöht worden.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Feller von der KPD.

Abg. Feller:

Ich glaube, daß die formellen Gründe nichts ändern können. Man könnte es in einem anderen Titel unterbringen. Es handelt sich nicht nur um die Wasserschäden. Wir möchten bitten, den Antrag zur Abstimmung zu bringen, weil es uns darum geht, daß Mittel zur Überwindung der ganzen Schäden gegeben werden.

Präsident:

Herr Abgeordneter Feller. Ich glaube, daß Sie den Abgeordneten Ziegler nicht richtig verstanden haben. Die Mittel sind ja bereits bereitgestellt, auch für Unwetter, nicht allein für Wasserschäden. Ich glaube deshalb, daß der Antrag fehl am Platze ist. Ich stelle anheim, den Antrag zurückzuziehen.

Wir müssen darüber abstimmen. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe?

Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse noch abstimmen über die Drucksache II/1510: Antrag der Fraktion der CDU und SPD betr. Verhütung von Wildschäden. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich lasse nunmehr über die Drucksache II/1490 Einzelplan VIII, Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten abstimmen. Wer der Drucksache II/1490 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe?

Gegen zwei Stimmen der Kommunistischen Partei angenommen.

Wir kommen zum **Einzelplan XI**, Drucksache II/1491. Wer der Drucksache II/1491 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe?

Angenommen gegen vier Stimmen der Kommunistischen Partei.

Wir kommen zum **Einzelplan XII**, Landeskommissar für die politische Säuberung in Rheinland-Pfalz.

Ich rufe auf das Kapitel 1, dazu die Drucksache II/1492. Wer der Drucksache II/1492 seine Zustimmung geben will, bitte ich um Erhebung der rechten Hand. Die Gegenprobe?

Angenommen gegen vier Stimmen der Kommunistischen Partei.

Wir kommen nunmehr zum **Außerordentlichen Haushalt**. Ich rufe auf den Unterteil 1 bis 7, dazu die Drucksache II/1498. Ich lasse zunächst über die Einzelanträge abstimmen, und zwar Antrag des Abgeordneten Schäfer in Drucksache II/1503.

Das Wort hat Abgeordneter Völker von der SPD.

Abg. Völker (vom Platz aus):

Darf ich den Antrag insofern berichtigen, daß es heißen muß: „sowie der schwergeschädigten Städte“.

Präsident:

Ich will jetzt über den Antrag II/1503 abstimmen lassen. Ich will der Reihe nach gehen.

Präsident:

Der Abgeordnete Dr. Nowack hat das Wort.

Abg. Dr. Nowack:

Das geht, glaube ich, nicht. Wir müssen eigentlich über die Drucksache II/1505 abstimmen und dann über 1503.

Präsident:

Sie haben recht. Der Antrag ist der weitgehendere. Der Abgeordnete Dr. Boden von der CDU hat das Wort.

Abg. Dr. Boden:

Meine Damen und Herren! Ich hatte während meiner Ausführungen bei der Beratung des Haushaltsplanes der SPD nahegelegt, diesen Antrag zurückzuziehen. Das ist nicht geschehen. Ich sehe mich deshalb veranlaßt, auf die Bedeutung meiner damals gegebenen Anregung zurückzukommen.

Wir haben mit Absicht die 25 Millionen, die wir im Anleihewege aufnehmen wollten, untergeteilt in Einnahmen für die Rote Zone und dann auch für das Flüchtlingswesen, insbesondere für die Unterbringung der etwa 9000 Flüchtlingskinder. Wir hatten uns das so vorgestellt, daß für diese beiden Sonderabteilungen etwa ein Betrag von je 5 Millionen herauskommen könnte, so daß 15 Millionen übrig blieben für die allgemeine Verwendung. Dieses Herausnehmen der zweimal 5 Millionen hat eine besondere Bedeutung, indem zu erwarten steht - wenigstens die Möglichkeit gegeben ist -, daß bundeseitig hierfür besondere Fonds zur Verfügung kommen. Dann könnten wir aus diesen Spezialfonds das schon mal versuchen.

Was der Herr Abgeordnete Schäfer will, dafür bleibt dann noch aus den 15 Millionen etwas übrig. Aber wenn wir das jetzt zu weit fassen, dann zerstören wir das, was sich im Grunde genommen für die optimistische Auffassung über die Unterbringung eines solchen...

Abg. Völker:

Wir ziehen zurück!

Ich danke Ihnen.

Präsident:

Der Antrag ist zurückgezogen. Ich lasse nunmehr abstimmen über die Drucksache II/1503. Wer der Drucksache II/1503 zustimmen will, den bitte ich um Erhebung der rechten Hand. - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Der Antrag II/1509 wird von der CDU zurückgezogen. Ich lasse nunmehr abstimmen über den Antrag II/1511 der beiden Fraktionen CDU und SPD. Wer dieser Drucksache II/1511 zustimmen will, den bitte ich um Erhebung der rechten Hand. - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich lasse nunmehr abstimmen... (Abg. Wohlleben: Zur Geschäftsordnung!) Zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Wohlleben.

Abg. Wohlleben:

Es ist dem Hause keine Gelegenheit gegeben worden, zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

Präsident:

Ich bedaure, die Abstimmung ist beendet.

Abg. Wohlleben:

Das geht in einem Tempo vorwärts, daß man nicht die Gelegenheit hat, die Blätter zur Hand zu nehmen! (Zurufe: Sehr richtig!)

Präsident:

Gut, ich bin gern bereit, etwas langsamer zu machen. (Heiterkeit - Unruhe.) Wir kommen zur Beratung der Drucksache II/1521.

Der Abgeordnete Griesbeck von der Kommunistischen Partei hat das Wort.

Abg. Griesbeck:

Herr Präsident, würden Sie so liebenswürdig sein und kurz angeben, um was es sich handelt?

Präsident:

Ja, gern, Drucksache II/1521 zum außerordentlichen Haushaltsplan. Antrag der SPD betr. Bereitstellung von Mitteln für Wohnungsbau und Notstandsarbeiten. Die Drucksache haben Sie zur Hand? (Zurufe: Jawohl!) Der Abgeordnete Dr. Boden hat das Wort.

Abg. Dr. Boden:

Meine Damen und Herren! Ich habe auch hier aus rein finanzpolitischen Erwägungen die Bitte, mir das Konzept nicht zu verderben. Ich bringe den Gegenvorschlag, den Antrag an den Finanzausschuß zu überweisen, und zwar aus rein taktischen, nicht materiellen Gründen. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich bei der materiellen Prüfung der Frage im Haushalts- und Finanzausschuß eine absolut objektive und wohlmeinende Stellung einnehmen werde.

Aber das Praktische! Der Herr Finanzminister hat heute nachmittag bei seiner Schlußansprache schon darauf hingewiesen, wie schwierig das Kapitel des außerordentlichen Haushaltsplans hinsichtlich seiner Einnahmeseite, nämlich des Anleiheweges, zu erfüllen ist. Wir haben nun durch die verschiedenen Anträge, die bisher angenommen worden sind, und durch die Uranträge, über die wir zuletzt noch abzustimmen haben, eine Gesamtkapazität von 40 Millionen, die wir im Anleiheweg aufnehmen wollen.

Wenn wir im gleichen Haushaltsplan weitere 40 Millionen einstellen, so würde das - das wird mir jeder Kaufmann zugeben - die Aufgaben derjenigen, die den Anleiheweg zu beschreiben, d. h. Anleihen hereinzuholen versuchen, außerordentlich erschweren; denn es ist ein Unterschied, wenn ich Geld suche, ob ich nur einmal suche oder ob ich bei einem Bankhaus diese Anleihe und beim andern jene unterbringen will.

Es kommt noch ein weiterer Grund hinzu. Insbesondere bei der Inanspruchnahme von Mitteln aus öffentlichen Kreditinstituten oder auch vom Bund wird ja ganz zweifellos verlangt, daß man den Haushaltsplan, sobald er druckgelegt ist, vorlegt. Dann würden statt der 40 Millionen, die wir ursprünglich vorgesehen haben, plötzlich 80 Millionen im Anleiheweg aufzunehmen erscheinen. Das ist eine besondere Erschwerung. Denn darauf wird sofort hingewiesen. Wenn wir aber heute erstmals die 40 Millionen, wie wir sie bisher beschlossen haben, genehmigen und dann im Finanzausschuß auch dem Antrag der SPD nachkommen und noch einmal genehmigen, dann stehen diese 40 Millionen nicht im druckgelegten Haushaltsplan drin, und wir können in einer zweiten Stage versuchen, sie dennoch unterzukriegen.

Präsident:

Der Abgeordnete Hertel von der SPD hat das Wort.

Abg. Hertel:

Alle Mitglieder dieses Hauses sind sicher bedrückt von der Tatsache, daß wir gar nichts für die Förderung des Wohnungsbaues überhaupt im Haushalt stehen haben.

Ich glaube, wir müssen uns gemeinsam darüber klar sein, daß gerade die Förderung des Wohnungsbaues ebenso dringlich ist wie die Erstellung von Schulhäusern. Ich kann mir nicht denken, daß das Land Rheinland-Pfalz bei dem Zutreten einer Belastung von 80 Millionen DM Schulden beim Bund in irgendeine für es unangenehme Lage kommen könnte.

Man kann sogar umgekehrt argumentieren: diese von uns freiwillig übernommene Last erbringt den Nachweis, daß wir gewillt sind, alle Opfer auf uns zu nehmen, um das, was wir aus laufenden Mitteln nicht bestreiten können, auf dem Anleiheweg zu erledigen.

Wir müssen den Mut haben, das, was unsere Generation nicht zu tragen vermag, auch auf die kommende Generation auf dem Wege der Anleihe abzusetzen. Und wenn ein Land von der Größe und Bedeutung 80 Millionen in Form einer Anleihe aufnimmt, dann ist es im Rahmen auch einer soliden Gesamtaufassung durchaus noch vertretbar mit Hinweis auf den Zweck, für den die Mittel Verwendung finden sollen.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Zimmer von der CDU.

Abg. Dr. Zimmer:

Sie sehen, es ist mißlich, wenn man im Plenum derart schwierige Fragen plötzlich entscheiden soll. Und wenn man im Augenblick nicht sofort rechts oder links die Hand hochhebt, dann kommt ein Journalist, der einem ins Herz sehen und irgendwelche Motive unterschieben will. Denn es gibt Journalisten, die nicht verstehen können, daß man es mit seiner Abstimmung vor seinem Gewissen sehr ernst nimmt, vor allen Dingen, wenn man Rechtsfragen zu entscheiden hat. Die Argumente, die der Herr Kollege Hertel eben vorgebracht hat, geben selbstverständlich zum Nachdenken Anlaß genau wie die Begründung und die Bedenken, die auf der anderen Seite Herr Dr. Boden geltend gemacht hat gegen die Annahme dieses Vorschlages. (Abg. Dr. Boden: Unter Anerkennung der materiellen Zustimmung!) Ich habe, wie Sie eben gesehen haben, ein kleines privates Kolloquium geführt mit dem Herrn Finanzminister, wie er sich zur Sache stellt. Ich würde den Herrn Finanzminister lediglich bitten, seinerseits den Weg zu weisen; ich möchte nicht vorgreifen. Vielleicht wird der Herr Finanzminister dem Plenum das sagen, was er mir soeben gesagt hat, damit wir zu einer vernünftigen und sachgerechten Entscheidung kommen. Es genügt ja nicht, daß wir uns gegenseitig hier niederstimmen, sondern wir wollen doch die Dinge zunächst einmal sachlich geprüft haben. Ich wäre also dem Herrn Finanzminister dankbar.

Präsident:

Der Herr Finanzminister Dr. Hoffmann hat das Wort.

Finanzminister Dr. Hoffmann:

Die Sache hätte sich vielleicht leichter gemacht, wenn auch der Herr Kollege Hertel zu einer Unterhaltung hierher gekommen wäre! (Lebhafte Heiterkeit.) Aber mit einseitigen Privatunterhaltungen ist es schwer, zum Ziele zu kommen. (Abg. Hertel: Sie sind verboten während der Abstimmung.) Die Frage, ob es zweckmäßig ist, den außerordentlichen Haushalt mit 40 Millionen Mark zu belasten, ist eine rein taktische, die auf ihre Wirkung nach außen geprüft werden muß. Ich brauche nicht zu sagen, Wirkung wohin. Deshalb möchte ich dem Hause anheimstellen, zu beschließen, was ihm paßt, ohne daß es sich auf eine offizielle Anregung oder Empfehlung des Finanzministers beruft! (Schallende Heiterkeit.)

Präsident:

Der Abgeordnete Kuhn von der Sozialdemokratischen Partei hat das Wort.

Abg. Kuhn:

Der Antrag will bezwecken, die Aufgaben - hier für Schulbauten, dort für Wohnungsbauten - beide Teile nicht irgendwie entweder zu überspannen oder zu vernachlässigen.

Es wäre vielleicht ein Kompromiß auf einer mittleren Linie möglich, daß man sagt: Schulbauten tun not, ebenso aber auch Wohnungsbauten. Ich glaube, wenn wir da versuchen, uns auf einer mittleren Linie zu finden, werden wir den Schwierigkeiten, die uns begegnen, nicht mehr begegnen; denn wir haben die Möglichkeit zu sagen: die Regierung bekommt die Vollmacht, diese Beträge zu beschaffen. Wie sie es nun verwirklicht und nach Hause bringt, das wäre ihre Sache.

Präsident:

Der Abgeordnete Claus von der Freien Demokratischen Partei hat das Wort.

Abg. Claus:

Ich möchte mich auch für die Annahme des Antrages aussprechen. Er sollte zugleich die Sanktion eines Beschlusses des Wiederaufbauausschusses von vor etwa 4 bis 6 Wochen bedeuten, wo ausdrücklich gesagt wurde, die Regierung wird beauftragt, sich nach geeigneten Anleihen umzusehen gemäß dem Vorbild von Schleswig-Holstein und Niedersachsen - glaube ich - waren es, wo für den privaten Wohnungsbau - davon war damals die Rede im Ausschuß - auch bereits 50 oder 70 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden sind. Ich glaube, wir sind es hier den Wohnungsuchenden schuldig, ein übriges zu tun, indem wir im Sinne des Antragstellers entsprechen.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Feller von der Kommunistischen Partei.

Abg. Feller:

Nach dem salomonischen Urteil des Finanzministers sind wir trotzdem der Auffassung, daß man sich zu einem Ja entscheiden soll; denn es wird bisher soviel vom sozialen Wohnungsbau gesprochen. Wenn wir auch nicht ganz mit der Begründung des Kollegen Hertel einverstanden sind, daß unsere Kinder für die Sünden ihrer Väter büßen sollen, mit der Belastung der kommenden Generation, so glauben wir doch, daß man hier keine taktischen Erwägungen in den Vordergrund schieben soll, sondern die feierliche Bekräftigung unseres Bekenntnisses, Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Zimmer.

Abg. Dr. Zimmer:

Wir werden der Vorlage zustimmen in der Hoffnung, daß die taktischen Bedenken, die anscheinend der Herr Kollege Feller in ihrer Tragweite nicht gebührend gewürdigt hat, sich als gegenstandslos erweisen werden.

Präsident:

Ich lasse nunmehr über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um Erhebung der rechten Hand. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltung. - Der Antrag wurde angenommen bei fünf Stimmenthaltungen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Drucksache II/1518, es handelt sich hier um die Überschreibung von Investitionsausgaben vom ordentlichen in den außerordentlichen Etat. Drucksache II/1518, gemeinsamer Antrag der beiden Parteien CDU und SPD. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um Erhebung der rechten Hand. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltung! - Der Antrag wurde angenommen bei vier Stimmenthaltungen der Kommunistischen Partei.

Meine Damen und Herren! Ich lasse jetzt über die Drucksache II/1523 abstimmen - gemeinsamer Antrag der beiden Fraktionen CDU und SPD betr. Wiederherstellung des § 4 der Regierungsvorlage des Landesgesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes im Rechnungsjahr 1950.

Wer dem Antrag II/1523 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um Erhebung der rechten Hand. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltung! - Der Antrag wurde angenommen bei vier Stimmenthaltungen der Kommunistischen Partei.

Ich rufe nunmehr auf die Drucksache II/1455, Landesgesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950, und zwar die §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8, dazu die Änderungsdrucksache II/1496 mit folgenden Zahlen. Ich bitte, die Zahlen in Drucksache II/1496 nunmehr nach der zweiten Beratung wie folgt zu berichtigen: Der Einnahmehansatz bleibt bestehen, Ausgaben 542 313 000 DM, im außerordentlichen Haushalt 112 810 000 DM in Einnahmen und Ausgaben.

Der Abstimmung liegt zugrunde die Drucksache II/1496 mit den von mir genannten geänderten Zahlen.

Wer der Regierungsvorlage seine Zustimmung geben will, den bitte ich um Erhebung der rechten Hand. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Angenommen gegen vier Stimmen der Kommunistischen Partei.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur dritten Beratung. Ich rufe auf die §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8, Einleitung und Überschrift, dazu die Einzelpläne O, M, I, Ia, II, III, IV, V, VIII, XI und XII und den außerordentlichen Etat. (Abg. Feller: Herr Präsident, ich bitte ums Wort!) Der Abgeordnete Feller hat das Wort.

Abg. Feller:

Zur Gesamtabstimmung möchte meine Fraktion folgende Erklärung abgeben: Die Landesregierung war in dem abgelaufenen Etatjahr nicht imstande, die dringendsten Probleme der sozialen Not zu lösen. Über 62 000 Arbeitslose, fast 250 000 Sozialrentner, Kriegsoffer usw. und 10 000 Umsiedler warten vergeblich auf eine grundlegende Hilfe und Verbesserung ihrer Lage.

Die Wirtschafts-, Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik der Regierung Almeier gibt keine Gewähr, daß dieses große Elend überwunden wird. Der vorliegende Haushaltsplan von 1950 zeigt, daß die CDU-SPD-Koalitionsregierung weder gewillt noch imstande ist, die Mittel für soziale Aufwendungen ausreichend zu beschaffen. Während die Zuschüsse für das Innen- und Polizei-Ministerium über 41 Millionen DM erfordern, wobei allein der Zuschuß für die Polizei über 21 Millionen beträgt, hat die Landesregierung für die Förderung der Volksgesundheit und Bekämpfung der Tuberkuloseuche in diesem Etat nicht die notwendigsten Mittel zur Verfügung gestellt. Ebenso sind die angesetzten Beträge für den Wohnungsbau, die Landwirtschaft und die Winzer völlig unzureichend. Demgegenüber stellt die Landesregierung auch die erhöhten Ausgaben für die Besatzungskosten weiter zur Verfügung.

Aus allen diesen Gründen stehen wir zu dieser Regierung in grundsätzlicher Opposition und lehnen den Gesamthaushaltsplan ab.

Präsident:

Ich rufe auf Einleitung und Überschrift. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer der Regierungsvorlage II/1455 mit den Anhängen seine Zustimmung geben will, bitte ich, sich vom Platze zu erheben. Die Gegenprobe? Das Landesgesetz ist angenommen gegen vier Stimmen der Kommunistischen Partei.

Meine Damen und Herren! Bevor wir diese arbeitsreiche Tagung schließen, hat der Abgeordnete Hermans das Wort erbeten zur Abgabe einer persönlichen Erklärung. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hermans:

Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Hertel hat vorgestern bei der Beratung des Justizetats schwere ehrenrührige Vorwürfe gegen mich erhoben. Ich habe in meiner kurzen Erwiderung den Abgeordneten Hertel gebeten, falls er außer Schwindenhammer noch andere Gewährsmänner für seine Behauptungen habe, mir diese Gewährsmänner zu nennen, um mir die Möglichkeit eines Vorgehens gegen sie zu geben. Eine solche Erklärung liegt mir bis jetzt nicht vor. Daher muß ich unterstellen, daß der Abgeordnete Hertel für seine schwerwiegenden Vorwürfe sich keine andere Grundlage verschafft hat als die Behauptung des Schwindenhammer. Der von mir gegen Schwindenhammer, aber auch gegen die Verbreiter seiner Ansichten, z. B. die „Freiheit“, gestern gestellte Strafantrag wird in einem gerichtlichen Verfahren erhärten, daß die Behauptungen des Schwindenhammer unwahr sind. Der Abgeordnete Hertel würde sich die kommende Notwendigkeit einer Entschuldigung wegen seiner bedauerlichen Ausführungen erspart haben, wenn er die ihm mehrfach gebotene Gelegenheit wahrgenommen hätte, sich an Hand der amtlichen Unterlagen und Auskünfte des Justizministeriums über die wirkliche Sachlage zu unterrichten.

Präsident:

Der Abgeordnete Zimmer hat das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

Abg. Dr. Zimmer:

Die Fraktion der CDU hat von den Vorwürfen, die der Herr Kollege und Fraktionsvorsitzende der SPD gegen den Abgeordneten Hermans in seiner Eigenschaft als Justizbeamter damals erhoben hat, Kenntnis genommen, ebenso von der soeben abgegebenen Erklärung des Herrn Kollegen Hermans. Nachdem die erhobenen Vorwürfe inzwischen Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens geworden sind, verzichtet die Fraktion der CDU im Augenblick darauf, zur Sache selbst Stellung zu nehmen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob sie auf ein schwebendes Verfahren einwirken wolle. Sie hat im übrigen die feste Überzeugung, daß das gerichtliche Verfahren die Haltlosigkeit der Vorwürfe ergeben wird.

Präsident:

Der Abgeordnete Hertel von der Fraktion der SPD hat das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

Abg. Hertel:

Zu den Ausführungen meiner beiden geschätzten Vorredner darf ich folgendes feststellen: Es ist seit Monaten eine Denkschrift im Umlauf, die auch in den Händen zahlreicher Mitglieder der CDU sich befindet. (Zuruf Abg. Diel: Ist das eine Denkschrift?) Eine Zusammenstellung des Ablaufes des Falles Schwindenhammer - wenn Ihnen diese Formulierung besser gefällt, Herr Kollege Diel, unterbreite ich diese Ihrer Begutachtung (Zuruf Abg. Diel: Denkschrift ist etwas anderes in meinen Augen! Zuruf: Ein Machwerk Schwindenhammers!) Ich stelle fest, daß der Herr Kollege Hermans seit diesen vielen Wochen und Monaten Gelegenheit gehabt hätte, auf Grund

dieser schriftlich verbreiteten Feststellungen des Herrn Schwindenhammer die Klage zu erheben, die er nach seiner eben erfolgten Mitteilung erhoben hat. Ich stehe auch nicht an, zu erklären, heute schon, daß im Falle die durchgeführte Klage beweist, daß die in dieser Zusammenstellung erhobenen Beschuldigungen gegen den Herrn Kollegen Hermans sich als unwahr erweisen würden, ich sicher nicht anstehen würde, mit tiefem Bedauern diese Beschuldigungen zurückzunehmen.

Präsident:

Der Abgeordnete Hermans hat das Wort.

Abg. Hermans:

Ich darf zu den Erklärungen des Abgeordneten Hertel folgendes feststellen: Diese sogenannte Denkschrift des Schwindenhammer ist mir allerdings recht spät bekannt geworden. Ich habe aber nachträglich erfahren, daß sie wegen der ganz allgemein gegen die Justizverwaltung erhobenen Vorwürfe bereits Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens war, so daß für mich in dieser Richtung keine Veranlassung bestand, etwas Besonderes zu tun. Diese Veranlassung war aber gegeben, nachdem sich ein von mir bisher außerordentlich geschätztes Mitglied des Hauses diese Vorwürfe zu eigen gemacht und ihnen damit eine Bedeutung beigemessen hat, die sie aus dem Munde des Herrn Schwindenhammer allein niemals haben konnten. (Zuruf Abg. Feller: Es fiel ein Reif in der Koalitions-Nacht!)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Die persönlichen Bemerkungen sind beendet. Wir stehen am Schlusse einer sehr arbeitsreichen Tagung. Wir dürfen wohl alle sagen, daß wir uns ernsthaft bemüht haben, zu den Problemen, die uns noch als Landtag verblieben sind, in den vergangenen Tagen Stellung zu nehmen. Ich danke allen Mitgliedern des Hauses für ihre rege Anteilnahme und ihre Ausdauer, die sie in diesen Tagen gezeigt haben. Ich danke aber ganz besonders den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses, die in wochenlangen Arbeiten zu jedem einzelnen Problem eingehend Stellung genommen haben, um uns gegebenenfalls in einer Änderungsdrucksache ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Ich hoffe und erwarte, daß nunmehr dieser von uns verabschiedete Haushaltsplan recht bald Gesetzeskraft er-

hält, damit wir wieder eine ordentliche Grundlage für unsere weitere Arbeit haben. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, daß im Monat August keine Sitzung, nach Möglichkeit auch keine Sitzung von Ausschüssen, stattfindet, damit die Abgeordneten Gelegenheit zur Ausspannung haben. Der Ältestenrat schlägt Ihnen weiter vor, das Präsidium zu beauftragen, die nächste Landtagssitzung im Monat September nach Anhörung der Fraktionsführer festzusetzen. Auch damit ist das Haus einverstanden. - Der Abgeordnete Hertel hat das Wort.

Abg. Hertel:

Meine Damen und Herren! Ich bitte, mir zu gestatten, den Dank, den der Herr Präsident den Mitgliedern dieses Hauses zum Ausdruck gebracht hat, auch auf ihn selbst übertragen zu dürfen. Der Herr Präsident hat in den letzten Wochen mit Umsicht und Geschick die Beratungen, die hinter uns liegen, vorbereitet und hat insbesondere in den vier Tagen seit dem letzten Montag die Arbeit so gefördert, daß auch die Gründlichkeit der Beratung keine Beeinträchtigung erfuhr. Es können daher die gesamten Mitglieder mit der Befriedigung nach Hause fahren, durch die Führung des Herrn Präsidenten eine im Rahmen unserer Zuständigkeit ordentliche Arbeit geleistet zu haben. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Präsident:

Das Wort hat der Abgeordnete Diel.

Abg. Diel:

Meine Damen und Herren! Ich darf darauf aufmerksam machen, daß der Antrag, der von seiten der SPD gestellt wurde, der Zusatzantrag...

Präsident:

Ich komme darauf noch zurück. Meine Damen und Herren! Es ergibt sich nur die Möglichkeit, daß gegebenenfalls im Monat August getagt werden kann von dem Sonderausschuß, der soeben festgelegt worden ist. Ich bitte aber, daß der Ausschuß sich noch im Juli mit dieser Frage beschäftigt. Nach Möglichkeit soll der August insgesamt sitzungsfrei bleiben. Nun, meine Damen und Herren, darf ich die Sitzung schließen und wünsche Ihnen allen eine gute Heimfahrt.

Schluß der Sitzung: 18.30 Uhr.